Freitag, 13. Juli 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 162 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Auto-Streit: Über die Einführung des abgasarmen Autos von 1986 an, gibt es nicht nur innerhalb der Regierungskoalition, sondern vor allem zwischen dem FDP-Vorsitzenden Genscher und dem neuen Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) Frontstellungen. Ob eine „Prämie" beim Kauf des umweltfreundlicheren Autos bezahlt werden soll, wird erst im September entscheiden. Heute befaßt sich der Bundesrat auf Antrag Bayerns und Baden-Württembergs mit dem Auto-Streit. (S. 8)

Protest: Die Bundesregierung hat eine Intervention Moskaus gegen die Aufhebung von Rüstungsbeschränkungen durch die Westeuropäische Union (WEU) „nicht akzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Partner der WEU", mit ungewöhnlicher Schärfe zurückgewiesen.

Kohl zieht Bilanz: Seine Lateinamerika-Reise habe sich „politisch und menschlich gelohnt", erklärt der Bundeskanzler vor seiner Rückkehr von den Besuchen in Mexiko und Argentinien. (S. 6)

Frankreich: In einer Fernsehansprache teilte Staatspräsident Mitterrand gestern abend mit, daß durch eine Verfassungsänderung künftig wichtige Fragen der Nation vom Volk entschieden werden sollen.

Warnstreiks: Mehr als 2000 Beschäftigte des Bodenpersonals der Lufthansa haben gestern vorübergehend die Arbeit niedergelegt. Abflüge von zehn Flugzeugen in Hamburg, Nürnberg und München wurden um rund eine halbe Stunde verzögert. (S. 3)

Flucht: Ein 20jähriger Stabsunteroffizier der sowjetischen Streitkräfte ist in Uniform und ohne Waffen aus der „DDR" nach Niedersachsen geflüchtet. Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes überwandt der Soldat bereits am Dienstag die „DDR"-Grenzsperranlagen und erreichte unverletzt das Bundesgebiet.

Umschuldung: Polen und die Vertreter von rund 500 privaten westlichen Banken haben in London ein Abkommen über die Umschuldung von Krediten mit Fälligkeiten von 1984 bis 1987 unterzeichnet. Es betrifft die gesamten Schulden bei Privatbanken von rund 7,1 Milliarden Dollar.

Anschläge: Auf Korsika sind gestern 26 Sprengstoffanschläge verübt worden, die wie eine Serie von 15 Anschlägen am Dienstag Sachschaden anrichteten. Die Polizei vermutet Mitglieder der korsischen Separatistenorganisation FLNC als Täter.

Heute: Bundesrat berät über Anträge Bayerns und Baden-Württembergs zum abgasarmen Auto.

ZITAT DES TAGES



»Wenn Großbritannien sich für Berlin stark macht, dann nicht für eine sterbende Stadt, sondern für eine deutsche Kultur- und Leistungsmetropole«

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, bei seinem Besuch in London (S. 4) FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Importbarrieren: Die Internationale Handelskommission der US-Regierung (ITC) hat zum Schutz der US-Stahlindustrie Quoten und Zölle auf Massenstahleinfuhren aus Übersee empfohlen. Sie sollen für fünf Jahre gelten. (S. 9)

Frankreich: Die jährliche Inflationsrate hat sich im Juni auf 7,6 Prozent gesenkt; im Mai waren es noch 7,8 und im Vorjahr 9,3 Prozent. Seit Jahresanfang stiegen die Verbraucherpreise um 3,7 Prozent.

Banken zur Konjunktur: Die wirtschaftlichen Eckdaten liegen weiterhin über dem Vorjahresniveau, wenn auch mit kleinerem Abstand: Industrieproduktion plus 2,5 Prozent gegen 1983; zunehmende Auslandsaufträge gleichen die abgeschwächte Inlandsnachfrage aus, und der Einzelhandel weist bis Mai gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzsteigerung von 1,5 Prozent aus. Zu diesen Ergebnissen kam der Bundesverband deutscher Banken in seinem jüngsten Konjunkturbericht. (S. 9)

Börse: Der seit Tagen ungebrochene Abwärtstrend am deutschen Aktienmarkt hielt auch gestern an. WELT-Aktienindex 137,9 (139,8). Der Rentenmarkt war weitgehend beschäftigungslos. Dollar-Mittelkurs 2,8540 (2,8447) Mark. Goldpreis je Feinunze 341,15 (339,25) Dollar.

KULTUR

Bracha Pili: Die 92jährige leitet noch heute den israelischen Masada-Verlag, den sie 1929 in Tel Aviv gegründet hatte. Sie wurde zur Symbolfigur des hebräischen Verlagswesens. *(S. 19)*

Münchner Oper: Mit dem „Barbier von Bagdad" sind in der Bayerischen Staatsoper die Festspiele eröffnet worden – mit Sawallisch am Pult und Otto Schenk als Regisseur. *(S. 19)*

SPORT

Fußball: *Werder* Bremens Trainer Otto Rehhagel ist davon überzeugt, daß Nationalspieler Rudi Völler bis 1987 dem Verein treu bleibt. Völler soll Angebote vom FC Barcelona erhalten haben. (S. 8)

Motorsport: *Dem Präsidenten der* Formel-1-Konstrukteurs-Vereinigung, Bernie Ecclestone, ist bei einem Verleumdungsprozeß in Paris eine Entschädigung von umgerechnet 35 Pfennig zugesprochen worden.

AUS ALLER WELT

Unwetter: Mit heftigen Gewittern und orkanartigen Stürmen ging in der Nacht zum Donnerstag die erste Hitzeperiode dieses Sommers zu Ende: Millionenschäden und zwei Tote in Deutschland. (S. 20)

Zechen geschlossen: Nach dem zweiten Grubenunglück im Norden Taiwans innerhalb eines Monats sind zunächst alle Bergwerke geschlossen worden. Von den 125 verschütteten Bergleuten wurden bis gestern 102 tot geborgen. (S. 20)

Wetter: Im Norden bewölkt, nach Süden aufheiternd. 23 bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nürnberg zahlt nun doch halbe Milliarde Kurzarbeitergeld

Für mittelbar Streikbetroffene / Hessische Metall-Arbeitgeber klagen

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt aufgrund der Entscheidung hessischer Sozialgerichte während des Metallarbeiterstreiks rund eine halbe Milliarde Mark an Kurzarbeitergeld, obwohl die Gründe für diese Gerichtsentscheidungen nicht mehr bestehen. Die hessischen Metallarbeitgeber haben deshalb beim Sozialgericht in Frankfurt Antrag auf eine einstweilige Anordnung gestellt, um jene Entscheidungen aufheben zu lassen und damit unnötige Zahlungen zu vermeiden. Die Bundesanstalt dagegen will das möglicherweise mehrere Jahre dauernde Hauptverfahren durch alle Instanzen bis zum Bundessozialgericht abwarten.

Während des Metallerstreiks hatte der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, in einem Erlaß verfügt, daß an die mittelbar betroffenen Arbeitnehmer der Metallindustrie außerhalb der bestreikten Tarifgebieten kein Kurzarbeitergeld bezahlt werden dürfe. Er hatte sich dabei auf die im Arbeitsförderungsgesetz enthaltene strikte Neutralitätsanordnung gestützt, die Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld während eines Streiks dann verbietet, wenn diese Gelder geeignet sind, den Arbeitskampf zu beeinflussen. Die IG Metall klagte dagegen beim Sozialgericht Frankfurt und erwirkte eine später vom Landessozialgericht Hessen bestätigte Aussetzung des Franke-Erlasses. Begründet hatten beide Gerichte ihre Entscheidung mit dem Hiwneis auf die Gefahr, daß durch den Franke-Erlaß die Metall-Gewerkschaft in ihren Arbeitskampfmöglichkeiten beeinträchtigt werden könnte.

Diese Gründe seien nun nach dem Ende des Streiks nicht mehr gegeben, *argumentiert der Hauptgeschäftsführer* des Hessischen Arbeitgeberverbandes, Hubert Stadler. „Die Voraussetzungen, die zu diesen Entscheidungen geführt haben, daß nämlich die Arbeitskampfparität beeinträchtigt werden könnte, sind weggefallen", sagte er gegenüber der WELT. Da sein Verband als Beigeladener an dem damaligen Verfahren zwischen IG Metall und Bundesanstalt für Arbeit teilgenommen habe, bemühe er sich jetzt darum, „den Zustand wiederherzustellen, der ohne diese Schnellverfahren eingetreten wäre".

SEITE 2:
Volle Kassen

Präsident Franke war durch die einstweiligen Anordnungen der hessischen Gerichte trotz Aussetzung seines Erlassen nicht zur Zahlung verpflichtet worden; diesem Antrag der IG Metall wurde nicht stattgegeben. Die Entscheidung, das Kurzarbeitergeld für die mittelbar Streik-Betroffenen dennoch zu zahlen, war also politischer Natur. Insgesamt rechne man mit Aufwendungen von 475 bis 500 Millionen Mark, erklärte ein Sprecher der Bundesanstalt in Nürnberg auf Anfrage. Zwar wird unter „Vorbehalt" gezahlt, weil eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Franke-Erlasses im Hauptverfahren angestrebt wird; allerdings ist man sich auch in Nürnberg im Klaren, daß die jetzt gezahlten Gelder in vielleicht drei oder vier Jahren gegebenenfalls kaum noch von den Arbeitnehmern zurückgefordert werden können.

Für die Arbeitgeber gibt es noch zwei weitere Gründe, die Aufhebung der Entscheidungen zu fordern. Solange die Bundesanstalt nämlich Kurzarbeitergeld zahlt, solange müssen auch die Unternehmen den Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen abführen. Dies sind bei einer halben Milliarde Kurz-

● *Fortsetzung Seite 8*

Mondales Entschluß verblüfft die USA

Die New Yorker Abgeordnete Geraldine Ferraro soll seine Vizepräsidentin werden

TH. KIELINGER, **Washington**

Walter „Fritz" *Mondale, präsumtiver* Spitzenkandidat der Demokratischen Partei für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf, machte gestern politische Geschichte: Er berief eine Frau, Geraldine A. Ferraro, Kongreßabgeordnete aus New York, an seine Seite, als die Nummer zwei auf dem „ticket" der Demokraten, da*mit also als Vizepräsidentschaftskan*didatin seiner Wahl.

Diese Entscheidung war zwar am Morgen des Donnerstag noch nicht offiziell bestätigt, weil Mondale es sich vorbehielt, erst um 12 Uhr Ortszeit in St. Paul, der Hauptstadt seines Heimatstaats Minnesota, die Kandidatur bekanntzugeben. Doch erhielten alle Medien vorab die gewünschten deutlichen Hinweise, so daß die beliebten Morgenprogramme des nationalen Fernsehens von der Geschichte bereits wie von einem Fait accompli ausgingen und ein nach Millionen zählendes Publikum mit allen Aspekten der Nachricht versorgen konnten.

An der Lancierung der Meldung lag dem Mondale-Lager sehr viel, weil so die gesamte Nachrichtenlage, einschließlich dessen, was Präsident Reagan derzeit im Wahlkampf macht, vollkommen von der Sensation des Tages, der Wahl Frau Ferraros zum „running mate" Mondales überschattet wurde. In der Rechnung von Parteimanagern gilt ein gewonnener Fernsehmorgen bereits als Auftakt für die nächste erhoffte Gewinnrunde des Wahlkampfes.

Die Wahl Frau Ferraros bricht eine Schallmauer dessen, was politisch in den USA möglich ist: Zum erstenmal *erklimmt* eine Vertreterin der Mehrheit der amerikanischen Wähler, eine Frau, das wichtige Podest des potentiellen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten. Nach einer solchen Entscheidung hatten vor allem die amerikanischen Frauenorganisation gerufen; die Kampagne dieser Interessengruppen galt bereits als so stark, daß *man allgemein annahm, sie nehme* Mondale geradezu die Freiheit der Wahl: Er könne nun bestimmt keiner Frau den Platz Nummer zwei anbieten, weil das ganze Land behaupten werde, er habe der Frauen-Lobby nachgegeben.

Mondale behielt offenbar seinen eigenen Kopf in der Debatte. Die 48jährige Kongreßabgeordnete aus dem New Yorker Stadtteil Queens, Mutter dreier Kinder, Katholikin, verheiratet mit dem Immobilienmakler John Zaccaro, liefert ihm jene politischen Vorteile, die ein „runnig mate" anbieten können muß: Sie bildet die Brücke zu wichtigen Interessengrup*pen, in diesem Fall von zwölf Millio*nen Italo-Amerikanern, sie ist dazu als Frau für die 53 Prozent amerikanischer Nicht-Männer eine große Attraktion und kommt obendrein aus einem möglicherweise wahlentscheidenden Bundesstaat, New York.

Unter möglichen anderen Kandidaten für den „runnig mate" war vor allem Jesse Jackson, Mondales Kontrahent im Vorwahlkampf, zuletzt endgültig ausgeschieden. Mondale sah sich statt dessen gezwungen, zu Jacksons erratischen Zügen der letzten Wochen auf Distanz zu gehen. Damit riskiert er die Unterstützung vieler farbiger Wähler, versöhnt aber die ebenso wichtigen jüdisch-amerikanischen Wählerkreise.

VW: Rückschlag durch Arbeitskampf

Umsatzeinbußen von 2,8 Milliarden Mark / Hahn zu Dividende 1984: Große Skepsis

dos. **Wolfsburg**

Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagenwerk AG, Carl H. Hahn, hat nach dem Ende des Metall-Tarifkonflikts von einer Verpflichtung gesprochen, allen „an diesem Unternehmen Beteiligten" deutlich zu machen, „was für einen Rückschlag wir erlitten haben". Für die in der Wolfsburger Stadthalle versammelten 2700 Aktionäre war das Wasser auf die Diskussionsmühlen. Sie nämlich müssen davon ausgehen, daß die seit zwei Jahren andauernde Dividendenlosigkeit auch für 1984 gelten wird.

Die Umsatzeinbußen von rund 2,8 Milliarden DM, die der während des Streiks entstandenen Minderfertigung von 160 000 Fahrzeugen entsprechen, wirken sich mit rund 500 Millionen DM in er Ergebnisrechnung des VW-Konzerns aus. Dies veranlaßte Hahn zu der Aussage, er müsse für ein „ausschüttungsfähiges Jahresergebnis nach dem gegenwärtigen Stand große Skepsis anmelden".

Hahn sprach sich trotz aller Probleme für das Unternehmen nachdrücklich für die Tarifautonomie aus. Die Gestaltungsmöglichkeiten sollten aber *„von keiner Seite in Richtung* einer Verfeinerung von Streik- und Aussperrungsstrategien gesucht werden".

Breiten Raum widmete Hahn der Abgas-Problematik. VW setze sich dafür ein, daß den Vorschlägen der Europäischen Kommission der Vor*zug vor einem Alleingang der Bun*desrepublik gegeben wird, weil die großen EG-Partner – Frankreich, Italien und Großbritannien – technisch nicht in der Lage seien, schon von 1986 an Katalysatorfahrzeuge anzubieten. Zudem mangele es auch in der Bundesrepublik an einem flächendeckenden Tankstellennetz für unverbleites Benzin.

SEITE 11:
Auch 1984 keine Dividende

Hahn sprach sich gegen die Subventionierung von umweltfreundlichen Fahrzeugen oder finanzielle Anreize für den Einsatz von Katalysatoren aus.

Die europäische Industrie brauche in dieser zentralen Frage einen europäischen Standard. Die Kosten einer zweigleisigen Entwicklung für einen Europa-Standard, der für 1989 und 1995 vorgesehen ist, seien nicht logisch. Sie sollten auch deshalb nicht verursacht werden, weil die begrenzten Ressourcen ausgewogenen und längerfristigen Zielsetzungen dienen müßten.

Diese Meinung der deutschen Automobilindustrie baue auf den Erfahrungen auf, in den USA und Japan – beides Länder, in denen eine von deutschen Ingenieuren und der deutschen Automobilindustrie entwickelte Katalysator-Technik seit 1973 eingeführt wurde.

Der Einkauf mit dem Mikro-Chip

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Was einige zehntausend Franzosen schon seit 1982 ausprobieren dürfen, kommt in absehbarer Zeit auch auf *den deutschen Verbraucher zu:* die Möglichkeit, seine täglichen Einkäufe oder auch Telefonate mit einer Plastikkarte (im gewohnten Scheckkartenformat) zu „bezahlen", in die ein kleiner Mikrochip als „Gedächtnis" eingebettet ist.

Eine Rahmenvereinbarung über gemeinsame Labor- und später Feldversuche mit solchen Chipkarten wurde jetzt zwischen der Bundespost und der Gesellschaft für Zahlungssysteme (GZS) in Frankfurt abgeschlossen. Die CZS ist ein Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Kreditwirtschaft, das sich mit der Organisation des bargeldlosen Zahlungsverkehrs *und in diesem Zusammenhang* auch mit verschiedenen Zukunftsprojekten beschäftigt.

Die Gemeinschaftsversuche sollen nach den Vorstellungen der Partner im nächsten Jahr beginnen und 1986 auf eine breitere Basis gestellt werden. Sie dienen nicht nur dazu, herauszufinden, welche Fähigkeiten dem Chip überhaupt mitzugeben sind und wie die technischen Abläufe zu gestalten sind.

Letztlich dreht sich alles auch darum, zu einer internationalen Normierung zu kommen, damit das System auch über die Grenzen hinweg funktionieren kann – nur so wäre es gegenüber den Kreditkarten-Angeboten konkurrenzfähig. Um hier den Überblick zu behalten, haben sich die deutschen Kreditinstitute bereits an der französischen „International Association for Microcircuit Cards" beteiligt, die die Versuche im Nachbarland begleitet.

Vorerst aber halten die deutschen Banken und Sparkassen noch an der bewährten Euroscheck-Karte fest, die immerhin bei 17,5 Millionen Bürgern im Einsatz ist. Auch sie ist mit einem Speicher in Gestalt eines Magnetstreifens ausgestattet, und sie ist die Basis der GZS-Versuche bei Geschäften und Tankstellen, die derzeit schon in München und ab Anfang 1985 auch im Rhein-Main-Gebiet laufen.

Doch es steht außer Frage, daß auf längere Sicht die Chips-Konkurrenz die größeren Vorteile bietet. Sie ist im Gegensatz zum Magnetstreifen nicht so anfällig gegen äußere Einflüsse (Magnetfelder), und sie bietet eine ungleich höhere Kapazität. So lassen sich nicht nur Kontostand, persönliche Daten und Sicherheitscodes darauf festhalten, sondern zusätzlich auch ein „Telefoneinheiten-Konto" oder Zugangsdaten zu bestimmten Bereichen des Bildschirmtextsystems.

DER KOMMENTAR

Ins Rennen

THOMAS KIELINGER

Der Sprecher des amerikanischen Abgeordnetenhauses pflegt scherzhaft zu behaupten, man verwechsle die Dame stets mit einem italienischen Sportwagen. Geraldine A. Ferraro, die aus Reverenz für ihre Mutter den Mädchennamen behalten hat, könnte diesen Scherz noch einmal in tiefere politische Bedeutung verwandeln – wenn sie als Running Mate, als die Nummer Zwei an der Seite Walter Mondales den Wahlkampf der Demokraten auf ein gewinnträchtiges Tempo bringt.

Mondale hat mit seinem Schritt ein politisches Spiel in Bewegung gebracht, für das es in den Vereinigten Staaten kein Beispiel gibt. Zum erstenmal in der Geschichte des Landes ist eine Frau an die Spitze des Kandidaten-„Tickets" einer Partei vorgestoßen. Man muß das so sehen, wie es gesehen zu werden verdient: als Risiko, das die amerikanische Toleranz für Innovationen, für politische Durchbrüche scharf herausfordert.

Die Situation erinnert an das Jahr 1960, als das damals unmöglich erscheinende geschah: Ein Katholik, John F. Kennedy, trat als Spitzenkandidat seiner Demokratischen Partei vor die Wähler. Geraldine Ferraro ist eine Frau und Katholikin zugleich. Man sieht, wie die Magma der Veränderung die nächste historische Etappe erreicht hat, die neue Probe, die einmal kommen mußte.

Ebenso viele Wähler, wie sich angezogen fühlen, können jetzt Zweifel bekommen. Denn die Nummer zwei ist im Falle des Sieges potentiell immer auch Nummer eins. Ein Fünftel aller Vizepräsidenten der USA wurde *durch die Umstände des* Schicksals Präsident. Also steht Frau Ferraro vor der einzigen Frage, die zählt: Könnte sie sich den Sowjets gegenüber behaupten – in der Führung des Westens, der Weltmacht USA, in Verhandlungen über ballistische Raketen und Weltraumwaffen?

Experimente sind schon immer das Lebenselexier der amerikanischen Nation gewesen. Das jetzt angesetzte Experiment wird das Land, wird die Welt mit großer Neugier verfolgen. Frauen bilden heute die Mehrheit aller Amerikaner, genau gesagt 53 Prozent. Sie haben den Weg an die Spitze in allen Bereichen des Lebens zurückgelegt – die Politik ausgenommen. Das Rennen ist eröffnet, Mrs. Ferraro.

Olympia: Steckt Moskau hinter Drohbriefen?

DW. **Bonn**

Eine „Desinformations-Kampagne", die möglicherweise von der Sowjetunion ausgehe, vermutet der Sprecher des US-Außenministeriums, Allan Romberg, hinter den Drohbriefen rassistischen Inhalts, die in den vergangenen Tagen an die Nationalen Olympischen Komitees von Malaysia, Südkorea, Sri Lanka und Zimbabwe aus den USA adressiert worden sind. Die Briefe waren teilweise mit Symbolen des berüchtigten Ku Klux Klan unterzeichnet.

Ausdrucksweise und Grammatik des Briefes an das NOK von Zimbabwe, der der US-Regierung im Original vorliege, ließen den Schluß zu, der Brief sei nicht von einem Amerikaner geschrieben worden. So habe der Verfasser bei der Unterschrift „Ku Klux Klan" in völlig unüblicher Weise einen Bindestrich gesetzt. Die Briefe paßten genau in das Bild, das die UdSSR von den am 28. Juli beginnenden Olympischen Spielen in Los Angeles verbreiten wolle: daß die Teilnehmer von US-Extremisten bedroht würden und ihre Sicherheit nicht gewährleistet sei.

In einer ungewöhnlich raschen Stellungnahme hat die amtliche Nachrichtenagentur Tass gestern die Äußerungen Rombergs scharf kritisiert. „Das offizielle Washington hat eine unverzeihliche anti-sowjetische Lüge als Staatspolitik verbreitet." Das US-Präsidialamt arbeite mit dem Ku Klux Klan zusammen, um seine anti-olympischen Tätigkeiten mit Verleumdungen und Lügen gegen die UdSSR zu verdecken, hieß es bei Tass.

MfS-Offizier spähte Bonns Vertretung aus

DW. **Bonn / Berlin**

Die „DDR" hat in den vergangenen Wochen einen „agent provocateur" in die Ständige Vertretung geschleust, um die Behandlung dieser „DDR"-Bewohner und das für sie in Gang gesetzte Verfahren auszuspähen. Es handelt sich um einen angeblich 1982 aus dem Dienst geschiedenen Hauptmann der Reserve, einen der drei von der Bundesregierung mehrfach erwähnten „Problemfälle".

Westliche Dienste entdeckten den Namen des Hauptmanns auf einer Liste von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Mann jedoch bereits seit längerem im Gebäude der Vertretung und sprach dort auch mit anderen, tatsächlichen Flüchtlingen. Der Stasi-Agent untersteht der „Hauptabteilung I", einer Außenstelle des Ministeriums in Berlin-Baumschulenweg. Ihr obliegt die „Sicherung" der „Nationalen Volksarmee" (NVA) und der Grenztruppen der „DDR", und sie besteht aus den fünf Referaten „Land", „See", „Luft", „Stäbe" und „Grenzaufklärung feindwärts".

Der angebliche Reserve-Hauptmann gehörte als Mitarbeiter zur sogenannten „Linie 1", in der Stasi-Angehörige in allen NVA-Waffengattungen als „Offiziere im besonderen Einsatz" tätig sind. Sie fungieren in der Regel als Stellvertreter des Kommandeurs ihrer Einheit und verfügen über ein eigenes Informationssystem. Dabei bedienen sich die Stasi-Offiziere sogenannter „IM" – inoffizieller Mitarbeiter unter Soldaten und Offizieren.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Volle Kassen

Von Günther Bading

Runde drei Milliarden Mark an Überschüssen soll die Bundesanstalt für Arbeit in der Kasse haben. Das weckt Begehrlichkeiten bei den Politikern, für die es nichts Schöneres zu geben scheint, als Gelder zu verteilen. Gut ankommen mögen die jetzt vorgetragenen Pläne in der Öffentlichkeit allesamt, ob man nun für die Senkung der Beitragssätze eintritt – was wäre natürlicher beim Überschuß einer nicht profitorientierten Versicherung? – oder ob man dagegen für eine Ausweitung der Leistung an den Einzelnen ist. Volle Kassen scheinen das Regieren leicht zu machen; in Bonn, aber auch in der selbstverwalteten Bundesanstalt selber.

Der Schein kann trügen. Der Präsident der Anstalt, Heinrich Franke, hatte sich seine Entscheidung über die Gewährung oder Aussetzung von Kurzarbeitergeld an nur mittelbar Streikbetroffene während des erbitterten Metall-Arbeitskampfes eher schwer gemacht. Er hat nach langem Abwägen entschieden, daß der Grundsatz der Neutralität im Arbeitskampf zu gelten habe, weil die Gewährung von Kurzarbeitergeld seine Verwaltung sonst zur Streik-Ersatzkasse der kämpfenden Metaller-Gewerkschaft gemacht hätte. Erst nach dem Spruch des hessischen Landessozialgerichts, das Frankes Erlaß im Schnellverfahren aussetzte, ihn allerdings – gegen den Antrag der klagenden Gewerkschaft – nicht zur Zahlung der umstrittenen Geldbeträge verpflichtete, gab Franke dem Drängen von IG Metall, DGB und allen politischen Trittbrettfahrern des Arbeitskampfes von SPD bis Grün nach. Er entschied - ohne Zwang, also politisch – um der Befriedung des Arbeitslebens außerhalb der Streikgebiete willen: Es wird bezahlt.

Im Grundsatz hält Franke diese Entscheidung freilich für falsch. Und er läßt dies auch im inzwischen anlaufenden Hauptverfahren vertreten. Warum zahlt er trotzdem? Befriedung aufgebrachter Gewerkschaftergemüter ist sicherlich ein erstrebenswertes Ziel. Aber darf man Grundsatzentscheidungen deshalb zurückstellen? Die Metall-Arbeitgeber wollen die Schnell-Schüsse der hessischen Sozialgerichte jetzt repariert sehen. Präsident Franke, oder sein Dienstherr im Bonner Sozialministerium, sollten sich zumindest anschließen – auch wenn der Milliarden-Überschuß die Zahlungen leicht macht.

Kein Wald-Rabatt

Von Dankwart Guratzsch

Kaum ist das Wort von den 5000 Mark Mehraufwand, die ein umweltfreundliches Auto verursachen würde, dem Sprecher des Verbandes der Automobilindustrie aus dem Munde gefahren, da möchte er es am liebsten wieder verschlucken. Nicht nur das Umweltbundesamt ist ihm in die Parade gefahren *und hat eine Gegenrechnung von lediglich* 500 bis 700 Mark aufgemacht. Auch der von der heimischen Wirtschaft beim Stichwort Umweltschutz so nachdrücklich apostrophierte Markt hat reagiert. Die Japaner signalisierten nämlich prompt, das Umweltauto könnten die Deutschen billiger haben. Japans Hersteller wollten nur 400 bis höchstens 1500 Mark Aufpreis.

Es wird manchen geben, der sich jetzt schadenfroh die Hände reibt. Aber dem deutschen Arbeitnehmer, der deutschen Wirtschaft insgesamt kann es nicht gleichgültig sein, wenn unsere eigene Industrie ihre Wettbewerbsinteressen derart tolpatschig vertritt.

Denn diese Konkurrenz kann kein Politiker mehr entschärfen. Die Eckdaten für die Abgaswerte setzt nämlich nicht die Bundesregierung und auch nicht der Bundestag, die setzt der Wald. Wenn der kahl ist – Forstbotaniker sprechen von einer Frist von wenigen Jahren – gerät in den westlichen Ländern mehr als nur das Weltbild der Automobilbranche ins Wanken.

Der politische Druck, der von den Vorboten dieser Entwicklung ausgeht, ist in den südlichen Bundesländern am größten. Bayern und Hessen haben ostentativ angekündigt, daß sie heute im Bundesrat einer Gesetzesinitiative Baden-Württembergs zustimmen werden, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, die geplanten verschärften Grenzwerte für abgasgereinigte Neufahrzeuge verbindlich für den 1. Januar 1986 voruzschreiben – notfalls auch im nationalen Alleingang gegenüber allen anderen EG-Staaten.

Der Entscheidungsspielraum der Ländervertreter ist gering. *Ein Zurückweichen der Bundesregierung hinter die ursprüng*lichen Pläne würde nicht nur einen außenpolitischen, sondern auch einen innenpolitischen Gesichtsverlust ohnegleichen bedenken. Die volkswirtschaftlichen Folgekosten wären unbezahlbar. Die Natur gibt keine Rabatte.

Die Dämme brechen

Von Peter M. Ranke

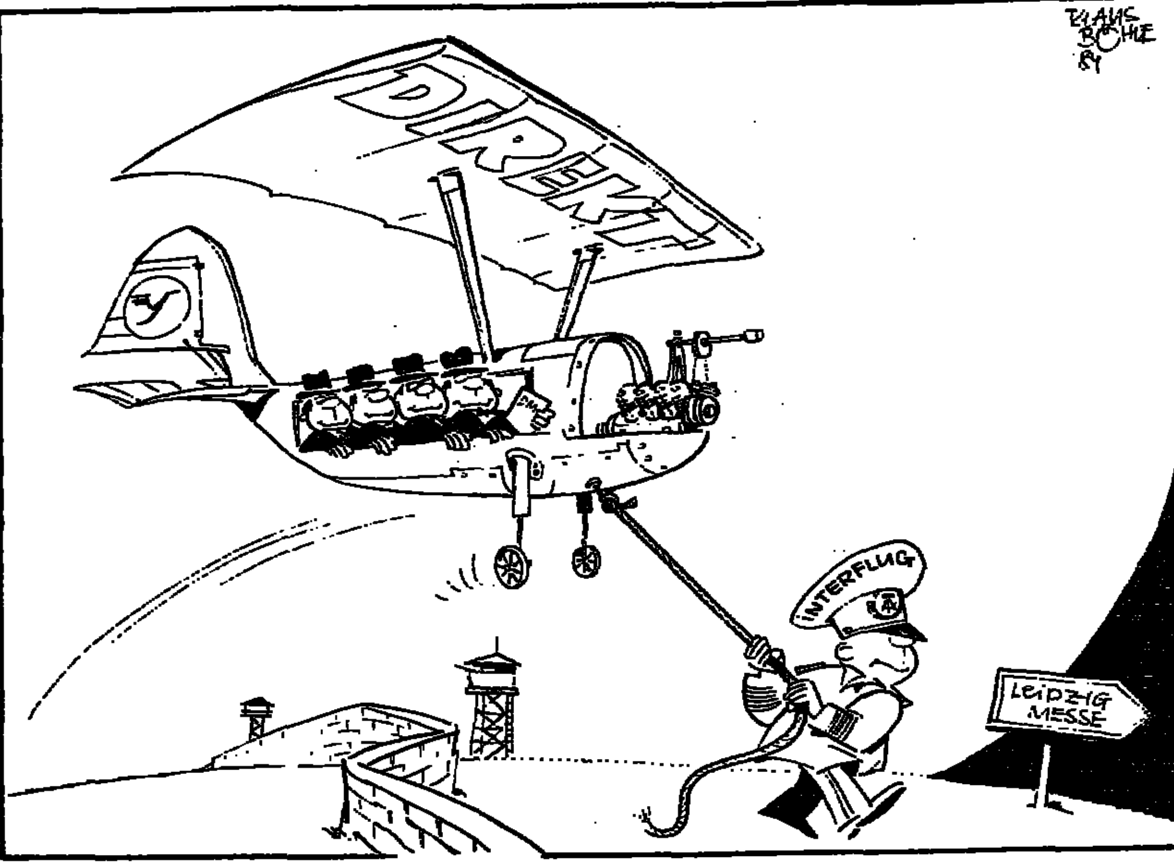
Als der Prophet Mohammed vor 1300 Jahren vier Frauen nahm und dies auch seinen Anhängern erlaubte, hatte das einen Sinn. Die Wüstengesellschaft Arabiens brauchte Kinder, und der Islam brauchte Kämpfer für den Heiligen Krieg. Wenn heute die Scheichs und die einflußreiche Moslem-Bruderschaft in Ägypten auf den Propheten verweisen und gegen Geburtenkontrolle wettern, so fordert das seinen Preis.

Wenn Ägypten nur 30 Millionen Einwohner zählte wie 1960, so wäre es ein reiches Land. Aber längst sind am Nil die Dämme gegen die Menschenflut gebrochen. Die Bevölkerung hat 47 Millionen überschritten. Alle acht Monate kommen eine Million Kinder dazu. Allein in Kairo, so schätzt man, leben zehn bis zwölf Millionen Menschen.

Präsident Mubarak weiß, daß die Überbevölkerung das Hauptproblem des Landes ist. Aber die Maßnahmen für eine Geburtenkontrolle, die Propaganda für die Zwei-Kinder-Ehe, für die auch Bonn fünf Millionen Mark jährlich beisteuert, bleiben fast wirkungslos, vor allem natürlich auf dem Land und in den Slums der großen Städte. Sie laufen sich fest am orthodoxen Islam und an der eingewurzelten Fellachen-Überzeugung, daß viele Kinder die beste Altersversicherung seien.

Keine Regierung eines Entwicklungslandes kann jährlich für eine Million heranwachsende Menschen genug Schulen, Ausbildungsplätze und Arbeit bereitstellen. Die Wohnungsnot in Ägypten ist bereits katastrophal, als „Schlüsselgeld" (nicht *Eigentum) für Neu*bauwohungen werden zwischen sechzigtausend und eine halbe Million Mark verlangt. In den überfüllten Vorstadt-Slums dagegen kostet ein Zimmer für acht Personen zehn Mark. Schon hausen Familien unter Brücken, in Hausfluren, auf Kähnen am Nilufer. Generationen wachsen ohne Hoffnung auf ein bißchen „Lebensqualität" heran.

Diese ägyptischen Plagen sind kein Erbe der Kolonialzeit, keine Folge „imperialistischer Aggression". Im Gegenteil: Wenn nicht Amerika und Westeuropa jährlich für über eine Milliarde Dollar Nahrungsmittel schenken würden, herrschte am Nil schon Hungersnot. Keine Regierung in Kairo darf diese Hilfe durch außenpolitische Abenteuer gefährden.



Innerdeutsche Aerodynamik KLAUS BÖHLE

Mittel oder Mittelmaß

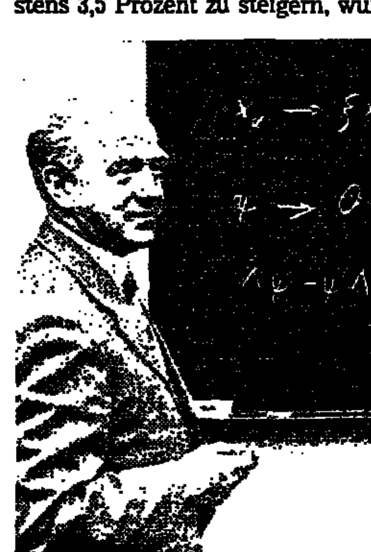
Von Peter Philipps

Der Ruf nach Spitzenforschung und Elite ist wohlfeil im Land der Dichter und Denker, das einstmals Heimat unzähliger Wissenschafts-Titanen und Nobelpreisträger war. Es ist auch unbestritten, daß eklatante Fehler in der Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik sowie mangelnde Risikobereitschaft im unternehmerischen Bereich während der vergangenen Jahre und Jahrzehnte uns heute in vielen Bereichen Mühe machen, den Anschluß an das *internationale Top-Niveau zu* halten, partiell sogar Mühe, diesen Anschluß wiederzugewinnen. Während vor allem die Japaner vorführen, wie man mit dem, was einstmals „deutsche Gründlichkeit" hieß, nämlich mit voller Konzentration auf das Wesentliche, an die Spitze kommt, konterkarieren hier kameralistische Rotstift-Artisten das Unterfangen.

Zwar schlagen sich Politiker voller Lob auf die eigenen Schultern, daß die Bundesrepublik mit ihren Forschungsausgaben an der Spitze in der Welt stehe, doch das Ergebnis ist den Aufwand nicht wert. Dies liegt unter anderem daran, daß es wegen der desolaten Stellensituation im Hochschulbereich keine Perspektiven gibt. Vor allem die Besten wandern gleich nach dem Examen ab, das Mittelmaß bleibt. Der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Theodor Berchem, hat erst dieser Tage wieder – unisono mit dem scheidenden Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Reimar Lüst, und dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Eugen Seibold , – geklagt, daß man in eine „Autodynamik der Dekadenz" geraten sei. Mit „Schnödigkeit und Zynismus" rasierten die Finanzminister jegliche Berufschancen für hervorragende Nachwuchswissen*schaftler weg, „während alle Welt* nach Spitzenleistungen und Nobelpreisen schreit". Oder, um es mit Seibolds Worten zu sagen: Es besteht die Gefahr, daß „in unserem Jahrzehnt viele der besten Nachwuchsforscher den Universitäten" verlorengehen, daß „wir uns in den neunziger Jahren zum zweiten Mal nach den siebzigern mit der zweiten Wahl zufrieden geben müssen".

Alle Regierungschefs von Bund und Ländern hatten einst die Öffnung der Hochschulen auf ihr Panier geschrieben, sie 1977 noch einmal bestätigt. Niemand hat bis heute widerrufen, auch weil übereinstimmend die Auffassung besteht, daß – Vorbild USA und Vorbild Japan – sich aus der breiten Masse akademischen Nachwuchses noch gezielter die Spitze herausdestillieren läßt. Die Bundesregierung hat gerade im jetzt verabschiedeten Etat-Entwurf für 1985 dieses Prinzip fortgeschrieben und trotz schmaler gewordener Kasse ihren Teil dazu angeboten. Doch in den Ländern haben offensichtlich die Finanzminister mehr zu bestimmen als der Rest des Kabinetts.

Mit restriktiver Stellenpolitik vor allem für den akademischen Mittelbau ist der Zugang zur Forschung verstopft worden. Es gibt nicht wenige promovierte und habilitierte Wissenschaftler, die auf der Straße stehen, weil sie trotz unbestrittener Qualifikation keine Betätigung finden. Entgegen den Minimalforderungen der Kultus*minister im „5.Folgebericht" sollen* die Hochschulen überdies die ihnen von den Politikern auferlegten Lasten u. a. dadurch verkraften, daß die Professoren mehr Zeit für die Lehre aufwenden – auf Kosten ihrer Forschungszeit. Das Angebot des Bundes, die gemeinsam finanzierten Etats von Deutscher Forschungsgemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft um mindestens 3,5 Prozent zu steigern, wurde abgelehnt, die Meßlatte auf drei Prozent hinuntergeschraubt – obwohl mindestens vier Prozent jährliches Etat-Wachstum allein zur Bestandssicherung notwendig wären. Die dem Bund selbstbewußt als „Ländersache" abgenommene Verantwortung für die finanzielle Förderung von hochbegabten Schülern und Graduierten ist entweder noch nicht in Gang gekommen oder zu uninteressanten Größen degeneriert.



Talfahrt, aber nicht ins Silicon Valley: Nobelpreisträger Werner Heisenberg (1901 bis 1976) FOTO: DIE WELT

Erforderlich sind – gegen den Widerstand der Länder-Kassenwarte – vier Schritte: Erstens muß der leistungs- und qualitätssteigernde Wettbewerb im universitären Bereich entsprechend den Vorstellungen der Bundesregierung zügig in die Tat umgesetzt werden, was mehr Autonomie der Hochschulen im Stellenplan- und Haushaltsbereich erfordert, auch mehr Selbstverantwortung für die Einwerbung und Verwendung von Mitteln. Zweitens müssen neue Möglichkeiten für begabten Wissenschaftsnachwuchs geschaffen werden. Wer nach seinem Examen ein gutes Angebot aus der Wirtschaft erhält, kann ja von den Universitäten nur gehalten werden, wenn man ihm Forschungs- und – ganz profan – Einkommensmöglichkeiten bietet. Die Nicht-Ausschöpfung des Heisenberg-Programms über Jahre ist ein Indiz dafür, daß dies schon seit längerem nicht mehr der Fall ist. Das Spektrum der Möglichkeiten könnte von langfristigen Zeitverträgen über Stiftungs-Lehrstühle bis zu „Vorruhestandsregelungen" für ältere Professoren reichen. Drittens müssen Mittel und Wege gefunden werden, um anerkannte Wissenschaftsorganistionen wie Max-Planck-Gesellschaft und Deutsche *Forschungsgemeinschaft so auszu*statten, daß sie auch die Ansprüche erfüllen können, die sie selbst an sich stellen. Und viertens muß in Unternehmen und von Banken ein Klima geschaffen werden, das die Bereitschaft zum Risiko fördert, sich mit geliehenem Kapital und guten Forschungsideen selbständig zu machen.

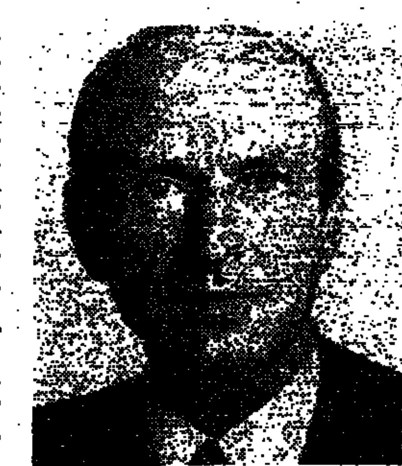
Wir werden andernfalls eine Talfahrt erleben, die nicht im Silicon Valley endet.

IM GESPRÄCH R. von Pachelbel

Notfalls per Strickleiter

Von Evi Keil

Die Botschafterposten, die Rüdiger von Pachelbel bisher im Auswärtigen Amt erhielt, hatten eins gemeinsam: Unter den Füßen des Diplomaten war stets der Boden heiß. Als von Pachelbel, demnächst in Athen, 1975 Botschafter in Libanon wurde, überzog Krieg das Land. Der einstmals beste Tänzer von Bonn war beweglich genug, bei Raketenfeuer die deutsche Botschaft in Beirut auch über eine Strickleiter zu verlassen. Über einen Botschafter, der mit der täglichen *Todesgefahr leben muß*, meinte der damalige AA-Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski, der Junggeselle von Pachelbel sei „dort der richtige Mann". Im Falle eines Falles spare das AA die Witwenrente.



An heißes Pflaster gewöhnt: Rüdiger von Pachelbel, Bonns neuer Botschafter in Athen FOTO: DIE WELT

Der Botschafterposten in Äthiopien 1979 führte Pachelbel in einen Staat, der von nachrevolutionären Wirren gekennzeichnet ist und in dem latenter Bürgerkrieg herrscht. Der Bonner Diplomat beobachtete ein System, dessen Anlehnung an Moskau in den letzten fünf Jahren irreversibel geworden ist. Für den neuen Posten Pachelbels in Athen wünschen ihm seine Freunde endlich mal „olympische Ruhe", obwohl der hitzige Papandreou das nicht eben erwarten läßt.

Der Botschafter, Sproß eines liberal eingestellten Hauses, das Beamte, Diplomaten und Offiziere hervor*brachte, kam 1926 in Berlin zur* Welt. Die eigentliche Heimat ist Pommern, wo die Familie 1945 mit Pferd und Wagen das Gut Nehringen verlassen mußte. Die Russen kamen. Später studierte von Pachelbel Jura, zunächst in Hamburg, dann in Oxford. Er war nach dem Krieg der erste deutsche Student in Oxford. Nach England hatte es ihn zunächst „zum Kartoffelsammeln" gezogen. Freunde mit guten Beziehungen sorgten für einen Studienplatz. Später in Harvard erwarb sich Pachelbel den Magister der Rechte. Zwei deutsche Botschafter in London, von Herwarth und von Etzdorf, beschäftigten ihn in ihrer Presseabteilung. Nach Posten in Lagos und Rom holte sich Außenminister Walter Scheel von Pachelbel 1972 als Sprecher in das AA.

Der Name Pachelbel weckt noch andere Assoziationen. „Hört, Bürgermeister, wie ist Euer Name?" „Pachelbel, mein erlauchter Fürst." *Schiller in Wallensteins Tod* beschrieb diese Szene. Es ist das Gespräch zwischen Wallenstein, dem berühmtesten Feldherrn des 30jährigen Krieges, und dem Führer der protestantischen Sache in Eger, dem Bürgermeister Pachelbel. Dieser hatte Wallenstein 1634 sein Bürgermeisterhaus als Quartier angeboten. Hier erdolchte der französische Hauptmann Deveroux Wallenstein. Das Haus ist heute Stadtmuseum von Eger. Ein anderer Vorfahr, Urgroßonkel Fürst Pückler-Muskau, hat nicht nur dem Pückler-Eis seinen Namen gegeben. *Dieser ritzte auch seine* Initialen in die Brust von Ramses II in Abu Simbel ein. Als Pachelbel junger Botschaftsrat in Kairo war, besichtigte er die „kalligraphische Kulturschande". Musikfreunde wissen, daß Johann Pachelbel (1653–1707) sechs Jahre Lehrmeister von Johann Sebastian Bach war und zu den bedeutendsten vorbachschen Orgelkomponisten gehört.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu Wörners Besuch in den USA heißt es hier:

Besuche aus Bonn in Washington sind nicht mehr das, was sie einst waren – eine Demonstration ungetrübter Harmonie zwischen zwei Bündnispartnern. Wohl niemand weiß das zur Zeit besser als Manfred Wörner, der mit leichtem Geldbeutel und deshalb schweren Herzens in die Staaten reist, in der sicheren Erwartung, daß es neue Auseinandersetzungen mit den Amerikanern um den deutschen Verteidigungsbeitrag geben wird. Und der Minister kann davon ausgehen, daß sich bei dieser Gelegenheit auch etwas von dem Unmut über ihn entlädt, den das Streben der Europäer nach mehr Eigenständigkeit in der westlichen Allianz auf der anderen Seite des Atlantik erzeugt hat. Wörners Mission ist äußerst schwierig. Sein wiederholtes Drängen auf eine ausgewogene Zusammenarbeit bei der Entwicklung und beim Bau von Rüstungsgütern, sein Nein zu den amerikanischen Forderungen nach drastischer Erhöhung der Mittel für das NATO-Infrastrukturprogramm und zu guter Letzt der Entwurf für den nationalen Verteidigungsetat 1985 bergen soviel Zündstoff, daß der Streit programmiert ist. Wie brenzlig sich die Lage zur Zeit darstellt, hat der jüngste Vorstoß des Senators Nunn gezeigt, durch Androhung eines Teilabzuges der US-Truppen aus Europa mehr Geld zu erpressen. Zwar ist er gescheitert – aber nur mit knapper Mehrheit. Nunn wird seine Forderung wieder auf den Tisch bringen, wenn sich die Bündnispartner nicht fügen, und dann, das hat auch Wörner eingeräumt, ist das *Abstimmungsergebnis ungewiß*.

Schwäbische Zeitung

Das in Leutkirch herausgegebene Blatt schreibt zum Besuch des italienischen Regierungschefs Craxi in der „DDR":

Die Gesichter der offiziellen der DDR wurden etwas lang, als ihr Staatsgast Craxi in Ost-Berlin unverblümt darauf hinwies, daß neben den Mauern des Argwohns und des Mißtrauens auch noch andere – und gerade in dieser Stadt sichtbare – Mauern abgebaut werden müßten. So klar und vor aller Öffentlichkeit hatte das bisher dort noch kein Staatsbesucher gesagt. Doch der Schock hat nur kurze Zeit angehalten: Wer über Presse und Funk verfügt, kann unliebsame Dinge einfach unterschlagen. Was dem großen Bruder in Moskau zum Beispiel bei Mitterrands kürzlicher Moskau-Reise über die SS 20 recht war, konnte den SED-Freunden nur billig sein. Und überdies: Der Prestigegewinn durch die sich häufenden politischen Besucher aus dem Westen wiegt unangenehme Worte mehr als auf. Wenn dann noch hinzukommt, daß westliche *Regierungschefs* die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten als von „ungeheurem Wert für Europa" und den Frieden loben, könnte man sogar noch offenere Worte wegstecken.

Bonn, Moskau und das Dauerthema Berlin-Klausel

Was die Sowjets unter „strikter Einhaltung und voller Anwendung" verstehen / Von Bernt Conrad

Im Mai 1973 hatten Bonn und Moskau in aller Form den gemeinsamen Willen bekundet, baldmöglichst ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abzuschließen. Elf Jahre lang ist diese Absicht an der Weigerung der Sowjets gescheitert, West-Berlin in befriedigender Wei*se in den geplanten Austausch ein*zubeziehen. Nun scheint endlich eine reale Chance zu bestehen, das Abkommen doch noch unter Dach und Fach zu bringen – allerdings nicht ganz in der Form, die Bonn vorgeschwebt hatte. Das Ganze ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, welche Hindernisse Moskau immer wieder der 1973 von Leonid Breschnew bei seinem ersten Bonn-Besuch verbrieften „strikten Einhaltung und vollen Anwendung" des Berlin-Abkommens in den Weg legt.

Vor einem Jahrzehnt glaubte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt noch zuversichtlich, daß die mit den Sowjets ausgehandelte Frank-Falin-Formel – „Entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. 9. 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt" – den Einschluß Berlins in deutsch-sowjetische Vereinbarungen ein für allemal regeln würde. Diese Formel stand auch in dem am 19. 5. 1973 in Bonn unterzeichneten Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit, das in Artikel 12 den Abschluß von Zweijahresprogrammen für den Kulturaustausch vorsah. Doch bisher ist kein einziges dieser Programme zustande gekommen, weil die Sowjets trotz der Frank-Falin-Formel darauf bestanden, daß beispielsweise der deutsche Botschafter in Moskau bei einem Besuch der Berliner Philharmoniker nicht zur Begrüßung auf dem Flugplatz erscheinen und das Orchester seinerseits nicht einer Einladung des Botschafters folgen dürfte. Da wur*de der Berlin-Starrsinn zur Grotes*ke.

In dem unterzeichneten Kulturabkommen war auch eine Ankündigung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit enthalten. Aber die Verhandlungen darüber liefen sich schnell an der Weigerung Moskaus fest, in Berlin ansässige Bundesinstitute, wie das Bundesgesundheitsamt, das Robert-Koch-Institut, das Deutsche Archäologische Institut, das Bundeskartellamt, das Bundesamt für Materialprüfung, die Physikalisch-Technische Anstalt und das Umweltbundesamt, zu berücksichtigen.

Der damalige Kanzleramtsminister Egon Bahr unternahm 1974 in Moskau den Versuch, das Problem mit einem Formelkompromiß zu umgehen. Doch die von ihm aus der Sowjethauptstadt mitgebrachte Protokollnotiz kam dem sowjetischen Rechtsstandpunkt so weit entgegen, daß Sachkenner eine Unterminierung der Bindungen West-Berlins an den Bund und der Außenvertretung der Stadt be*fürchteten. Es gab Widerstand im* Bundestag, im AA und in der Regierung. Schließlich legte das neugebildete Kabinett Schmidt/Genscher das Papier zu den Akten. „Wir können doch nicht unsere eigenen Bundesinstitutionen in Berlin verleugnen, die von den Westmächten genehmigt worden sind und mit dem Viermächteabkommen in Einklang stehen", stellte damals ein maßgeblicher Bonner Diplomat fest. Staatssekretär Günther van Well belegte die Forderung, Moskau solle endlich die Realitäten in West-Berlin akzeptieren, 1976 in einem vielbeachteten Aufsatz mit klaren juristischen und politischen Argumenten.

Trotz immer wieder aufflackernder Hoffnungen gelang eine Einigung über das wissenschaftlich-technische Abkommen ebensowenig wie über ein kulturelles Austauschprogramm und das gleichfalls 1973 in Aussicht gestellte Rechtshilfeabkommen. Dabei hatte sich die Bundesregierung mittlerweile – nach Überwindung von Bedenken des Berliner Senats – be*reit erklärt, auf eine ausdrückliche* Einbeziehung der Berliner Bundesinstitute zugunsten einer „personalisierten Lösung" zu verzichten. Doch auch hier spielten die Sowjets nicht mit. Nach dem zweiten Breschnew-Besuch am Rhein schließlich, im Mai 1978, meinte Bundeskanzler Helmut Schmidt, jetzt komme es darauf an, „gemeinsame Maßstäbe" für die Verwirklichung der noch einmal bekräftigten Absprache über eine „strikte Einhaltung und volle Anwendung" des Viermächteab*kommens zu fin*den. Die Suche dauert noch an.

Fünf Jahre später brachte Bundeskanzler Helmut Kohl die Dinge in Bewegung, indem er mit Jurij Andropow in Moskau neue Verhandlungen über das wissenschaftlich-technische Abkommen vereinbarte. Dabei *scheinen die* Experten, wie Bundesaußenminister Genscher „ermutigt" konstatierte, tatsächlich vorangekommen zu sein. Offenbar zeichnet sich jetzt eine etwas komplizierte Lösung ab, die das Grundproblem ausklammert, aber durch die praktische *Einbeziehung einzelner* Wissenschaftler in Spezialprogramme das Potential der Berliner Bundesinstitute berücksichtigt. Das ist pragmatisch, aber keineswegs ideal.

WIE WAR DAS?

Als die Fluglotsen monatelang „bummelten"

Von GÜNTHER BADING

Die Schlagzeilen im Sommer 1973 kündeten von Gefahr: Tausende von Urlaubern „gestrandet", Rettungsflüge verzögert – und das alles nicht im für seine Streik-Wirren vor gut einem Jahrzehnt bekannten Italien, sondern auf wohlorganisierten, blitzsauberen deutschen Flughäfen. Vom 31. Mai bis zum 23. November 1973 hielten rund 1200 der etwa 2000 im Verband Deutscher Flugleiter (VDF) zusammengeschlossenen Fluglotsen die fliegende Bevölkerung in Schach. Insgesamt 56 000 Starts und Landungen fielen aus. Rund 80 000 Flüge konnten nur mit – oft stundenlanger – Verspätung abgefertigt werden.

Nun schließt die Gewerkschaft ÖTV in ihrem Arbeitskampf bei der *Lufthansa einen Streik nicht mehr* aus, und wie vor elf Jahren könnte die Öffentlichkeit wieder ausgerechnet zur Urlaubszeit betroffen sein.

In Bonn ging danach der eher sarkastische Scherz um, es handele sich um eine konzertierte Aktion von Bundesbahn und Flugleitern, um die Millionen von Flug-Touristen auf die Schienen zu bringen und so das *Bundesbahn-Defizit* zu verringern. Der Hintergrund des „Bummelstreiks" war allerdings ernster Natur.

Die deutschen quasi-*beamteten* Fluglotsen wollten eine bessere Bezahlung, früheres Pensionsalter wegen der besonderen Streß-Situation eines Flugleiters und Verbesserungen im Kontrollsystem des Luftraumes über der Bundesrepublik Deutschland. Die Geld-Forderungen waren verursacht durch die damalige Zweigleisigkeit des Berufsbildes. Wer nicht am Flughafen Frankfurt, sondern in Karlsruhe bei der „Eurocontrol" den absolut gleichen Dienst wie der Staatsdiener versah, allerdings als Angestellter des europäischen Gemeinschaftsunternehmens, der verdiente einen Tausendmarkschein mehr im Monat. Nach dem Bummelstreik wurden teilweise Sonderzulagen gewährt und das Pensionsalter herabgesetzt.

Bei den Lotsen, die im täglichen Dienst Englisch als internationale Flugverkehrs-Sprache benutzen, wurde das vermehrte Krankmelden als „sick out" bezeichnet. Offiziell sprach ihr Verband stets davon, daß die Mitglieder nicht bereit seien, weiterhin einen „erhöhten Arbeitseinsatz" zu leisten. Die Situation wurde im Herbst 1973 erst bereinigt, als der damalige Bundeskanzler Willy Brandt ein persönliches Versprechen gab, daß eine „faire, schnelle und großzügige Lösung" für die Probleme der Lotsen gesucht werde. Spätfolge jenes Bummel-Sommers waren Schäden bei allen Beteiligten. Die Lufthansa allein, so berichtete 1974 ihr Vorstandssprecher Culmann, habe ein Minus von über 170 Millionen Mark verkraften müssen. Die Schadensersatzansprüche der Reiseveranstalter an den Bund als Dienstherrn der Lotsen machten eine viertel Milliarde aus.

Es blieb nichts als ein Rätsel um ein Wort

Es ist ein Stück verdrängter, beinahe vergessener Geschichte Amerikas: die Geschichte der „Lost Colony", der britischen Besiedlung, die genau vor 400 Jahren begann.

Von TH. KIELINGER

Der Tag war glühend blau vor Hitze. Gegen Westen lag ein grünes Band zwischen Himmel und Wasser. Nach Osten dagegen nur Wasser, so weit das Auge reichte. Von der Spitze einer riesigen Dünenlandschaft konnten die gerade an Land gewateten Seeleute erkennen, wo sie angelandet waren: Ein Barrierestreifen von Inseln, der sich zwischen das Meer, den Atlantik, und den das Festland auf Distanz haltenden Sund schob.

Der grüne Waldsaum war noch nicht das Festland, sondern das östliche Ufer einer Insel, Roanoke Island, bewohnt von freundlichen Indianern aus der Nation der Algonquier. *Hier sollte die britische Besiedlung* Amerikas ihren Anfang finden – und ihr frühes tragisches Ende.

Am 13. Juli 1584, heute vor 400 Jahren, betrat die Expedition unter Leitung der beiden Kapitäne Arthur Barlowe und Philip Amadas die Inselwelt North Carolinas, die wir heute die „Outer Banks" nennen. Es war eine von Walter Raleigh, dem Günstling Elizabeth I. angeregte Mission, gedacht als Versuch, es den Spaniern in der Neuen Welt nachzumachen und eine Kolonie zu gründen, die der angeschlagenen britischen Wirtschaft helfen und die lange geplante Herausforderung Spaniens beginnen lassen könnte.

Die Nachwelt hat diese dramatische Zeit der „Roanoke Voyages", diese sechs Jahre zwischen 1584 und 1590 (als der Kolonisierungsversuch abgebrochen werden mußte), verdrängt, *wenn nicht gar vergessen. Die* englische Besiedlung der Neuen Welt läßt man allgemein mit den Pilgervätern und ihrer Landung am „Plymouth Rock" 1620 beginnen. Wer es ganz genau wissen will, gedenkt noch der virginischen Gründung in Jamestown, 1607, wo Kapitän John Smith mit Härte und Disziplin eine erste dauerhafte Kolonie errichten konnte.

Jedoch – die Daten sind unvollständig. Schon die Elizabethaner pflanzten nach der ersten Expedition 1584 und einer zweiten in den Jahren 1585-86 endgültig 1587 ihre erste, als permanent gedachte Kolonie in dem damaligen Virginia an – dem heutigen North Carolina. Insgesamt waren es 115 Männer, Frauen und Kinder, die unter prekären Bedingungen und ohne ausreichende Vorbereitung auf Roanoke Island ihr Kolonistendasein begannen.

Es sollte für sie das Eingangstor ins Nichts, in die Verlorenheit, in das geschichtliche Dunkel werden. Denn *als 1590 ein später Entsatz aus Eng*land eintraf, war von der Siedlung nichts mehr übrig als zerstörte Hütten, verrostetes Werkzeug, geplünderte Kisten und ein Wort, in das Palisanderholz der Forts geritzt: CROATOAN. Hinweis auf den Ort, wohin die Kolonie gewandert war, in Verzweiflung über den nicht eintreffenden Nachschub aus dem Mutterland? Das Rätsel ist *nie aufgeklärt* worden. Seither wird dieses Anfangskapitel der englischen Amerika-Besiedlung unter dem geheimnisvollen Namen der „Verlorenen Kolonie" geführt.

Den „400. Geburtstag Amerikas" ein für allemal im Bewußtsein zu verankern, sind die Insel Roanoke und das Kulturamt des US-Staates North Carolina angetreten, mit Jubelfeiern, die ihr Beispiel suchen.

Princess Anne höchstpersönlich wird heute die „Elizabeth II" in Kommission nehmen, einen naturgetreu den elizabethanischen Schiffen nachgebauten Dreimaster, der im Hafen von Manteo, der Hauptstadt Roanokes, vor Anker liegt – vom Stapel gelaufen und doch nicht segelbereit, denn der Pamlico Sund, ist heute wie vor 400 Jahren noch ebenso flach und von Sandbänken durchzogen.

Doch Manteos 31 Jahre alter Bürgermeister, von Beruf Architekt, hat bereits über acht Millionen Dollar aus *Privatspenden zur Feier des Festivals* gesammelt. Davon wurde die Konstruktion der „Elizabeth II" (650 000 Dollar) bezahlt, und das Geld wird ausreichen, einen Kanal durch den Sandboden zu baggern, eine Passage, die es dem 50-Tonnen-Schiff erlauben wird, das offene Meer zu erreichen.

Das offene Meer vor der Küste der Outer Banks gehört freilich zu den bedrohlichsten Gebieten der internationalen Schiffsfahrt – seit Walter Raleighs Zeiten. Man nennt es, ob der *zahllos gesunkenen und an die flachen* Strände der Barriere-Inseln geworfenen Schiffe auch den „Friedhof des Atlantik".

In der Tat muß sich der Besucher heute, wenn er die noch immer fast unberührte Landschaft durchstreift, fragen, wie das Schicksal den tüchtigen „See Dogs" der Elizabethanischen Zeit mit Namen wie John Hawkins, Francis Drake, Richard-Grenville, Martin Frobisher – wie das Geschick ihnen ausgerechnet diesen unmöglichen Ankerplatz für eine britische Besiedlung der Neuen Welt angeboten haben konnte.



Das Indianerleben, wie er es auf Roanoke vorfand, hielt John White in Zeichnungen wie dieser (links) fest. Sir Walter Raleigh, Günstling Elizabeth I., organisierte die gescheiterten „Roanoke Voyages"

FOTOS: DIE WELT/ULLSTEIN

New York
CHESAPEAKE BAY
Washington
VIRGINIA
Jamestown
NORTH CAROLINA
ATLANTIK
BARRIERE
Fort Raleigh
Manteo
ROANOKE ISLAND
INSELN
PAMLICO SUND
CAPE HATTERAS
DIE WELT

Die ersten beiden Zeugen, Amadas und Barlowe, hatten Walter – bald: Sir Walter – Raleigh im Nacken, der aus ihnen die reinste Eldorado-Propaganda *über das gefundene Reich* herausholen wollte. Und entsprechend überschwenglich über Fauna, Flora und das wirtschaftliche Potential „Virginias" fielen ihre Berichte aus. Authentizität verliehen sie ihrer Erzählung mit den beiden Indianern Manteo und Wanchese, die sie nach zwei Monaten Erkundigung in und um Roanoke mit nach England zu*rückbrachten, eine Sensation* am Hofe der jungfräulichen Elizabeth.

Raleigh, der das Patent für die Besiedlung *Virginias* von seinem 1583 auf See umgekommenen Halbbruder Sir Humphrey Gilbert geerbt hatte, zögerte nicht lange. Schon am 19. April 1585 machte sich eine kleine Armada von sieben Schiffen mit 600 Mann Besatzung – darunter 108 Kolonisten, alles Männer – auf den Weg nach Roanoke, unter Leitung von Richard Grenville, mit Simon Ferdinando als ortskundigen Lotsen. Das Glück wollte es, daß John White und Thomas Harriot mit von der Partie waren, Zeichner und Landvermesser der erste, berühmter Mathematiker und Astronom der zweite. Walter Raleigh war bei ihm in die Schule gegangen.

White und Harriot erstellten auf Roanoke und den umliegenden Gegenden (bis hin zum Süden der Chesapeake Bay im heutigen Virginia) die bis heute aufschlußreichsten Beschreibungen der Ureinwohner Ame*rikas im späten 16. Jahrhundert. Har*riots Bericht hat zwar immer noch etwas vom optimistischen Unterton des Raleigh-Freundes, der ein Paradies vorfinden wollte; aber die Beobachtungen zu Leben und Brauchtum unter den Indianern, über Fauna und Flora, sind dennoch ein Meisterwerk realistischer Erfassung.

White zeichnete und malte Aquarelle von einer für das Jahrhundert der Entdeckungen unübertroffenen, liebevollen Genauigkeit. 1588 publi*zierte Harriot seinen „Brief* and True Report of the New Found Land of Virginia", 1590 erblickten auch Whites Zeichnungen (in Auswahl) das Licht der Welt, als der Flame Theodor de Bry in Frankfurt seinen ersten Teil von „Amerika" herausbrachte, ein Folio-Werk in Englisch, Französisch, Deutsch und Lateinisch, mit Stichen nach Whites Zeichnungen.

Das Pech dieser zweiten Kolonie vom Juli 1585 bis Juni 1586 hieß Ralph Lane – er war der Gouverneur *dieser im allgemeinen recht rohen* Truppe aus Soldaten und einfallslosen, verwöhnten Mittelständlern. Lane und seine Mannen wußten weder mit den Indianern umzugehen noch wollten oder konnten sie die Kunst erlernen, in der Wildnis auf sich selber gestellt zu leben. Versorgungskrisen brachen aus, Lane ging mit brutaler Hand gegen die feindseliger werdenden *Indianer* vor, die *sich* nicht mehr als bloße Nahrungs-Lieferanten für die Eindringlinge hergeben wollten, zumal im Winter die Ernährung auch für die Indianer schon schwer genug war.

Demoralisiert, durch Krankheit und Überfälle dezimiert, gab man im Juni 1586 auf. Sir Francis Drake, von einer Plünderungsfahrt durch das spanisch beherrschte Westindien und Florida kommend, nahm die geschlagenen Kolonisten mit nach Hause.

Aufgeben? Sir Walter Raleigh dachte nicht daran. Aber er disponierte jetzt um: Für den nächsten Versuch, im Frühjahr 1587, verzichtete er auf militärische Leitung, gründete einen Vorläufer der späteren Virginia-Handelsgesellschaft und designierte John White zum Gouverneur: Unter den 115 fahrbereiten Kandidaten, denen Raleigh pro Kopf 200 Hektar Land in Virginia versprach, befanden sich zum erstenmal auch Frauen, im Ganzen siebzehn (davon zwei *schwanger), und elf Kinder.*

Eine dieser Frauen war Whites Tochter Eleanor, verheiratet mit Ananias Dare, *einem Kachelmeister*. Bald nach der Landung, im August 1587 wurden ihnen eine Tochter geboren, die man am 18. August auf den Namen Virginias taufte: Das erste in der Neuen Welt geborene englische Kind.

Whites Kolonie sollte eigentlich gar nicht mehr auf Roanoke angesiedelt werden. Sir Walter Raleigh hatte endlich die prekäre Navigationslage er*kannt* und den *Auftrag erteilt*, die Chesapeake Bay anzusteuern, die John White und Thomas Harriot 1585/86 mit Lanes Mannen erkundet hatten. Umsonst – Simon Ferdinando, der sich mehr um seine geplante Freibeuterei kümmerte als um das Wohl der Kolonisten, weigerte sich einfach, den kurzen zusätzlichen Weg zur Chesapeake Bay zu segeln und setzte die Gruppe erbarmungslos wieder auf Roanoke Island ab. Ohne ausreichende Verpflegung, bei vorgerückter *Sommerzeit*, die keine Aussaat mehr zuließ, wurden den Auswanderern bald ihre Lage deutlich.

Im März 1588 stand in England eine Entsatzflotte bereit, wieder unter Leitung Sir Richard Grenvilles – aber dann trat das Schicksal in Gestalt Spaniens *dazwischen*. Die Rivalität der beiden Großmächte führte zum Krieg: Die Armada nahm Kurs und *Elisabeth stoppte sämtliche Schiffe*. Grenvilles Kontingent wurde dem Kommando Sir Francis Drakes in Plymouth unterstellt. Was wog das Schicksal von 115 Siedlern im fernen Virginien gegen das Schicksal des Staatsschiffes?

Was John White, der sich in England um Hilfe bemüht hatte, bei seiner Rückkehr auf Roanoke im August 1590 vorfand, war nur noch Wirrnis und Chaos. CROATOAN, das eingeritzte Wort – und sonst keine Spur.

Wo Lehrer und Schüler Prominente sind

Manches war in letzter Zeit über eine drohende Entfremdung zwischen Deutschen und Amerikanern zu hören. Dem vorzubeugen ist Ziel der Veranstaltung „Germany today" mit einem Informations-Programm für Politiker und Hochschullehrer aus USA.

Von EBERHARD NITSCHKE

Wenn der Mann so gut ist, wie hier alle sagen – warum sitzt er denn dann nicht auch in eurer Regierung?" Ein Amerikaner *erkundigt sich* nach *Franz* Josef Strauß – nicht irgendwo, sondern in dem wahrscheinlich bisher aufwendigsten deutsch-amerikanischen Programm zur Vermittlung eines Deutschlandbildes, seit 1979 die Bemühungen von Bonn und Washington um besseres gegenseitiges Kennenlernen eingeleitet wurden.

Zehn US-Politiker und zwanzig Persönlichkeiten aus dem amerikanischen Hochschulbereich sind für drei Wochen nach Bonn eingeladen worden. *Die Kosten trägt das Auswärtige* Amt, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) traf die Auswahl, der Leiter des Auslandsamtes der Universität Bonn, Wigbert Holle, stellte das Programm zusammen. Ort der Veranstaltung: das Gästehaus der Universität in Bad Honnef.

Die Liste der Lektoren, die aufgeschlossenen, aber mit deutschen Belangen bisher wenig befaßten Managern von Politik und Wissenschaft *das Bild von „Germany today"* nahebringen, liest sich wie ein paar Seiten aus dem „Who's Who".

Wenn die 30 Gäste am 14. Juli wieder nach USA zurückkehren, haben sie auch fünf Tage lang Berlin gesehen, vor allem aber ein Vortragspensum hinter sich gebracht, das an einen Intensivkurs erinnert. Dennoch: stehende Ovation für den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, am vorletzten Tag der Veranstaltungen nach Vortrag und Diskussion *zum* Thema „Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Frage", anschließend Dinner, anschließend bis in die Nacht hinein „Der Einfluß der Kirchen auf die Politik in Deutschland", mit Diskussion.

Daß zahlreiche US-Behörden wichtigste Leute aus ihren Chef-Büros für eine so lange Zeit freistellten, zum Beispiel Phillip Rockefeller, Assistant for Education, Governor State of Washington, Marcus S. Gaspard, State Senator, State of Washington, oder den Chief Policy Analyst, Division of the Budget, von Kansas – das hat zweifellos die Liste der Gesprächspartner in Deutschland bewirkt. Zum Beispiel sprach Otto von Habsburg, Mitglied des Europäischen Parlaments, über „Sicherheitspolitik in Europa". Zwar wurden alle Reden innerhalb dieser Drei-Wochen-Veranstaltung auf Englisch gehalten, hier aber sprach ein Mann, der kurz seine US-Emigrationszeit erwähnte und dann auf Amerikanisch mit Witz und Phantasie die deutschen Probleme schilderte. Sein Fazit: Europa wächst langsam zu dem, was es werden soll.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Washington und jetzige Koordinator für die deutsch-amerikanischen Austauschbemühungen, Staatssekretär a. D. Berndt von Staden, brachte aus *der Erfahrung* seiner Jahre in den Staaten die Überzeugung ein: „Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist nicht getrübt, schon deswegen nicht, weil es ja nicht nur auf der Gemeinsamkeit etwa von Waffensystemen beruht."

Über die politische Situation der Bundesrepublik Deutschland wurde eine dreistündige Round-table-Diskussion geführt, dabei Professor Werner Kaltefleiter (Universität Kiel) und Enno von Loewenstern (Die WELT). Frage der Gäste: „Was wir nicht verstehen: hier kann sich jeder in der Politik seiner Gefolgschaft so sicher sein. 'Fraktions-Disziplin' nennt ihr das. Was macht denn da eigentlich noch das Parlament? Der US-Präsident muß sich für jede Aktion seine *Mehrheit suchen." Erstaunt zeigten* sich die Amerikaner im persönlichen Gespräch über die tatsächliche Größe des deutschen Protestpotentials – da hatten die Medien zu Hause durch die Auswahl ihrer Nachrichten und die Aufmachung von Berichten über *Demonstrationen doch* wohl ein wenig übertrieben.

Überhaupt die Massenmedien: *warum habt ihr eigentlich* solche Angst beim privaten Fernsehen, wollten die Amerikaner wissen, finanziert das doch *mit Werbung!* Und: Was heißt „öffentlich-rechtliche Anstalt". Wir haben gehört, daß da sowieso die Parteien in den *Rundfunkanstalten* bestimmen. Warum haben die eigentlich Angst vor der Konkurrenz? Verwirrend für die Gäste *war, von* Politologen zu hören, daß es eigentlich bei allen Wahlen in der Bundesrepublik um das eine Drittel von Stimmen geht, das nicht fest an eine Partei gebunden ist.

Manche Sorge über den Katalysator erwies sich in Japan als Unkenruf

Worüber hierzulande noch heiß diskutiert wird, in Japan hat man längst die Antworten aus praktischer Erfahrung: Wie verkraften Auto-Industrie und Autofahrer den Aufwand für Katalysatoren zur Verringerung der Abgase?

Von EDWIN KARMIOL

Die Schonfrist ist vorbei. Seit 1. Juli 1984 müssen alle Kraftfahrzeuge in Japan mit einem Katalysator oder einem gleichwertigen System ausgerüstet sein, um die Normen der Emissionskontrolle zu erfüllen, die möglicherweise zu den schärfsten der Welt *gehört*.

Auf Japans Straßen werden Stichproben gemacht, und jeder Kraftfahrer, dessen Fahrzeug mehr Schadstoffe als zugelassen ausscheidet, wird aufgefordert, dies zu beheben oder nicht mehr zu fahren. Nach einer gewissen Zeit ist der beanstandete Wagen der zuständigen Behörde zur Überprüfung vorzuführen.

Es sieht jedoch so aus, als ob nachträglich nur noch in sehr wenige Wagen ein Anti-Luftverschmutzungssystem *eingebaut* werden müsse. *Weil* die Japaner dazu neigen, sich sehr häufig neue Modelle zu kaufen, sind ältere Wagen praktisch außer Verkehr. Zudem haben im Lauf der letzten zehn Jahre die japanischen Autos den *Standard erreicht, daß sie* das Montageband mit einem Katalysatorsystem verlassen.

Mit dem raschen Anstieg der Zahl der Kraftfahrzeuge nahm die Luftverschmutzung so sehr zu, daß sie gefährliche Ausmaße erreichte. Um diese Gefahr zu bekämpfen, wurden 1966 in Japan Emissions-Vorschriften für Autos wegen Kohlenmonoxids verabschiedet. Diese Vorschriften, welche auch Kohlenwasserstoffe, Kohlendioxid und Stickstoffoxide einschlossen, wurden in den darauf*folgenden Jahren weiter verschärft*. Das Problem der Auspuffabgase wurde zusätzlich durch die Fälle von Smog verschärft, der seit 1970 auftaucht.

Von diesem hauptsächlich im Sommer auftretenden weißen Smog vermutet man, daß er durch die Emission von Autoabgasen – die Stickstoffoxid enthalten, das sich in der *Atmosphäre rasch in Stickstoffdioxid* verwandelt – in städtischen Ballungsräumen entsteht. Derartiger Smog beeinträchtigt das Atmungssystem, verursacht Augenbrennen, rauhen Hals, Kopfweh, Übelkeit und manchmal Gefühllosigkeit in Armen und Beinen.

Zur gleichen Zeit wurde Japan auf die Revision des amerikanischen „Gesetzes für saubere Luft" aufmerksam, das später als Muskie-Gesetz bekannt wurde. Dies veranlaßte die neu *geschaffene Umwelt-Behörde*, für Personenwagen Emissions-Vorschriften ähnlich denen des Muskie-Gesetzes zu übernehmen. Sie schrieb den Autoherstellern Fristen vor, innerhalb derer die Normen erreicht werden mußten. Die Autohersteller erhoben Protest und behaupteten, es sei technisch nicht machbar, die Normen 1976 zu erreichen. Ihre Anwendung wurde deshalb auf 1978 verschoben.

Zuerst bekämpften die Autohersteller die Vorschriften und rechtfertigten sich mit einer amerikanischen Analyse, welche zu dem Schluß kam, das Muskie-Gesetz „würde eine negative wirtschaftliche Wirkung haben". Die Entwicklung von Geräten zur Bekämpfung der Verschmutzung würden, so hieß es dort, zu einer Steigerung der Produktionskosten führen, was wiederum einen Rückgang der *Verkäufe zur Folge haben und* Areitslosigkeit verursachen würde. Eine japanische Untersuchung deutete *ebenfalls* an, daß das Emissions-Kontrollgesetz 94 000 Arbeiter in der Automobilindustrie und in der Auto-Zulieferindustrie arbeitslos machen würde – eine Vorhersage, die nie eintraf. Schließlich „zwang" jedoch die öffentliche Meinung die Automobilhersteller, Abhilfe für das Problem zu schaffen.

Einige Hersteller jedoch waren bereits mit der Entwicklung der für die Erfüllung der neuen Emissionsvorschriften notwendigen Technologie beschäftigt. Mazda errichtete schon 1965 ein Emissions-Kontrollzentrum *und gab während des nächsten Jahr*zehnts 246 Milliarden Yen (ungefähr drei Milliarden Mark) für Forschung und Entwicklung aus. 1972 begann es mit der Massenproduktion des ersten Wagens, der ein Emissions-Kontrollsystem hatte.

Die Hersteller experimentierten mit verschiedenen Systemen und kamen zu dem Schluß, die beste Lösung und der einfachste Weg, um mit den Emissionsvorschriften fertig zu werden, sei das Katalysator-System. Die japanischen Autoproduzenten waren sogar in der Lage, mit den technischen Problemen fertig zu werden, dabei eine Senkung der Kraft des Treibstoffes zu vermeiden und doch den notwendigen Vorschriften zur Kontrolle der Luftverschmutzung zu entsprechen. Sie stimmten sogar darin überein, daß die *Qualität* der Wagen *gestiegen sei*.

Zu Anfang kostete die Ausrüstung der Autos mit einem System zur Kontrolle der Abgase im Fall von Mazda 90 999 Yen *(1100 Mark)*, in der *Massenproduktion* wurde dies auf den Gegenwert von 600 Mark herabgedrückt. Jetzt ist es noch weniger. Die Kosten des Einbaus eines Katalysator-Systems in alte Wagen hängt von der Größe des Fahrzeugs und der Güte des Systems ab; die Kosten belaufen sich auf etwa 120 Mark.

Eine Gesamtsumme dessen, was für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der Katalysatoren ausgegeben wurde, ist unbekannt, weil jeder Hersteller dies individuell machte. Nissan beispielsweise gab im Zeitraum von 1967 bis 1976 insgesamt den Gegenwert von 1,1 Milliarden Mark für sein System aus.

Die Nachteile der Katalysatoren wurden stufenweise überwunden und ihre Funktion verbessert. Diese Anpassung erwies sich als eher segensreich für die japanischen Autohersteller, welche ihre Produkte in die Vereinigten Staaten exportieren, wo ebenfalls strenge Emissions-Vorschriften gelten.

Die japanischen Autoexporte in europäische Länder sind nicht mit Katalysatoren ausgerüstet, weil dieses *System* die Verwendung *von* bleifreiem Benzin bedingt, das auf dem alten Kontinent ja noch nicht zur Verfügung steht.

Durch die Ausrüstung der Autos mit Katalysatoren ist die Luftverschmutzung in Japan beträchtlich zurückgegangen. Ein Beamter der Umwelt-Behörde meinte jedoch auf Anfrage, hier könne noch etliches verbessert werden, wenn der Verkehr auf den Straßen besser fließe.

München enttarnt „Gespenster"

Von PETER SCHMALZ

Gespensterrechnung" sagt Münchens Umweltreferent Rüdiger Schweikl zu den angeblichen Mehrkosten beim Betrieb eines abgasarmen Katalysatoren-Autos von 1400 bis 3000 Mark, wie sie der Geschäfts*führer des Verbands der Automobil*industrie (VDA), Achim Diekmann, verkündet. Als unhaltbar bezeichnet CSU-Mitglied Schweikl auch die Behauptung, der Abgaskatalysator würde zehn Prozent mehr Benzin schlucken: „Das ist durch unsere Erfahrung mit dem ersten deutschen Pilotprojekt eindeutig widerlegt."

Am 5. Mai *vergangenen Jahres* eröffnete die Stadt München Europas erste bleifreie Tankstelle und testet seither städtische Personenwagen, die entweder als Altfahrzeuge mit bleifreiem Benzin ohne Katalysatoren fahren oder als Neuanschaffungen bereits mit der für die USA vorgeschriebenen Zusatzeinrichtung ausgerüstet sind. Unter den nunmehr 70 Wagen sind so unterschiedliche Typen wie VW Golf und Mercedes 230 E.

„Wir konnten bisher bei keinem Fahrzeug einen höheren Verbrauch als bei *vergleichbaren Wagen* mit dem bisher üblichen Benzin feststellen", faßt der Umweltreferent die Erfahrungen zusammen.

Teurer ist zur Zeit nur das bleifreie Benzin, das die Münchner erst *nach detektivischer Kleinarbeit für* ihren Versuch erhalten konnten. Die Mineralölindustrie hatte die Existenz solchen Benzins in der Bundesrepublik gegenüber dem Münchner Referenten geleugnet, bis dieser einen Tip bekam, die deutschen Automobilhersteller würden bleifreien Kraftstoff zumindest für den Test ihrer Exportwagen nach Übersee benötigen. Schweikl fand den gesuchten Treibstoff schließlich in *Gelsenkirchen*. Die derzeitigen Mehrkosten betragen zehn bis elf Pfennig, die aber nach Einführung *der Katalysatoren-Pflicht durch eine* Steuersenkung wieder ausgeglichen werden sollen. Nach US-Erfahrungen bringen bleifreies Benzin und Katalysatoren sogar einen Betriebsspar-Effekt von 6 bis 8 Pfennig je Liter.

Nachdem jetzt ein BMW-Sprecher erklärt hat, die Katalysator-Anlage müsse schon nach 50 000 Kilometern ausgewechselt werden, kontert Schweikl: „Dann dürften die wohl kaum noch ein Auto in die USA liefern." Denn die amerikanischen Vorschriften verlangen den Nachweis, daß die abgasarmen Betriebswerte über 50 000 Meilen (rund 80 000 Kilometer) eingehalten werden.

60,8 Prozent für Kompromiß bei Druck

AP/dpa, *Stuttgart*

Bei der Urabstimmung in der Druck-Industrie über den in der vergangenen Woche erzielten Tarifabschluß haben sich nach Mitteilung der Industriegewerkschaft Druck und Papier 60,8 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten für die Annahme der mit dem Bundesverband Druck geschlossenen Vereinbarung ausgesprochen. Wie ein Gewerkschaftssprecher in Stuttgart mitteilte, beteiligten sich mit 42 011 Gewerkschaftsmitgliedern 80,2 Prozent der zur Abstimmung aufgerufenen organisierten Arbeiter und Angestellten. *24 548 und damit 60,8 Prozent hätten* mit Ja gestimmt. Bei den Arbeitern votierten 59,4 Prozent für die Annahme, bei den Angestellten waren es 67 Prozent. 16 135 Gewerkschafter stimmten gegen die Vereinbarung, die im wesentlichen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden zum 1. April 1985 und Lohnerhöhungen um 3,3 Prozent zum 1. Juli 1984 sowie um zwei Prozent zum 1. April 1985 vorsieht.

Die IG Druck äußerte sich zufrieden mit dem Ergebnis der Urabstimmung. Wegen der geringen Arbeitszeitverkürzung um eineinhalb Stunden habe die Gewerkschaft keine höhere Zustimmungsrate erwartet und habe daher ein „gewisses Verständnis" für die Nein-Stimmen.

Umweltschutz zusammen mit Prag

Co. **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seinen tschechoslowakischen Amtskollegen Bohuslav Chnoupek auf die Notwendigkeit hingewiesen, *Umweltbelastungen, die zu* schweren Waldschäden im Grenzbereich zwischen der Bundesrepublik, der CSSR und der „DDR" geführt haben, gemeinsam zu bekämpfen. „Die Bürger diesseits und jenseits der Grenze erwarten, daß wir die Gesundheit unserer Kinder sichern und unsere Wälder erhalten".

Einen Tag vor dem Besuch aus *Prag hatte der Bundesaußenminister* noch mit dem Regierungspräsidenten von Oberfranken. Winkler, und dem Oberbürgermeister von Hof, Heun, die Auswirkungen des Waldsterbens *in dieser Region* erörtert. Gegenüber Chnoupek sagte Genscher, der Zusammenarbeit beim Umweltschutz komme für die Entwicklung der Beziehung zwischen Bonn und Prag entscheidende Bedeutung zu.

Prozeß gegen „Montagskreis"

epd. **Berlin**

In Erfurt hat gestern die Hauptverhandlung gegen vier aktive Mitglieder des „Montagskreises" in Weimar begonnen. Die am 25. Januar dieses Jahres verhafteten Volker Otto, Wolfram Hasch, Alexander Kobylinski und Jan-Georg Fischer gehören zu der Gesprächs- und Aktionsgruppe der unabhängigen Friedensbewegung der „DDR", die sich innerhalb der evangelischen Jakobsgemeinde in Weimar trafen und sich mit Fragen von Rüstung und Ökologie beschäftigten. Die vier Angeklagten müssen mit hohen Haftstrafen rechnen. nachdem die ebenfalls zum „Montagskreis" gehörende und im Februar verhaftete Steffi Ebisch bereits am 17. April wegen „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" zu einem Jahr und neun Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden war.

Genscher warnt vor „Ausgabenstaat"

dpa, **Bonn**

Vor einem „neuen Marsch in den Ausgabenstaat" hat der FPD-Vorsitzende und Bundesaußenminister Genscher gewarnt. Wie er gestern in Bonn erklärte, dürfe die bessere Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit nicht dazu führen, neue gesetzliche Leistungen zu beschließen. Genauso falsch wären neue Sonderprogramme, wie sie die Sozialdemokraten fordern. Dringend notwendig sei dagegen eine Beitragsenkung in der Arbeitslosenversicherung.

Zur Begründung führte Genscher an, daß die Lohnnebenkosten die Mittel- und Kleinbetriebe nach wie vor schwer belasteten. Diese Kosten abzubauen könne mehr dazu beitragen, die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, als höhere Ausgaben.

Südafrika: Viel Geld für Namibia

dpa/vwd, **Kapstadt**

Namibia wird im Finanzjahr 1984 und 1985 insgesamt 1,1 Milliarden Rand (2,3 Milliarden Mark) als finanzielle Unterstützung von Südafrika erhalten. Diese Zahlen nannte der südafrikanische Ministerpräsident Pieter Botha im Parlament in Kapstadt. In dieser Summe sind militärische Ausgaben in Höhe von 450 Millionen Rand (900 Millionen Mark) sowie 30 Millionen Rand (60 Millionen Mark) für die Polizei enthalten.

Gerechteres Insolvenzrecht soll den Betrieben helfen

Die Gesetzesvorhaben der Bonner Koalition aus Sicht der Freien Demokraten

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die Ziele, die sich die Bonner Koalition für diese Legislaturperiode noch in der Rechtspolitik gestellt hat, sind nach Ansicht des FDP-Abgeordneten und Rechtsanwalts Detlef Kleinert mit den Worten „Nachbesserung oder Verhinderung" zu umschreiben. Die Politiker müßten verhindern, daß im öffentlichen Dienst ein „immer größerer Teil von unproduktiven Leuten auf überflüssige Vorschriften achtet". Und nach den „Kraftanstrengungen" in der sozialliberalen *Koalition* müsse man nun „konsolidieren, damit die Bürger nicht verzweifeln".

Zu den konkret anstehenden Gesetzesvorhaben zählt Kleinert ein neues Insolvenzrecht, das „aufbauend und nicht resignierend" wie das derzeitige, „total verwilderte und ungerechte Insolvenzrecht" sein solle. „Viel mehr normale Gläubiger" sollten in den vorderen Rängen berücksichtigt werden, zum Beispiel die Handwerksbetriebe und kleinen Zulieferer. Der Sozialplan werde „im Mittelfeld" angesiedelt und das Finanzamt „ganz hinten, wenn überhaupt".

Im Bereich des § 218 sei zwar „etwas im Busch", sagt Kleinert, macht aber ebenso wie Justizminister Engelhard klar, daß die FDP gegen eine Änderung ist. In diesen Tagen wird eine Koalitions-Kommission unter dem Vorsitz von Paul Mikat und Detlef Kleinert zusammentreten, die den *bestehenden* § 218 noch einmal mit den Koalitionsvereinbarungen vergleichen wird. Aber die Pro-Forma-Prüfung wird ausgehen wie das Hornberger Schießen.

Auch zu den immer wieder nachdrücklich erhobenen Forderungen aus Unions-Reihen, das Demonstrationsstrafrecht zu ändern, bleibt die FDP auf Distanz. Sie will alle Praktiker, „die man nur anhören kann", zu einem Bundestags-Hearing einladen. Und dann wird man nach Kleinerts Ansicht „am Ende sagen, laßt uns das mit der Änderung noch einmal überdenken". Aus Rücksicht auf die dünne Haut des Koalitionspartners trumpft die FDP zwar nicht auf, aber Kleinert läßt seine Distanz mit dem Hinweis erkennen, daß er und Engelhard schließlich „die Koalitionsvereinbarung nicht gemacht" hätten. Er bekräftigt seine Zweifel, daß „wir unser Ziel, Demonstrationen friedlicher zu machen, dadurch erreichen, daß man einzelne rauspflückt und andere zu Mittätern macht".

Die Koalitionskompromisse über die Novellierung des Ehescheidungs*folgenrechts und* über das Gesetz gegen die Leugnung von NS-Gewalttaten („Auschwitz-Lüge") hält Kleinert für gelungen. Gerade beim Ehescheidungsfolgenrecht, dessen ursprüngliche Fassung zwar von der sozialliberalen *Koalition, aber unter maßgeblicher* Beteiligung der Union zustande gekommen sei, habe man deutliche Verbesserungen erreicht, das Gesetz sei „elastischer" geworden, ein „großes *Stück näher an der Gerechtigkeit* dran", ohne wieder den „Weg ins Moralische" aufzuschließen.

Unüberhörbar ist die Kritik am nicht produzierenden öffentlichen Dienst. Ihm, Kleinert, hätten Spitzenbeamte aus dem Bundesjustizministerium beispielsweise zugegeben, daß man dort „mit einem Viertel der Mitarbeiter auskommen könne, wenn es gute Leute wären". So werde immer wieder nach dem „Peter-Prinzip" versucht, neue Planstellen zu schaffen. Erst kürzlich sei in letzter Minute im Parlament eine Angleichung an die europäische Mineralwasser-Richtlinie gestoppt worden, die bereits alle Ausschüsse passiert hatte und bei Inkrafttreten „beinahe das gesamte Lebensmittelrecht umgedreht hätte mit der Folge von 20 000 bis 30 000 neuen Planstellen". Und der Gesetzgeber muß nach Kleinerts Ansicht darauf achten, daß *nicht „Richter und Staatsanwälte zu* sehr über ihr Gehäuse hinauswachsen".

RAF zielt auf NATO-Versorgungsnetz

Behörden fanden verschlüsseltes Kommunikationssystem der Terroristenorganisation

WERNER KAHL, **Bonn**

Den Sicherheitsbehörden sind bei der Verfolgung der terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) außer Plänen zur Ausspähung des NATO-Pipelinenetzes auch Unterlagen über *ein neues verschlüsseltes Kommuni*kationssystem der RAF in die Hände gefallen. Mittels eines Zahlenspieles aus dem Bankenwesen konnte jederzeit eine telefonische Verbindung *zwischen RAF-Untergrundkomman*dos und Unterstützern, vor allem Anwaltsbüros, hergestellt werden.

Die vorläufige Auswertung der bei der Verhaftung von sechs RAF-Mitgliedern in Frankfurt gefundenen Materialien bestätigten die Hinweise auf eine geplante Offensive gegen die „Infrastruktur der Militärmaschine". Generalbundesanwalt Kurt Rebmann *wies darauf hin, daß die RAF bei der* Vorbereitung von Schlägen gegen das NATO-Versorgungsnetz offensichtlich militärische Anlagen betreten hat und vermutlich auch in *Schächte* der Rohrleitungen einstieg. Es handelte sich vor allem um Rohrleitungen im süddeutschen Raum und in der Eifel. Die Pläne enthielten Details über Pumpstationen und Abzweigungen. Das geht aus Zeichnungen hervor, die sich ebenfalls in der Wohnung Bergerstraße 344 in Frankfurt befanden.

Unter Führung der ehemaligen Mathematik- und Informatik-Studentin Christa Eckes (Deckname „Sofie") hatte das RAF-Kommando auch von *Kasernen und Wohnanlagen amerika*nischer Streitkräfte Zeichnungen angefertigt. „Von besonderem Interesse waren erkennbar Clubs, Kantinen sowie die Privatwohnungen und Diensträume *von leitenden Offizieren,*" sagte Generalbundesanwalt Rebmann. Im Hauptquartier des V. US-Corps in Frankfurt am Main hatten die Terroristen die Nummer des *Dienstzimmers des Kommandeurs* beschafft und den Weg dorthin skizziert. Auf das Gebäude des V. Corps war bereits am 12. Mai 1972 von der damaligen Baader-Meinhof-RAF ein Bombenanschlag verübt worden. Dabei wurde ein Offizier getötet, dreizehn Soldaten und Zivilangestellte erlitten Verletzungen. Zu weiteren jetzt ausgespähten Objekten gehören amerikanische Einrichtungen in Bad Tölz, Oberammergau, Heidelberg sowie im Raum Bitburg/Eifel, Hunsrück und Mosel.

In der Frankfurter Wohnung, die zwei unverdächtige Bhagwan-Anhänger während ihrer Abwesenheit der mutmaßlichen RAF-Unterstützerin Heide-Carola Hutt überlassen hatten, fand die Polizei 16 000 Mark in verschiedenen Währungen. „Die in Frankfurt gefaßten sechs bildeten ein voll aktionsfähiges Kommando", sagte der Leiter der Terrorismusbekämpfung im Bundeskriminalamt, Klaus-Herbert Becker.

Den Nachbarn waren die Terroristen nicht aufgefallen. Ingrid Jakobsmeier (Deckname „Olga") kleidete sich „wie eine Studentin", Helmut Pohl dagegen wie ein Büroangestellter. Falls einer zum Arzt oder Zahnarzt mußte, wurde sofort bar gezahlt, ermittelte die Polizei.

Genscher als Interpret nach Teheran

Bundesaußenminister will Haltung des Westens zum Golf-Krieg erläutern

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird vom 20. bis 22. Juli 1984 als erster Außenminister eines EG-Staates seit der iranischen Revolution Teheran besuchen. Um die strikt neutrale Haltung Bonns im *Krieg zwischen Iran und Irak zu un*terstreichen, gab das Auswärtige Amt gestern gleichzeitig bekannt, daß der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister des Irak, Tariq *Asis, auf Einladung Genschers in den* nächsten Wochen in der Bundesrepublik Deutschland erwartet werde.

Der Bundesaußenminister will mit seiner Reise in die Islamische Republik Iran das politische Gespräch zwischen Bonn und Teheran neu beleben und gleichzeitig wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik wahrnehmen.

Die Außenminister der sieben an den Weltwirtschaftsgipfeln beteiligten Industriestaaten hatten schon 1983 in Williamsburg ein wachsendes Interesse Irans an einer Verbesserung der Beziehung zum Westen registriert und waren zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es sinnvoll sei, darauf positiv zu reagieren. Dies will Genscher jetzt nch Konsultationen mit den USA und den europäischen Partnern in die Tat umsetzen. Die Außenminister der Türkei, Österreichs und Japans, die Teheran besucht haben, ermutigten Genscher nach Bonner Angaben in seinem Vorhaben.

Genscher reist als Gast des iranischen Außenministers Akbar Velayati nach Iran. Wen er dort sonst noch treffen und wie sein Programm im einzelnen aussehen wird, war gestern noch nicht bekannt. Der Bundesaußenminister will als „Interpret" der westlichen Politik auftreten und vor allem den iranisch-irakischen Krieg erörtern, ohne an einen Vermittlungsversuch zu denken. Genscher: „Wir haben großes Interesse an einer Eindämmung und Beilegung des Krieges am Golf."

Da sich Iran in den vergangenen Jahren wieder zum wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik in *der Dritten Welt entwickelt hat,* werden auch ökonomische Probleme bei den Teheraner Gesprächen eine wichtige Rolle spielen. 1983 hat die Bundesrepublik Waren im Werte von *7,7 Milliarden Mark nach Iran* ausgeführt. Probleme könnten dadurch entstehen, daß von deutscher Seite fünfmal mehr nach Iran geliefert als von dort bezogen worden ist.

„Rotation der Grünen Riegel vorschieben"

SPD-Abgeordneter: Mandatsträger keine Marionetten

dpa / schw. **Bonn**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer hat sich dafür ausgesprochen, daß der von den Grünen geplanten Rotation der Bundestagsabgeordneten ein verfassungsrechtlicher Riegel vorgeschoben wird. Im SPD-Pressedienst schrieb Scheer Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU), der zuständige Bundestagsausschuß und das Bundesverfassungsgericht sollten ermuntert und unterstützt werden, dem niedersächsischen Beispiel zu folgen. Der dortige Staatsgerichtshof hatte einen Antrag der *niedersächsischen Grünen* abgelehnt, die Rotation sofort zu erlauben. Der niedersächsische Landtagspräsident und der Wahlprüfungsausschuß des Landtages wollen dagegen *erst Rechtsgutachten einholen.*

Nach Ansicht von Scheer gerät die verfassungspolitische Rolle der Abgeordneten auch anderer Parteien substantiell in Gefahr, wenn die Rotation bei den Grünen nicht unterbunden wird. Abgeordnete würden möglicherweise zu Marionetten von Parteigremien. Mit dem demokratischen Parlamentarismus sei das Rotationsprinzip unvereinbar.

Der niedersächsische Staatsgerichtshof in Bückeburg hatte den Antrag von vier Abgeordneten der Landtagsfraktion der Grünen in Hannover abgelehnt, die eine Entscheidung über ihren sofortigen Mandatsverzicht herbeiführen wollten. Der geplante Austausch von fünf der elf grünen Abgeordneten im Landesparlament entsprechend dem Rotationsprinzip der Grünen war bereits am 25. Mai und 5. Juni schriftlich beim Landtagspräsidenten angemeldet worden. Dieser Mandatsverzicht zu Gunsten der Nachrücker auf der Landesliste sollte entsprechend der Verfassung auf der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause am 10. Juli „festgestellt" werden.

Entgegen der bisherigen Praxis hatte Landtagspräsident Brandes (CDU) jedoch den nur aus Mitgliedern der CDU und SPD bestehenden Wahlprüfungsausschuß eingeschaltet, um die Verfassungsmäßigkeit der Aktion der Teilrotation festzustellen. Nach einer ersten Sitzung hatte sich der Ausschuß auf den 26. September vertagt.

Der Staatsgerichtshof soll nach dem Antrag der Grünen den Wahlprüfungsausschuß anweisen, das Mandatsverzichtsverfahren an den Landtagspräsidenten zurückzugeben. Die Antragsteller wiesen dar*auf hin, daß die Verzögerung der Ro*tation „schwerwiegende Konsequenzen persönlicher und beruflicher Art" zur Folge haben werde. Der Staatsgerichtshof stellte jedoch „mangelnde Eilbedürftigkeit" fest.

Die von den Grünen vorgetragenen nachteiligen Folgen beruflicher Art erscheinen indes nicht gering. Die Abgeordneten, die den Landtag verlassen wollten, können ihre berufliche Stellung nun nicht einnehmen. In drei der fünf Fälle handelt es sich um Lehrer, die nach den Sommerferien ihren Schulen nicht zur Verfügung stehen. für die „Nachrücker" ist die Lage noch schwieriger. Sie haben ihre Stellungen bereits gekündigt.

Über das Vorgehen des Landtagspräsidenten sind die Abgeordneten der drei traditionellen Fraktionen nicht weniger überrascht als die Grünen. Zwischen Antrag und Feststellung eines Mandatsverzichts liegen gewöhnlich nur wenige Wochen. Das letzte Mal, als der FDP-Abgeordnete Heinrich Jürgens sein Mandat zurückgab, waren es vierzehn Tage.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs betraf allerdings nur die Prozedur der von Brandes eingeleiteten Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Abgeordnetenrotation, bedeutet aber noch keine Aussage über die Rechtmäßigkeit des hier vorgesehenen Mandatsverzichts.

Diepgen präsentierte ein selbstbewußtes Berlin

Regierender Bürgermeister bei Margaret Thatcher

FRITZ WIRTH, **London**

Der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, fand bei seinem dreitägigen „Antrittsbesuch" an der Themse, der am Donnerstagabend zu Ende ging, ein bemerkenswert freundliches und verständnisvolles Entree bei den Briten. Seine Jugendfrische, seine Offenheit und Direktheit haben Eindruck gemacht bei seinen britischen Gesprächspartnern.

Er erschien nicht in der Rolle eines Bittstellers für Berlin, sondern gab eine sehr selbstbewußte Darstellung der Vorzüge und Stärken seiner Stadt. „Wenn Großbritannien sich für Berlin stark macht, dann nicht für eine sterbende Stadt, sondern für eine deutsche Kultur- und Leistungs*metropole*", erklärte er. „*Wir haben in* Berlin ein essentielles Interesse am Ost-West- und am deutsch-deutschen Dialog, und dieser deutsch-deutsche Dialog und alles, was darum rankt, *richtet sich gegen niemand,* sondern ist im Interesse aller, die in einer friedlichen und humanen Welt leben möchten."

Diese Thematik stand denn auch im Mittelpunkt seines Gesprächs mit Premierministerin Margaret Thatcher, das länger als ursprünglich geplant dauerte. Die britische Regierungschefin zeigte sich in besonderem *Maße an der Situation in der* „DDR" interessiert. Sie wollte von Diepgen wissen, wie diese Menschen leben, wie sie denken und was sie fühlen. Sie ließ sich außerdem von Diepgen über die Ausreisebewegung aus der „DDR" informieren.

Diepgen selbst brachte das Thema und die schwierige und unbefriedigende Rechtssituation um den Schießplatz Gatow zur Sprache, ohne jedoch verbindliche Zusagen oder signifikante Verbesserungen erreichen zu können. Die Standpunkte beider Seiten in dieser Frage bleiben offenbar weiterhin unterschiedlich. Diepgen glaubt jedoch, mit diesem Gespräch das Problembewußtsein in dieser Angelegenheit bei den Briten gefördert zu haben.

Zu den weiteren Gesprächspartnern Diepgens gehörten Außenminister Sir Geoffrey Howe, der im Dezember zu einem Besuch nach Berlin kommen wird, und eine Reihe führender Politiker und Manager aus dem technologischen Bereich. Der neue Berliner Bürgermeister glaubt, daß es gerade auf diesem Gebiet noch beträchtliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Berliner und der britischen Industrie gibt.

Er führte außerdem Gespräche mit dem Chef von British Airways mit dem Ziel, die Flugverbindungen von und nach Berlin zu verbessern, und erhielt konkrete Zusagen von britischer Seite für die Flugverbindung zwischen Münster und Berlin.

Er beendete seinen Besuch mit der Bilanz: „Ich bin beeindruckt über das *Interesse der Briten* an den Problemen unserer Stadt und an der politischen Ost-West-Problematik. Es war eine Reise zu guten und verläßlichen Freunden."

Moskau begrüßt deutsch-deutsche Beziehungen

rtr, **Berlin**

Die Sowjetunion ist nach den Worten eines einflußreichen Kommentators an „normalen und gleichberechtigten Beziehungen" zwischen den beiden deutschen Staaten interessiert. Der Chefkommentator der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija", Alexander Bowin, wies gestern auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin zugleich westliche Presseberichte zurück, nach denen die sowjetische Führung die sich verbessernden Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" mit Mißtrauen beobachte.

Zu große politische Konzessionen der „*DDR" als Gegenleistung* für einen neuen Milliardenkredit aus Bonn befürchte die Sowjetunion nicht, erklärte Bowin. „Kredite sind eine Angelegenheit der DDR und die DDR weiß am besten, was sie zu tun hat." Normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wären jetzt sogar „von besonderer Wichtigkeit, da die Spannungen zwischen Ost und West gewachsen sind".

„DDR" würdigt Bausoldaten

hrk. **Berlin**

In der „DDR" sind die waffenlosen Bausoldaten, die den Wehrdienst mit der Waffe vor allem aus christlichen Motiven ablehnen, zum ersten Mal in einem offiziellen Bericht mit anderen NVA-Angehörigen gleichgestellt worden. Nach einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur ADN würdigte „DDR"-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann ihre Tätigkeit bei einer Besichtigung der Baustelle des neuen Eisenbahn-Fährhafens Mukran auf Rügen: „An der Seite der Bauarbeiter erwiesen sich die Pioniere und Bausoldaten der NVA als Wegbereiter bei der Errichtung dieser Brücke der Freundschaft zum Lande Lenins."

In der Vergangenheit hatten die Kirchen der „DDR" wiederholt eine öffentliche Anerkennung der Bausoldaten gefordert, um deren negatives Ansehen in der SED zu verbessern. Jährlich melden sich rund 500 bis 800 junge „DDR"-Bewohner, die sich auf entsprechende Gesetzesbestimmungen berufen zum Bausoldatendienst. Die geringe Anzahl erklärt sich aus ihren Nachteilen: So ist etwa ein Studium ohne abgeleisteten Dienst mit der Waffe nicht möglich.

Moldt bat um das Treffen mit Strauß

rtr/dpa, **München**

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß ist gestern im Vorfeld des geplanten Besuches von SED-Chef Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Gespräch mit dem Ständigen Vertreter der „DDR" in Bonn, Ewald Moldt, zusammengetroffen. Beide wollten aber über den Inhalt der halbstündigen Begegnung in der Münchner *Staatskanzlei keine Auskunft* geben. Moldt sagte nur: „Es war ein interessantes Gespräch." Er habe um die Unterredung nachgesucht. Strauß sagte zu einem möglichen Treffen mit Honecker im Rahmen des geplanten Besuchs: „Ich schließe es nicht aus, aber ich weiß es nicht."

Kronawitter findet Kompromiß

lz. **München**

Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter hat durch einen Kompromiß überraschend doch noch eine Mehrheit für das sechs Milliarden Mark umfassende Mehrjahres-Investitionsprogramm (MIP) im Münchner Stadtrat erhalten. Die Aussichten für Kronawitter hatten schlecht gestanden, nachdem die Grünen das MIP aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnten und die CSU nicht zustimmen wollte, da die SPD-Fraktion die städtischen Beteiligungskosten für den Bau des Kernkraftwerkes Ohu II in Höhe von 175 Millionen Mark gestrichen hatte (*WELT v. 12. Juli*). In dem Kompromiß einigten sich SPD und CSU, die gesamte Eigenkapitalaufstockung der Stadtwerke, aus der auch der Ohu-Anteil zu finanzieren ist, vorerst auszuklammern.

„Unbequeme Kantigkeit"

„Von fast unbequemer Kantigkeit" im Sinne der Sache sei Generalmajor Uhle-Wettler gewesen. Das sagte Generalleutnant Diedrichs anläßlich des Kommandowechsels bei der 5. Panzerdivision. Aufgrund eines Hörfehlers war daraus „von fast unangenehmer Kantigkeit" geworden. (siehe WELT vom 12. Juli).

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Warum Honecker die Zusammenarbeit mit Bonn ausbauen will

Die ökonomische Misere erzwingt eine moderatere Politik / Abbau der westlichen Dollar-Schulden mit höheren Schulden im Osten finanziert

WERNER OBST, **München**

Die derzeitigen „DDR"-Netto*schulden schätzt die Bank für Inter*nationale Beziehungen (BIZ) auf 7,2 Milliarden Dollar. Rechnen wir dazu den kumulativen Passivsaldo im innerdeutschen Handel mit 1,4 Milliarden Dollar, dann sind das 8,6 Milliarden Dollar oder 24 Milliarden Mark. Damit steht die „DDR" etwas besser da als noch vor Jahresfrist, so daß manche Bank daraus ein besseres Kreditstanding abzuleiten versucht. Aber das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Im Gegensatz zu früher muß Ost-Berlin nämlich neuerdings 45 Prozent aller Westschulden innerhalb eines Jahres tilgen. Oder anders ausgedrückt: Sie muß 11 Milliarden Mark für fällige Rückzahlungen und 2,5 Milliarden Mark für Zinsen aufbringen. Aber 13,5 Milliarden Mark kann die „DDR" nur flüssig machen, wenn sie auf dem westlichen Kapitalmarkt immer wieder neues Geld auftreibt.

Vor diesem Hintergrund rasten die momentanen Bemühungen Ost-Berlins in Bonn um neuerliche 1 oder 2 Milliarden Mark sachlich in genau dieselbe Finanzmisere ein wie vor Jahresfrist. Selbst das Timing ist dasselbe. Es fällt wieder in den Juli.

Aus Handelsüberschüssen im OECD-Raum, aus Zahlungen der Bundesregierung sowie aus landeseigenem Intershop oder vom Geldumtausch in Zürich kann die „DDR" bestenfalls 7 Milliarden Mark aufbringen. Mit mindestens 6 Milliarden Mark muß sie sich deshalb neu verschulden. Neues Geld aber bekommt sie im Westen erst dann ausreichend, wenn die Bundesregierung wie im vergangenen Jahr „mit gutem Beispiel" vorangeht. Und würde Bonn nicht helfen, dann käme die „DDR"-Kreditwürdigkeit bei deutschen und ausländischen Banken schnell wieder zum Erliegen.

Die ganze Wahrheit aber sieht für Erich Honecker noch weit trauriger aus. Den geringfügigen Abbau der westlichen Dollar-Schulden hat er nämlich mit höheren östlichen Schulden finanziert. In Moskau steht Ost-Berlin allein aus dem Warenhandel mit 3,4 Milliarden Rubel, gleich 4,6 Milliarden Dollar oder 13 Milliarden Mark, in der Kreide. Mit anderen Worten: Die gesamte Netto-Auslandsschuld der „DDR" ist mit 37 Milliarden Mark heute nicht einen Deut geringer als 1981.

Gewiß, Ost-Berlin hat bisher immer pünktlich bezahlt. Doch selbst die enormen Exportanstrengungen seit 1981, die größtenteils mit eklatanten Versorgungslücken zu Hause erkauft wurden, reichten nicht aus, um aus dem Strudel der Auslandsschulden herauszukommen! Seit 1980 fließt das gesamte neu zuwachsende Nationaleinkommen ins Ausland. Das bedeutet Stagnation und einen *noch schnelleren Rückfall gegenüber* der Bundesrepublik als bisher.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Erich Honecker die Kooperation mit der Bundesrepublik ausbauen will und gar zu Besuch kommen möchte. Die „DDR" braucht die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik mehr denn je, und zwar ökonomisch, technisch, wissenschaftlich und politisch, weil sie sonst im Stru*del der sozialistischen Mißwirtschaft* politisch immer weiter abtreibt.

Die Fragen, die heute in Bonn gestellt werden müßten, lauten im Grunde:

1. *Befindet sich die „DDR"-Wirt*schaft seit geraumer Zeit lediglich in einer Talsohle, aus der heraus – wie bei uns – ein neuer Aufschwung möglich wird und wozu Ost-Berlin zwischendurch gegen handfeste Bonner Unterstützung über manches mit sich reden und gegen Geld sogar ausreisen läßt – oder stößt die Planwirtschaft auf ihre absoluten Grenzen?

2. Erzwingt die ökonomische Misere der „DDR" jetzt ein politisches Umdenken Ost-Berlins, das auch wegen künftiger Chancenlosigkeit des planwirtschaftlichen Modells strate*gischer Natur ist, oder handelt es sich* lediglich um ein taktisches Manöver, dem nach gelungener Konsolidierung eine neuerliche Abgrenzungswelle nachfolgt?

3. Ist die derzeitige Haltung Ost-Berlins das Ergebnis sozial-liberaler Entspannungspolitik, ein Verdienst der Union, oder muß Erich Honecker jetzt nicht doch einlenken, weil die wirtschaftliche Lage und die innen*politische Situation (Stimmung der* Bevölkerung) das verlangt?

4. Ist die Raketenstationierung (Sorge um den Frieden, Verantwortungsgemeinschaft aller Deutschen) verantwortlich für die deutsch-deutsche Annäherung oder dominieren letztlich nicht doch ökonomische Gründe?

Bei sachlicher Prüfung fällt die Antwort ziemlich eindeutig aus: Es ist die ökonomische Misere, die jetzt ein politisches Umdenken Ost-Berlins erzwingt. Die Planwirtschaft hat in Deutschland keine Zukunft mehr. Ich habe das seit langem vorausgesagt, jetzt ist es soweit. Die SED kann Deutschland nicht noch tiefer spalten, sie muß statt dessen jetzt auf Bonn zugehen. Den einzigen Fehler, den *wir jetzt noch machen können,* das wäre zu früh und zu intensiv helfen, so daß wir die „DDR" relativ stabilisieren, was gewiß nicht unser Interesse sein kann. Denn wenn das geschieht, dann ersparen wir der SED-Führung etwas, das für den künftigen nationalen Konsens unabdingbar ist, nämlich die vollständige Einsicht in das totale Scheitern aller marxistischen Illusionen. Die Füh*rung der SED jedenfalls* befindet sich mittendrin in diesem Prozeß. Stefan Heym meinte dazu kürzlich in München: „Der Minderwertigkeitskomplex in Ost-Berlin greift immer weiter um sich *und hat jetzt sogar* die höchsten Funktionäre der SED ergriffen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Menschenrechte und § 218

„Papst-Appell: Anwalt des Lebens sein"; WELT vom 5. Juli

Nach dem auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten Weltpakt für bürgerliche und politische Rechte vom 16.12.1966 Artikel 6 Abs. 5 darf die Todesstrafe an schwangeren Frauen nicht vollstreckt werden. In Staaten, in denen die Todesstrafe besteht, darf ein Todesurteil nur als Strafe für die schwersten Verbrechen ausgesprochen werden. Der ungeborene Mensch hat schwerste Verbrechen noch nicht begangen und darf daher vom Scharfrichter nicht getötet werden. Dürfen Mutter, Arzt und Gesetzgeber einen schuldlosen, ungeborenen Menschen zum Tode verurteilen und töten, wenn das Leben der Mutter nicht gefährdet ist?

Nach Art. 6 Abs. 1 der vorgenannten UN-Menschenrechtskonvention hat jeder Mensch das angeborene Recht auf Leben. Dieses Recht ist gesetzlich zu schützen. Nach Art. 5 Abs. 1 darf keine Bestimmung des Pakets so ausgelegt werden, daß sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person ein Recht ergibt, eine Handlung auszuüben, die auf Vernichtung der in dieser UN-Menschenrechtskonvention anerkannten Rechte oder auf ihre Beschränkung abzielt. Zielen die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland, die die Abtreibung von ca. 250 000 Ungeborenen pro Jahr offiziell zuläßt, und die Täter und Täterinnen dieser Tötung ungeborenen Lebens nicht auf die Vernichtung der Schutzrechte, indem die Abgetriebenen ihnen vor ihrer Geburt entzogen werden?

Nach Art. 26 sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen gesetzlichen Schutz. Haben Staat, Mutter und Arzt das Recht, den unschuldigen, ungeborenen Menschen zum Tode zu verurteilen und zu töten, obwohl es der Scharfrichter nicht darf, weil der ungeborene Mensch keine schwersten Verbrechen begangen hat? Wird hier nicht der Gleichheitsgrundsatz durch diese Umgehung verletzt?

Die Europäische Sozialcharta vom 18.10.1961 – Teil des Europäischen Menschenrechts – bestimmt in Teil I Ziffer 17, daß Mütter und Kinder unabhängig vom Bestehen einer Ehe und vom Verwandtschaftsverhältnis das Recht auf angemessenen, sozialen und wirtschaftlichen Schutz haben. Wie kann es danach in dem Wohlstandsland Bundesrepublik Deutschland eine soziale Indikation für Abtreibung rechtmäßig geben? Dieses fragwürdige Recht unterläuft das vorgenannte Schutzrecht offensichtlich. Will der Staat sich der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem vorgenannten Schutzrecht entziehen?

Gemäß Art. 17 der Europäischen Sozialcharta haben sich die Vertragsparteien, darunter die Bundesrepublik Deutschland, verpflichtet, die geeigneten und notwendigen Maßnahmen zu treffen, einschließlich der Schaffung und Beibehaltung geeigneter Einrichtungen und Dienste, um die wirksame Ausübung des Rechtes der Mütter und der Kinder auf sozialen und wirtschaftlichen Schutz zu gewähren. Will die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Gesetzgebung, die die Tötung ungeborenen Lebens aus sozialer Indikation zuläßt, diese Schutzgarantien unterlaufen?

Nach Art. 3 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte vom 4.11.1950 darf niemand unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden. Ist der ungeborene Mensch im Mutterleib ein „Niemand"?

Nach Art. 2 derselben Konvention darf die absichtliche Tötung nicht vorgenommen werden, abgesehen von der Vollstreckung eines Todesurteils, das von einem Gericht ausgesprochen worden ist. Ist die Tötung des unschuldigen, ungeborenen Menschen danach zulässig, oder wird nicht auch diese Schutzgarantie unterlaufen, die jeder Scharfrichter einer zum Tode verurteilten Schwangeren ohne Rücksicht auf deren Willen und sozialer Indikation zu achten hat?

Die Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb einer Nation gerichtet sind und in der Absicht begangen werden, eine Nation auch nur teilweise zu zerstören nach Art. II der Konvention vom 11.12.1946, ist Völkermord, wegen dessen sich auch nur im Falle des Versuches und der Beteiligung Personen strafrechtlich zu verantworten haben, gleichviel ob sie nach der Verfassung verantwortliche regierende Personen, öffentliche Beamte oder Privatpersonen sind.

Fehlt diese Absicht in einem Volk, das die niedrigste Geburtenrate der Welt hat und dessen Bevölkerungszahl durch diese extensive Abtreibungspraxis permanent reduziert wird?

Dr. G. Meinecke, Köln 1

Bonner Eiertänze

„Kreml wirft der Bundesregierung Revanchismus vor"; WELT vom 6. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Staatsminister Dr. Mertes die sowjetische Regierung zum Brief zur Deutschen Einheit vom 12. August 1970 darauf hinweist, daß sie heute eine deutschlandpolitische Zielbeschreibung als revanchistisch bezeichnet, „an deren Redaktion sie zumindest mitgewirkt hat", so ist dies zwar stichhaltig, spricht aber nicht für eine seinerzeitige souveräne Haltung des deutschen Vertragspartners. In ähnlicher Weise war der Bonner Sowjetbotschafter Falin an der Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 beteiligt, – und Walter Scheel legte erst kürzlich zum 60. Geburtstag von Dr. Barzel lobend dar, wie dieser mit ihm in jenen Maitagen kooperiert hatte.

Eine am Grundgesetz orientierte, konsequente Ablehnung der Ostverträge durch die oppositionelle CDU/CSU hätte die Eiertänze vermieden, die heute Außenminister Genscher aufführen muß, wenn die Verträge auf ihren Inhalt hin abgeklopft werden.

Doch die Zeit arbeitet auch für die deutsche Seite: Selbstbestimmungsrecht und Vertreibungsverbot als zwingende Völkerrechtsnormen werden die deutsche Frage mit immer mehr Gewicht als freie Entscheidung des verfassungsrechtlich fortbestehenden gesamtdeutschen Souveräns ausweisen, und zwar hinsichtlich Mitteldeutschlands und aller reichsdeutschen Vertreibungsgebiete (beiderseits der Besatzungsgrenzlinie vom 31. Dezember 1937).

Mit freundlichen Grüßen
R. Schnürch, Düsseldorf 13

Ausgewiesen

„Leserbrief: Verleumdung?"; WELT vom 15. Mai

Als Antwort auf einen Leserbrief von Pfarrer Klaus-Reiner Latk, Bonndorf, war Pfarrer Latk unterstellt worden, er habe „pfarramtliche Fahnenflucht" begangen, weil er seine Gemeinde in der „DDR" verlassen habe. Pfarrer Latk legt Wert auf die Feststellung, daß er von den Behörden der „DDR" ausgewiesen wurde, nachdem er im Zusammenhang mit dem Verbrennungstod des Pfarrers Brüsewitz dies öffentlich gemacht und sich kritisch über die Unterdrükkung der Christen in Mitteldeutschland geäußert hatte.

Die Redaktion

Mit grüner Logik

„Grüne stellen Börner Bedingungen"; WELT vom 23. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

die hessischen Grünen bereiten einen Gesetzentwurf vor, die Legebatterien im Lande Hessen abzuschaffen.

Prima. So wird die Tierquälerei in den Hühnerkäfigen aufhören. Und die hessische Bevölkerung wird nur noch Eier von glücklichen Hühnern verzehren.

Glaubt man! In Wirklichkeit sieht es anders aus. In Wirklichkeit würden die Supermärkte in Hessen, die ja miteinander in Konkurrenz stehen, keineswegs nunmehr Eier von freilaufenden Hühnern, zum vermutlich doppelten Preis, beziehen. Sie würden vielmehr Eier aus den Nachbarländern kommen lassen. In Hessen würden also die Eierfabriken geschlossen werden, was einen Wegfall von a) Arbeitsplätzen, b) Steuern, mit sich brächte, außerdem müßten die hessischen Hausfrauen dann mehr für die Eier bezahlen (denn nicht nur würde die Anfuhr aus Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen höhere Frachtkosten bedingen, auch vom Marktgeschehen her müßten die Preise – infolge Wegfalls der bisherigen Anbieter bei unveränderter Nachfrage – steigen).

Ergebnis: In Hessen höhere Eierpreise, weniger Arbeitsplätze und geringere Steuereinnahmen. Und in den Nachbarländern größere Legebatterien (um auch Hessen beliefern zu können).

Daß Unternehmer stets einen Ausweg finden – und ganz anders reagieren, als man sich dies ausgemalt hat –, ist eine Erkenntnis, die sich zu den Politikern oft noch nicht herumgesprochen hat.

Hochachtungsvoll
H. R. Elmenhorst, Essen

Wort des Tages

„Es gibt Geschehnisse, die dem Verstand unverständlich sind. Ihrer sind viel mehr, als wir gemeinhin ahnen. In allem Erkenntnisdrang stößt der Mensch immer wieder auf eine Mauer, die ihm Halt gebietet: Bis hierher und nicht weiter! Jenseits davon beginnt das Geheimnis, das sich der Vernunft nicht untertan machen läßt. Ohne Mysterium lohnte es sich nicht zu leben."

Walter Nigg; Schweizer Theologe und Autor (geboren 1903)

Lufthansa bestellt Jumbo für weite Nonstop-Flüge

Acht Tonnen leichter durch technische Neuerungen

ADALBERT BÄRWOLF, Bonn

Die Deutsche Lufthansa will einen Super-Jumbo in Dienst stellen, der bis weit über das Jahr 2000 hinaus mehr Passagiere wirtschaftlicher über bislang unerschlossene Nonstop-Strecken des Erdballs befördern kann. Das Großraumflugzeug, das bei Boeing bestellt werden soll, könnte von Frankfurt aus nonstop nach Tokio, Buenos Aires, Johannesburg oder Singapur fliegen. „Wir hoffen, daß wir das erreichen können, und zwar immer mit voller Zuladung", erklärte der stellvertretende Vorstandschef der Lufthansa, Reinhardt Abraham, in einem Gespräch mit der WELT.

Nach den Vorstellungen der Lufthansa sollen die in den allernächsten Jahren möglichen technischen Verbesserungen des bewährten Großraumlangstreckenflugzeuges Boeing-747 nicht Schritt für Schritt, sondern auf einmal eingeführt werden. Dies ist nach Abrahams Meinung bis zum Ende dieses Jahrzehnts erreichbar. Die Lufthansa hat Boeing gegenüber bereits die Bereitschaft erklärt, den Startschuß zu geben. Der Super-Jumbo wird pro Exemplar weit mehr als hundert Millionen Dollar kosten.

Neuartige Leichtmetallegierungen und technologische Raffinessen der neuen Langstreckenmaschine sollen zu einer enormen Gewichtseinsparung von insgesamt sieben bis acht Tonnen führen. Dies ermögliche, so Abraham, eine beträchtliche Kraftstoffeinsparung. Außerdem könne man „Leergewicht immer umsetzen in zusätzliche Nutzlast oder Reichweite". Mit einem solchen Großraumflugzeug könnte sogar Tokio im Nonstop-Flug erreicht werden.

Die Gewichtseinsparung wird hauptsächlich durch die neue Aluminium-Lithium-Legierung erzielt. Sie ist rund zehn Prozent leichter als die klassischen Aluminium-Legierungen, aber auch zwei- bis dreimal so teuer. Der neue Werkstoff wird für Rumpf, Flügel und Leitwerk verwendet. Dabei werden rund fünf Tonnen Gewicht gespart. Das entspricht dem Gewicht von 55 Passagieren mit Gepäck oder der zusätzlichen Treibstoffmenge, die den Radius des Flugzeuges etwa bis Tokio erweitern würde.

Der Super-Jumbo hat neue Triebwerke mit mehr Schub, die aber weniger Kraftstoff fressen, leiser sind und weniger Schadstoffe ausstoßen. Die Flügel sind schlanker und haben eine um sechs Meter größere Spannweite. Diese und andere aerodynamische Verbesserungen bringen eine zusätzliche Kraftstoffersparnis von vier Prozent.

Die Passagierkabine wird flexibler aus neuen Materialien gestaltet, die wesentlich schwerer entflammbar sind. Bricht doch Feuer aus, so werden weniger giftige Gase frei als in den heute fliegenden Maschinen.

Die Bremsbelege in den gewaltigen Jumbo-Fahrwerken sind nicht mehr aus Stahl, sondern aus Karbonfaser. Das macht allein 800 Kilogramm aus. Die neuen Reifen haben die gleiche Festigkeit und Lebensdauer, jedoch ein wesentlich geringeres Gewicht.

Die Pilotenkabine ist als digitales Zwei-Mann-Cockpit ausgelegt. Auf den Flugingenieur wird verzichtet. Dazu Abraham: „Der Arbeitsplatz des Flugingenieurs kann auf einem Langstreckenflugzeug genauso entfallen wie auf einem Kurzstreckenflugzeug." Das bedeutet jedoch nicht, daß für den Super-Jumbo auf der Nonstop-Strecke Frankfurt–Tokio nur zwei Piloten zur Verfügung stehen: Ein dritter Pilot wird an Bord sein.

(SAD)

Im Elektrorasierer war eine Kamera eingebaut

Unruhe im BGS nach Verhaftung von „DDR"-Spion Roski

WERNER KAHL, Bonn

Unter Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) hat die Verhaftung des Dezernatsleiters in der Grenzschutzdirektion Koblenz, Franz Roski, erhebliche Unruhe ausgelöst. Der 34jährige Regierungsrat, dem vierzehnjährige Zusammenarbeit mit dem Ostberliner Geheimdienst vorgeworfen wird, hatte nach Angaben aus dem BGS als Sicherheitsbeauftragter unter anderm die Aufgabe, der Direktion zentral unterstellte Angehörige des Grenzschutzeinzeldienstes an den Grenzübergängen und auf Flughäfen zu überprüfen.

Im Grenzschutz wird die Befürchtung geäußert, daß Roski ihm zugängliche vertrauliche Erkenntnisse aus dem dienstlichen und privaten Bereich der Beamten mindestens seit Frühjahr 1983 dem „DDR"-Geheimdienst übermittelt hat. Unter der in der vergangenen Woche sichergestellten Agentenausrüstung befand sich nach Angaben von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann auch eine der Abwehr bisher nicht bekannte Kamera, die in einem Elektrorasierer eingebaut war. Miniblitze ermöglichen das unauffällige Ablichten von Dokumenten, zum Beispiel auch am Schreibtisch während der Agent sich rasierte. Das Kamera-Auge im Scherkopf verkleinert bis zu vier DIN-A4-Blätter zu einem winzigen Punkt (Mikrat). Unter einer Briefmarke versteckt wird die Ablichtung mit der Post oder über einen „toten Briefkasten" (TBK) übermittelt.

Ungeachtet familiärer Bindungen an Verwandte in der „DDR" – was der Staatssicherheitsdienst 1970/71 zur Anwerbung ausnutzte – sahen die zuständigen Bonner Sicherheitsüberprüfer zu Beginn vergangenen Jahres keinerlei Bedenken, Roski mit seiner Ernennung zum Dezernatsleiter für Haushalt, Organisation und Fernmeldebereich in der Grenzschutzdirektion Koblenz zugleich die Funktion eines Sicherheitsbeauftragten anzuvertrauen. Roski wurde darüber hinaus auch zum Datenschutzbeauftragten ernannt.

Als Datenschutzbeauftragter konnte sich Roski jederzeit Einblick in geheime Fahndungsschreiben und Datenspeicher verschaffen. Entgegen der Meinung eines Sprechers des Bundesinnenministeriums halten es BGS-Angehörige für möglich, daß sich der als Agent überführte Dezernatsleiter in Koblenz wegen seiner Sicherheitsfunktionen in den geheimen Fernmeldeverkehr der Sicherheitsbehörden einschalten konnte, um dem „DDR"-Geheimdienst Erkenntnisse zu übermitteln.

Bei Fahrten über die Transitstraßen zwischen West-Berlin und dem übrigen Bundesgebiet wurden BGS-Beamte in letzter Zeit häufig „beschattet". Mehrere Autos, die vermutlich von Angestellten des Staatssicherheitsdienstes gefahren wurden, folgten BGS-Angehörigen bei Privatfahrten bis zum jeweiligen Grenzübergang. Aus Bemerkungen von „DDR"-Kontrolleuren bei der Ausweisprüfung konnten BGS-Angehörige wiederholt entnehmen, daß der Stasi offenbar durch dosierte Hinweise auf Insider-Kenntnisse Unsicherheit zu verbreiten sucht.

Die zuständigen Behörden schweigen darüber, welche Konsequenzen zum Beispiel aus der Funktion Roskis als Sicherheitsbeauftragter gezogen werden müssen. Für den „DDR"-Geheimdienst wäre es nach Ansicht von Sicherheitsexperten auf diesem Wege leicht gewesen, in den BGS „sicherheitsüberprüfte" V-Leute einzuschleusen.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der frühere Kanonische Visitator der Katholiken des Distrikts Branitz im oberschlesischen Kreis Leobschütz (ehemals Anteil der Erzdiözese Olmütz), Prälat **Eduard Beigel** (77), ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Den Orden überreichte im Rathaus von Stadt Oltendorf der Präsident des niedersächsischen Landtages, **Bruno Brandes**, der insbesondere Beigels langjährigen Einsatz für die Heimatvertriebenen würdigte. Rund 85 000 Katholiken aus dem Branitzer Gebiet leben heute in der Bundesrepublik Deutschland.

*

Zwei Rettungsmänner der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) mit Sitz in Bremen, die Brüder **Artur** (57) und **Ulrich Steffens** (60), sind mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Die Brüder sind die dienstältesten Vorleute (Kapitäne im Bereich Niedersachsens des Rettungswerks). Die beiden erhielten in dieser Woche die Auszeichnungen an Bord des Seenotkreuzers „Eiswette" in Neuharlingersiel (Ostfriesland) aus den Händen des Oldenburger Regierungspräsidenten **Joseph Schweer**. Der frühere Bundespräsident **Karl Carstens** hatte noch zu seiner Amtszeit den Vorschlag des niedersächsischen Ministerpräsidenten **Ernst Albrecht** zur Verleihung befürwortet. Seit 25 Jahren zeigen die Steffens Flagge bei der DGzRS und retteten viele Menschen aus Lebensgefahr.

*

Der Hamburger Modeschöpfer **Wolfgang Joop** ist mit dem „Goldenen Spinnrad" ausgezeichnet worden. Den Preis vergibt die Stadt Krefeld gemeinsam mit der Europäischen Seidenkommission in der Schweiz. Der Ehrenpreis, der seit elf Jahren nicht mehr vergeben worden war, wurde in Krefeld überreicht. Vorherige Preisträger waren: **Pierre Cardin, Andre Courrèges, Emanuel Ungaro** und **Karl Lagerfeld**.

*

Der Frankfurter Musikwissenschaftler und Bach-Interpret Professor **Helmut Walcha** ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der hessische Kultusminister **Hans Krollmann**, der den Orden in Frankfurt am Main überreichte, würdigte Walcha als Hochschullehrer und Künstler, der das unvergängliche klassische Erbe Johann Sebastian Bachs der Nachwelt in überzeugender Art und Weise übermittelt habe.

*

Rosel Zech und **Gerhard Poli** erhielten in München den vom Bundesverband der Fernseh- und Filmregisseure 1977 gestifteten Deutschen Darstellerpreis für 1984. Mit dem seit 1982 zusätzlich vergebenen Nachwuchspreis der Regisseure wurden die Schauspielerin **Sunnyi Melles** und **Claude Oliver Rudolph** ausgezeichnet. „Oscar"-Preisträger **Volker Schlöndorff** würdigte in der öffentlichen Verleihung im Rahmen des Münchner Filmfestes die Geehrten, denen er sieben Kilogramm schwere, in Bronze gegossene Nachbildungen der berühmten Schuhe des Komikers **Charlie Chaplin** überreichte.

MILITÄR

Unter Führung ihres Kommandanten, Fregattenkapitän **Manfred Kestner**, besucht zur Zeit eine Abordnung des Zerstörers Bayern, des bayerischen Patenschiffes bei der Bundesmarine, den Freistaat Bayern.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer deutscher Botschafter in der afrikanischen Republik Sambia ist Dr. **Klaus Timmermann**. Der Philologe, der zunächst die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ablegte und weitere Studien in den USA anschloß, trat 1956 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war in Buenos Aires tätig, in Helsinki und in Daressalam und wurde 1975 Leiter der Botschaft in Jamaika. 1980 ging Timmermann als ständiger Vertreter des Botschafters beim Europarat nach Straßburg.

Deutsche Beteiligung an Raumstation zeichnet sich ab

Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt: Weichen für die Zukunft stellen

W. WESSENDORF, **Bremen**

Viele komplizierte Fragen politischer, wirtschaftlicher und juristischer Art gilt es zu lösen, um die Weichen für die Zukunft der deutschen Raumfahrt zu stellen. Dennoch zeichnet sich immer konkreter die deutsche Beteiligung an einer permanent bemannten Raumstation in (enger) Zusammenarbeit mit den USA ab. In 10 Jahren soll es soweit sein. Der Ministerialrat im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Gottfried Greger, sagte in einer Fachausschußsitzung der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt (DGLR) in Bremen: „Auf lange Sicht müssen wir aber selbständig werden." Und damit meint er auch die europäische Raumfahrtgemeinschaft.

Die Abklärungsphase im BMFT für das deutsch-italienische übergreifende Projekt „Kolumbus" sei allerdings noch nicht abgeschlossen, führte Greger aus. Die Übereinstimmung mit den Nutzern der geplanten Raumstation mit sechs bis acht Mann Besatzung müsse gründlich vorbereitet werden. Peter Kleber von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) berichtete über erste Kontakte zu potentiellen Nutzern in der Großindustrie: „Es ist erschreckend, alle glauben, daß die Missionen – ob mit dem Spacelab oder der Raumstation – allein der Wissenschaft dienen." Dabei sollen die Missionen den industriellen Nutzern bis hin zu Produktionsstätten voll zugute kommen.

Von seiten der Industrie werfen sich indes drei Fragen auf, deren Beantwortung gleichsam die Conditio sine qua non für eine Beteiligung darstellt: die Garantie der Vertraulichkeit und der Schutzrechte sowie der ungehinderte Zugang. Im Mittelpunkt des industriellen Interesses *stehen die Herstellung von Materialien* unter Aufhebung des Schwerkrafteinflusses. Diese neuen Verfahren werden beispielsweise für die Medizin aller Voraussicht nach von großer Bedeutung sein, denn unter Schwerelosigkeit können Medika*mente mit höherer Wirksamkeit* bei geringer Belastung des menschlichen Organismus hergestellt werden. Nach 140 Großfirmen soll auch der Mittelstand demnächst befragt werden.

Zunächst muß laut Greger eine Kabinettsentscheidung herbeigeführt werden, damit das Raumfahrtbudget aufgestockt werden kann. Das BMFT steckt 1985 von seinem 7,26-Milliarden-Haushalt 816 Millionen Mark in die Weltraumforschung. Das bedeutet eine Steigerung von rund 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Für die großen Zukunftsaufgaben ist das aber zu wenig," meinte Greger.

Ungefähr die Hälfte davon wird innerhalb der European Space Agency (ESA) gemeinsam mit den europäischen Partnern umgesetzt. Im November wird im ESA-Rat auf Ministerebene die Entscheidung fallen, wer sich an der Raumstation „Kolumbus" beteiligt, die von Erno Raumfahrttechnik in Bremen und den Italienern konzipiert wurde. Dabei fällt auch als Junktim die Entscheidung über Ariane 5. Diese Neuentwicklung der europäischen Trägerrakete soll Nutzlasten bis zu neun Zentnern in den Weltraum bringen.

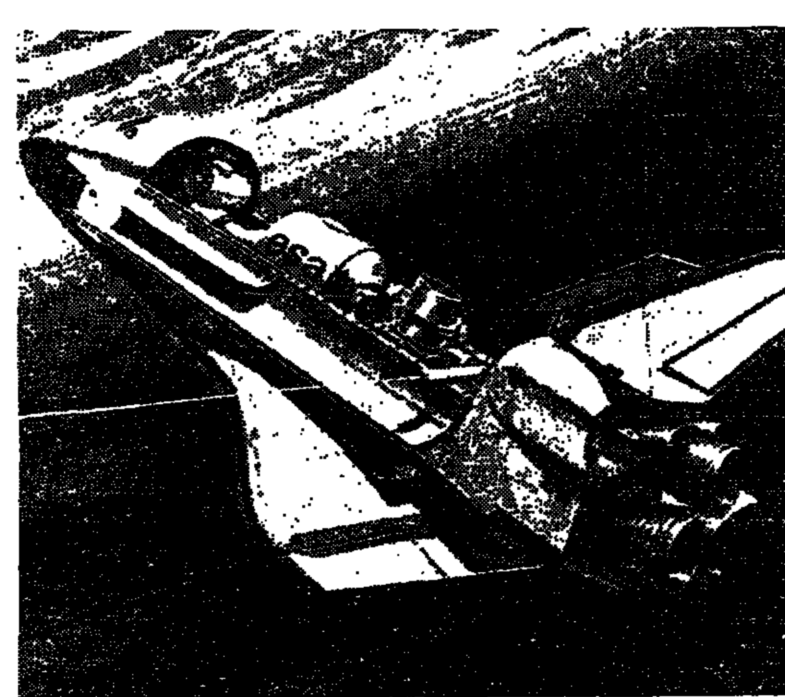
Die Bremer Pläne zu einem europäischen Anteil beruhen auf dem auf dem Spacelab-Programm aufgebauten Modul, das an eine (amerikanische) Station angedockt wird. Kolumbus-Projektleiter Manfred Baune, der das technische Konzept vorstellte: „Dieses Modul nennen wir bereits auf den Zeichenbrettern Kolumbus, denn 1992 jährt sich zum 500. Mal der Tag, an dem Kolumbus Amerika entdeckte." Nach den vom BMFT mitfinanzierten Untersuchungen ergeben sich unterschiedliche Konzepte mit unterschiedlichen Kosten.

„*Die amerikanische Weltraumbehörde Nasa ist zur Zeit relativ offen* für Entwicklungen," betonte Greger. Die USA befänden sich selbst noch in der Definitionsphase für ihre Weltraumstation, die erst 1986 abgeschlossen sein wird. Andere Partner wie *Europa, Kanada und Japan* würden animiert, parallel mitzuarbeiten. Und erst am Ende dieser sogenannten Phase B müßten und könnten die Kooperationsmöglichkeiten gefunden werden.

Rund 10 Milliarden Dollar werden die Amerikaner für die Grundlagen, sprich Infrastrukturkosten, ihrer Raumstation in den nächsten 10 Jahren ausgeben. Wenn das europäische Modul angedockt wird, dann entspricht dieser Beitrag der Greger-Schätzung nach rund 20 Prozent, also zwei Milliarden Dollar. Greger gibt zu: „Das ist nicht billig." Andererseits würden die USA einen unerträglichen Vorsprung gewinnen, falls sich die Europäer abkoppelten. „Allein schaffen wir schon wegen mangelnder Finanzmittel keine Raumstation."

Den in der Öffentlichkeit entbrannten Diskussionen über den Wert einer Raumstation halten Greger sowie Vertreter der DFVLR und der Raumfahrtindustrie entgegen, daß nur ein permanenter Laborbetrieb im All die von der Industrie gewünschten Ergebnisse für neue Materialien und Verfahrenstechniken bringen könne.

Die Experten der öffentlichen Auftraggeber, der Institute und der Industrie weisen auf die verschiedenen Mitfluggelegenheiten hin, die angeboten werden. Die relativ geringen Kosten bei Raketenvorprogrammen oder der Beistellung autonomer Nutzlasten für die Raumfähre – Projektkürzel TEXUS und MAUS, beide auf autonome, technische und materialwissenschaftliche Versuche in der Mikrogravitation ausgelegt – böten Experimentalprogramme, um die Spacelab-Nutzung optimal vorzubereiten. Dies sei bei allen Entscheidungen für eine Raumstation von überragender Bedeutung. Dann könnten sich die bisher nur hochgerechneten Betriebskosten einer künftigen Raumstation für die Deutschen zwischen 700 Millionen Dollar und maximal einer Milliarde Dollar amortisieren.



Auftakt der Kooperation mit den Amerikanern war der Start des europäischen Space Shuttle (ESA) im Dezember 1983 ZEICHNUNG: SVEN SIMON

Japan baut eigene starke Weltraumrakete

dpa, **Tokio**

Die japanische Raumfahrtbehörde hat endgültig über den Bau einer ei*genen Rakete entschieden, mit der* Japan mittelfristig als Konkurrent der USA und Westeuropas in das internationale Satellitengeschäft einsteigen will. Wie das Technologieministerium gestern in Tokio bestätigte, soll die H-2-Rakete stark genug sein, um Satelliten bis zu *zwei* Tonnen in den Weltraum zu befördern. Die Entwicklung mit Gesamtkosten von rund 2,4 Milliarden Mark soll im nächsten Frühjahr beginnen, und 1991 soll mit der Rakete ein erster Testsatellit gestartet werden.

Mit der Eigenentwicklung will sich Japan von der bisherigen Abhängigkeit von den USA lösen und die damit verbundenen Auflagen abschütteln. Zu den Auflagen gehören die ausschließlich friedliche Nutzung, das Verbot des Technologietransfers an Drittländer und der Verzicht, für andere Länder Satelliten in den Raum zu befördern. Die H-2-Rakete besteht zu 90 Prozent aus japanischen Komponenten (H-1: 80 Prozent, N-Z: 57 Prozent).

Kreml liefert Raketen an Kuwait

AP, **Kuwait**

Kuwait wird von der Sowjetunion *Flugabwehrraketen und andere Waffen* im Wert von 327 Millionen Dollar kaufen. Ein entsprechendes Abkommen ist in Moskau von dem kuwaitischen Verteidigungsminister Scheich Salem el Sabah paraphiert worden.

Der Vertrag soll später in Kuwait unterzeichnet werden. Nach Angaben der kuwaitischen Zeitung „El Kabas" erklärte der Minister dazu: „Die Sowjets haben uns alles angeboten, was sie haben. Sie haben uns nichts verweigert." Diese Bemerkung war offensichtlich an die Adresse der USA gerichtet, die vor kurzem eine kuwaitische Bitte um die Lieferung von „Stinger"-Tieffliegerabwehrraketen abschlägig beschieden hatten. Israel befürchtet, daß diese Waffen in die Hand der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gelangen können.

Dem Blatt zufolge werden sowjetische Militärexperten nach Kuwait kommen, um die Waffensysteme zu montieren und kuwaitisches Personal in der Bedienung auszubilden. Kuwait hatte eine derartige Zusammenarbeit mit den Sowjets bisher vermieden. „El Kabas" schrieb, Salem el Sabah habe betont, der Waffenkauf in der UdSSR sei ohne politischen Hintergrund.

Lkw explodierten im Kaukasus

dpa, **Moskau**

Bei einem schweren Unfall *auf einer* Straßen-Brücke bei Krasnodar im Nordkaukasus sind offenbar mehrere Menschen bei lebendigem Leib verbrannt. Zahlreiche explodierende Propangasflaschen lösten ein Inferno aus, in dem drei Lastautos völlig aus*brannten*. Nach *einem Bericht* der Gewerkschaftszeitung „Trud" sprangen die Flammen auch auf eine nicht genannte Zahl von Personenautos über, die sich nach dem Unfall auf beiden Seiten der Brücke kilometerweit stauten.

Einer der drei Lastwagen, die auf der Brücke zusammenstießen, war mit 200 Propangasflaschen beladen. Einwohner eines Dorfes in Brückennähe glaubten zunächst an Bombenanschläge. „Man hörte Explosionen, glühende Metallstücke zischten wie *Raketen nach allen Seiten*, einzelne Gasflaschen fielen in den Fluß und trieben brennend ans Ufer, wo sie dürres Gras und Büsche entzündeten", schrieb „Trud". Als die durch den Verkehrsstau behinderte Feuerwehr den Unfallort erreichte, habe es *nichts mehr zu retten gegeben*. Eine Planierraupe konnte nur noch Schrott beiseite räumen.

Kohl in Mexiko: Reise hat sich politisch und menschlich gelohnt

Bonn will sich mehr um Lateinamerika kümmern, strebt aber keine neue Politik an

W.THOMAS, **Mexiko-Stadt**

Helmut *Kohl zitierte eine deutsche* Marxistin, als er die kritischen Fragen eines kubanischen Korrespondenten zur Mittelamerika-Situation beantwortete. „Die politische Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden", erklärte der Kanzler unter Hinweis auf Rosa Luxemburg. „*Ich halte* mich an diesen Grundsatz, Duarte tut es, ich hoffe Sie auch."

Auf einer Pressekonferenz wenige Stunden vor seinem Rückflug mußte Kohl zum heißen Eisen Mittelamerika Stellung beziehen. Ein Vertreter *der kubanischen Nachrichtenagentur* Prensa Latina wollte wissen, weshalb Kohl „die Minderheitsregierung" des neuen salvadorianischen Präsidenten José Napoleón Duarte unterstütze und die vor zwei Jahren von Mexiko und Frankreich als „einflußreiche politische Kraft" anerkannte Guerrilla-Bewegung El Salvadors ignoriere. Auf der anderen Seite wünsche er aber Verhandlungen der sandinistischen Regierung mit den „Konterrevolutionären Banden."

Kohl schluckte kurz und betonte, *daß er „keine internationalen Propagandathesen* erörtern" wolle. Dann bekundete er seine Differenzen in der Beurteilung der Lage („ich akzeptiere ihre Argumente nicht") und berief sich auf Rosa Luxemburg. Zuvor hatte Kohl Duarte – er kommt nächste Woche nach Bonn – als „meinen guten Freund" und als Reformpolitiker gewürdigt, die jüngsten Äußerungen des nicaraguanischen Junta-Chefs Daniel Ortega jedoch korrigiert.

Ortega hatte in der vergangenen Woche der Bundesregierung vorgeworfen, „ein Komplize der verbrecherischen Reagan-Politik in Mittelamerika" zu sein. Kohl: „Diese Beschuldigungen haben mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Auch Ortega weiß, daß sie nicht stimmen." Im Gegensatz zu Duarte müsse Ortega „erst einmal den Beweis erbringen, ob er für den Pluralismus eintritt."

Der Bonner Regierungschef, der gerade sein zweites Gespräch mit dem mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid beendet hatte, bekundete Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen. Er erwähnte auch Mittelamerika, wo Mexiko und die Bundesrepublik eine friedliche Lösung der Krise fördern würden. Kohl: „Der Ausweg ist nicht die Gewalt, der Ausweg sind Verhandlungen." Und: „*Wir müssen* das Elend abbauen und eine soziale Gerechtigkeit schaffen." Er habe von de la Madrid „sehr viel Interessantes zu dieser Situation" erfahren, berichtet der Kanzler, ohne Einzelheiten zu nennen.

Von de la Madrids „klarem, klugen Urteil, von seiner Weisheit" zeigte sich Kohl beeindruckt. Er will in Zukunft einen „sehr intensiven direkten Kontakt" mit dem mexikanischen Staatsmann pflegen.

Der Lateinamerika-Besuch habe sich „politisch und menschlich gelohnt", *zog Kohl Bilanz*. Er sei „von großem Nutzen gewesen, ein Beitrag zum Frieden der Welt". Das während dieser Reise aufgetauchte Gerücht von einer „neuen Lateinamerika-Politik" Bonns korrigierte Kohl mit dem Hinweis: „Das ist keine neue Melodie. Das ist lediglich eine Wiederauflegung der alten Melodie."

Das Versprechen, sich in Zukunft intensiver als bisher um die Probleme des Subkontinents zu kümmern, konnte er noch in Mexilo konkretisieren. Enthusiastisch unterstützte der Kanzler den Plan einer Außenministerkonferenz Ende September in Costa Rica, an der sich die Vertreter der EG-Nationen, Spaniens, Portugals, der mittelamerikanischen Staaten und der Contadora-Länder (Mexiko, Kolumbien, Panama, Venezuela) beteiligen sollen. Beratungsthema: Die Mittelamerika-Krise und die Möglichkeit eines stärkeren wirtschaftlichen und politischen Engagements Westeuropas. (SAD)

Prozeß des Unbehagens für Warschau

Die vier angeklagten KOR-Mitglieder beharren auf Freispruch oder Schuldnachweis

ELISABETH RUGE, **Bonn**

Seit dem *13. Dezember 1981, dem* Tag des militärischen Coups von General Jaruzelski, sind sie eingesperrt – politische Gefangene. Heute beginnt der Prozeß gegen sie vor einem Warschauer Militärgericht, ein Prozeß, der den kommunistischen Machthabern in *Polen* erhebliches Kopfzerbrechen bereitet. Vor Gericht stehen die vier KOR-Führer Jacek Kuron, Adam Michnik, Zbigniew Romaszewski und Henryk Wujec – ehedem Berater der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität".

Die Anklage wirft ihnen „Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes der Gesellschaftsordnung in Polen" vor. Bis zu zehn Jahren Gefängnis drohen den „Staatsfeinden", wenn die Beweisführung gelingt. Und damit tun sich die Gerichte schwer. Sonst hätten sie wohl den Prozeßbeginn nicht so lange hinausgezögert. Erst der Hungerstreik von Jacek Kuron dürfte das Verfahren beschleunigt haben, bei dem ausländische Beobachter unerwünscht sind.

Alle behördlichen Bemühungen, statt eines Prozesses die Schlichtung zu versuchen, das Verfahren im Sande verlaufen zu lassen, scheiterten an der Standhaftigkeit der Angeklagten. Sie hätten längst frei sein können, *doch zu Bedingungen, die dem* Angeklagten unannehmbar erschienen: Sie sollten vorübergehend ins Exil abgeschoben werden oder sich schriftlich verpflichten, bis 1986 den Mund zu halten, nach der Freilassung auch nicht die Feder zu spitzen.

Mehrfach wurde *Primas Glemp* eingeschaltet, ebenso ausländische Vermittler, zuletzt ein Vertreter der Vereinten Nationen. Doch die vier Männer blieben standhaft, sie waren sich einig: entweder Freispruch oder Nachweis einer Schuld.

Alle vier KOR-Mitglieder sitzen für eine politische Überzeugung im Gefängnis, die schon mehrfach dazu führte, daß sie Freiheit mit den Gitterstäben vertauschen mußten. Was besonders die Historiker Kuron und Michnik in den Augen der Kommunisten so gefährlich macht: Sie kämpfen als überzeugte Marxisten. KOR – das frühere „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" – wollte niemals aus dem Sozialismus ausscheren. Die Gruppe war dennoch schon vor der Arbeiterbewegung ein Gefahrenherd für die Partei, weil sie den Funktionären Versagen vorwarf, ohne dabei das sozialistische System für Polen in Frage zu stellen.

Die Verfolgung der KOR-Aktivisten begann schon in den frühen sechziger Jahren, als der Student Kuron für eine gewagte Dissertation ins Gefängnis wanderte: eine Sammlung antisozialistischer Konzeptionen. Im „polnischen März 1968", als die Studenten gegen Lüge und Gängelung *durch die Partei revoltierten*, standen Kuron und Michnik an der Spitze. Erneute „Denkpause" im Gefängnis. 1976, bei den Arbeiterunruhen in Ursus und Radom, kam es zu Verhaftungen, Leid und Not für die Familienangehörigen der Betroffenen. Spontan *halfen die Kollegen, teilten ihre Löhne*. Die Hilfsaktionen zogen Kreise, bekamen Unterstützung von 14 Intellektuellen: Sie beschlossen die Gründung von KOR.

Mit dem Durchbruch der freien Gewerkschaft „*Solidarität*" war das KOR-Ziel freilich erreicht, das Komitee löste sich auf.

Die Gewerkschaft wurde zerschlagen, doch die alten KOR-Ziele leben weiter. Während in Warschau der Prozeß anläuft, wollen „KOR-Getreue" in Köln vor der polnischen Botschaft, dem polnischen Reisebüro Pol Orbis und der Fluggesellschaft LOT Mahnwachen aufstellen.

Umstrittene Wahl beim Weltkirchenrat

Der neue Generalsekretär Emilio Castro bekennt sich zum kritisierten „Sonderfonds"

idea, **Genf**

Der neue Generalsekretär des *Weltkirchenrates, Emilio Castro, hat* sich nachdrücklich zum umstrittenen Sonderfonds des Antirassismusprogramms der Ökumenischen Organisation bekannt.

Vor der Presse in der Zentrale des Weltkrichenrates in Genf bezeichnete der methodistische Pastor aus Uruguay den Fonds, aus dem auch gewaltanwendende Bewegungen wie die namibische Swapo oder der prokommunistische ANC in Südafrika unterstützt werden, als „ehrlichen Versuch, denen zu helfen, die sich ausge*stoßen fühlen*". *Es sei daher unfair*, das Antirassismusprogramm mit Gewalt gleichzusetzen. Die Zahlungen seien für humanitäre Zwecke bestimmt.

Castro solidarisierte sich auch mit der „Theologie der Befreiung". Ihre große *Linie*, sich für benachteiligte und unterdrückte Menschen einzusetzen, finde seine „volle Zustimmung". Es gebe jedoch innerhalb dieser theologischen Richtung Extreme, „über *die man sprechen muß*", fügte Castro einschränkend hinzu. Er halte es für nötig und möglich, sich gewaltlos für Frieden einzusetzen.

Im Gespräch mit dem Informationsdiesnt der Evangelischen Allianz (idea) haben die deutschen Mitglieder des Zentralausschusses die Wahl Castros begrüßt und die Erwartung geäußert, daß es vrstärkt zu Brückenschlägen zwischen dem Weltkirchenrat und seinen Kritikern, vornehmlich den Evangelikalen, komme. Der Vorsitzende des Zentralausschusses, der Präsident im Kirchenamt der EKD, Heinz-Joachim Held (Frankfurt), wies darauf hin, daß sich Castro schon früher um eine Integration der Evangelikalen bemüht habe.

Ein Sprecher der Evangelikalen, die den Weltkirchenrat als theologisch und politisch einseitig ablehnen, Professor Peter Beyerhaus, äußerte dagegen, er erwarte von der Wahl Castros keine Kursänderung. *Wie wenig sich ändere, zeige schon* das Bekenntnis des neuen Generalsekretärs zum „fürchterlichsten Aspekt" des Weltkrichenrates, dem Sonderfonds. Statt ein Zeichen der Buße für die „Blutschuld" zu setzen, die der Weltkirchenrat auf sich geladen habe durch die Unterstützung von „marxistischen Terrorbewegungen", die „zahlreiche afrikanische Christen" ermordet hätten, habe sich Castro sofort nach seiner Wahl für das umstrittene und unbiblische Programm eingesetzt. Beyerhaus, Direktor des Instituts für Missionswissenschaft und ökumenische Theologie an der Universität Tübingen, bezeichnete es ferner als bedenklich, daß Castro aktiv in der „prosowjetischen" christlichen Friedenskonferenz *(CFK) mitarbeite, die jede Diskriminierung* von Christen im Ostblock abstreite.

Thatcher: Dialog mit Moskau fortsetzen

Sorge über fehlende Rüstungskontroll-Gespräche / Reagans Bemühungen begrüßt

FRITZ WIRTH, **London**

Nur wenige Tage nach dem erfolglosen Versuch ihres Außenministers Sir Geoffrey Howe, einen Dialog mit den Sowjets zu starten, hat Premierministerin Margaret Thatcher an die Sowjetunion appelliert, ihre „Politik des leeren Stuhls" zu beenden. „Das Fehlen von Verhandlungen über eine nukleare Rüstungskontrolle erfüllt uns mit größter Sorge", sagte sie in einer viel beachteten Rede vor der europäischen Atlantik-Gruppe in der Londoner Guild Hall.

Sie machte die sowjetische Führung für den Zusammenbruch dieser Gespräche *verantwortlich*. „Wir *im* Westen wissen, daß man die Sache des Friedens nicht fördert, wenn man nur mit Leuten spricht, mit denen man übereinstimmt. Man muß sich auch mit jenen zusammensetzen, deren Meinung man nicht teilt..."

Sie unterstützte nachhaltig die Bemühungen Präsident Reagans um einen neuen Dialog mit den Sowjets. „Er ist ernsthaft bereit, an einer Lösung zu arbeiten. Wir begrüßen seine schnelle und positive Antwort an die Sowjets über die Waffenkontrolle im Weltraum zu sprechen."

Die Rede Frau Thatchers war in der Sache gegenüber den Sowjets konziliant, das hielt sie jedoch nicht davon ab, in scharfer Form ihr unakzeptables politisches System zu attackieren, die dort praktizierte politische Unterdrückung, ihren Versuch, den Westen politisch zu spalten und ihre „zynische und negative Haltung zur Dritten Welt" zu verurteilen.

Trotz aller nachdrücklichen Unterstützuung Reagans im außen- und militärpolitischen Bereich schloß sie – offenbar unter dem Eindruck der akuten Finanzkrise stehend, von der die britische Währung im Augenblick heimgesucht wird – die amerikanische Regierung nicht aus ihrer Kri*tik aus*. „*Es gibt wichtige Bereiche*, in denen wir unsere Interessen auf unterschiedliche Weise verfolgen, klagte sie und die Politik unserer amerikanischen Partner ist nicht unbedingt in allen Fällen hilfreich."

Besondere Beachtung fand außerdem ihre Bemerkung, daß Großbritannien notfalls bereit sein müsse, ihre Verteidigungsrolle außerhalb des NATO-Bereichs zu stärken. Ohne es ausdrücklich beim Namen zu nen*nen, war dies ganz offensichtlich ein* Hinweis darauf, daß Großbritannien zu einer aktiveren Rolle beim Schutz der Schiffahrtsweg im *Golf* bereit ist.

„Zahlreiche NATO-Mitglieder", so behauptete sie, „sind heute bereit, sich den Herausforderungen zu stellen, die sich jenseits des NATO-Bereichs für sie ergeben," und stellte Großbritannien als ein Musterbeispiel für diese globalere Rolle ihrer Streitkräfte dar. „Britische Streitkräfte sind heute in der ganzen Welt von Belize bis Zimbabwe, von den *Falkland-Inseln* bis Gibraltar stationiert, im Dienste für die gesamte westliche Welt."

Direkthilfe für Afrikas Flüchtlinge

Genfer Treffen vom Ostblock boykottiert / Bundesrepublik gibt dieses Jahr 30 Millionen

DW. **Genf**

Die 112 Teilnehmer der Flüchtlingshilfekonferenz für Afrika in Genf haben sich zum Abschluß des dreitägigen Treffens bereit erklärt, rund hundert Millionen Dollar für 16 afrikanische Länder zur Verfügung zu stellen. In diesen Ländern leben rund 2,6 Millionen der etwa vier Millionen Flüchtlinge des Kontinents. Als vorrangig bezeichneten die Spenderländer Hilfe für Somalia, das 700 000 Flüchtlinge aufgenommen hat, sowie für Sudan mit 690 000 und Äthiopien mit 340 000 Flüchtlingen.

Auf der Konferenz wurde offiziell mitgeteilt, daß über ein Drittel der rund 130 Projekte, die von 15 afrikansichen Staaten in Genf präsentiert *worden waren, von den potentiellen* Geberländern angenommen oder wohlwollend geprüft wurden. Es geht dabei um mittel- und langfristige Vorhaben zum Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur im Gesamtwert von 362 Millionen Dollar in Ländern mit besonders vielen Flüchtlingen. So will sich die Bundesrepublik Deutschland mit Projekten in Sudan, Somalia und Kenia befassen. Bonn stellt allein 1984 mehr als 30 Millionen Mark für Flüchtlinge in Afrika zur Verfügung. Insgesamt bringt die Bundesrepublik weltweit mehr für Entwicklungshilfe auf als die Sowjetunion und ihre Verbündeten zusammengenommen.

Die Warschauer-Pakt-Staaten, die unter Führung der Sowjets zur Verursachung der afrikanischen Flüchtlingsprobleme beitragen, blieben der Genfer Konferenz fern. Dabei stammt die Hälfte der Flüchtlinge, rund zwei Millionen, aus Äthiopien, dessen Militärregierung von den Sowjets gestützt und mit Waffen ausgerüstet wird. Vor diesem Hintergrund ist die in Genf sichtbare Strategie der westlichen Länder verständlich, ihre zukünftigen Hilfeleistungen weniger über anonyme internationale Organisationen fließen zu lassen, sondern sie bilateral zu verwirklichen, damit den Empfängern bewußt wird, von wo die Hilfe kommt.

Für die von der Konferenz beschlossene neue Strategie der Verknüpfung von Flüchtlings- und traditioneller Entwicklungshilfe setzte sich auch der Leiter der Bonner Delegation, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, ein. Soforthilfe könne nicht mehr die ausschließliche Antwort auf die afrikanische Flüchtlingsnot sein. Die Bonner Regierung habe „ihre Entwicklungspolitik auf diese neue Dimension der Flüchtlingshilfe eingestellt", sagte er vor den Delegierten.

Der Konferenz-Präsident Leo Tindemans, Außenminister Belgiens, wertete das Treffen als einen „bedeutsamen Erfolg". Der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit, Peter Onu, äußerte jedoch, man müsse noch abwarten, ob und wie die akzeptierten Projekte verwirklicht werden.

Asean läßt sich von Hanois Starre nicht irritieren

Unvereinbare Position gegenüber Kambodscha / Vietnam will die Thais in die Knie zwingen / Die Außenmister tagten

CHRISTEL PILZ, **Bangkok**

Die 17. Jahreskonferenz der Außenminister der Asean endete mit der Feststellung, daß sich die Fronten im Kambodscha-Konflikt verhärtet haben, Hanoi keine Anstalten zum Verhandeln zeigt und das Ziel der Asean, aus Südostasien eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität zu schaffen, in weiter Ferne liegt.

Eine Gegenüberstellung der Asean-Vorschläge zur Lösung des Kambodscha-Konflikts zu denen des Indochinablocks (Vietnam, Laos und Kambodscha) zeigt die gegenwärtige Situation. Die wichtigsten Punkte aus dem gemeinsamen Kommuniqué der Außenminister der Asean (10. Juli) und der drei Indochinaländer (2. Juli):

Asean: bekundet eine tiefe Besorgnis über die „anhaltende illegale Besatzung Kambodschas durch vietnamesische Truppen". Indochina: „Die Unwiderrufbarkeit der Situation ist heute mehr denn je bestätigt."

Asean: wiederholt die Gültigkeit seines Appells vom September 1983, der eine umfassende Lösung des Kambodscha-Konflikts anbietet. Kernpunkte dieses Appelles sind der vollständige Abzug aller fremder Truppen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des kambodschanischen Volkes und dessen nationale Versöhnung. Indochina: Der September-Vorschlag der Asean sollte gleichberechtigt wie der Indochina-Vorschlag vom Januar behandelt werden (*Asean hat diesen Vorschlag, der unter* anderen die Errichtung einer entmilitarisierten Zone auch auf thailändischem Gebiet und die Einstellung aller Hilfe Thailands und der westlichen Welt an die Widerstandsgruppen vorsieht, zurückgewiesen.

Asean: appelliert an die internationale Gemeinschaft, ein UNO-Beobachterteam auf der thailändischen Seite der Grenze zu stationieren, gleichzeitig soll auf der kambodschanischen Seite der Grenze eine entmilitarisierte Zone unter Beaufsichtigung von UNO-Truppen errichtet werden. Indochina: verweist auf seine früheren Vorschläge, die auf einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten der Grenze bestehen.

Asean: „Der Teilrückzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha (der letzte Rückzug fand Ende Juni statt) ist eine bloße Rotation, die darauf angelegt ist, die internationale Öffentlichkeit zu täuschen." Indochina: „Die internationale Öffentlichkeit hat diesen Rückzug wärmstens begrüßt."

Asean: „wiederholt die Unterstützung für die Koalitionsregierung der drei Widerstandsgruppen unter Führung von Prinz Sihanouk", begrüßt deren wachsende Einheit. Indochina: Mit der engen Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten haben Vietnam, Laos und Kambodscha große Fortschritte in der Stärkung der kambodschanischen Volksrepublik erzielt.

Da Hanoi keinerlei Bereitschaft zeigt, auf die von der UNO mit großer Mehrheit angenommenen Asean-Vorschläge einzugehen, Asean-Politiker haben mittlerweile eine neunjährige Erfahrung mit vietnamesischer Starrköpfigkeit und ihrer Taktik, Streitfragen so lange hinauszuziehen, bis die Gegenseite resigniert oder die Situation sich zugunsten Hanois und damit zur weiteren Expansion des Sozialismus gewandelt hat.

Die Situation in Kambodscha hat sich *so sehr zugunsten* des Widerstandes entwickelt, daß Hanoi nur noch in einer Erweiterung der Kriegsszene eine Chance sieht, Thailand in die Knie zu zwingen. Der neue Krisenherd sind drei Dörfer an der thailändischen Grenze zu Laos. Laotische und vietnamesische Truppen rüsten zum Kampf. Nach Auskunft militärischer Beobachter in Bangkok hat Laos die Bevölkerung auf seiner Seite der Grenze in den letzten Tagen evakuiert, was als Anzeichen für bevorstehende militärische Operationen gilt.

Ein Plädoyer für saubere Lösungen.

Umweltschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Sicherung unserer Zukunft.

Daimler-Benz hat dem in seiner Produktpolitik Rechnung getragen und unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, weitere Fortschritte zur Reduzierung der Schadstoffe im Abgas zu erreichen.

So haben wir zum Beispiel die Modelle 190 E, 230 E und 380 SE mit Katalysatoren in unser Programm aufgenommen.

Wir wollen hier jedoch nicht halt machen und werden dieses Angebot ab 1986 wesentlich erweitern.

Viele politische Schritte waren notwendig, um die Grenzen in Europa zu öffnen. Daher brauchen wir auch beim Umweltschutz – wenn die Luftqualität wirksam verbessert werden soll – europäische Lösungen.

Wir fordern sie aber nicht etwa, um den Fortschritt zu verzögern.

Im Gegenteil. Daimler-Benz wäre bereit, wieder um in Vorleistung zu treten: Wir würden die europäischen Grenzwerte für Schadstoffe im Abgas, die ab 1989 vorgesehen sind, vorzeitig erfüllen und damit unsere konstruktive Haltung und Verantwortung gegenüber der Umwelt erneut dokumentieren.

Natürlich ist Umweltschutz nicht zum Nulltarif zu haben. So kostet zum Beispiel eine Abgasreinigungsanlage – und das ist nicht der Katalysator allein – je nach Fahrzeuggröße bei serienmäßiger Ausstattung zwischen 1.500,– und 2.500.– DM. Wir haben dabei nie eine Politik verfolgt, um die Durchsetzung des umweltfreundlichen Autos am Markt zu behindern.

Katalysatoren erfordern unverbleites Benzin, und zwar in Super-Qualität, wenn man den Kraftstoff-Mehrverbrauch in Grenzen halten will.

Um den grenzüberschreitenden Verkehr für Fahrzeuge mit Katalysatoren zu gewährleisten, muß unverbleites Benzin in Europa flächendeckend angeboten werden. Wir sind zuversichtlich, daß dies der Bundesregierung gelingt.

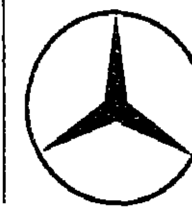
Ein nationaler Alleingang – ohne Rücksicht auf das EG-Recht – könnte bedenkliche Folgen für die Handelspolitik haben. Denn wir sind darauf angewiesen, mehr als die Hälfte unserer Personenwagen zu exportieren.

Umweltschutz ist eine zu wichtige Sache, als daß sie im Meinungsstreit abgenutzt werden darf. Nicht Polemik, sondern Vernunft sollte Maßstab des Handelns sein.

Unsere Kunden und die Öffentlichkeit erwarten, daß wir unserer Verantwortung gerecht werden. Wir bei Daimler-Benz wollen dem entsprechen.

Wir haben nicht auf Gesetze gewartet, sondern unsere Entscheidungen getroffen, weil wir unsere Entwicklungskapazitäten langfristig gezielt einsetzen müssen.

Damit der Mercedes auch künftig Maßstäbe setzt.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

Longos Rücktritt verhindert Regierungskrise

AFP, Rom

Der Rücktritt des italienischen Haushaltsministers Pietro Longo hat *die Regierung* des Sozialisten Bettino Craxi vor einer Zerreißprobe bewahrt. Longo, der Vorsitzender der an der Regierungskoalition beteiligten Sozialdemokratischen Partei ist, gab gestern Vormittag nach einem rund einstündigen Gespräch mit Ministerpräsident Craxi seinen Verzicht auf sein Amt bekannt. Craxi wird vorläufig das Haushaltsministerium übernehmen, das mittelfristig wieder mit einem Sozialdemokraten besetzt werden soll.

Der Rücktritt Longos war erwartet worden, nachdem eine parlamentarische Untersuchungskommission über die Tätigkeit der Geheimen Loge P-2 ihren Bericht vorgelegt hatte. Die Kommission war darin namentlich zu dem Schluß gekommen, daß eine in der Wohnung des „Großmeisters" Licio Gelli entdeckte Mitgliederliste mit dem Namen von Longo und 961 anderen Personen als authentisch gelten kann. Den Bericht hatte das italienische Parlament am Dienstag angenommen. Eine Regierungskrise war in Rom für den Fall befürchtet worden, daß Longo seine Partei aus der Regierungskoalition, der Christdemokraten, Sozialisten, *Sozialdemokraten, Republikaner und* Liberale angehören, zurückziehen würde, wie er zeitweise angedroht hatte.

Kein Geld für Beratung von Neugründungen mehr

Wirtschaftsministerium gehen die Haushaltsmittel aus

HEINZ HECK, Bonn

Dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) gehen die Haushaltsmittel für die Existenzgründungsberatung aus. Dabei hatte die neue Bundesregierung gleich nach Amtsantritt im Herbst 1982 als Sofortmaßnahme die Förderprogramme für Existenzgründer durch zusätzliche Mittel 1983 und Verbesserung der Förderkonditionen attraktiver gestaltet.

Nach Angaben des Bundesverbands der Selbständigen (BDS) war der Zuspruch gewaltig: 1983 stieg die Zahl der geförderten Unternehmensberatungen gegenüber dem Vorjahr auf das Vierfache. Die bisherige Entwicklung der 1984 bearbeiteten Anträge zeige eine weitere Steigerung um mehr als 200 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. *Allerdings ist die einzelne* Beratungsförderung mit maximal 2500 bis 2700 und durchschnittlich 1500 Mark Bundeszuschuß ausgesprochen bescheiden. Erstattet werden 510 Mark je Beratungstag sowie Reisekosten des Beraters.

Bei der rasanten Nachfrageentwicklung reichen die verfügbaren Haushaltsmittel nicht aus. Das BMWi bestätigt, daß der Titel Industrie, Verkehr und sonstiges Dienstleistungsgewerbe „so gut wie erschöpft" sei, die in den Titeln Handwerk, *Groß- und Außenhandel, Einzelhandel* und Energie vorhandenen Mittel ebenfalls nicht bis zum Jahresende reichen dürften. Da mit einer nachträglichen Aufstockung nicht zu rechnen ist, könnte höchstens durch Umschichtungen aus anderen Titeln oder Verlagerungen auf 1985 der Abbruch dieses Programms.

Auch wird über eine erneute Korrektur der Förderkonditionen nachgedacht. Bereits mit Wirkung vom 1. April 1984 war der Bonner Zuschuß zum sogenannten Tagewerksatz der Berater von 90 auf 75 Prozent (612 auf 510 Mark) herabgesetzt worden. Der BDS hat dem Wirtschaftsministerium Vorschläge hierzu gemacht. Darin wird unter anderem angeregt, einen Haushaltstitel „Existenzgründungs- und -aufbauberatungen sowie Informations- und Schulungsveranstaltungen" zu schaffen. Die Zusammenfassung der Mittel in einem solchen branchenübergreifenden Titel würde die geschilderte Diskriminierung einzelner Wirtschaftszweige vermeiden.

Eine weitere Verschlechterung der Förderkonditionen lasse sich mit der *Haushaltskonsolidierung* plausibel begründen, meint der BDS, der Abbruch der Förderung dagegen nicht. Da die Zahl der Existenzgründungen seit März 1984 wieder zurückgeht und die der Konkurse wieder steigt, käme die Botschaft aus Bonn auch zum falschen Zeitpunkt.

Differenzen in der FDP über den Termin für abgasarme Autos

Genscher widerspricht Bangemann / Bundesrat erörtert Vorstoß aus Stuttgart und München

MANFRED SCHELL, Bonn

Über einen Kernbereich des Umweltschutzes, die Einführung des abgasarmen Autos von 1986 an, gibt es nicht nur innerhalb der Regierungskoalition, sondern vor allem zwischen dem FDP-Vorsitzenden Genscher und dem neuen Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) Frontstellungen. Beide Seiten scheuen sich nicht, ihre unterschiedlichen Positionen inzwischen auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Genscher ist sogar so weit gegangen, die Initiative der Landesregierungen von Stuttgart und München zu begrüßen, mit der beabsichtigt ist, Autos vom 1. Januar 1986 an nur noch dann zuzulassen, wenn sie den restriktiven amerikanischen Abgasvorschriften entsprechen. Der Bundesrat wird sich heute mit diesem *Vorstoß der beiden Landesregierungen* erstmals befassen.

Die Entscheidung, ob für Katalysatoren-Autos neben den bereits beschlossenen Erleichterungen bei der Kraftfahrzeugsteuer eine „Kaufprämie" gezahlt wird, soll endgültig im September fallen. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) hat vorgeschlagen, von 1986 an einen „Kaufanreiz" von 1500 Mark als Einstieg zu zahlen, der dann bis 1989 auf 800 Mark gesenkt werden soll. Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) ist gegen *solche Kaufanreize*. Zimmermann ließ gestern mitteilen, er rechne damit, *daß das Kabinett im Herbst in* seinem Sinne beschließen werde.

Der Innenminister baut dabei vor allem auf Kanzler Kohl, dem er vor der jüngsten Kabinettssitzung am 3. Juli in einem einstündigen Vieraugen-Gespräch die Problematik und die „politische Dimension" dieses Vorhabens erläutert hat. In der anschließenden Kabinettssitzung war es dann aber nicht zu einer Entscheidung gekommen, weil sich Stoltenberg und Bangemann – der Wirtschaftsminister war erst wenige Tage im Amt – den Vorhaben des Innenministers widersetzten. Kohl wollte kein kontroverses Abstimmungsergebnis. Genscher, Verkehrsminister Dollinger und auch Familienminister Geißler waren auf der Seite Zimmermanns, *ebenso der Bundeskanzler*.

Bereits während der Kabinettsberatungen hatten sich Differenzen zwischen Genscher und Bangemann gezeigt. Der Außenminister wies Bedenken des Wirtschaftsministers, das Vorhaben Zimmermanns könne gegen EG-Recht verstoßen, zurück. Inzwischen hat der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Morlok einen weiteren, wiederum anders akzentuierten Beitrag zu dieser Diskussion geliefert. Er kündigte an, Bonn müsse notfalls einen „Alleingang" in dieser Angelegenheit einklagen.

Nach der Kabinettsberatung am 4. Juli hatte Genscher von einer „Lokomotivrolle" Bonns im Umweltschutz gesprochen. Die FDP „unterstützt *mit Nachdruck*" Kaufanreize für umweltfreundliche Autos „zusätzlich zu der Entlastung bei der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer". Inzwischen ging Genscher so weit, sich die Forderung, die Einführung abgasarmer Autos „vorzuschreiben", zu eigen zu machen.

E.N. Bonn

Alle SPD-regierten Bundesländer werden sich heute dem Antrag des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat anschließen, mit dem das umweltfreundliche Kraftfahrzeug entgegen dem von der EG-Kommission entworfenen Terminschema schon am 1. Januar 1986 eingeführt werden soll. Während der Bundesratsminister von Nordrhein-Westfalen, Günter Einert, vor der Presse auch dafür eintrat, finanziellen Druck auf die Europäische Gemeinschaft in dieser Angelegenheit auszuüben, meinte der hessische Ministerpräsident Börner der Verband der deutschen Automobilindustrie schade seinen Mitgliedern mit „Tatarenmeldungen" über angeblich hohe Kosten des Katalysators, der schon längst zu passablem Preis in deutsche Exportautos eingebaut werde.

Bonn weist Protest Moskaus scharf zurück

Co. Bonn

Die Bundesregierung hat eine Intervention Moskaus gegen die Aufhebung von Rüstungsbeschränkungen durch die Westeuropäische Union (WEU) mit ungewöhnlicher Schärfe zurückgewiesen. Die sowjetische Kritik daran, daß die Bundesrepublik – ohne dies konkret zu beabsichtigen – jetzt auch Flugkörper größerer Reichweite und Bombenflugzeuge für strategische Zwecke herstellen dürfe, sei eine „nicht akzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Partner der WEU", heißt es in einem Memorandum, das gestern dem sowjetischen Botschafter Semjonow im Bonner Auswärtigen Amt übergeben wurde.

Semjonow hatte zwei Tage vorher Bundesaußenminister Genscher ein sowjetisches Memorandum überreicht, in dem Besorgnis darüber geäußert wurde, daß Bonn jetzt Offensivwaffen herstellen könne, die auch entferntere Staaten bedrohen könnten. Die Bundesrepublik habe ohnehin ein Militärpotential, das ihre Verteidigungsbedürfnisse übersteige.

Die Bonner Antwort mit Gegenvorwürfen und dem generellen Hinweis: „Die Bundesrepublik Deutschland hat ein klares, unverbrüchliches und – *im Gegensatz zum sowjetischen* Verhalten – niemals verletztes Bekenntnis zum Gewaltverzicht abgegeben."

Polen attackiert die ILO

rtr, Warschau

Polen wird nach offiziellen Angaben solange die Sitzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) boykottieren, wie die ILO ihre Einstellung gegenüber Polen nicht ändert. Der Vizedirektor für internationale Organisationen im polnischen Außenministerium, Henryk Sokalski, sagte in einem gestern veröffentlichten Interview der Regierungszeitung „Rzezcpospolita", bei der ILO sei kein Anzeichen eines guten Willens erkennbar. Es gebe eine anti-polnische Kampagne, die vor allem aus ideologischen Motiven und der Konfrontationshaltung einiger Regierungen herrühren.

Die Rückkehr Polens zur ILO hänge nicht von Warschau ab, sondern von der Beseitigung der Gründe für sein Fernbleiben, sagte Sokalski.

Nürnberg zahlt doch

● Fortsetzung von Seite 1

arbeitergeld zwischen 70 und 90 Millionen Mark. Diese Gelder sind in jedem Fall verloren. Sie können auch dann nicht zurückgefordert werden, wenn das Bundessozialgericht später die hessischen Sozialgerichtsentscheidungen aufheben sollte. Die Versicherungsleistungen wurden erbracht, der abgeführte Beitrag ist also „verbraucht". Weiter sieht man bei den Arbeitgebern die Gefahr, daß in künftigen Arbeitskämpfen vor einer endgültigen höchstrichterlichen Entscheidung ein solches Schnellverfahren wieder zum „Instrument" der IG Metall werden könnte.

Die Bundesanstalt sieht nach Angaben ihres Sprechers anders als die Arbeitgeber jetzt keinen Handlungsbedarf bei Gericht. Sie will die im Eilverfahren letztinstanzliche Entscheidung des Landessozialgerichts Hessen akzeptieren, obwohl der Entscheidungsgrund – Gefährdung der *Arbeitskampfparität – weggefallen ist* und die Entscheidung des Bundessozialgerichts als letzter Instanz im Hauptverfahren abwarten. Hauptgeschäftsführer Stadler in Frankfurt dazu: „Auch die Bundesanstalt kann, da die Voraussetzungen für die Schnellverfahren weggefallen sind, und damit auch für die Entscheidung des Landessozialgerichts, nicht nach den Grundsätzen handeln, die sie aufgrund dieser Verfahren glaubte aufstellen zu müssen." Schließlich vertrete die Bundesanstalt ja im Hauptverfahren die Auffassung, daß der Franke-Erlaß Rechtens sei und von den Sozialgerichten im Schnellverfahren zu Unrecht ausgesetzt wurde.

Bayern bleibt bei BMW-Förderung

rtr, München

Das bayerische Wirtschaftsministerium hat die Forderung der SPD *zurückgewiesen, die Förderung für das* im Bau befindliche BMW-Werk Regensburg wegen der geplanten Streichung neuer Arbeitsplätze zu überprüfen. BMW habe sich bei der Festlegung der Förderung verpflichtet, bis 1988 rund 1700 und bis 1990/91 *insgesamt 3500 Arbeitsplätze in dem* Werk neu zu schaffen, sagte ein Sprecher des Ministeriums. Diese Ziele seien auch im Ansiedlungsvertrag mit der Stadt Regensburg festgelegt. Darüber hinausgehende Arbeitsplatzzahlen seien dagegen „niemals *Grundlage" für die Förderung* gewesen. BMW hatte angekündigt, daß es bei den ursprünglich geplanten 3500 Arbeitsplätzen bleiben wird.

Abbau der Kontrollen

Co. Bonn

Eine deutsch-französische Kommission unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes, Schreckenberger, und des Generalsekretärs im Elysée-Palast, Bianco, hat in Bonn eine Vereinbarung über den Abbau der Grenzkontrollen zwischen beiden Ländern paraphiert, die eventuell noch in dieser Woche in Kraft gesetzt werden soll.

Die Abmachung sieht Erleichterungen in drei Stufen vor:

1. Noch im Juli, möglichst am kommenden Montag, soll an der deutsch-französischen Grenze ein Kontrollverfahren ohne Wartezeiten eingeführt werden. Es wird nur noch *Sichtkontrollen bei fließendem Verkehr* geben. Lediglich in Zweifelsfällen und bei Stichproben sind noch Einzelkontrollen möglich.

2. Bis zum nächsten Treffen von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand im Oktober in Bonn sollen weitere Maßnahmen vorbereitet werden. Dazu gehören eine engere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Zoll beider Länder und die Angleichung der Vorschriften für Sichtvermerke. Erleichtert werden soll auch der grenzüberschreitende Verkehr von Reisebussen.

3. Bis Ende 1986 wollen sich Paris und Bonn bemühen, die Voraussetzungen für einen völligen Wegfall der Kontrollen im Personenverkehr und *im Güterverkehr zu schaffen*.

Dazu gehört insbesondere die Harmonisierung einschlägiger Gesetze. *Die beiden Regierungen wollen darauf* hinwirken, daß die Rechtsvorschriften über die Ausstellung von Pässen harmonisiert werden.

Urteil gegen Verkabelung

AP, Berlin

Erstmals hat in Berlin ein Gericht die Verkabelung eines Wohnblockes rückgängig gemacht. Das Amtsgericht Tempelhof/Kreuzberg verurteilte das gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen „Petruswerk" dazu, 800 Wohneinheiten im südlichen Ortsteil Lichtenrade vom Kabelnetz der deutschen Bundespost abzuschalten und wieder eine Dachantenne zu installieren. *In der Urteilsbegründung* heißt es, daß mit dem Kabelanschluß keine Wertverbesserung der Wohnungen verbunden sei, da das Kabel den Mietern zur Zeit keine zusätzlichen Programme anbiete. Ferner hätte das „Petruswerk" vor dem Anschluß an *das Postkabel die Zustimmung* der Mieter einholen müssen. Das Wohnungsbauunternehmen will das Urteil anfechten.

MOTORSPORT

Nur 35 Pfennig Schmerzensgeld für Ecclestone

SAD, Paris

Jean-Marie Balestre, Präsident des Internationalen Automobilsport-Verbandes (FISA), verlor einen Verleumdungsprozeß gegen den französischen Buchautor Jean-Pierre Dubreuil („Die goldenen Boliden"), bekam aber umgerechnet rund 1700 Mark Schmerzensgeld zugesprochen – wegen einiger Anspielungen auf sein Privatleben.

Der Sportjournalist Jean-Pierre Dubreuil *hatte vor einigen Monaten* (die WELT berichtete) ein kritisches Buch über die Welt der Formel 1 veröffentlicht und darin sowohl FISA-Präsident Balestre wie auch den Engländer Bernie Ecclestone, Präsident der Konstrukteurs-Vereinigung (FOCA), heftig angegriffen. *Seinem* Landsmann Balestre warf Dubreuil vor, mit den deutschen Besatzungstruppen im Zweiten Weltkrieg zusammengearbeitet zu haben. Außerdem habe er mehrere undurchsichtige Finanztransaktionen durchgeführt. Über den Engländer Ecclestone schrieb der Sportjournalist in seinem Buch, er habe höchst zwielichtige Verträge mit internationalen Sponsoren abgeschlossen.

Das Gericht in Paris bestätigte nun dem FISA-Präsidenten, daß Dubreuil in seinem Buch tatsächlich über das Privatleben von Balestre berichte. Da dies nach französischem Recht verboten ist, wurde Balestre ein sogenanntes Schmerzengeld von rund 1700 Mark zugesprochen. Zurückgewiesen dagegen wurde Balestres Beleidigungsklage wegen seiner Vergangenheit während des Zweiten Weltkrieges. Balestre hatte in diesem Zusammenhang eine „finanzielle Wiedergutmachung" (Balestre) in Höhe von umgerechnet rund 330 000 Mark gefordert. Geld bekommt er nicht, dafür hat er jetzt sogar den Schaden, denn Jean-Marie Balestre muß noch die Prozeßkosten tragen.

FOCA-Präsident Bernie Ecclestone hatte den Buchautor wegen Beleidigung auf umgerechnet rund 3,3 *Millionen* Mark Schadenersatz verklagt. Das Gericht sah den Tatbestand der Beleidigung zwar als gegeben an, befand den angerichteten Schaden jedoch nur als „moralisch". Aus diesem Grund bestimmten die Pariser Richter, daß der Engländer nur eine symbolische Entschädigung in Höhe von umgerechnet 35 Pfennig erhält. Mit diesem Betrag wird sich Ecclestone zufrieden geben müssen. Pyrrhus-Siege der beiden wichtigsten Männer im Formel-1-Sport.

FUSSBALL

Otto Rehhagel ist überzeugt: Völler bleibt bis 1987

BERND WEBER, Bremen

Seit Wochen ist es Thema aller möglichen und unmöglichen Spekulationen: Bremens Nationalspieler Rudi Völler und sein geplanter oder *beabsichtigter Wechsel zum* spanischen Renommierklub FC Barcelona füllen das Sommerloch des Fußballs. Sieben bis neun Millionen Mark Ablöse wolle Werder Bremen verlangen, der Spieler soll eine Million Mark netto pro Jahr verdienen – so die Gerüchte. *Nun ist die Entscheidung* gefallen, Trainer Otto Rehhagel ist jedenfalls fest davon überzeugt: Völler bleibt.

Und nicht nur das: Aller Voraussicht nach wird der Mittelstürmer nicht nur seinen im Juli 1985 auslaufenden Vertrag erfüllen, er wird sogar noch einen Zweijahresvertrag unterschreiben und den Bremern somit mindestens bis 1987 erhalten bleiben. Das sei das Ergebnis, daß Otto Rehhagel in stundenlangen Gesprächen mit Völler erreicht habe.

Der Trainer sagte zur WELT: „Ich habe ganz offen mit Rudi gesprochen. Wir waren uns dabei einig, daß er auf *der Stelle seine Zelte hier abbrechen* müsse, wenn es ihm ausschließlich um das große, schnellverdiente Geld ginge." Die sportliche Weiterentwicklung des Stürmers sei aber schließlich wichtiger gewesen. Rehhagel: „In Bremen hat Völler ein Umfeld *gefunden, in dem er sich hundertprozentig* wohl fühlt. Rudi ist erst 24 Jahre alt. Wir alle gehen davon aus, daß er den Höhepunkt seiner sportlichen Entwicklung längst noch nicht erreicht hat. Und wir sind uns sicher, daß ihm die Struktur der Bremer Mannschaft die beste Gewähr dafür bietet, sich in seinen Leistungen weiter zu verbessern."

Wenn Völler tatsächlich bis 1987 in Bremen bleibt (Rehhagel: „Davon gehe ich aus"), dann wäre das ein großer persönlicher *Triumph des Trainers*. Er kann für sich in Anspruch nehmen, mit seinem großen Engagement den besten Bremer Spieler gehalten zu haben. Außerdem böte Völlers Vertragsverlängerung die Garantie dafür, daß die Bremer Mannschaft ihren Leistungsstand (dreimal hintereinander Teilnehmer am UEFA-Cup) halten kann. Fest steht, daß Rudi Völler auch in der Vergangenheit stets auf Otto Rehhagels Ratschläge gehört hat.

Übrigens: Auch Otto Rehhagels Vertrag mit Werder Bremen läuft im Sommer 1986 aus...

AMATEURBOXEN / Ein geflüchteter Pole kehrte in seine Heimat zurück

Vom Trunkenbold zum Helden – die Erzählungen des Andrzej Danielka

SCHMIDLA/GÖRLICH, Bonn

Die polnischen Medien frohlocken. Ein Opfer der „kapitalistischen Machenschaften" gibt Interviews. „Zerknirscht" sei er zurückgekehrt aus der Bundesrepublik, *in der ihm gar* Schreckliches widerfahren ist. Der Held ist Boxer, heißt Andrzej Danielka, ist 22 Jahre alt und stammt aus Kattowitz.

Dieser Mann diktiert polnischen Journalisten seit fünf Wochen seine üblen Erlebnisse *in die Notizblöcke*: Mit Alkohol sei er gefügig gemacht worden, damit er im Westen bleibe. Dann habe er auf dem Sportplatz täglich zwölf Stunden lang schuften müssen, für 100 Mark pro Tag. Schließlich sei er bei der Müllabfuhr gelandet, habe 2300 Mark im *Monat* verdient. Doch davon sei ihm die Miete für eine möblierte Wohnung abgezogen worden, so daß ihm nichts geblieben sei. Da sei ihm der Kragen geplatzt, heimlich habe er sich in den Zug Richtung Kattowitz gesetzt.

Das sind sie, *die mitleiderregenden* Erzählungen des harten Boxers Andrzej Danielka. Im August letzten Jahres hatte er sich von seiner Mannschaft abgesetzt und war in der Bundesrepublik geblieben. Damals muß er noch ein ganz anderer Mensch gewesen sein. Die polnische Zeitung „Sport" schrieb, er sei „ein Trunkenbold und Krimineller". Ihm wurde vorgeworfen, Devisen, die dem Box-Verband gehörten, beiseite geschafft zu haben. Andere Sportler habe er zur Flucht angestiftet.

Damals Abschaum, heute Held – wie das? Die Geschichte des Andrzej Danielka kann Beispiel dafür sein, mit welchen überzogenen Erwartungen und Ansprüchen sehr oft gerade polnische Sportler in der Bundesrepublik bleiben und sich dann nicht mehr zurechtfinden:

Im August 1983 kam eine Box-Mannschaft aus Kattowitz zu zwei Vergleichskämpfen gegen eine Südwest-Auswahl nach Rheinland-Pfalz. Beim ersten Kampf in Lautereggen saß auch Günter Wiewecke, der Trainer der Box-Abteilung des 1. FC Kaiserslautern, unter den Zuschauern. Wiewecke machte eine Entdeckung: „Als ich den Richard Kosior kämpfen sah, dachte ich gleich, das wäre einer für uns." Als er dann noch erfuhr, daß Kosior, *ebenfalls 22 Jahre alt*, in der Bundesrepublik bleiben wollte, handelte er schnell.

Am Morgen nach dem zweiten Kampf in Landau rief Kosior – wie vorher mit den Verantwortlichen des Vereins verabredet – in Kaiserslautern an. Bei Stanislaw Madej, dem in Lublin geborenen Gerätewart des Klubs. Madej sollte wegen seiner polnischen Sprachkenntnisse Ansprechpartner von Richard Kosior sein. Der Boxer am Telefon: „Ich habe noch einen mitgebracht, der heißt Andrzej Danielka." Kaiserslauterns Trainer Wiewecke: „Was sollten wir denn machen, wir konnten den doch nicht einfach sitzenlassen. Also haben wir ihn auch genommen."

Heute wären die Boxer von Kaiserslautern froh darüber, wenn sie *hart geblieben wären und Danielka* gleich wieder in die Heimat zurückgeschickt hätten. Anfangs erschien der Boxer noch als Verstärkung der Oberligamannschaft, später entpuppte er sich als Unruhestifter und bestätigte nur das Urteil der polnischen Zeitung „Sport" direkt nach seiner Flucht – ein Trunkenbold. „Er war dem Wodka verfallen", sagt Günter Wiewecke. Stanislaw Madej ergänzt: „Der hat auch den Kosior immer zum Trinken animieren wollen."

In den ersten sechs Wochen nahm Madej die beiden jungen Polen in seiner Wohnung auf, dann bezogen beide eine eigene Wohnung. Kosior lebte sich in Kaiserslautern gut ein (er fühlt sich noch heute wohl in der Pfalz), Danielka fiel bald durch seinen großen Alkoholkonsum auf. Dem Verein wurde immer öfter gemeldet, er treibe sich nachts in Bars herum und verschlafe dann den ganzen nächsten Tag.

Ein halbes Jahr lang konnten die beiden Polen für ihren neuen Verein nicht boxen, weil ihr Heimatverband sie hatte sperren lassen. In dieser Zeit unterstützte die Box-Abteilung des 1. *FC Kaiserslautern beide großzügig*. Trainer Günter Wiewecke: „Danielka hat die gleiche Konfektionsgröße wie ich. Deshalb konnte ich ihm sieben bis acht Paar Schuhe, zwei Lederjakken und vieles mehr geben. Er ist praktisch von mir eingekleidet worden." Und weiter: „Ich habe sogar noch eine Anzeige gegen ihn abgebogen. Im Trainingslager der Kattowitzer, *in einem Naturfreunde-Haus in* Worms, mußte er seinen Paß aus dem Zimmer des Mannschaftsbetreuers stehlen. Dabei hat er eine Fensterscheibe eingeschlagen."

In den Erzählungen des „zerknirscht" in die Heimat zurückgekehrten Boxers, also auch in den polnischen Medien, ist Wiewecke heute „Hauptschuldiger und Ausbeuter"...

Die angebliche Ausbeutung in den Worten von Wiewecke: „Danielka und Kosior haben jeder 250 Mark in der Woche bekommen, dafür sollten sie auf dem Sportplatz ein wenig aufräumen. Außerdem spendierte der Wirt des Stadion-Restaurants ihnen jeden Tag das Mittagessen. Der Förderkreis des 1. FC Kaiserslautern stellte für die beiden 6000 Mark zur *Verfügung. Im März haben wir ihnen* dann Anstellungen bei der Müllabfuhr besorgt. Aber Danielka hat seinen Lohn gleich immer versoffen." Gerätewart Madej: „Danielka verdiente gut (2300 Mark, wie er ja selbst sagt). Aber er hatte nie Geld in der Tasche. *Auch die Fahrkarte nach Kattowitz* mußte ihm Richard Kosior bezahlen."

Günter Wiewecke bescheinigt Danielka noch heute ein großes Talent: „Er war immerhin polnischer Meister im Bantamgewicht und auch besser *als Kosior. Aber er war zu faul*, er wollte nicht trainieren. Er hat für uns nur zwei Kämpfe bestritten." Und im entscheidenden Aufstiegskampf des 1.FC Kaiserslautern gegen den Boxring Württemberg enttäuschte Danielka seinen Trainer besonders. Er erreichte nur ein Unentschieden gegen den Türken Aydin, Kaiserslautern blieb drittklassig, schaffte den Sprung in die zweite Bundesliga nicht.

„Der wollte nicht schaffen", ist heute Wieweckes kurze Antwort, wenn er gefragt wird, warum der Boxer in seine Heimat zurückgekehrt ist. Die Vermutung von Stanislaw Madej über die Motive der plötzlichen Rückkehr: „Er hat sich das hier alles viel zu einfach vorgestellt." Ein Beispiel dafür nennt der polnisch sprechende Gerätewart des 1. FC Kaiserslautern auch: „Für jeden Kampf wollte er 500 Mark haben. Da haben wir ihn ausgelacht."

Am Ende bleibt denn für Madej nur ein Schuß Sarkasmus und Ironie, *wenn er an Andrzej Danielka* zurückdenkt: „Als er kam, trat er noch im Bantamgewicht an. Das geht bis 54 Kilogramm Körpergewicht. Und weil es ihm bei uns so unheimlich schlecht gegangen ist, mußte er nachher im Federgewicht bis 60 Kilogramm boxen."

In Polen ist Danielka, erst als Trunkenbold und Krimineller bezeichnet, jetzt ein von den Medien gefeierter Held: Der „kapitalistischen Hölle" entkommen...

SPORT-NACHRICHTEN

Derwall in die Türkei?

Bonn (DW) – Die größte türkische Tageszeitung, „Hürriyet", meldete in ihrer gestrigen Ausgabe, *der zurückgetretene* Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall habe mit dem Erstliga-Klub Galatasaray einen Vertrag abgeschlossen. Der Vorsitzende des Vereins, Jalman, soll sich bereits in Deutschland aufhalten. Derwall befindet sich auf einer Rundreise durch die Schweiz. Auskunft des Deutschen Fußball-Bundes: „Wir sind deshalb von türkischen Korrespondenten mit Anrufen bombardiert worden. Wir halten die Meldung für absurd."

Ausreißer de Wolf

Domaine de Rouret (sid) – Der Belgier Fons de Wolf gewann im Alleingang die 14. Etappe der Tour de France von Rodnez nach Domaine de Rouret über 227,5 km. Er hatte im Ziel einen Vorsprung von 17:40 Minuten und rückte auf vom 53. den vierten Platz der Gesamtwertung vor. Der Franzose Vincent Barteau blieb im Besitz des Gelben Trikots.

Abramczik: Neuer Klub

Oberhausen (sid) – Nach Manfred Burgsmüller hat der Fußball-Zweitligaklub Rot-Weiß Oberhausen auch den früheren Nationalspieler Rüdiger Abramczik vom Bundesliga-Absteiger 1.FC Nürnberg unter Vertrag genommen. Die Ablösesumme beträgt 30 000 Mark, Abramczik erhält einen Vertrag bis zum 30. Juni 1986.

Handball: Guter Test

***Reykjavik** (sid)* – *18* Tage vor Beginn des Olympia-Turniers in Los Angeles gelang der deutschen Handball-Nationalmannschaft ein gutes Testspiel beim 15:15 gegen Island in Reykjavik. Erhard Wunderlich überzeugte als Spielmacher. Der Gummersbacher Rüdiger Neitzel war mit vier Treffern erfolgreichster Werfer.

Fußball und Politiker

***Stuttgart** (dpa)* – Das Interesse der Politiker am Fußball wird immer größer: Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt am Dienstag in Bonn den Bundesliga-Aufsteiger Karlsruher SC, der deutsche Meister VfB Stuttgart ist am Mittwoch Gast von *Baden-Württembergs Ministerpräsident* Lothar Späth.

Pause für Lutz Mäder

Krefeld (dpa) – Der amtierende Champion-Jockey Lutz Mäder aus Köln wird voraussichtlich eine Pause von sechs Wochen einlegen müssen. Bei einem Rennen in Krefeld zog sich Mäder einen Kapselriß im rechten Schultergelenk zu.

Tennis: Zwei Niederlagen

Gstaad (sid) – Bei den Internationalen Tennismeisterschaften der Schweiz in Gstaad sind in der zweiten Runde Peter Elter (Essen) und Andreas Maurer (Neuss) ausgeschieden. Elter unterlag dem Schweden Joakim Nystroem mit 6:3, 4:6, 1:6. Maurer verlor gegen den Australier Trevor Allan mit 4:6, 6:3, 4:7.

ZAHLEN

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 4, 5, 15, 17, 19, 25, 30, Zusatzzahl: 31. (ohne Gewähr)

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: Klasse 1: 596 975,20, 2: 31 419,70, 3: 2637,50, 4: 58,40, 5: 5,10 Mark. (Ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / *Psychologie*

In 15 Tagen beginnen die Olympischen Spiele. Es ist oft wohlgemeinte Eigenart deutscher Sportverbände, ihren Athleten vor der großen Aufgabe ganz schnell noch neues Material an die Hand, oder wie hier, unters Sitzfleich zu geben. In München sollte der Bahnvierer neue Räder testen, Räder von der Art, mit denen Profi Francesco Moser seine Weltrekorde aufstellte: speichenlos, total verkleidet. Die Fahrer testeten, waren skeptisch („unruhige Fahrt, windanfällig") stiegen aufs bewährte Zweirad – und fuhren (in der Besetzung Marx/Gölz/Günther/Alber) inoffizielle Jahres-Weltbestzeit (4:15,82 Minuten). Dennoch sagt Bundestrainer Udo Hempel: „Wenn die Schweizer und die Amerikaner so etwas in Los Angeles auspacken, müssen wir es auch haben, allein schon aus psychologischen Gründen."

Nun ist das so eine Sache mit der Psychologie: Neues Material, noch dazu so spät getestet, kann ja wohl nur helfen, wenn die überzeugt sind, die es benutzen sollen. Michael Marx sagt aber: „*Wir sind auch ohne diese* Dinger schnell genug." Und das ist allemal die bessere Psychologie für Athleten vor dem Start: Vertrauen in die eigene Stärke.

DW.

Sinnvolle Subvention

Stw. – Wer ein Unternehmen gründet und zuvor einen Unternehmensberater konsultiert, erhält vom Staat einen Zuschuß zu den Honorarkosten. Doch müssen, wie der Bundesverband der Selbständigen jetzt festgestellt hat, Gründungswillige, die noch in diesem Jahr einen Antrag stellen wollen, damit rechnen, leer auszugehen. Der Grund: Die Haushaltstitel sind schon nahezu ausgeschöpft.

Die sprunghaft gestiegene Nachfrage ist zunächst einmal ermutigend. Belegt sie doch aufs neue die gewachsene Bereitschaft zur Selbständigkeit. Die Mittel zur Förderung von Existenzgründungen sind denn auch gut angelegtes Geld. Unumstritten sind diese Subventionen freilich nicht. Vor allem die zinsverbilligten langfristigen Kredite für Firmengründer würden häufig von Personen in Anspruch genommen, die nicht die erforderlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Selbständigkeit mitbringen, meinen Kritiker. Nicht nur Kapital fehlt den Neu-Unternehmern, bei vielen hapert es auch an kaufmännischen *Fähigkeiten und* Marktkenntnissen.

Illusionäre Absatzerwartungen, falsche Standortwahl oder ein unterschätzter Finanzierungsbedarf sind die Folge. Fehler, die später auch durch noch so hohen Arbeitseinsatz oft nicht mehr wettzumachen sind. Eine qualifizierte Beratung, die in ein realisierbares Unternehmenskonzept mündet, kann verhindern, daß gleich beim Start in die Selbständigkeit das Ende vorprogrammiert wird. Ein Abbruch der Beratungsförderung wäre daher ein Signal in die falsche Richtung.

Gute Nachricht

Rei. – Eine gute Nachricht von der Post: Sie wird 80 Prozent ihrer ausgelernten Fernmeldehandwerker übernehmen. So gern man das hört, so wenig mag man an die Begründung glauben: Gesenkte Telefon-Anschlußgebühren lösen einen Investitionsstoß aus und Verkabelung sichert und schafft 6800 Arbeitsplätze in 1984. Statistisch hat schon jeder deutsche Haushalt ein Telefon – einen Boom dürfte es hier nicht geben. Laut Postgewerkschaft schafft auch die Verkabelung keinen einzigen Arbeitsplatz, wenn man die durch Rationalisierung weggefallenen gegenrechnet. Insgesamt sinkt nämlich die Mitarbeiterzahl bei der Post seit Jahren – um 30 000 in den vergangenen sechs bis acht. Und es gibt Pläne für den Fortfall von weiteren 40 000 in den nächsten zehn Jahren. Es sieht also so aus, als wolle der Postminister nur eine Begründung für den wirtschaftlichen Sinn seiner Verkabelungsstrategie liefern. Obwohl seine Fachleute abrieten, sagte er der Gewerkschaft die Übernahme zu. Seine Ankündigung von 25 000 Arbeitsplätzen pro Kabel-Milliarde gilt noch.

Integration vertagt

Von PETER WEERTZ

Vom östlichen Wirtschaftsgipfel, der Mitte Juni in Moskau zum *ersten Mal wieder seit 14 Jahren stattfand*, gibt es bislang keine direkten Auswirkungen in den beteiligten zehn Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon). Wer sich allein auf die Abschlußerklärung stützt, dem wird ein harmonisches Bild über den zukünftigen politischen und vor allem wirtschaftlichen Weg der Länder des Ostblocks vermittelt. Wie es zum Abschluß des Spitzengipfels mit den Parteichefs heißt, ging es um „die Erhaltung des Friedens, die Vertiefung der östlichen Wirtschaftsintegration und die internationale ökonomische Zusammenarbeit".

In der Deklaration zum Abschluß versicherten jedoch die Teilnehmer, daß der RGW in der Lage sei, die komplizierten nationalen und internationalen Probleme erfolgreich zu lösen. Kein Hinweis auf die wirtschaftliche Krise im Ostblock, die Verschuldung gegenüber westlichen Ländern oder die Schwierigkeiten der Integration störte die Harmonie.

Doch ungeachtet der Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen gibt es seit langem ernste Interessengegensätze zwischen Moskau und den kleineren RGW-Ländern. Das liegt einmal an dem Übergewicht des Wirtschaftsgiganten UdSSR, die bei dem drei Viertel des Natinaleinkommens der RGW-Staaten konzentriert ist. Zum anderen sind die ausgeprägten Unterschiede in der Wirtschaftskraft und den strukturellen Gegebenheiten ein wesentliches Hindernis für die wirtschaftliche Integration.

Für die Sowjetunion war außerdem die östliche Wirtschaftsgemeinschaft seit ihrem Start 1949 eher ein politisches als ein wirtschaftliches Instrument. Hinzu kommt die aktuelle Situation der Mitgliedsländer, die über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Energiefragen (Erdöl, Rohstoffe und Kredite) enttäuscht sind und für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung, Waren, Technologie und Kredite aus dem Westen benötigen. Gewachsen ist nicht nur die Wirtschaftskraft dieser Länder, sondern zugleich auch ihr Selbstvertrauen.

Ein politisches Ziel der Sowjetunion war daher, mit dem Wirtschaftsgipfel wieder Geschlossenheit zu demonstrieren und dem wirtschaftlichen Westkurs der kleineren Länder entgegenzuwirken. *Es fiel Moskau* nicht leicht einzusehen, daß die kleineren RGW-Länder ihre weltmarktfähigen Waren mit Vorrang in westliche Länder exportieren, um dort harte Devisen zu erhalten. Kritisiert wurde von ihnen auch die Kürzung der sowjetischen Erdöllieferung 1982 um zehn Prozent.

Hier werden die Interessengegensätze zwischen Moskau, das sich durch seine Goldverkäufe im Westen und die Lieferungen von Öl und Erdgas hohe Deviseneinnahmen gesichert hat, und den übrigen RGW-Ländern deutlich. Überdies hat Moskau die übrigen Mitgliedsländer aufgefordert, sich an den Kosten der Erschließung von neuen Erdöl- und Rohstoffquellen jenseits des Urals zu beteiligen. Nach den Beschlüssen des Wirtschaftsgipfels verlangt Moskau außerdem für seine Erdöl- und Rohstofflieferungen mehr Bezüge von Investitions- und Konsumgütern *mit Weltniveau aus den Partnerländern*. Zugesagt hat Moskau andererseits eine raschere Anpassung der Rohöl- und Rohstoffpreise an die Weltmarktpreise, damit die internen Verrechnungspreise nicht mehr wie 1983/84 höher sind als der Weltmarktpreis.

Seit 1976 ist der Überschuß der Sowjetunion im Handel mit den übrigen RGW-Ländern beachtlich auf 20,5 Milliarden Transferrubel gewachsen, die Moskau vermutlich kreditiert hat. Mit den größeren Importen von Nahrungsmittel, industriellen Konsumgütern und Maschinen sollen voraussichtlich die Kredite und Außenhandelsüberschüsse abgebaut werden. Allerdings geht dies zu Lasten der Versorgung der kleineren Mitgliedstaaten.

Offensichtlich bleibt es nach dem Wirtschaftsgipfel dabei, daß sich an der bisherigen Konstruktion des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe *wenig ändern wird. Nach wie vor* geht es vor allem um die Abstimmung der Jahrespläne und der langfristigen Koordinierung. Gemeinschaftliche Preisbeschlüsse, strukturelle Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Integration oder die Schaffung eines konvertiblen Währungssystems wurden langfristig vertagt.

WELTBÖRSEN / Die Furcht vor dem Zinsanstieg treibt den Dollarkurs immer höher

Die internationalen Aktienmärkte reagieren mit erheblichen Einbußen

LEO FISCHER/fu./SAD, Bonn

Der amerikanische Dollar hat auch gestern seinen Höhenflug fortgesetzt. *Der amtliche Mittelkurs legte in Frankfurt nochmals einen Pfennig* auf 2,8540 DM zu und erreichte einen neuen Höchststand seit dem 23. Januar 1974. Die Deutsche Bundesbank mußte 32,1 Millionen Dollar zum Marktausgleich verkaufen.

Die Angst vor steigenden Zinsen in den USA, die als Hauptgrund für die Dollarhausse angegeben wird, hat sich aber nicht nur an den Devisenmärkten ausgewirkt. An den internationalen Aktienmärkten von London bis Tokio und von Frankfurt bis New York führte die Zinsfurcht zu einem regelrechten Kurseinbruch. An den deutschen Börsen sackte der WELT-Aktienindex fast täglich auf neue Jahrestiefstkurse. Auch gestern wurde der am Mittwoch erreichte Tiefpunkt erneut unterschritten. Der WELT-Aktienindex fiel weiter auf 137,9 (Vortag 139,8).

Bei einigen Standardwerten gab es empfindliche Einbußen. Preussag verlor trotz der auf der Hauptversammlung geäußerten Hoffnung auf eine Ertragsverbesserung 18 DM auf 238. Schering büßte 5 DM ein, Siemens, KHD und Daimler jeweils 4 DM und Conti 4,30 DM.

An der New Yorker Börse fiel der Dow-Jones-Index zur Wochenmitte um 18,33 Punkte auf 1108,55 Punkte. Dies war der höchste Tagesverlust seit dem 18. Februar dieses Jahres. Der unmittelbare Auslöser dieses Einbruchs war die Nachricht, daß der US-Mischkonzern ITT wegen eines scharfen Gewinnrückgangs die Dividende für das zweite Quartal um die Hälfte kürzen müsse. Der Kurs der Aktie gab darauf hin um zehn Dollar auf 21 Dollar nach und zog als Dow-Jones-Indexwert das bedeutendste Kursbarometer mit nach unten. Seit dem Jahreshöchststand von 1286,64 verlor der Dow Jones fast 180 Punkte.

Der Gewinnrückgang und die Dividendenkürzung bei ITT hat die Befürchtung aufkommen lassen, daß sich bei der Vorlage der anderen Quartalsberichte ähnliche Überraschungen ergeben könnten. Jedenfalls haben die Börsianer vorläufig die Hoffnung aufgegeben, daß es doch noch zu der sonst um diese Zeit üblichen Sommerhausse kommen könnte.

Die Nervosität über die Zinsentwicklung hielt weiter an. „Federal Funds" – sie entsprechen dem deutschen Tagesgeld – verharrt auf dem hohen Niveau von 113/16 Prozent. Marktbeobachter befürchten, daß das Offen-Markt-Kommitee am Montag die strengere Kreditpolitik bestätigen wird.

Verstärkt fortgesetzt hat sich auch die Abwärtsbewegung in Tokio. Die Kursschwäche an der Wall Street und die Kursabschwächung des Yen gegenüber dem Dollar veranlaßten die Anleger, vor allem Standardwerte zu verkaufen. Auch Ausländer stiegen in großem Umfang aus, so daß der Dow-Jones-Index Tokio allein am Donnerstag um mehr als 60 auf 10 270,2 Punkte nachgab. Im Laufe der Woche verlor er 150,4 Punkte.

Auch die Kurse an der Londoner Aktienbörse stehen seit Mitte vergangener Woche ununterbrochen unter erheblichem Druck. Befürchtungen über steigende Zinsen und die dann auch innerhalb kurzer Zeit zweimal erfolgte Anhebung der Basiszinsen von 9,25 auf zehn Prozent und von zehn auf zwölf Prozent haben dabei den stärksten Druck auf das Kursniveau ausgeübt.

Zusätzlicher Pessimismus kam durch die sich verschärfende Lage an der Streikfront auf, wo der 17 Wochen währende Arbeitskampf im britischen Steinkohlebergbau Unterstützung durch einen landesweiten Ausstand der Hafenarbeiter erhielt. Entsprechend fiel der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte zwischen Freitag vergangener Woche und dem gestrigen Donnerstag mittag um immerhin 60,6 Punkte auf 772,9. Er liegt damit nur noch knapp über dem bisher niedrigsten Indexstand in diesem Jahr von 770,3 Punkten am 4. Januar. Erst Anfang Mai dieses Jahres war mit 922,8 Punkten der bisherige Rekordstand verzeichnet worden. Für starken Abwärtsdruck sorgten auch die Goldaktien, deren Index in den letzten acht Börsentagen um nicht weniger als 112 Punkte auf 532,8 absackte.

LONDON

Zinserhöhung stößt auf Kritik

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung unter Premierministerin Thatcher ist wegen der zweimaligen Zinserhöhung innerhalb weniger Tage erheblich unter Beschuß geraten. Besorgt fragen sich die Briten, wie stark negativ sich die Anhebung der Basis-Ausleihezinsen durch die großen Geschäftsbanken um insgesamt 2,75 auf zwölf Prozent auf die konjunkturelle Erholung auswirken wird. Hinzu kommt die Ungewißheit darüber, ob die Zinsanhebungen überhaupt ausreichen, die insbesondere durch die Dollar-Stärke, aber auch durch andere spekulative Momente (schwacher Ölpreis, Bergleute- und Hafenarbeiter-Streik) bedingte Pfund-Schwäche zu beenden.

Im Unterhaus erklärte Roy Hattersley, Schattenkanzler der oppositionellen Labour-Partei, die britische Wirtschaft wanke bedenklich. Es gehe nicht, wie die Regierung behaupte, um eine Dollar-, sondern um eine Pfund-Krise. Entsprechend sei eine Zinsanhebung die falsche Antwort. Vielmehr müßten die tiefer sitzenden Probleme der britischen Wirtschaft behandelt werden.

Nach Ansicht von Schatzkanzler Nigel Lawson handelt es sich bei dem Anstieg der Zinsen auf ihr höchstes Niveau seit zwei Jahren um einen „vorübergehenden Sturm, der die Wirtschaftserholung nicht aufhalten wird", der ihr allerdings auch nicht helfen werde. Er rechnet mit einer Zunahme der Industrie-Investitionen in diesem Jahr um zehn Prozent.

PRIVATISIERUNG

Regierungspläne werden begrüßt

GISELA REINERS, Bonn

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP unterstützen die Absicht der Bundesregierung, im Herbst im Kabinett über Vorschläge des Finanzministers zur teilweisen und vollständigen Privatisierung von Bundesunternehmen zu beraten. Zwar seien die unmittelbaren Beteiligungen in 20 Jahren um sechs Prozent geschrumpft, die mittelbaren aber um 120 Prozent gestiegen, erklärten die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen, Wissmann (CDU) und Haussmann (FDP). Eine schrittweise Privatisierung, bei der Veba begonnen, müsse als wichtige Aufgabe bei der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft fortgesetzt werden.

Die Mitarbeiter sollten bei Privatisierung Belegschaftsaktien erhalten, weil sich die Vermögensbeteiligung nach dem 936-Mark-Gesetz wegen Sperrfrist und hohen Verwaltungsaufwands nicht bewährt habe. Veräußerungserlöse sollten zur Sanierung von hilfebedürftigen Bundesunternehmen dienen, Existenzgründungen fördern und schließlich die Neuverschuldung des Bundes verringern. Auch Länder und Gemeinden sollten Privatisierungsmöglichkeiten prüfen.

Der FDP-Abgeordnete Wolfgang Weng, der den erkrankten Haussmann vertrat, will auch Bahn und Post in Privatisierungsbestrebungen einbezogen sehen. Allerdings wollten beide Fraktionsvertreter keine Namen von Firmen nennen, die auf der Liste eventueller Anwärter für die Privatisierung stehen.

AUF EIN WORT

„Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der Produktivitätsfortschritt ausschließlich demjenigen gehört, der ihn erwirtschaftet. Der Wettbewerb sorgt dafür, daß Produktivitätsfortschritte auch in die Märkte weitergegeben werden müssen, also den Kunden in Form günstigerer Preise zugute kommen."

Carl H. Hahn, Vostandsvorsitzender Volkswagenwerk AG, Wolfsburg
FOTO: DPA

RWI für neue konzertierte Aktion

rtr, Essen

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat sich in seinen jüngsten „Mitteilungen" für eine vorausschauende Abstimmung von Lohn- und Geldpolitik – etwa in Form einer konzertierten Aktion – ausgesprochen. Dem Bericht zufolge ist die Rückbildung des privatwirtschaftlich-wettbewerblichen Sektors in der Bundesrepublik seit Anfang der '70er Jahre mit der Folge hoher Arbeitslosenzahlen und geringer Sachkapitalbildung maßgeblich auf die „mangelhafte Koordination" zwischen diesen beiden Politikbereichen zurückzuführen.

US-STAHLIMPORTE

Kommission empfiehlt Reagan Quoten und Zölle

dpa/VWD, Washington

Die Internationale Handelskommission der US-Regierung (ITC) hat Quoten und Zölle auf Massenstahleinfuhren aus Übersee zum Schutz der US-Stahlindustrie empfohlen. Sie sollen nach der in Washington getroffenen Entscheidung für fünf Jahre gelten. Die US-Industrie soll sich verpflichten, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die Entscheidung der ITC hat nicht überrascht, nachdem sie vor vier Wochen einer Klage des zweitgrößten US-Stahlherstellers, Bethlehem Steel, und der US-Stahlarbeitergewerkschaft über Schädigungen der heimischen Industrie durch gestiegene Importe stattgegeben hatte. Nach Ansicht der ITC sollen bestimmte Massenstähle, Drähte und Röhren, mit Einfuhrquoten zwischen sechs und 32 Prozent des US-Verbrauchs belegt werden. Auf einige Stahlarten, wie Drähte, sollen zusätzlich Zölle erhoben werden.

Die weitere Entscheidung liegt jetzt bei Präsident Reagan, der die Empfehlungen annehmen, verändern, aber auch ablehnen kann. Eine andere Möglichkeit wäre, daß er weitere Prüfungen anfordert, um eine Entscheidung am 24. September kurz vor den Präsidentenwahlen zu vermeiden.

Aus Brüssel verlautete, die EG sei entschlossen, Behinderungen bei EG-Importen von Massenstahl in die USA mit Gegenmaßnahmen zu beantworten. Dies betonten Sprecher in Brüssel als erste Reaktion auf die von der ITC getroffenen Entscheidung. Zunächst müsse jedoch geprüft werden, in welchem Umfang die Gemeinschaft von diesen Maßnahmen betroffen sei.

BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN

Wirtschaft findet wieder Anschluß an Aufwärtstrend

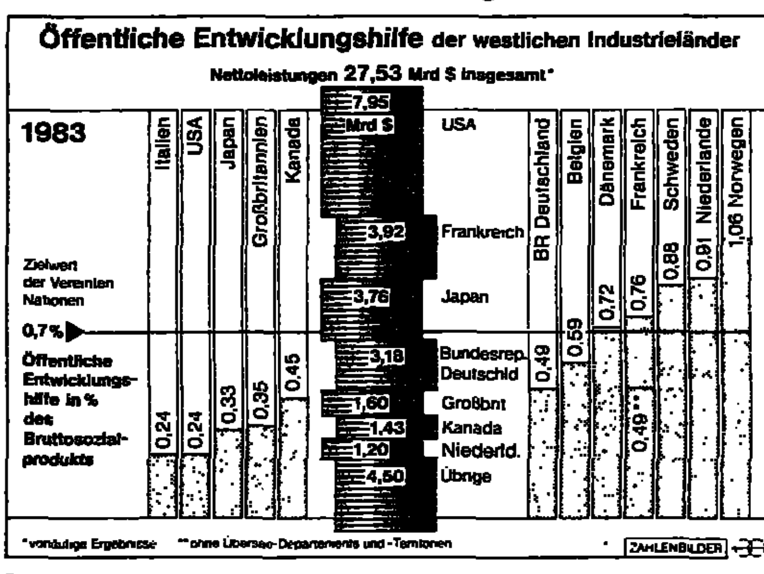
KAREN SÖHLER, Bonn

Die wirtschaftlichen Eckdaten liegen weiterhin über dem Vorjahresniveau, wenn auch mit kleinerem Abstand: Die Industrieproduktion übertrifft den Vorjahresstand im Augenblick um 2,5 Prozent. Zunehmende Auslandsaufträge gleichen die abgeschwächte Inlandsnachfrage aus. Der Einzelhandel weist in den ersten fünf Monaten gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzsteigerung von 1,5 Prozent aus. Für den abgeflauten Aufwind sind neben den vergangenen Streiks auch das schlechte Wetter verantwortlich. Ein Ende der ungünstigen Entwicklung in der Bauindustrie ist nicht abzusehen. Zu diesen Ergebnissen kommt der Bundesverband deutscher Banken in seinem jüngsten Konjunkturbericht.

Daß sich die Wirtschaft langsamer erholt, als ursprünglich angenommen, beunruhigt den Verband nicht. Zu beachten sei die verschlechterte Stimmung in der Wirtschaft. Die Geschäftslage und die Zukunftsaussichten wurden im Mai deutlich negativer beurteilt als in den Vormonaten, heißt es in dem Bericht. Diese Einstellung habe zurückhaltende Personaldispositionen nach sich gezogen.

Dennoch glaubt der Verband, daß die deutsche Wirtschaft im zweiten Halbjahr wieder den Anschluß an die Aufwärtsentwicklung vom Anfang diesen Jahres findet. Er begründet seine Überzeugung mit der Auslandsnachfrage im April und im Mai, die 18,5 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen. Diese guten Ergebnisse förderten wiederum die Investitionsneigung. Außerdem hielten sich die Kostensteigerungen durch die Tarifabschlüsse zumindest für dieses Jahr in einem erträglichen Rahmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Rund 33,5 Mrd. Dollar flossen der Dritten Welt 1983 aus öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der wohlhabenderen Industrie- und Rohstoffländer zu. An dieser Summe waren die im Entwicklungshilfeausschuß der OECD vertretenen 17 westlichen Industriestaaten mit Nettoaufwendungen von 27,5 Mrd. Dollar beteiligt. QUELLE: ZAHLENBILDER

Untersagung bestätigt

Berlin (dpa/VWD) – Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat die Untersagungsverfügung gegen die Aufstockung der Beteiligung des Süddeutschen Verlags, München, am *Donaukurier, Ingolstadt, bestätigt*. Die Süddeutsche Verlag GmbH, in der die „Süddeutsche Zeitung" erscheint, ist damit aber nicht mit dem Argument durchgedrungen, daß die Aufstockung der Beteiligung am „Donaukurier" bereits 1974, also vor der Einführung der Pressefusionskontrolle in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) im Jahre 1976, vereinbart wurde. Damals beteiligte sich der Münchener Verlag mit 24,4 Prozent an der Donaukurier KG und mit 25 Prozent an der Donaukurier GmbH. Die Aufstockung auf eine zunächst 50prozentige Beteiligung und später die Mehrheit war vom Bundeskartellamt im November 1983 untersagt worden.

200-Millionen-Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) legt eine Anleihe über 200 Mill. DM auf. Wie die Deutsche Bank AG, Frankfurt, als Konsortialführerin mitteilte, ist die Anleihe (Verkaufskurs von 99,75 Prozent) mit einem Kupon von 8,25 Prozent und einer Laufzeit von acht Jahren ausgestattet.

Bierausstoß gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Bierausstoß der Brauereien in der Bundesrepublik hat sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 0,6 Prozent auf 37 Mill. Hektoliter erhöht. Das teilte das Statistische Bundesamt mit.

Keine Zinsbeschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Donnerstag keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Erst in der vergangenen Sitzung hatte der Zentralbankrat den Diskontsatz (Wechselkredit) um 0,5 Prozent auf 4,5 Prozent angehoben. Der Lombardsatz (Kredit gegen Wertpapierverpfändung) bleibt unverändert bei 5,5 Prozent.

Neues Sanierungskonzept

Paris (VWD) – Das Sanierungskonzept, mit dem Creusot-Loire vor dem Konkurs bewahrt werden soll, zeichnet sich in Umrissen ab. Informationen aus Regierungs- und Industriekreisen zufolge werden sich führende französische Industriegruppen und Banken zu einer Gruppe zusammenschließen, die die von der Schneider-Gruppe gehaltene Beteiligung von rund 50 Prozent am Creusot-Loire übernehmen wird. Möglicherweise wird Framatome, an der Creusot-Loire noch mit 50 Prozent beteiligt ist, die Führung dieser neuen Aktionäre übernehmen. In diesem Falle müßte Creusot-Loire ihre 50prozentige Framatome-Beteiligung abgeben.

Kreditpaket für Peru

Lima (rtr) – Argentinien, das selbst Schwierigkeiten mit der Rückzahlung seiner Auslandsschulden hat, gewährt Peru ein Kreditpaket von bis zu 53 Mill. Dollar. Der argentinische Außenminister Dante Caputo sagte am Ende eines zweitägigen Besuchs in Peru, sein Land werde an Peru einen Vierjahreskredit in Höhe von 40 Mill. Dollar zum Kauf argentinischer Lebensmittel vergeben und außerdem bis zu 13 Mill. Dollar für die Fortsetzung des Baus eines Atomreaktors bereitstellen.

Ernte-Schätzung

Bonn (HH) – Die diesjährige Getreideernte wird nach der jüngsten Schätzung des Statistischen Bundesamtes etwa 22,5 bis 23 Millionen Tonnen (einschließlich Körnermais) bringen. Im Vorjahr wurden 23 Millionen Tonnen. Die bisherige Rekordernte wurde im Jahr 1982 mit 24,6 Millionen Tonnen eingebracht.

Teuerung zurückgegangen

Paris (dpa/VWD) – Die jährliche Inflationsrate hat sich in Frankreich im Juni auf 7,6 Prozent gesenkt. Im Mai waren es noch 7,8 Prozent und im Vorjahr 9,3 Prozent. Diese vorläufigen Zahlen gab das Statistische Amt in Paris bekannt.

Wochenausweis

	7.7.	30.6.	23.6
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	72,4	72,4	73,[illegible]
Kredite an Banken	78,0	80,9	70,[illegible]
Wertpapiere	6,3	6,4	6,[illegible]
Bargeldumlauf	107,4	105,8	103,[illegible]
Einl. v. Banken	47,9	50,3	35,[illegible]
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,7	4,7	13,[illegible]

FERNMELDEHANDWERKER

Bundespost übernimmt 80 Prozent der Ausgebildeten

GISELA REINERS, Bonn

Die Deutsche Bundespost will in diesem Jahr von den rund 4000 Fernmeldehandwerkern, die ihre Ausbildung beenden, 80 Prozent in ein festes Beschäftigungsverhältnis übernehmen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung vom Mai, die der Postminister angeordnet hatte. Es sei noch mit weiteren Bemühungen der Oberpostdirektionen zu rechnen, über die geplanten 3200 Fernmeldehandwerker hinaus junge Leute nach der Ausbildung zu übernehmen.

Das Postministerium sei mit dieser Maßnahme „an die äußerste personalwirtschaftlich und dem Gebührenzahler gegenüber vertretbare Grenze" gegangen, verlautet dazu. Dies sei auch nur möglich, weil man sich von der Senkung der Anschlußgebühren für ein Telefon von 200 auf 65 Mark zum 1. Juli neue Impulse für Zusatzinvestitionen erhofft. Außerdem seien durch die Breitbandverkabelung in diesem Jahr 6800 Arbeitsplätze entstanden und gesichert worden.

Von den rund 800 unversorgten Ausgelernten könnten noch welche übernommen werden, so die Post, wenn die Ausgelernten früherer Jahrgänge bereit wären, vom Arbeiter in den Beamtenstatus zu wechseln und im mittleren technischen Fernmeldedienst zu arbeiten. Dies erfordere jedoch oft einen Ortswechsel, den Verzicht *auf Außendienstzuschläge* und Schichtdienst-Bereitschaft. Hier sei Solidarität unter den Beschäftigten gefordert, heißt es. 1983 waren von knapp 4000 ausgebildeten Fernmeldehandwerkern 2000 auf „nicht ausbildungsgerechte" Plätze übernommen worden, zum Beispiel bei der „gelben Post".

EINZELHANDEL / Schlechtes Wetter und Streiks hielten Käufer bislang zurück

Sommerkleidung ist endlich gefragt

dpa/VWD, Hamburg

Die lang vermißten sommerlichen Temperaturen haben die Verbraucher endlich T-shirts und Bermudashorts, ausgeschnittene Sommerkleider und Bikinis kaufen lassen. Der Einzelhandel sieht es mit Befriedigung. „In der ersten Juli-Woche haben wir endlich zweistellige Pluszahlen erreicht", berichtet ein großer Warenhauskonzern, der in den Monaten März bis Juni noch negative Zahlen auswies. Auch andere Kaufhäuser melden, daß das Geschäft mit der sommerlichen Ware eindeutig angezogen habe. Und dazu zählt nicht nur Modisches für heiße Tage. Der Verkauf von Gartenmöbeln profitiert ebenfalls von den ersehnten Temperaturen.

Zuvor war das anders. Das unfreundliche Wetter und der anhaltende Arbeitskampf führten dazu, daß die „Sommerpreise nicht voll angenommen wurden", konstatierte die *Hauptgemeinschaft des Deutschen* Einzelhandels (HDE). Die seit Frühjahr andauernde Kaufzurückhaltung der Verbraucher hat zu einem „Preiskampf bis aufs Messer" geführt. Der Vorstandssprecher der Horten AG in Düsseldorf, Bernd Hebbering, betonte bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983/84 (28. Februar), derzeit regiere im Handel der Rotstift „in nie gekannter Intensität".

Bruno Lippmann, Vorstandschef der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, macht für die Kaufzurückhaltung der Vergangenheit vor allem den Arbeitskampf verantwortlich. Außerdem habe der milde Winter 1983/84 den Verkauf von Winterware zu Jahresbeginn stark beeinträchtigt. Auch die kalte und regnerische Witterung in den letzten vier Monaten habe den Einzelhandel enttäuscht.

Lippmann räumte ein, daß Hertie wegen des schwachen ersten Halbjahres das für 1984 gesteckte Ziel, den *1983 mit 16 Millionen DM halbierten* Betriebsverlust weiter abzubauen, möglicherweise nicht erreichen wird. Die Horten AG und andere Kaufhäuser sind ebenfalls gezwungen, die Vorstellungen für dieses Jahr zu revidieren. Die Hoffnungen, daß die noch gefüllten Läger sich leeren, konzentrieren sich nun auf das zweite Halbjahr.

Erfüllen werden sich die Erwartungen allerdings nur, wenn der Sommer im Lande bleibt und zugleich mit den jetzt wirksam werdenden Lohn- und Gehaltserhöhungen die Konsumbereitschaft wächst. Mit Spannung wird auch die Rückkehr von Urlaubern erwartet, die ihre Kaufwünsche vor den Ferien erst einmal zurückgestellt haben. Nicht zuletzt blickt die Branche auf den in knapp drei Wochen beginnenden Sommerschlußverkauf, für den weitere „radikale" Preisabschläge in Aussicht gestellt werden.

ÖSTERREICH / Staatsfirmen mit hohen Verlusten

Sorgen in der Stahlbranche

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Nach wie vor schwere Verluste erwirtschaftet die österreichische verstaatlichte Industrie. Im Jahre 1983 hinterließen die acht Großkonzerne einen Gesamtverlust von rund 5 Mrd. Schilling (rund 700 Mill. DM). In diesem Jahr dürfte sich der Abgang auf Grund der konjunkturellen Belebung um ein Drittel verringern.

Seit 1980 hat die Gruppe der verstaatlichten Unternehmen rund 20 Mrd. Schilling Verluste kumuliert, zu deren Abdeckung fast 16 Mrd. Schilling aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden mußten. Allein im letzten Jahr wurden zur Verlustabdeckung und Eigenkapitalstärkung fast 7 Mrd. Schilling zugeschossen.

Hauptverlustträger waren im vergangenen Jahr der Stahlkonzern Vöest-Alpine mit 2,6 Mrd. Schilling und deren Edelstahltochtergesellschaft VEW mit 2,3 Mrd. Schilling. Mit jeweils einigen 100 Mill. ebenfalls defizitär bilanzierten der Elektrokonzern Elin und die Chemie-Linz. Dagegen konnte dank steigender Weltmarktpreise der Aluminiumkonzern Ranshofen-Berndorf wieder die Verlustzone verlassen. Dividenden zahlten der Verstaatlichten-Holding ÖIAG der Mineralölkonzern ÖMV-AG und die Siemens Austria AG.

Die gesamte Industriegruppe erreichte 1983 ein Umsatzvolumen von 176 Mrd. Schilling, wovon 64 Mrd. Schilling aus dem Export stammten. Der Beschäftigtenstand sank seit 1974 um rund 12 000 Personen und liegt derzeit bei 104 000, soll aber bis Jahresende weiter absinken. Die Eigenmittel lagen zuletzt bei 16 Prozent der Bilanzsumme.

Im ersten Halbjahr 1984 sind die Umsätze der Unternehmensgruppe um 14, die Exporte um 12 Prozent gestiegen. Obwohl der Auftragseingang um 36 Prozent zugenommen hat, liegt der Auftragsbestand aber noch immer unter jenem vom Ende des vergangenen Jahres. Dennoch erwarten die meisten Unternehmen 1984 ein besseres Ergebnis.

BAYWA / Das Zwischenhoch des letzten Jahres setzt sich nicht fort

Rückschlag durch EG-Agrarpolitik

DANKWARD SEITZ, München

Die in den letzten Wochen begonnene EG-Agrarreform hat der Münchner BayWa AG, dem größten deutschen landwirtschaftlichen Warenverteiler, einen dicken Strich durch die Erwartungen gemacht, die positive Entwicklung des Vorjahres wenigstens zum Teil 1984 fortsetzen zu können. Nach Feststellungen von Vorstandsvorsitzendem Otmar Wasmer sind die Bauern, die wichtigste Abnehmergruppe der BayWa, derzeit so verunsichert und zurückhaltend, daß das Umsatzniveau des Vorjahres nicht erreicht werden wird. Entlastung ist auch angesichts der nachlassenden Baukonjunktur nicht vom Baustoffhandel (Umsatzanteil etwa 30 Prozent) zu erwarten. Damit müssen auch, so Wasmer, die Hoffnungen vertagt werden, „nach schwierigen Jahren wieder zu einer risikofähigen Ertragslage" zu kommen.

Bei einer wiederum zu erwartenden guten Getreideernte wird sich nach Ansicht von Wasmer das Problem der Überversorgung noch verschärfen. Daran werde auch die Limitierung der Brotweizenintervention auf nur 3 Mill. t durch die EG-Kommisison und die erhebliche Verlängerung der Zahlungsfristen nichts ändern. Den richtigen Erzeugerpreis zu finden, dürfte sehr schwierig werden. Erheblich habe unter den Brüsseler Beschlüssen auch der Futtermittelmarkt zu leiden. Nicht gerade berauschend läuft derzeit auch die Sparte Landtechnik nach dem Boom im Vorjahr.

Vor diesem Hintergrund bezeichnete Wasmer das abgelaufene Geschäftsjahr 1983, das der BayWa einen realen Umsatzanstieg von 1,5 Prozent auf 5,95 Mrd. DM brachte, nur als ein „Zwischenhoch", zumal der Rohertrag nur um 0,9 Prozent auf 701,5 Mill. DM gesteigert werden konnte. Daß dennoch unter dem Strich ein fast unveränderter Jahresüberschuß von 4,11 Mill. DM ausgewiesen werden kann, woraus wieder eine Dividende von 6,4 Prozent auf das Kapital von 84,3 (65) Mill. DM ausgeschüttet wird, führt Wasmer auf den erneuten Rückgang des Zinsaufwandes um 26,8 (22) Mill. DM sowie auf den weiteren Kostenabbau zurück. Der Steueraufwand erhöhte sich allerdings auf 44,5 (23,3) Mill. DM. Investiert wurden 62,1 (68,3) Mill. DM bei Abschreibungen von 68,3 (69,0) Mill. DM.

Zur weiteren Verbesserung ihrer Kapitalstruktur hat die BayWa, nachdem im Vorjahr die 1975 begebene Wandelanleihe über 20 Mill. DM umgetauscht worden ist, Ende März 1984 ihr Grundkapital nochmals um 21,6 Mill. auf 106 Mill. DM zum Kurs von 180 DM je 100-DM-Aktie aufgestockt. Das Eigenkapital hat sich damit auf 316 (242) Mill. DM erhöht. Die Plazierung erfolgte nach Angaben von Wasmer reibungslos und stieß vor allem bei privaten Anlegern auf großes Interesse. Ihr Anteil am Grundkapital ist dadurch auf rund 15 (14) Prozent gestiegen; etwa 85 Prozent liegen bei genossenschaftlichen Einrichtungen.

Hohner: Mehr Musik im Ertrag

nl. Stuttgart

Bei der Matth. Hohner AG, Trossingen, ist man zuversichtlich, daß der Trend zur fortschreitenden Verbesserung des Ertrags anhält. Die Planung geht für 1984 von einer weiteren Umsatzsteigerung in den Bereichen Musikelektronik, Blockflöte, Pianos und Handelswaren und von einem gleichbleibenden Umsatz bei Akkordeons und Mundharmonikas aus. In 1983 war der Gruppenumsatz um 15 Prozent auf 180 Mill. DM und der Umsatz des Stammhauses um 19 Prozent auf 136 Mill. DM angewachsen. Der Exportanteil verbesserte sich auf 45 (44,1) Prozent. Zur positiven Entwicklung habe die 1982 vereinbarte Kooperation mit der US-Firmengruppe Wurlitzer wesentlich beigetragen. Unter dem Strich verbleibt ein auf 0,84 (0,02) erhöhter Jahresüberschuß. Damit endet zugleich eine neunjährige dividendenlose Zeit. Der HV am 27. 8. wird für 1983 die Ausschüttung einer Dividende von sechs Prozent auf 14 Mill. DM Aktienkapital vorgeschlagen.

Otto Ranft wird siebzig Jahre

Geduldig, aber im „Ernstfall" dann doch klar und entschieden dirigierend, so kennen ihn die Aktionäre der Hoechst AG: Otto Ranft, am 14. Juli 70 Jahre alt und Aufsichtsratsvorsitzender des Chemieriesen seit 1980. Der promovierte Jurist ist der Chemie von Anbeginn verbunden. Schon seine kaufmännische Lehre absolvierte er bei der IG Farbenindustrie, und nach dem Staatsexamen kam er 1948 zur heutigen Hoechst-Tochter Cassella. Dort rückte er 1966 in den Vorstand auf.

Mitte 1971 schießlich rief ihn die Muttergesellschaft. Als ordentliches Vorstandsmitglied war er dort bis 1978 verantwortlich für das Ressort Recht, Patente, Steuern und Versicherung. Von der Hauptversammlung 1978 wurde Ranft dann in den Aufsichtsrat der Hoechster gewählt, dessen Vorsitz er zwei Jahre später übernahm. Fünfzig Jahre Chemieerfahrung stellt er noch heute als Vorsitzender des Ältestenrats im Bundesarbeitgeberverband Chemie zur Verfügung. (wb)

FINANZANZEIGEN



Andreae-Noris Zahn Aktiengesellschaft · Frankfurt am Main

Zusammengefaßter Jahresabschluß 1983

Bilanz	TDM
Aktiva	
Sachanlagen	95.449
Finanzanlagen	2.849
Vorräte	196.128
Warenforderungen	205.660
Andere Vermögensgegenstände	25.709
Bilanzsumme	525.795
Passiva	
Grundkapital	30.300
Rücklagen	63.809
Rückstellungen	71.386
Bankverbindlichkeiten	
- langfristig	63.511
- kurzfristig	159.710
Warenverbindlichkeiten	105.148
Andere Verbindlichkeiten	31.931
Bilanzsumme	525.795

Gewinn- und Verlustrechnung	TDM
Umsatzerlöse	2.098.932
Wareneinsatz	1.882.745
Sonstige Erträge	19.600
Gesamterträge	235.787
Personalaufwendungen	131.372
Abschreibungen	16.875
Zinsaufwendungen	17.675
Steuern	2.412
Sonstige Aufwendungen	67.453
Gesamtaufwendungen	235.787
Bilanzgewinn	–

Der Jahresabschluß der Andreae-Noris Zahn AG hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main, erhalten.*

In vollständiger Form wird der Jahresabschluß im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Exemplare des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983, der auch Erläuterungen zum Jahresabschluß sowie den Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthält, können bei den Kreditinstituten oder direkt über die Hauptverwaltung der Andreae-Noris Zahn AG angefordert werden.

Frankfurt am Main, im Juli 1984

Andreae-Noris Zahn AG
Vorstand

DYCKERHOFF ZEMENTWERKE AG
WIESBADEN

Jahresabschluß (Kurzfassung) zum 31.12.1983 und Vorjahr (Mill. DM)

Bilanz

AKTIVA	1982	1983	PASSIVA	1982	1983
Sachanlagen	267,3	245,2	Grundkapital	92,5	92,5
Finanzanlagen	133,6	143,3	Rücklagen, Sonderposten mit Rücklageanteil	85,4	91,0
	400,9	388,5	Pensionsrückstellungen	158,6	170,2
Vorräte	75,3	70,5	Andere Fremdmittel:		
Warenforderungen	22,6	22,6	langfristig	136,6	144,8
Flüssige Mittel	38,3	77,5	kurzfristig	92,7	103,4
Übrige Aktiva	37,9	53,9	Bilanzgewinn	9,2	11,1
	575,0	613,0		575,0	613,0

Gewinn- und Verlustrechnung

	1982	1983
Umsatzerlöse	676,8	713,5
Bestandsveränderungen, Eigenleistungen	– 3,2	– 0,2
Gesamtleistung	673,6	713,3
Übrige Erträge	47,2	43,5
Gesamtertrag	720,8	756,8
Stoffaufwand	299,5	295,0
Personalaufwendungen	129,2	133,0
Altersversorgung, Unterstützung	18,7	21,2
Abschreibungen auf Anlagevermögen	59,3	65,1
Zinsen (Saldo)	8,5	2,8
Steuern	26,1	46,3
Übrige Aufwendungen	168,3	176,3
Gesamtaufwand	709,6	739,7
Jahresüberschuß	11,2	17,1
Rücklagenzuweisung	2,0	6,0
Bilanzgewinn	9,2	11,1
Konzern		
Bilanzsumme	672,8	700,4
Außenumsatz	921,9	970,1
Gewinn	9,2	10,9

Die Hauptversammlung vom 4. Juli 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 zur Auszahlung einer Dividende von 6,— DM pro Aktie im Nennwert von 50,— DM zu verwenden.

Die Auszahlung erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 44 der Stammaktien und Vorzugsaktien.

Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte Aktionäre eine Steuergutschrift von 3,38 DM pro Aktie verbunden.

Der vollständige Jahresabschluß und der Konzernabschluß, die beide den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers tragen, werden demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

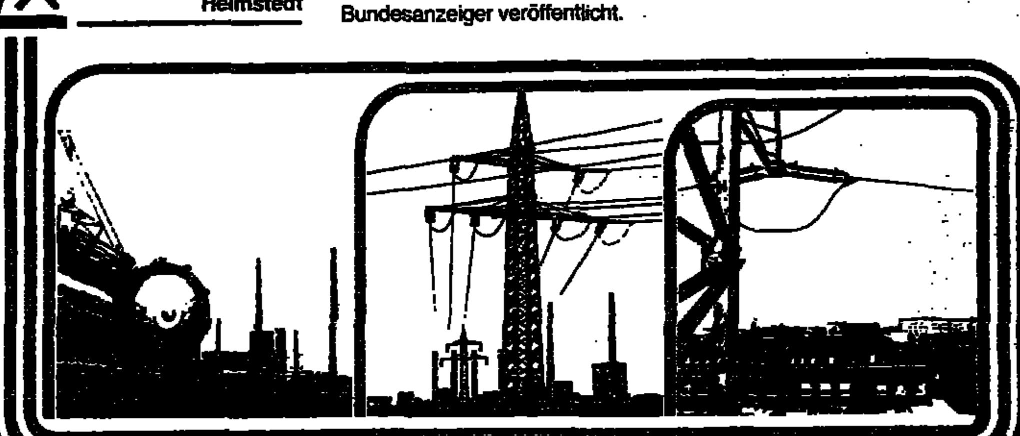
Der Jahresbericht wird auf Anforderung kostenlos zugestellt.

Energie aus Braunkohle

		1983	1982
Rohkohlenförderung	1000 t	4574	4528
Netto-Engpaßleistung	MW	709	709
Stromerzeugung – netto –	Mio kWh	4183	4229
Stromabsatz	Mio kWh	4058	4117
Umsatzerlöse – netto –	Mio DM	422	409
Dividende	%	12	12
Kapital und Rücklagen	Mio DM	311	301
Cash flow	Mio DM	155	125
Belegschaft	Jahresende	3222	3252

Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG Helmstedt

Der vollständige Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1983 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.





PHILIPP HOLZMANN
Aktiengesellschaft

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 22. August 1984, 10.00 Uhr, im Hause der Deutschen Bank AG, Frankfurt, Junghofstraße 5–11, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für 1983 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats
   Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für 1983
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1983 in Höhe von 24 800 000,– DM wie folgt zu verwenden:
   a) *Ausschüttung von 10,– DM Dividende und 1,– DM Bonus je Aktie* zu 50,– DM mit einem Gesamtbetrag von 19 800 000,– DM.
   Unter Einschluß der anrechenbaren Körperschaftsteuer von 6,19 DM ergibt sich für unsere inländischen Aktionäre ein Ertrag von 17,19 DM je Aktie zu 50,– DM.
   b) Einstellung von 5 000 000,– DM in die Rücklage für Auslandsrisiken.
   Bei Annahme dieses Vorschlags entsteht ein zusätzlicher Ertrag von 350 000,– DM, der ebenfalls der Rücklage für Auslandsrisiken zugeführt werden soll.
3. Entlastung des Vorstands
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu beschließen.
4. Entlastung des Aufsichtsrats
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu beschließen.
5. Wahl des Abschlußprüfers und des Konzernabschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, zum Abschlußprüfer und Konzernabschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu wählen

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens Donnerstag, den 16. August 1984, bei der Hauptverwaltung der Gesellschaft in Frankfurt, Taunusanlage 1, oder einer Niederlassung der nachstehend bezeichneten Banken in Frankfurt, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, München, Saarbrücken und Stuttgart während der üblichen Geschäftsstunden bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
B. Metzler seel. Sohn & Co
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Effectenbank-Warburg AG

Werden die Aktien bei einem Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist die Hinterlegungsbescheinigung bis spätestens Freitag, den 17. August 1984, bei der Gesellschaft einzureichen.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Frankfurt, im Juni 1984

Der Vorstand



ALBINGIA
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg
– Wertpapier-Kenn-Nr. 845 700 –

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 12. Juli 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von DM 8,– je Aktie in Nennbetrag von DM 50,– auszuschütten.

Die Dividende wird ab 13. Juli 1984 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 42 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer durch folgende Zahlstellen ausgezahlt:

Hamburg	Gesellschaftskasse
	Deutsche Bank AG
	Dresdner Bank AG
	Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
	Vereins- und Westbank AG
Berlin	Deutsche Bank Berlin AG
	Bank für Handel und Industrie AG
Frankfurt/Main	Deutsche Bank AG
	Dresdner Bank AG
	Metallbank GmbH

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende (DM 4,50) verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer und gehört beim Empfänger zu den Einkünften aus Kapitalvermögen. Das Steuerguthaben sowie die Kapitalertragsteuer werden vom Finanzamt auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer des inländischen Aktionärs angerechnet bzw. erstattet.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei den inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine von ihrem Wohnsitzfinanzamt ausgestellte Nicht-Veranlagungsbescheinigung eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben von der Depotbank vergütet.

Hamburg, den 13. Juli 1984 **Der Vorstand**

VOLKSWAGENWERK-HV / „Aufholjagd" in der Produktion hat enge Grenzen

Auch für 1984 noch keine Dividende?

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Die Aussichten der Aktionäre der Volkswagenwerk AG für 1984 nach zweijähriger Pause wieder eine Dividende zu erhalten, sind erheblich gesunken. Auf der Hauptversammlung in der Wolfsburger Stadthalle bezifferte der Aufsichtsratsvorsitzende Gustaf Ratjen die durch die Tarifauseinandersetzungen entstandenen Ergebniseinbußen im Konzern auf rund 500 Mill. DM nach Steuern. Davon entfallen nach den Worten von VW-Vorstandschef Carl H. Hahn 350 Mill. DM auf die AG. Zwar sei im Abschluß des ersten Quartals 1984 bereits Vorsorge getroffen worden; die lange Dauer des Arbeitskampfes sei aber nicht vorausgesehen worden und könne nicht ohne Wirkung auf das Jahresergebnis bleiben.

Für endgültige Aussagen, so Hahn, sei es zwar noch zu früh, zumal die weitere Entwicklung in Lateinamerika sich nicht abschätzen lasse. Aus heutiger Sicht aber müsse „große Skepsis" angemeldet werden, ob ein ausschüttungsfähiges Ergebnis erwirtschaftet werden kann.

In welchem Maße das Unternehmen von den Streikfolgen betroffen wurde, zeigen die Absatzzahlen. Bis Ende Mai wurden in der Bundesrepublik 349 000 VW- und Audi-Modelle ausgeliefert. Das entspricht gegenüber dem Vorjahreszeitraum einem Plus von 1,2 Prozent. Obwohl im Juni immerhin noch 45 000 Fahrzeuge ausgeliefert wurden, liegt das Halbjahresergebnis um 8,2 Prozent unter dem des Vorjahres. *Die Umsatzverluste* bewegen sich in einer Größenordnung von 2,8 Mrd. DM.

In Europa und in den USA werden die Bremsspuren nach den Worten Hahns erst ab Juli sichtbar. In den ersten sechs Monaten hätten sich die Erwartungen „noch erfüllt". So ergab sich in Westeuropa noch ein Verkaufsplus von 2,1 Prozent und in den USA eine *Zunahme* um 34,8 Prozent auf 142 000 Einheiten. Hahn wies darauf hin, daß den Auslandsmärkten Priorität eingeräumt werden müsse: „Lieferengpässe im Export bedeuten für Massenhersteller verlorene Kundenaufträge." Deshalb komme es jetzt *darauf an, die Produktion* temporär zu erhöhen.

Im Rahmen der Anstrengungen, das durch die Produktionsunterbrechung verlorene Terrain wieder wettzumachen, erhöht VW gegenwärtig die Fertigungskapazitäten in Wolfsburg von täglich 2440 auf 2800 Golf und Jetta und von 660 auf 700 Golf im Werk Brüssel. Die angekündigte Neueinstellung von 100 Mitarbeitern im Wolfsburger Stammwerk werde wahrscheinlich nur ein erster Schritt sein. Dennoch habe die „Aufholjagd" Grenzen. Hahn rechnet damit, daß lediglich ein Viertel des Fertigungsverlustes von 160 000 Fahrzeugen ausgeglichen werden kann.

Trotz der aktuellen Probleme beurteilt Hahn die weiteren Aussichten nicht gänzlich ohne Optimismus. VW sei zwar in dem Bemühen, die Ertragswende herbeizuführen, zurückgeworfen worden. Das bedeute aber nicht, daß das Ziel einer Wiederherstellung der Ertragskraft nicht erreicht werde. Die gesamtwirtschaftliche Konstellation sei günstig und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns gestärkt.

Hahn verweist in diesem Zusammenhang auf die planmäßig verlaufenden Kooperationen mit der spanischen Seat. Nachdem seit Ende 1983 die Passat-Fertigung in Spanien läuft, wird dort inzwischen auch der Polo produziert. Zufrieden zeigt sich VW über den Start des Santana, der bei Nissan in Japan produziert wird. Seit Februar seien bereits über 10 000 Fahrzeuge verkauft worden. *Zu Optimismus* gebe die Zusammenarbeit mit der VR China Anlaß. Dieser Tage habe VW einen Vertrag über die Lieferung weiterer 2000 Santana-Teilesätze abgeschlossen. Die Lieferung soll bis März 1985 abgewickelt sein.

Die bei Redaktionsschluß noch andauernde Hauptversammlung (Präsenz 54,4 Prozent von 1,2 Milliarden *DM Grundkapital*) war gekennzeichnet von der Kritik der Aktionäre am erneuten Dividendenausfall. Angesichts der guten Abschlüsse der Wettbewerber stelle sich die Frage, ob tatsächlich nur äußere Einflüsse für den Verlustabschluß (215 nach 300 Mill. DM im Konzern) maßgebend waren.

Auf wenig fruchtbaren Boden fiel die Mahnung des Aufsichtsratsvorsitzenden zu Beginn der Sitzung, das *Thema „Tarifstreit" sachlich zu* behandeln und persönliche Angriffe einzelner Aufsichtsratsmitglieder zu unterlassen. Der für Eugen Loderer in den VW-Aufsichtsrat nachgerückte IG Metall-Vorsitzende Hans Mair stand im Mittelpunkt der Kritik.

Seitens der Aktionärssprecher wurde Unverständnis und Empörung geäußert an dem Vorschlag der Verwaltung, sich neues Kapital genehmigen *zu lassen. Dies sei angesichts des* Dividendenausfalls nicht akzeptabel. Bei den Vorschlägen handelt es sich um die Erneuerung des genehmigten Kapitals von 300 Mill. DM und die Ermächtigung zur Ausgabe von Options-, Wandel- oder Gewinnschuldverschreibungen von bis zu 600 Mill. DM sowie die entsprechende Schaffung eines bedingten Kapitals von bis zu 200 Mill. DM.

HERTIE / Der Umsatzausfall im ersten Halbjahr ist 1984 nicht mehr aufzuholen – Kein Personal-Kahlschlag

Dem Gewinnziel ein gutes Stück nähergerückt

INGE ADHAM, Frankfurt

Mit 26 Prozent der Verkaufsfläche in den „Streik"-Bundesländern Baden-Württemberg *und* Hessen hat es den Hertie-Konzern besonders hart getroffen: Zur Jahresmitte liegt der Umsatz des drittgrößten deutschen Warenhauskonzerns, der seit Jahren um den Weg aus der Verlustzone kämpft, um fünf Prozent unter dem Vorjahresstand. Um diesen Rückstand aufzuholen, wäre im zweiten Halbjahr ein Umsatzplus von sieben Prozent nötig, eine Größenordnung, die angesichts der derzeitigen Konsumlandschaft nicht nur der Hertie-Vorstand für völlig unerreichbar hält.

Für Hertie wird es also weiter darauf ankommen, durch Verbesserung an der Kostenstruktur das Ziel, den Substanzverzehr zu beenden und im operativen Bereich wieder Gewinne einzufahren, zu erreichen. Daß Früchte dieser Anstrengungen reifen, belegte Vorstandsvorsitzender Bruno Lippmann mit der erneuten Reduzierung des Aufwands im ersten Halbjahr, durch die es gelungen sei, die *Ertragseinbuße im Gefolge des Umsatzausfalles* deutlich zu mindern. Auch die am Jahresende mit 928 (820) Mill. DM deutlich überhöhten Vorräte seien inzwischen wieder auf die Höhe der Vorjahre reduziert. Dies sei ein erstes Ergebnis der zunehmend angestrebten zentralen Sortimentssteuerung und -straffung – bei gleichzeitigem Spielraum für die „großen" unter den derzeit 122 Häusern im Konzern, ihr Sortiment den spezifischen Bedürfnissen anzupassen.

Weitere Verbesserungen verspricht sich der Hertie-Vorstand von der jetzt begonnenen Einführung eines EDV-gestützten Informationssystems. Zügig voran gehen die Arbeiten zur Umstrukturierung (und damit Abbau von Verlustquellen) im Restaurations- und Nahrungsmittelbereich. Die zum Teil bereits länger eingeleiteten Maßnahmen haben dafür gesorgt, daß der Verlust von Hertie im operativen Bereich im vergangenen Jahr auf 16 Mill. DM halbiert wurde, wobei bilka nach erfolgreicher Sanierung zum ersten Mal seit elf Jahren sogar einen kleinen Gewinn erzielte. Für den positiven Handelsbilanzausweis (vgl. Tabelle) sorgten a. o. Erträge aus dem Verkauf einiger Häuser ebenso wie eine Auflösung von Pensionsrückstellungen im Gefolge geänderter Pensionsvereinbarungen.

In der Tat ist Hertie mit mühevoller und zäher Kleinarbeit in den letzten Jahren dem Gewinnziel jeweils einen Schritt nähergerückt. Aber auch nach einer geringfügigen Senkung der Personalkostenquote auf 22,5 Prozent als Folge des Beschäftigtenabbaus ist dieser Bereich immer noch der entscheidende Hemmschuh auf dem Weg in die Gewinnzone. Denn mit seinen Personalkosten liegt Hertie nach wie vor deutlich über den Werten der Mitbewerber (die bis zu 185 000 DM Umsatz pro Kopf erreichen). In diesem Bereich wartet noch viel Arbeit auf den Hertie-Vorstand.

Lippmann betonte jedoch bei der Vorlage des Geschäftsberichts, daß es ein „Kahlschlagverfahren" nicht geben werde. Zur Zeit wird mit dem Betriebsrat über drei weitere Rahmenvereinbarungen verhandelt, die, nachdem 1983 bereits rund 20 Mill. DM für Sozialpläne aufgewendet worden sind, für die nächsten zwei *bis drei Jahre neue Belastungen* bringen werden. Lippmann: „Dies ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit ihrer Durchführung."

Als Erfolg der seit Jahren verfolgten Strategie, ertragsstarke Sortimente zu forcieren, wertet Finanzvorstand Lothar Deppe die über Branchendurchschnitt liegende Handelsspanne von 36,59 Prozent (gemessen am Nettoumsatz). An den Umsatzanteilen (Schwergewicht Textil) hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum etwas geändert; weiter vorangekommen ist Hertie bei der Stärkung der (ohnehin noch guten) finanziellen Basis: Das Eigenkapital macht jetzt 36,3 (35) Prozent der mit 2,25 Mrd. DM unveränderten Bilanzsumme aus.

Hertie-Konzern	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	6090	– 1,1
in *DM/m²*	*6914*	*– 0,7*
in DM/Kopf	168 000	+ 3
Beschäftigte [1])	36 191	– 4
Sachinvestitionen [2])	94	+ 47
Cash-flow [3])	112	– 47
Jahresüberschuß	36	– 45

[1]) Umgerechnet auf Vollbeschäftigte. [2]) Plus 58 Mill. DM über Leasing. [3]) Brutto nach Angaben des Unternehmens.

HORTEN / Betriebsergebnis fast verdoppelt – Eigenkapitalquote deutlich verbessert

Als „Fach-Warenhaus" die Zukunft meistern

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Hoffentlich ein gutes Zeichen." Bernd Hebbering als Vorstandssprecher *der Horten AG, Düsseldorf*, kommentiert so den natürlich noch mageren Tatbestand, daß nach Streikende und Einzug des Sommerwetters der Umsatz in der ersten Juli-Woche um 13,5 Prozent höher als vor Jahresfrist ausfiel. Es wäre, wenn's anhält, auch bei diesem jüngsten und kleinsten Unternehmen im Quartett der Warenhauskonzerne die heiß ersehnte Wende einer nach dem „goldenen Jahr 1983" plötzlich zusammengebrochenen Einzelhandelskonjunktur. Denn bei Kaufzurückhaltung der Kundschaft und einem „mit nie erlebter Intensität" tobenden Preiswettbewerb haben die 57 Horten-Warenhäuser im ersten Tertial des Geschäftsjahres 1984/85 (28. Februar) insgesamt *6,6 Prozent* und auf unveränderter Fläche 6,2 Prozent Umsatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit verloren.

Ein Rückschlag auch im Ertrag, der sich nach Hebberings Ansicht aber gerade auch bei Horten wieder aufholen lasse, weil man die schlech*ten Monate Januar/Februar* 1984 schon im jetzigen Abschluß verdaut und bis zum nächsten Abschluß noch siebeneinhalb Monate vor sich habe, die normalerweise 70 Prozent vom *Jahresumsatz und „weit über 90 Prozent"* vom Betriebsergebnis bringen. Trotz Verzicht auf eine Ertragsprognose äußert sich der Horten-Vorstand denn auch einigermaßen positiv zu der Aussicht, im laufenden Jahr an das gute Ergebnis von 1983/84 anschließen zu können.

Dieses war nach mageren Vorjahren ein herausragendes Ergebnis. Bei einem über dem Durchschnitt von Warenhausbranche und Facheinzelhandel liegenden Umsatzplus von 3,0 Prozent im eigenen Warenhausgeschäft (ohne Kooperationspartner) schaffte die Horten AG im Brutto-Cash-flow eine Verbesserung um gut ein Viertel auf den seit 1976 höchsten Wert, dazu fast eine Verdoppelung des Betriebsergebnisses auf 86,8 (46,8) Mill. DM und in der Summe aus nur noch 26 (37) Mill. DM Zinsaufwandsaldo sowie 10,5 *(3,5)* Mill. DM Beteiligungserträgen (Anstieg vor allem aus der Beteiligung am TUI-Touristikkonzern) eine Verbesserung des negativen „Finanzergebnisses" auf 14,8 (32,8) Mill. DM.

Aus dem somit vor Steuern auf 72,7 *(13,9) Mill. DM verbesserten „operativen Ergebnis"* erhalten die 50 000 Eigentümer von 250 Mill. DM Aktienkapital (37 Prozent BAT-Konzern, 25 Prozent eine Gemeinschaftsholding von Deutsche *Bank/Commerzbank*) nach Dividendenausfall für 1982 und für das zweimonatige Rumpfjahr 1983 nun 6 DM „echt verdiente" Dividende (Hauptversammlung am 30. August).

Obendrein werden die Rücklagen, einschließlich des aus dem Rumpfjahr *1983* verbliebenen Gewinnvortrages von 1,2 Mill. DM, nun um 6 (1,6) Mill. DM verstärkt. Das gesamte Eigenkapital von 515 (Ende 1982: 507) Mill. DM hat mit einem stattlichen Bilanzanteil von 40,9 (36,8) Prozent „den höchsten Wert der letzten zehn Jahre" erreicht. Ähnlich hoch soll er auch bleiben, wenn die 36 (35) Mill. DM 6b-Rücklagen auf die Investitionen für das im September 1984 fertige *zweite Düsseldorfer Warenhaus* (Carsch-Haus) übertragen werden.

Dank solchem Eigenkapitalpolster konnte man es sich auch leisten, die in den Vorjahren durch Währungsverluste „schmerzlich teuer" gewordenen langfristigen Schweizer Franken-Kredite auf 30 *(149) Mill. DM* abzubauen und die Aufnahme langfristiger Inlandskredite mit zinsgünstigeren Kurzfrist-Krediten hinauszuschieben.

Zudem eröffnet der Cash-flow-Überschuß, wie schon 1983/84, auch in Zukunft die Chance zu beträchtlichem Schuldenabbau. Denn mehr als die nun erreichte Jahresrate von rund 50 Mill. DM Sachanlagenzugang will man auch in den nächsten Jahren nicht investieren. Es *sollen* Jahre sein, in denen Horten die nun schon von Erfolg gekrönte Linie fortsetzen will, sich „im Konzert der vier großen Warenhausunternehmen" als „Fach-Warenhaus" zu profilieren. Darin sieht man die Chance, um den häufig geringeren Marktanteil am einzelnen Platz gegenüber konkurrierenden Häusern zu kompensieren, indem man mit differenzierteren Sortimenten und Betonung von Marktnischen dem „Warendruck" der umsatzstärkeren Konkurrenz ausweicht.

Horten AG	83/84	±%
Umsatz (Mill. DM)	3732	+ 2,2
in DM/qm	6200	+ 3,2
in DM/Kopf [2])	174 100	+ 12,6
Beschäftigte [3])	*18 688*	*– 8,1*
Personalaufwand	684	– 7,0
Gesamtinvestitionen	59	– 19,1
Brutto-Cash-flow [4])	114	+ 28,1
Nettoergebnis [5])	34,8	(1,0)
Jahresüberschuß	34,8	(1,6)
Ausschüttung	30,0	(-)

[1]) Einzelhandelsumsatz mit MwSt und 805 (809) Mill. DM bei Kooperationspartnern. [2]) Ohne Koop.-Partner und ohne Lehrlinge. [3]) Umgerechnet auf Vollbeschäftigte; Jahresdurchschnitt. [4]) Nach Steuern und vor Ausschüttung. [5]) Nach DVFA 6,95 (0,20) DM je Aktie.

KODAK / Verlustausgleich durch Kapitalschnitt

Personal kräftig abgebaut

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Vor allem infolge der schwachen Marktentwicklung im Amateurfotosektor hat sich auch bei der Kodak AG, Stuttgart, der deutschen Tochter des amerikanischen Fotokonzerns, das Bild der Geschäftslage im Jahre 1983 merklich verdüstert. Wie der Pflichtveröffentlichung des Unternehmens zu entnehmen ist, belief sich der Umsatz auf 795, Mill.DM. Dabei ist der Vergleich erschwert, da der *Bilanzstichtag vom 31. Oktober auf* den Jahresschluß verlegt worden ist. Gemessen am Umsatz des davorgelegenen letzten vollen Geschäftsjahres *1981/82 (31. 10.)* fiel der Umsatz des Geschäfts- und Kalenderjahres 1983 um 5 Prozent niedriger aus.

Noch spektakulärer ist freilich, daß die Kodak AG mit einem Fehlbetrag von 76,6 Mill. DM abschloß, nachdem für 1981/82 ein Defizit von 34 Mill.DM und für das Rumpfgeschäftsjahr 1982 (1. 11. bis 31. 12.) ein Minus von 18 Mill.DM ausgewiesen worden war. Der erneute Verlust zog eine Kapitalherabsetzung um 90 Mill. DM mit *anschließender Wiederaufstockung* auf 160 Mill.DM nach sich. Der überschießende Ertrag nach Verlustabdeckung von gut 10 Mill.DM wurde in die Rücklagen eingestellt.

Zur Ergebnissituation heißt es, einen großen Anteil daran hätten die Kosten von Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen. Insbesondere sei die Kamera-Fertigung zugunsten der Montage von Hochleistungskopierern eingeschränkt worden. Überdies wurde das Personal („auf ausschließlich freiwilliger Basis") kräftig um 16 Prozent auf knapp 3600 Mitarbeiter reduziert. Damit sei eine verbesserte Ausgangslage für das Jahr 1984, zu dem Kodak zu einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen wolle, geschaffen worden. Investiert wurden 67 Mill.DM und abgeschrieben fast 48 Mill.DM.

Bei der Mutter, der Estman Kodak Company, schrumpfte der konsolidierte Umsatz in 1983 um 6 Prozent *auf 10,17 Milliarden Dollar*. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Gschäftsjahr 1982 zwei zusätzliche Monate durch Geschäftsjahresumstellung bei Auslandstöchtern enthielt. Vergleichbar gemacht lag der Umsatz in etwa auf Vorjahreshöhe. Das USA-Geschäft zeigte ein leichtes Wachstum, schwächer lagen einige größere Auslandsmärkte. Der Nettogewinn nahm um 51 Prozent auf 565 Mill. Dollar ab. Die Beschäftigtenzahl wurde weltweit auf 125 500 Mitarbeiter verringert. Der Konzern geht von einer deutlichen Erholung in Geschäft und Ertragslage im laufenden Jahr aus.

Gothaer Leben hat sehr gut verdient

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Gothaer Lebensversicherung a.G., Göttingen, das älteste deutsche Versicherungsunternehmen, hat im vergangenen Jahr hervorragend verdient: In die Rückstellung für Beitragsrückerstattung *konnten* am Ende des Geschäftsjahres 236,4 Mill. DM eingestellt werden, gut ein Fünftel mehr als im Vorjahr. Die Versicherungsnehmer profitierten an der Gewinnverbesserung mit einer Steigerung der Überschußbeteiligung um 9 Prozent auf 144 (133) Mill. DM.

Für das gute Ergebnis sorgte eine über dem Branchendurchschnitt liegende Steigerung bei der Beitragseinnahme um 9,8 Prozent auf 595 Mill. DM – die verdienten Beiträge wuchsen um 9,5 Prozent auf knapp 147 (138) Mill. DM. Stärker noch wirkte *sich die mit 13 Prozent erneut kräftige* Steigerung der Erträge aus Kapitalanlagen auf gut 353 Mill. DM aus, wobei die Durchschnittsverzinsung 7,8 (7,5) Prozent erreichte. Dazu kommen deutlich gebremste Kosten und ein höherer technischer Überschuß.

Daß beim Vorstand der Gothaer nicht nur eitel Freude herrscht, dafür sorgte ein mit einer Steigerung von 6,8 Prozent auf 2,1 Mill. DM schwächer als im Branchendurchschnitt gestiegenes Neugeschäft, das bei einer Stornoquote von 5,6 (4,8) Prozent den Bestand um 5,5 Prozent auf 16,7 (15,8) *Mrd. DM steigen ließ. Die Stornierungen* betreffen in der Regel noch „junge" (ein bis drei Jahre alte) Verträge jüngerer Versicherungsnehmer, gerade sie braucht die Versicherungswirtschaft aber in Zukunft.

Die Gothaer Allgemeine AG, der Sachversicherer der Gothaer, steigerte seine Beitragseinnahmen um 4,6 Prozent auf 214 Mill. DM und weist nach 3 Mill. DM Beitragsrückerstattung 2 (1,75) Mill. DM Jahresüberschuß aus.

VERSEIDAG / Nach drei Aufschwungjahren an der Schwelle zur Dividendenreife

Die Konsolidierung abgeschlossen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nach gut einem Jahrzehnt Dividendenlosigkeit bietet die Vereinigte Seidenwebereien AG, Krefeld, ihren Aktionären zur Hauptversammlung am 23. August für 1983 endlich wieder *einen Abschluß, der eigentlich schon* zur Dividendenrückkehr ausgereicht hätte, stünde dem nicht noch ein steuerlicher Verlustvortrags-Rest von 7 Mill. DM entgegen. Den Eigentümern von 20 Mill. DM Aktienkapital (etwa die Hälfte weitverzweigter Familienbesitz, größere Restposten seit der 1973er Kapitalerhöhung bei der Deutschen Bank, ein Fünftel bei Streubesitzern) kündigt der Vorstand *der Verseidag-Holding nun eine „vor*erst bescheidene Anfangsdividende" für 1984 an, die aber keine Eintagsfliege werden solle.

Die lange Jahre an zu großen Kapazitäten leidende Verseidag-Gruppe hat nach der 1980/82 bewältigten Roßkur der letzten und großen Sanierungsetappe (Personalabbau in dieser Zeit um 20 Prozent) und Konzentration der verkleinerten Kapazitäten auf *möglichst aussichtsreiche* Produktfelder die „Konsolidierung" mit dem 1983er Abschluß endgültig beendet. Zukunftsfroh deutet der Vorstand nun auch wieder Kapitalerhöhungspläne an, – „aber erst einmal wollen wir den Aktionären wieder Freude machen".

Zum dritten Mal nacheinander ist der Gruppenumsatz 1983 mit kaum noch verringerter Belegschaftszahl von 1173 (1184) um 8,7 (2,8) Prozent *auf 254 Mill. DM im Anstieg* geblieben. Von diesem Geschäft wurden 40,2 (36,8) Prozent auf Auslandsmärkten erzielt. Der Inlandskonzern besserte einen Umsatz 1983 um 7,4 (4,5) Prozent auf 224 Mill. DM mit 31,9 (28,9) Prozent Exportanteil. Auch 1984 läßt sich mit einem im ersten Halbjahr erzielten Umsatzplus von 12 Prozent (die sich allerdings auch wegen des nun gebremsten Konjukturaufschwungs *im vollen Jahr „deut*lich abflachen werde") erfreulich an.

Erfreulich war bereits 1983 der Ertragsfortschritt. Das Betriebsergebnis des Inlandskonzerns besserte sich auf 6,1 (3,1) Mill. DM. Je Holding-Aktie nennt der Vorstand das DVFA-Nettoergebnis mit 9 (0) DM und den Cashflow vor Steuern mit 27,25 (13) DM. Restlicher Strukturbereinigungsaufwand und Wiederaufstockung der *Pensionsrückstellungen* um 5,1 Mill. DM drückten im Konzern den Jahresüberschuß-Ausweis auf 1,6 (0,03) Mill. DM, der bei der Holding mit 0,15 (0,13) Mill. DM noch bescheidener ausfiel. Zum restlichen „Altlasten-Abbau" sollen 1984 ao. Erträge aus jetzt bereits vollzogenem Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens entscheidend beitragen.

Mit dem Kopf endlich über Wasser kündigte der Vorstand für die näch*sten Jahre einen „Kurs kontrollierten* Wachstums" an. Der soll auch mit einem „Investitionsschub" verbunden sein, nachdem der Konzern 1983 noch 6,1 (6,6) Mill. DM in die Sachanlagen steckte und dies überreichlich aus der Innenfinanzierung deckte. Allein bei den Verseidag-Beteiligungsgesellschaften im Krefelder Raum sollen in den nächsten fünf Jahren 55 Mill. DM investiert werden.

Der Schwerpunkt liegt eindeutig bei dem Ziel, das Profil eines stark diversifizierten Zuliefer-Spezialisten für Märkte mit wenig „Importanfälligkeit" noch weiter auszubauen, unter anderem auch durch Vormarsch in „Nicht-Textil-Gewebe". In 1983 *stellten Futterstoffe* noch 24 (25) Prozent vom Gruppenumsatz, Heimtextilien 22 (24) Prozent, Krawattenstoffe unverändert 15 Prozent, Industrietextilien dagegen *39 (36)* Prozent. Weiteres Ziel der nächsten Jahre: ein Auslandsanteil am Gruppenumsatz von 50 Prozent, wofür man mit den zwei gut laufenden US-Betrieben eine günstige Basis habe.

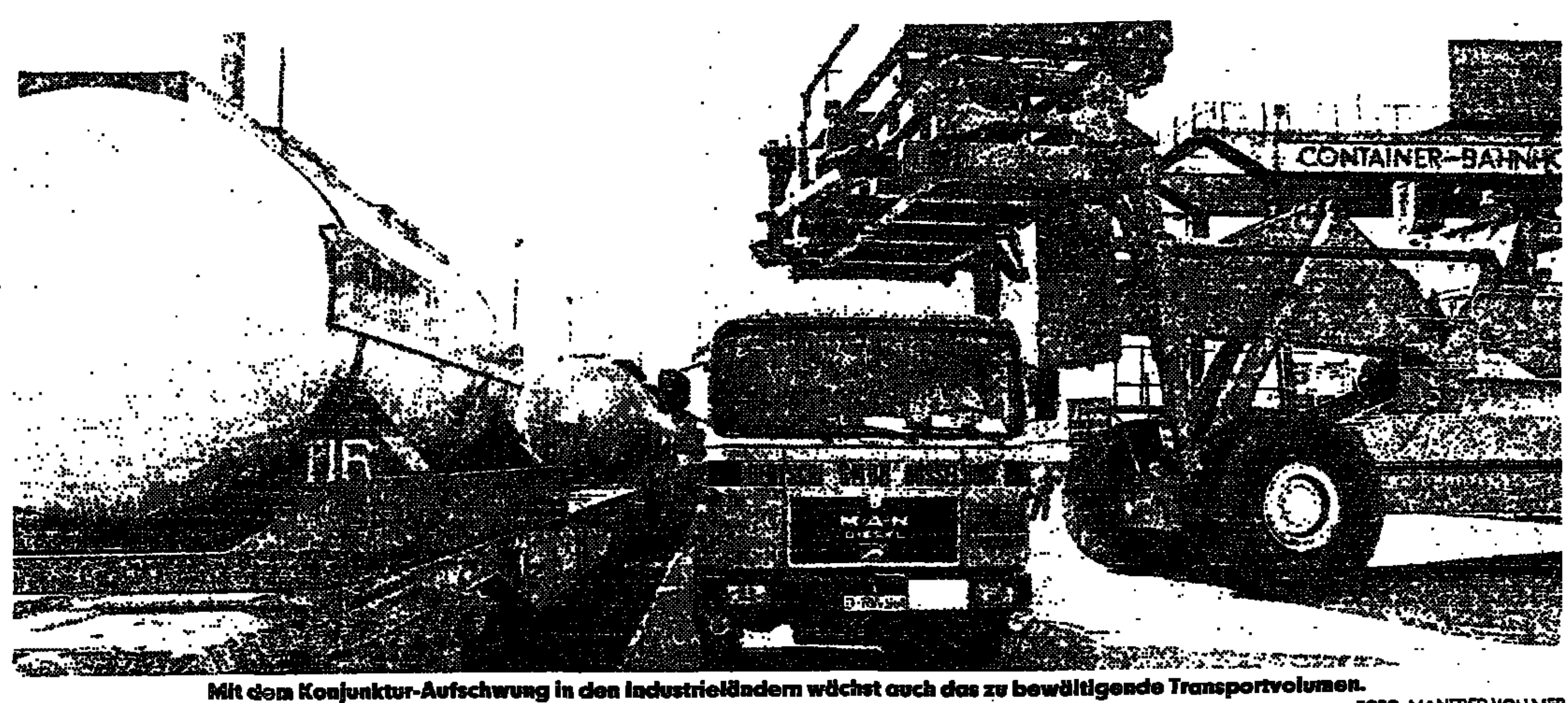
Transport

E. W. – Schon lange nicht mehr waren die Kommentare so wohlwollend. Denn Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hatte einen Erfolg errungen, der sich vom Rahmen *des Bundeshaushalts* 1985 positiv abhob. Während Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg den Gesamthaushalt um 1,2 Prozent auf 260,2 Milliarden Mark wachsen läßt, erhöht sich der Verkehrsetat um 2.1 Prozent auf 25,2 Milliarden Mark und schnitt damit besser ab als der Durchschnitt der anderen Ressorts.

Zwar konnte auch der Etatentwurf für das nächste Jahr keine Lösung der dringenden Finanzprobleme der Deutschen Bundesbahn bringen. Aber der Stein des Sisyphus konnte etwas nach oben transportiert werden. Auch wenn die Last der Altschulden weiter drückt, so ist doch nach Meinung des Ministers die „angekündigte Sicherung der Finanzierung der Neu- und Ausbaustrecken gewährleistet". Darüber hinaus seien dringend notwendige Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen mit Bundeshilfe gesichert.

Zusätzliche 150 Millionen Mark erhält auch der Straßenbau, der in den letzten Jahren besonders stark beschnitten worden war. *Bis 1988 soll dieser Rahmen gehalten werden.* Vordringliche Aufgaben seien damit zu bewältigen, heißt es im Ministerium.

Zu Optimismus im Verkehrssektor gibt der Etatentwurf also einigen Anlaß, selbst wenn überschwengliche Freude nicht aufkommen wird, weil die Probleme noch lange nicht gelöst sind. Doch bleibt wieder die Hoffnung auf den nächsten Etat.



Mit dem Konjunktur-Aufschwung in den Industrieländern wächst auch das zu bewältigende Transportvolumen. FOTO: MANFRED VOLLMER

EUROPÄISCHE VERKEHRSPOLITIK / Der im Mai gefeierte Durchbruch war wieder einmal voreilig

Das Beschlußpaket wird erneut heftig diskutiert

Ankündigungen über Fortschritte in der europäischen Verkehrspolitik haben sich schon häufig als voreilig erwiesen. Nur Anfänger auf dem Brüsseler Parkett konnten deshalb überrascht sein, daß das im Mai als politischer Durchbruch gefeierte Beschlußpaket der Verkehrsminister inzwischen wieder auseinander zu fallen droht.

Nach jahrelangem Hin und Her schienen sich die EG-Regierungen unter französischer Präsidentschaft auf ein Bündel von Entscheidungen verständigt zu haben. Es sollte parallele Fortschritte bei der Liberalisierung des Straßengüterverkehrs und der Harmonisierung der Maße und Gewichte für Lastwagen ermöglichen, die Zusammenarbeit der Eisenbahnen beflügeln, eine flexiblere Auslegung der EG-Verordnung über die Lenkzeiten für Lkw-Fahrer sicherstellen und die seit langem blokkierten EG-Zuschüsse zur Förderung der Verkehrsinfrastruktur (rund 212 Mill.DM) freigeben.

An einen möglichst freizügigen Verkehr sind vor allem die Niederlande und Großbritannien interessiert, während die Bundesrepublik und Frankreich traditionell für Kapazitätsregelungen eintreten, die einen gemeinsamen Verkehrsmarkt erst am Ende langwieriger Harmonisierungsbemühungen und bei einer einheitlichen Bewertung der volkswirtschaftlichen Rolle von Schiene und Straße ermöglichen würden.

Erst die Bereitschaft des Rates, sich auf einen Minimalkompromiß über die Lkw-Abmessungen zu einigen, brachte die Bundesregierung zum Beispiel so weit in Zugzwang, daß sie ihren langjährigen Widerstand gegen eine Öffnung des deutschen Verkehrsmarktes durch Aufstockung der „Gemeinschaftskontingente" im Straßengüterverkehr aufgab. So wurde beschlossen, die Zahl der den Mitgliedsstaaten zuzuteilenden Gemeinschaftsgenehmigungen 1985 um 30 Prozent und in den folgenden vier Jahren um jeweils 15 Prozent anzuheben.

Sie ermächtigen die Inhaber,den Güterverkehr über das gesamte Straßennetz der EG abzuwickeln und gestatten (im Vergleich zu bilateralen Kontingenten) einen rationelleren Einsatz der Lastkraftwagen; trotzdem machen sie bisher nur rund 5 Prozent des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs auf der Straße aus.

Bonn hat sich Jahr für Jahr gegen großzügige Aufstockungen gewehrt. Als Argument diente unter anderem der Hinweis, daß zunächst Fortschritte bei der Harmonisierung der Abgaben für Nutzfahrzeuge und Brennstoffe sowie bei den Straßenbenutzungsgebühren erreicht werden müßten.

Die Brüsseler Grundsatzeinigung über die Lkw-Maße sieht die schrittweise Einführung eines zulässigen Höchstgewichts für Schwerlaster (5- und 6-Achser) von 40 Tonnen vor, wobei Großbritannien und Irland jeoch für eine noch nicht definierte Zeit eine Begrenzung auf 38 Tonnen zugestanden wurde. Für normale „Lkws" müssen noch Grenzwerte festgelegt werden.

Italien hatte in den Beratungen besondere Wünsche in bezug auf die Motorachslast vorgebracht, sich jedoch zunächst mit einer Protokollerklärung zufrieden gegeben. Bei der Konkretisierung der Ratsbeschlüsse in einer Arbeitsgruppe machte es plötzlich daraus einen Vorbehalt für die Zustimmung zum Gesamtpaket. Die Folge war, daß auch der Vertreter des Bonner Verkehrsministeriums, der die Zustimmung zur Aufstockung des Gemeinschaftskontingents wieder in Frage stellte; die Niederländer rückten daraufhin von dem Beschluß ab. Die im Haushalt bereitstehenden Gelder für Projekte der Verkehrsinfrastruktur (unter anderem auch Zuschüsse für den Neubau des Bahnhofes von Nürnberg) freizugeben.

EG-Kommissar Giorgios Contogeorgis versuchte vergeblich, das Paket zusammenzuhalten. Der Rat will erst wieder im Dezember zusammentreten. Bis dahin wird auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes über seine Arbeit vorliegen. Nicht zuletzt wegen der Untätigkeitsklage, die das Europäische Parlament gegen den Ministerrat eingereicht hatte, war in den vergangenen Monaten die Kompromißbereitschaft der EG-Partner gewachsen. WILHELM HADLER

BINNENSCHIFFAHRT / Probleme mit „DDR"-Schiffen

Keine Besserung in Sicht

Für eine „ganz beachtliche" Leistung hält die Bundesregierung die Bewältigung eines enormen Strukturwandels in der deutschen Binnenschiffahrt. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, vor dem Bundesverband der deutschen Binnenschiffahrt e.V. (BdB), Duisburg, in Bremen. Mit ihrem Schiffsraumangebot habe sie sich den Anforderungen moderner industrieller Produktion angepaßt und den Forderungen nach preisgünstigen Transportleistungen weitgehend entsprochen.

„Die Lage des Gewerbes ist alles andere als rosig, auch wenn sich die Binnenschiffahrt auf dem Transportmarkt der Bundesrepublik im letzten Jahr relativ gut behaupten konnte," so beurteilte Verbandspräsident Hans-Joachim Gutschall die Situation. Für das laufende Jahr sei keine wesentliche Besserung zu erwarten. Staatssekretär Schulte nannte zwei Ursachen für die Probleme: einmal die unbefriedigende Beschäftigung und zum anderen die ungenügende Kapazitätsauslastung, die den Verfall der Preise im grenzüberschreitenden Verkehr nachgezogen hätte.

Die unbefriedigende Beschäftigungssituation sei vor allem eine Folge des konjunkturbedingten Nachfragerückgangs. Davon betroffen wären vor allem Baustoffe, Montangüter und Mineralöl, Produkte, die 80 Prozent der Beförderung in der Binnenschiffahrt ausmachen. Obwohl durch Abwrackaktionen in den letzten Jahren rund 2,3 Millionen Tonnen deutschen Schiffsraums abgebaut worden seien, hätten besonders die konkurrierenden Nachbarländer – Schulte nannte vor *allem die Niederlande* – ihre Flotte mit Investitionsanreizen noch aufgestockt, so daß sich das Problem der Überkapazitäten noch verschärft hätte.

Schulte folgerte aus dieser Situationsbeschreibung, daß das deutsche Ordnungssystem nicht infrage gestellt werden dürfe und daß die Schiffsraumkapazitäten in Ordnung gebracht werden müßten. Dazu sei die Mitwirkung der Nachbarstaaten notwendig. Die Bundesregierung werde sich auch künftig mit Nachdruck dafür einsetzen, daß eine niederländische Abwrackaktion durchgeführt werde.

„Mit großer Sorge" betrachtet die deutsche Binnenschiffahrt darüberhinaus die Entwicklung im Berlin-Verkehr, wo seit über einem halben Jahr die „DDR"-Schiffe, besonders zwischen Hamburg und Berlin, auf dem Vormarsch seien und die Binnenschiffe aus der Bindesrepublik aus angestammten Verkehren verdrängen würden. BdB-Präsident Guschall plädiert deshalb dafür, die Sondergenehmigungen für „DDR"-Schiffe aufzuheben oder stark einzuschränken. Denn im Verkehrsvertrag mit der „DDR" sei der Schiffsverkehr zwischen Berlin und Bundesrepublik der Flotte aus der Bundesrepublik vorbehalten.

Der Einsatz von „DDR"-Fahrzeugen im Berlin-Verkehr sei nur mit besonderer Genehmigung möglich, die in einer pauschalen Sondererlaubnis vor knapp zehn Jahren „bis auf weiteres" erteilt worden sei. Erst seit letztem Herbst,so Guschall, mache die *„DDR"* von dieser Regelung Gebrauch, als der Getreideimport von Übersee in die „DDR" von Hamburg nach Rostock verlagert wurde. Seitdem fehlt den „DDR„-Schiffen, die vor allem Düngemittel aus der „DDR" nach Hamburg transportieren, die Rückladung.

Die Binnenschiffahrt hat 1983 mit rund 224 Mill. Tonnen etwa 27 Prozent des Gesamttransportvolumens *im deutschen Güterfernverkehr* bewältigt. Die deutsche Flagge hat daran einen Anteil von 109 Mill. Tonnen, wobei die Flotte etwa 3400 Schiffe mit 3,4 Mill. Tonnen Tragfähigkeit umfaßt. 1969 waren es noch 6 800 Schiffe mit 4,7 Mill. Tonnen Tragfähigkeit.

ERWIN WALTHER

Hilfe für Italiens Häfen

Die italienische Regierung will zu den 5000 Hafenarbeitern, deren Ausscheiden bereits im Gange ist, weitere 5000 Schauerleute entlassen. Die Finanzierung wurde durch Bereitstellung von Budgetmitteln gesichert. Ziel der Maßnahme ist es, die Produktivität der italienischen Häfen so schnell und so stark wie möglich zu erhöhen.

Im Visier ist dabei vor allem Italiens größter Hafen, Genua, der noch 8400 Schauerleute unter Vertrag hat, genau 5000 weniger als notwendig. Durch geringe Produktivität, hohe Kosten und Gebühren haben die italienischen Häfen in den letzten Jahren gegenüber der Nordsee-Konkurrenz und Marseille ständig an Boden verloren. Besonders dramatisch ist der Verfall Genuas. Noch vor zehn Jahren stand der ligurische Hafen in Westeuropa an zweiter Stelle, heute *rangiert er auf dem 15. Platz.* Zwischen 1973 und 1983 stieg der Welt-Hafenumschlag um beinahe 130 Prozent, in Genua ging er gleichzeitig um 40 Prozent zurück. Den Anschluß verpaßt hat das „Tor Italiens zu den Weltmeeren" auch im Container-Verkehr: Während in den Nordseehäfen der Container-Umschlag in den letzten sechs Jahren um 58 Prozent zunahm, betrug der Zuwachs in Genua nur 7 Prozent.

Die Sanierung und Modernisierungspläne für Genua sehen bis 1987 eine Verdoppelung, bis 1992 eine Verdreifachung des Umschlags von 7,5 Millionen Tonnen vor. Endlich in Angriff genommen werden soll der seit zwanzig Jahren geplante Ausbau des Ersatzhafens Voltri. Der Finanzbedarf wird für die Dreijahresspanne 1984 bis 1986 auf 1142 Milliarden Lire geschätzt. Davon entfallen 500 Milliarden Lire auf die Tilgung der aufgelaufenen Verluste. Den größten Teil der Finanzmittel (775 Milliarden Lire) wird der Staat zur Verfügung stellen, den Rest öffentliche und private Einrichtungen und Gesellschaften.

GÜNTHER DEPAS

Tankerflotte: Hohe Überkapazitäten

Der weltweite Rückgang beim Mineralölverbrauch und eine starke Verkürzung der Versorgungswege durch den hohen Anteil von Nordseeöl haben die Beschäftigungslage in der Tankschiffahrt weiter verschlechtert. Wie die Deutsche Shell mitteilte, liegt 1983 ungeachtet der höchsten Abwrack-Rate, die jemals in einem Jahr verzeichnet wurde, der Anteil an überschüssiger Tonnage noch bei 85 Prozent des tatsächlichen Bedarfs. Anfang 1984 umfaßte die Welttankerflotte 3482 Schiffe von mehr als jeweils 10 000 tdw oder insgesamt 329,3 Millionen tdw.

Rund fünfmal mehr Tankschiffraum, als 1983 in Dienst gestellt, ist im gleichen Jahr verschrottet worden: 26,8 Millionen tdw. Damit hat sich die Welttankerflotte, die zu 23 Prozent im Eigentum von Mineralölgesellschaften steht und zu 65 Prozent privaten Reedern gehört – der Rest entfällt auf Staatsreedereien – innerhalb von sechs Jahren um rund ein Sechstel verkleinert. Daß dies *noch nicht das Ende aller notwendigen* Maßnahmen bedeute, belegen nach Shell-Angaben weitere Zahlen. Danach waren von der „schwimmenden Flotte" zum Jahresbeginn 1984 rund 58 Millionen tdw wegen Nichtbeschäftigung aufgelegt, 46 Millionen tdw konnten nur durch Langsamfahrt vor diesem Schicksal bewahrt werden, während 13 Millionen tdw als Lagertanks eingesetzt waren. Im Laufe des Jahres wurden 107 Neubauten mit zusammen 5,1 Millionen tdw in Dienst gestellt, weitere 215 Schiffe befanden sich Anfang 1984 im Bau oder waren in Auftrag gegeben.

(dpa/VWD)

UN-WELTSCHIFFAHRTS-ORGANISATION / Rettungsdienste harmonisiert

Beitrag zu mehr Sicherheit auf See

Nach dem Beitritt Dänemarks als fünfzehnter Signatarstaat kann *die 1979 in Hamburg erarbeitete internationale* Konvention über eine Harmonisierung der Seerettungsdienste am 22. Juni 1985 in Kraft treten. Die unter Schirmherrschaft der UN-Weltschiffahrtsorganisation (IMO) zustande gekommene Abmachung ist nach den Worten des IMO-Generalsekretärs Chandrika Srivastava „ein wesentlicher Beitrag zu größerer Sicherheit auf See".

Hauptaufgabe der Konvention ist die Schaffung rechtlicher und technischer Grundlagen für eine engere zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen allen Organisationen, die in einem Seenotfall an einer Sar-(search and rescue-)Operation mitwirken. Fernziel ist ein weltweit verbindlicher Sar-Plan.

Erreicht werden soll dies durch ein weltumspannendes Netz von Seerettungsverträgen zwischen Nachbarstaaten, für die die IMO-Konvention die Basis schafft. Vorgeschlagene Ge*genstände solcher Verträge: die Einigung* auf feste Sar-Zonen, die Erarbeitung von beiderseitig verbindlichen Verfahrensregeln, eine grenzübergreifende Ausbildung von Rettungsspezialisten und die Einrichtung gemeinsamer Rettungs-Koordinierungszentren.

Jeder der fünfzehn Signatarstaaten, zu denen auch die Bundesrepublik zählt, soll die Rechtsgrundlage dafür schaffen, daß fremde Sar-Einheiten in einem akuten Notfall jederzeit unbehindert die Grenzen seiner Hoheitsgewässer überschreiten dürfen. „Wo angebracht und erforderlich", wird die Schaffung von Schiffsmeldesystemen angeregt.

Vorbild dafür könnte das für Islands Fischereiflotte bindende Meldesystem sein, das seit Jahren reibungslos funktioniert und dem zahlreiche Seeleute ihr Leben verdanken. Jedes in See stechende Schiff ist danach gesetzlich verpflichtet, zweimal täglich der Rettungsleitstelle Reykjavik seine Position zu melden. Das dient nicht nur der eigenen Sicherheit; es ermöglicht Reykjavik auch schnelles Reagieren. Das Modell war zum Beispiel Voraussetzung dafür, daß es im vergangenen November nach dem Untergang des deutschen Frachters „Kampen" überhaupt Überlebende gab.

IMO-Generalsekretär Srivastava: „Nach der Ratifizierung der wichtigen Sar-Konvention wird *die* Weltschiffahrsorganisation jetzt mit Nachdruck auf die Entwicklung eines globalen maritimen Nachrichtennetzes hinwirken." Weiterhin bemüht sich die IMO in Zusammenarbeit mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation um eine Harmonisierung der Sar-Schemata für Luft- und Seenotfälle. (SAD)

SCHIFFBAU-INDUSTRIE / Dritter Rang weltweit

Erfolg mit Spezialitäten

Heftig *kritisierte* der Verband Deutscher Reeder (VDR) die Entscheidung des Bundeskabinetts, die Finanzbeiträge für den Neubau von Schiffen deutscher Eigner nach 1986 zu streichen. Wenn die Finanzhilfe nicht über einen längeren Zeitraum weitergeführt werde, so erklärte VDR-Geschäftsführer Herbert *Holst* in Hamburg, könne sie ihre Wirkung zur Sicherung von Liquidität und Investitionsfähigkeit der Seeschiffahrt nicht entfalten. Ebenso blieben stabilisierende Effekte für die Werftbeschäftigung aus.

Der Bundestagsfinanzausschuß hatte Ende letzten Jahres die Wiedereinführung der Finanzbeiträge für 1984 und 1985 für notwendig erklärt, denn diese bereits von 1979 bis 1981 gewährten zinslosen Darlehen, deren Rückzahlung bei Investitionen auf deutschen Werften entfällt, hätten den Neubau von 130 Schiffen auf deutschen Werften bewirkt.

Dabei halten die deutschen Werften im Weltschiffbau immer noch mit 798 000 Bruttoregister*tonnen* (Ablieferungen 1983) den dritten Rang nach Japan *mit 6,7 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) und Korea mit 1,5* Millionen BRT. Innerhalb der europäischen Werften konnte der Marktanteil sogar noch gesteigert werden.

Dies sei um so bemerkenswerter, *als die Subventionen in den* Nachbarländern weit höher, die Lohnkosten aber niedriger lägen als in der Bundesrepublik, erklärte der Vorsitzende des Verbands der Deutschen Schiffbauindustrie e. V. (VDS), Michael Budczies, in Hamburg. Daß die deutschen Werften trotz dieser „schlechten Umweltbedingungen" *sich so gut behauptet hätten*, sei ihrem technischen Können und ihrer Flexibilität zu verdanken.

Budczies erläuterte vor der VDS-Mitgliederversammlung weiter, daß die deutschen Werften im letzten Jahr beträchtliche Kapazitätsanpassungen durchgeführt hätten. Diese reduzierten Kapazitäten seien überwiegend modern und hätten sich auf den Bau von Spezialschiffen konzentriert, bei denen aufgrund von Marktprognosen der Schwerpunkt der zukünftigen Nachfrage liegen werde.

Unter dem Kapazitätsabbau des *letzten Jahres hätten* besonders *die* Großwerften gelitten – 1983 betrugen *die Fertigungsstunden im Handels*schiffneubau nur noch 9 Millionen nach 33 Millionen im Jahre 1975. Das war ein Rückgang um 75 Prozent. Bei mittleren Werften lag er im gleichen Zeitraum bei rund 40 Prozent.

1983 lieferten die deutschen Seeschiffswerften 145 Schiffe im Wert von 4,1 Milliarden Mark ab. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Neubauumsätze um rund 20 Prozent. Im Binnenschiffbau *wurden 76* Schiffe im Wert von 145 Millionen Mark abgeliefert. Die Zahl der Beschäftigten sank von Ende 1982 bis Ende 1983 um *7392 auf 49 098 Mitarbeiter.* (E. W.)

NUTZFAHRZEUGE / Günstige Langfrist-Prognose: Transportaufkommen steigt langsam wieder

Berechtigte Hoffnung auf neue Schubkraft

Im Nutzfahrzeugbau ist nach wie vor Seelenmassage Trumpf. Die Hersteller in der Bundesrepublik, die *in den zurückliegenden Jahren* in Produktion und Absatz weitgehend nicht aus dem Rückwärtsgang herauskamen, klammern sich – wie auch anderwärts – an Langfrist-Prognosen. Und diese sehen so ungünstig nicht aus. Denn das auf längere Sicht steigende Transportaufkommen, das wiederum in direktem Zusammenhang *mit der industriellen* Produktion, dem Verbrauch und anderen Faktoren steht, führt geradezu zwangsläufig zu einem verstärkten Straßengüterverkehr. Aufgrund dieser Perspektive dürfte den Nutzfahrzeugbauern um die Chancen für ihr Produkt gar nicht bange sein. Dem Lastwagen öffnen sich wachsende Märkte.

Doch zunächst richtet sich der Blick auf die aktuelle Lage. Unverkennbar ist, daß es weiterhin im Getriebe der Produktion und des Absatzes von Nutzfahrzeugen knirscht. *Daimler-Benz-Chef* Werner Breitschwerdt spricht vor allem wegen der *abgeschwächten* Nachfrage aus Übersee von einem weiterhin zähen Verlauf des Nutzfahrzeugabsatzes. Der arbeitskampfbedingte Produktionsausfall von rund 600 Nutzfahrzeugen schmerzt der Welt größten Lastwagen-Hersteller besonders, da man sich insbesondere von der im März vorgestellten Baureihe neuer leichter Lkw nachhaltige Schubkräfte versprach.

Auch Iveco-Magirus-Chef Bernd Kosegarten sieht für das Jahr 1984 für sein *Unternehmen* vorerst keine durchgreifenden Impulse zur Belebung *des Geschäfts. Die seit Mitte* 1982 anhaltend ungünstige Konstellation *im Export hat sich in den letzen* Monaten fortgesetzt. Sie lasse auch für die Folgemonate keine Wende zum Besseren erkennen.



Die Nutzfahrzeuge kommen nur langsam wieder aus dem Tal. FOTO: DIE WELT

Nach einem erfreulichen Jahresauftakt bei den Auftragseingängen aus dem Inland haben auch bei Iveco Magirus die Folgen der Streik- und Aussperrungsmaßnahmen in Teilen der Metallindustrie die Hoffnungen auf ein insgesamt verbessertes Geschäft erheblich *gedämpft*.

Was bei den arbeitskampfgeschädigten deutschen Herstellern aber vor allem Sorgenfalten verursachte, ist der Tatbestand, daß – wie es bei Daimler-Benz heißt – wegen des hohen Auslandsanteils im Nutzfahrzeuggeschäft die mehrwöchige Lieferunterbrechung zu vielen Auftragsannulierungen und damit auch zu Marktanteilsverschiebungen geführt hat. Die Konkurrenz hat also an Boden gewonnen, und es bleibt abzuwarten, ob dies wieder wettgemacht werden kann. Nachdem der inländische *Markt für Brummis nach jahre*langer Schrumpfung mit Hilfe der Investitionszulage im vergangenen Jahr wieder in Schwung gekommen war, *hatte sich die Branche für das laufen*de Jahr 1984 endlich auch wieder etwas mehr Schub von seiten des Exports erhofft.

Die Produktionsstatistiken für Lastwagen (über 6 Tonnen) des Jahres 1983 in den wichtigsten westeuropäischen *Industrieländern* weisen praktisch durchweg Minusraten im Jahresvergleich auf. In der Bundesrepublik war die Lkw-Produktion um 16,2 Prozent auf *126 494* Fahrzeuge zurückgefahren worden. Davon produzierte Daimler-Benz 100 008 Fahrzeuge (minus 12,1 Prozent), MAN 15 906 Fahrzeuge (minus 16,7 Prozent) und Iveco Magirus 10 006 Fahrzeuge (minus 41,5 Prozent). Schweden als das drittgrößtes Herstellerland Westeuropas nach Großbritannien kam auf 46 671 Lkw (minus 3,5 Prozent).

Positiv hebt sich Italien mit 29 728 produzierten Lkw (plus 22,8 Prozent) *ab. Beim Blick auf Nippon und Nord*amerika fällt in der von Daimler-Benz stammenden Statistik auf, daß auch in Japan die Fertigung von Lkw (über *6 Tonnen*) in *1983* weiter um *8,7* Prozent auf 184 922 Fahrzeuge abgenommen hat, wogegen in USA und Kanada die Produktionszahlen mit zusammen 175 901 Einheiten (plus 1,5 Prozent) eine Tempobeschleunigung signalisieren.

Dominierend ist nach wie vor die Position von Daimler-Benz in der Kategorie schwerer Lkw (ab 15 Tonnen): 1983 wurden weltweit 71 924 schwere Daimler-Lkw (minus 10,8 Prozent) gebaut, an zweiter Stelle in der Welt*rangliste rangiert* Volvo *mit 30 018* Lkw (plus 0,6 Prozent), es folgt IHC.

WERNER NEITZEL

GROSSBRITANNIEN

Wieder Wachstum bei Nutzfahrzeugen

Der britische Nutzfahrzeug-Markt hat sich im Verlauf dieses Jahres rapide erholt, nachdem es in den letzten drei Jahren zu erheblichen Verkaufseinbußen in allen Nutzfahrzeug-Bereichen gekommen war. Jüngsten Hochrechnungen des Verbandes der britischen Automobilhersteller und Händler *zufolge* werden bis Ende dieses Jahres in Großbritannien *123 000* mittlere und große Lieferwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 3,5 Tonnen verkauft worden sein, so viele wie nie zuvor. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt nur 116 825 mittlere und große Lieferwagen neu zugelassen.

Schätzungen des britischen Automobil- und Händlerverbandes zufolge dürften die Neuzulassungen von Nutzfahrzeugen mit über 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht in diesem Jahre etwa 57 000 erreichen. Im vergangenen Jahr lagen sie bei 49 950. Im bisherigen Rekordjahr 1969 wurden allerdings 79 856 Lkw mit mehr als 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht verkauft, 1980 waren es noch 61 300.

Nimmt man den gesamten Nutzfahrzeug-Markt, also einschließlich Lieferwagen mit bis zu 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht, dann wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit *145 979* Nutzfahrzeugen 5,6 Prozent mehr verkauft als in der gleichen Vorjahreszeit. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil importierter Nutzfahrzeuge an den Neuzulassungen von 32,9 auf 34,7 Prozent.

Sorgen bereitet den Herstellern lediglich der Omnibus-Markt. In der ersten Hälfte dieses Jahres gingen die Verkäufe gegenüber den ersten sechs Monaten 1983 um vier Prozent auf 2228 Busse zurück.

W. FURLER

CARGO

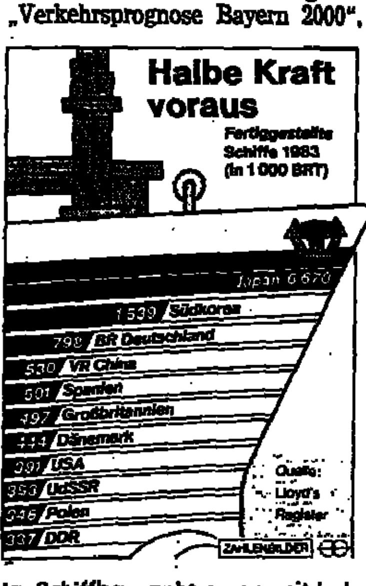
„Der Jahresabschluß 1983 zeigt, daß wir vernünftig gewirtschaftet haben; wir haben unsere Ziele erreicht", erklärte der Vorstandsvorsitzende der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), Erich Becker, in der Jahrespressekonferenz ein. Er unterstrich, nach einer Phase der Stagnation und Rezession besitze die FAG einen gesicherten Platz im nunmehr wieder wachsenden Luftverkehr. 1983 lag lediglich die Zahl der Starts und Landungen mit gut 222 000 auf Rhein-Main knapp unter dem Höchststand von 1980. Beim Passagieraufkommen (17,8 Millionen Fluggäste) hingegen wur*de ebenso eine neue Höchstmarke* erreicht wie bei Fracht (685 000 *Tonnen) oder Luftpost (99 000* Tonnen).

*

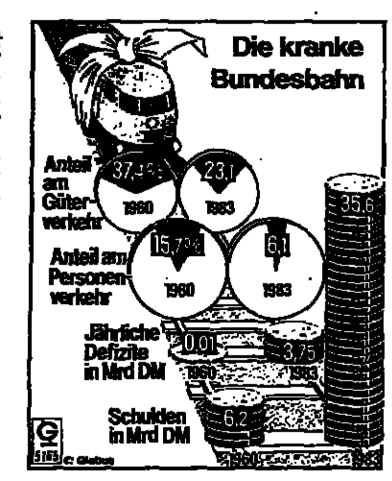
Nach jüngsten Erhebungen der „International Air Transport Association" (Iata) und auf der Grundlage der 1983er Leistungsstatistik der Iata-Verbandsmitglieder nimmt Flying Tigers unter den Luftfrachtcarriern der Welt weiterhin die Spitzenposition ein. Flying Tigers hat 1983 auf dem weltweiten Streckennetz des Unternehmens 2,95 Milliarden Frachttonnenkilometer eingeflogen, 30 Prozent mehr als die zweitplazierte Japan Air *Lines mit* 2,26 Milliarden Frachttonnenkilo*metern. 1982 hatte der* Luftfrachtcarrier mit Sitz in Los Ange*los weltweit* 2,34 Milliarden Frachttonnenkilometer zurückgelegt und damit die damals ebenfalls an zweiter Stelle liegende Japan Air Lines (1,98 Milliarden Frachttonnenkilometer) um 18 Prozent übertroffen.

*

„Wenn wir das voraussichtliche Wachstum des Verkehrsaufkommens in Bayern bis zum Jahr 2000 in Einklang mit den Bedürfnissen von Mensch und Natur bewältigen wollen, dann müssen nicht nur alle Anstrengungen für eine baldige Senkung der Schadstoffemissionen aus Kraftfahrzeugen unternommen werden, vielmehr bedarf es gleichzeitig noch eines erheblichen Ausbaus der Verkehrswege und einer spürbaren Attraktivitätssteigerung der Alternativen zum Kraftfahrzeugverkehr." Diesen Schluß *zog* Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann bei der Vorstellung der „Verkehrsprognose Bayern 2000",



Im Schiffbau geht es nur mit halber Kraft voran. Noch immer leiden die Werften unter den Nachwirkungen des überhitzten Schiffbaubooms um die Mitte der siebziger Jahre. Vor allem im Massengutverkehr gab es erdrückende Überkapazitäten. QUELLE: ZAHLENBILD



Wäre die Bundesbahn ein Privatunternehmen, sie bestände wohl längst nicht mehr. Denn Jahr für Jahr fährt die Bahn riesige Verluste ein. Der Schuldenberg der Bahn ist zwischen 1960 und 1983 von sechs auf 36 Milliarden DM gewachsen. QUELLE: GLOBUS

welche das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr als Orientierungshilfe für die 1985 anstehende dritte Fortschreibung des Gesamtverkehrsplans Bayern erarbeitet hat. Stichwortartig lassen sich die Ergebnisse der Ifo-Prognose wie folgt umreißen: Mit durchschnittlich etwa 3 Prozent pro Jahr wird das Wachstum der bayerischen Wirtschaft auch *in Zukunft* weit über dem Bundesdurchschnitt *von 2,3 Prozent liegen.* Die Pkw-Dichte in Bayern wird vor allem *außerhalb* der Ballungsräume noch erheblich ansteigen. Ifo erwartet für *das Jahr 2000 auf 1000* Einwohner in Bayern 520 Autos gegenüber 372 in *1982.* Der Güterfernverkehr wird nach Ifo bis zum Jahr 2000 um 46 Prozent ansteigen, dabei der Straßengüterfernverkehr um 70 Prozent.

*

Zum erstenmal seit 1957 hat die belgische Luftverkehrsgesellschaft Sabena ein Geschäftsjahr ohne vom Staat zu deckende Verluste abschließen können. Wie bekanntgegeben wurde, erbrachte 1983 einen bescheidenen Überschuß von 22,5 Millionen Franc (1,1 Millionen Mark). Dieses Hoffnungen erweckende Ergebnis ist eine Folge rigoroser Spar- und Sanierungsmaßnahmen. Innerhalb weniger Jahre wurde unter *massivem Druck der* belgischen Regierung der Sabena-Personalbestand von etwa *9000* auf rund 7000 Mitarbeiter verringert. Sabena-Maschinen beförderten im vergangenen Jahr über 1,9 Millionen Passagiere. Die Beladungsrate lag bei 70 Prozent.

*

Einen starken Einbruch der Auslandsaufträge im Schiffbau mußte Südkorea im ersten Halbjahr 1984 *hinnehmen. Das Auftragsvolumen* ging um 60 Prozent auf 920 000 Bruttoregistertonnen (*BRT*) zurück, berichtet der Reederverband Südkoreas. Die vorläufigen Zahlen für diesen Zeitraum weisen aus, daß 45 Schiffe im Wert von insgesamt 555 Millionen Dollar bestellt wurden. Das waren 71,7 Prozent weniger als in der ersten Jahreshälfte 1983. Der Auftragsbestand belief sich Ende Juni auf 4,912 Mill. BRT, *teilte der* Verband weiter mit.

TRANSPORTSCHÄDEN / Vier Milliarden jährlich

Hohe Einsparungen möglich

Jährliche Transportschäden und -unfälle von etwa vier Milliarden Mark und etwa 200 Tote und 25 000 Verletzte belasten die deutsche Wirtschaft. Auf die EG bezogen dürften es etwa 14 Milliarden Mark sein. Mit einem minimalen Aufwand, der noch nicht einmal ein Prozent der möglichen Einsparungen betragen würde, ließen sich spielend zehn bis 15 Prozent und bei etwas intensiveren Bemühungen sogar 20 bis 25 Prozent verhüten. Trotz eines so günstigen Kosten/Nutzen-Verhältnisses wird in dieser Hinsicht bisher kaum etwas getan. Ein sicherer Gütertransport hängt ab von: der Verpackung; der Wahl des Verkehrsträgers und -mittels; der Ladungssicherung; dem Handling.

Nur bei der Verpackung gibt es bisher nennenswerte Initiativen – eine Aus- und Weiterbildung oder ein *umfangreiches Schriftum* –, *obwohl* auch hier noch eine Menge zu tun wäre. Auf den übrigen Gebieten gibt es das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum. Das ist auch der Grund, warum hier mit wenig Aufwand viel erreicht werden könnte. Gewiß, die meisten Transporte erreichen unbeschäfigt ihr Ziel, aber nur deswegen, weil nicht bei jedem Transport mit einer Vollbremsung, einem plötzlichen Ausweichmanöver oder einem größeren Rangierstoß zu rechnen ist.

Zu wenig Informationen

Falls diese Thesen übertrieben erscheinen, hier einige gravierende Fakten: Obwohl Container von ihrer Konzeption her nur für einen Längsstau auf Schiffen ausgelegt sind, werden bei Ro-Ro-Schiffen und kombi*nierten Ro-Ro-Containerschiffen die* Container in zunehmendem Maße quer gestaut. Anlage- und Investitionsgüter werden an Bord von Schiffen mit Drahtseilen gelascht. Für die Seilendverbindungen werden Seilklemmen benutzt, die im Binnenland nur noch für untergeordnete Zwecke zugelassen sind, also keineswegs zur Ladungssicherung.

Binnencontainer sind, wie der Name schon sagt, speziell für den Binnentransport konzipiert. Dennoch nehmen sie inzwischen begrenzt am Seeverkehr teil, in der Nordsee bis fast hoch nach Schottland. Die dabei möglichen Transportbeanspruchungen können mehr als doppelt so hoch sein wie die zulässigen Seitenwandbelastungen.

Im Rahmen des kombinierten Verkehrs Straße/Schiene engagiert sich die Bundesregierung besonders stark. Mit welchen Rangierstößen oder *Stößen beim Zusammenstellen* von Zugeinheiten zu rechnen und wie die Ladung dagegen zu sichern ist, darüber sind die Verkehrsteilnehmer bisher dennoch kaum informiert.

Der Schienenverkehr beispielsweise bietet eine Reihe von unterschiedlichen Transportmöglichkeiten. Die Bundesbahn engagiert sich am meisten in der Schadensverhütung, mehr jedenfalls als alle anderen Verkehrsträger, die Luftfahrt ausgenommen. Sie hat es aber auch am schwersten, weil die beim Rangierstoß auf die Ladung wirkenden Kräfte weit größer sein können als beim Straßenverkehr.

Zehn Jahre zu spät reagiert

Dennoch nutzt der Schienenverkehr die ihm gebotenen Möglichkeiten bisher nicht voll. Da gibt es einen Güterwagen mit verriegelbaren Zwischenwänden, bei dem das Transportrisiko minimiert wird. So klar und deutlich hat die DB ihre Kunden auf diese Vorzüge noch nicht hingewiesen. Beim Schwerlast- und Großraumtransport macht die Bahn, anders als der Straßenverkehr, sogar konkrete Angaben über die zu berücksichtigenden Transportbeanspruchungen.

Beim Straßenverkehr schließlich fehlen auch heute noch fundierte Hinweise, wie man Ladungen richtig sichert. Erst zehn Jahre später als in anderen Ländern wurden in der Bundesrepublik Lastannahmen zur Ladungssicherung vorgelegt. Wie hoch die Seiten-, Rück- oder Stirnwand eines Lkw belastet werden darf, darüber gibt es auch heute noch kaum Angaben.

Wenn es um Fragen der Ladungssicherung geht, scheint es so, als hätte die Bundesrepublik gerade den Stand eines Entwicklungslandes erreicht. Das hören zwar Staats- und Verbandsbürokraten nicht gerne. Beim *Bundesverkehrsministerium* scheint man auch 1984 noch zu glauben, mit der StVO oder StVZO alles für einen sicheren Gütertransport getan zu haben. Mit diesen Verordnungen oder was darin steht, kann der Mann in der Praxis aber keine Ladung sichern.

WOLFRAM BLÄSIUS

LUFTFRACHT / Sensibles System verträgt keine extremen Abweichungen

Schon seit Jahren harter Wettbewerb

Freie Marktwirtschaft auch in der Luft war eines der Ziele der Carter-Administration mit ihrer sicherlich gutgemeinten Liberalisierung. Die Profis in diesem Gewerbe sind harte Konkurrenz auf dem Luftfrachtsektor, ob innerhalb der Luftfahrtgesellschaften (staatlich oder privat) oder der Luftfracht-Speditionen oder der Nutzer der Luftfracht, allerdings schon jahrzehntelang gewohnt.

Ob bei solch harten Auseinandersetzungen unter den Anbietern der Luftfracht immer der Nutzer/Verlader der Sieger ist, bleibt abzuwarten. Wenn Beförderungspreise drastisch sinken und gleichzeitig die Kosten in allen Bereichen der Fluggesellschaften (Treibstoff, Personal, Bodenabfertigungen) steigen, dann muß man fragen, wie lange die privaten oder staat*lichen Anteilseigner der Fluggesell*schaften bereit sind, dies hinzunehmen. In den Vorstandsebenen so renommierter Fluggesellschaften wie Deutsche Lufthansa wurden Überlegungen angestellt, den 747-Frachter aus dem Verkehr zu ziehen. Spätestens dann mußte auch die Verladerschaft, die ein solches Gerät unbedingt benötigt, wach werden und Preise, in welcher Form auch immer, akzeptieren, die den Einsatz dieses dringend notwendigen Gerätes erlauben.

Wandel vom Käufermarkt zu einem der Verkäufer

Heiß umkämpfter Luftfrachtmarkt bedeutete in den letzten Jahren: ein Käufer-Markt, auf dem aufgrund unausgenutzter Kapazität die Preise der Abnehmer bestimmte. Der Verlader konnte die Situation ausnutzen, in der der eine Carrier immer wieder durch enorme Überkapazitäten gezwungen wurde, auf unterbotene *Preise einzusteigen*. Mehr oder weniger alle Luftfahrtgesellschaften führten in den 70er Jahren Großraumgerät ein, das in der Passage-Version fast die gleiche Frachtzuladung hatte wie die bis dato eingesetzten Nur-Frachter.

Diese Kapazitäten wurden zu Preisen angeboten, die keiner vernünftigen Betriebskostenrechnung mehr standhielten. Das galt zumindest über einen längeren Zeitraum für den USA-Westbound-Verkehr sowie verschiedene Fernost-Plätze. Preise wurden erzielt oder angeboten, die von vornherein rote Zahlen – selbst bei 100prozentiger Auslastung – produzierten. Selbst dann noch versuchten Verlader, ob groß, mittel oder klein, entgegen besserem Wissen noch günstigere Preise über den Spediteur vom Carrier herauszuholen.

Wie schnell sich eine solche Situation ändern kann, haben wir seit Mitte 1983 alle im Nordatlantik-Verkehr erleben können. Carrier wurden liquidiert. Andere verließen den hartumkämpften Markt Europa-USA. Wieder andere entnahmen Kapazitäten und führten diese erfreulicheren Märkten wie Fernost zu. Erinnern wir in diesem Zusammenhang an NorthWest, Flying Tigers; oder PanAm und British Airways, die beide ihre Groß*raumfrachter komplett abstießen* und ihre Fracht ausschließlich in Kombis oder in den Bellys befördern.

Das Instrument Iata beweist die Nützlichkeit

Wenn dann durch veränderte Wechselkurse – wie geschehen in USA – Kauflust an europäischen Produkten neu erwacht, kann ein solcher Käufermarkt quasi über Nacht zum Verkäufermarkt werden. Und dann kämpfen auf einmal die Verlader mit ihrem Spediteur um Frachtraum-Kapazitäten, und der Preis spielt nur noch die *zweite* Rolle. Es werden dann auch wieder Stimmen laut, die selbst auf die Gefahr steigender Preise hin darum bitten, die letzten Frachter nicht aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Gefahren sind groß in einem solch sensiblen, weltumspannenden *Beförderungssystem*, in irgendeine extreme Richtung abzudriften. Insofern hat ein Instrument wie die IATA nicht nur eine Berechtigung, sondern sehr nützliche und notwendige Aufgaben im Spiel teilweiser extrem unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme.

Wenn staatliche oder private Fluggesellschaften Hunderte von Millionen in Flugzeuge sowie Anlagen auf dem Boden investieren, wenn Spediteure an beiden Seiten der „Pipeline" hohe Investitionen tätigen, um dem Nutzer der Luftfracht immer besser und zuverlässiger zu dienen, dann erwartet man hierfür auch einen vernünftigen „return". Die Zeit ist schon lange reif, daß sich Carrier, Spediteure und Verlader hierüber Gedanken machen – daß sich auch Flughafengesellschaften über deren Preisgebaren und Serviceangebot intensive Gedanken machen –, daß sich Regierungen und deren Behörden bis zu den betroffenen Zollämtern etwas einfallen lassen, um das jährlich um etwa 5 *Prozent steigende Luftfrachtaufkommen* zum Nutzen aller Betroffenen so abzuwickeln, daß keinem die Lust vergeht, sich an diesen heißen Kämp*fen im Luftfrachtmarkt zu beteiligen.*

Durch Investitionen auf Carrier-Seite in immer wieder neues Fluggerät, Abfertigungsanlagen, sprich modernste Technik im allgemeinen, sowie auf der Agenten-Seite in modernste Umschlaganlagen, EDV und Kommunikationssysteme im generellen werden nur noch die Leistungsstärksten eine Chance haben. Die Bereitschaft auf Carrier- und Agenten-Seite muß da sein, durch EDV oder Kommunikationssysteme sich miteinander zu verbinden. Diese Verbindung geht zweifelsohne hin bis zum Luftfracht-Nutzer – in der Zukunft eine Selbstverständlichkeit.

Hohe Investitionen in modernste Technik

Am Beispiel des zur Spitzengruppe deutscher Luftfracht-Spediteure gehörenden Unternehmens Air Haniel GmbH wird deutlich, welche Mittel notwendig sind, diesen Ansprüchen zu genügen. So wurde in Kelsterbach eine *Luftfracht-Umschlaganlage* mit entsprechendem Gerät, mit modernsten Arbeitsplätzen in einem mit modernster Technik, EDV sowie neuesten Kommunikationssystemen ausgestatteten Bürogebäude für acht Millionen Mark errichtet.

In den letzten drei Jahren wurden hierfür sowie für modernsten Fuhrpark weitere vier Millionen Mark investiert. Daß solche Bemühungen auf dem Markt akzeptiert werden, beweisen Wachstumsraten sowohl im Import- als auch im Export-Luftfrachtverkehr *von durchschnittlich* annähernd 20 Prozent. Dies verbunden in 1983 mit einem entscheidend verbesserten Betriebsergebnis.

NORBERT H. KERN

TRANSFRACHT / Neues Dienstleistungsangebot

Container unter Kontrolle

Die Produktionsplanung für den Containerverkehr im Binnenland basiert auf einer frühestmöglichen Erfassung und Weitergabe aller Daten. Das Datenmanagement erfolgt in Informationsketten, die zwischen allen am Transport beteiligten Partnern aufgebaut sind. Im optimalen Fall verfügt die Inlandorganisation bereits dann über alle erforderlichen Daten der Container, wenn das Schiff den Abgangshafen verläßt. Mit diesem *Zeitgewinn können die binnen*ländischen Transportketten frühzeitig vorbereitet werden.

Um diese Voraussetzungen für den Schienencontainerverkehr zu erfüllen, beteiligt sich Transfracht Deutsche Transportgesellschaft mbH an den Informations- und Dispositionssystemen der deutschen Seehäfen Bremen und Hamburg. Ansprechpartner sind kleinere und mittlere *Reedereien oder deren Makler sowie* Linienagenturen. Ihnen soll zur lükkenlosen Containerumlaufkontrolle im Binnenland ein System offeriert werden, das den Aufbau einer eigenen Inlandorganisation erübrigt.

Seit Mitte August 1983 bietet Transfracht in Verbindung mit der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) die neue *Dienstleistung* CCL – Container Control Logistic – an. Die Gesellschaft Datenverarbeitung Hamburger Umschlagbetriebe mbH (DHU) hat das Angebot Condicos – Container Dispositions- und Kontrollsystem – verwirklicht. Transfracht ist dabei bemüht, die EDV-Anbindung der eigenen Hinterland-Depotorganisation als Voraussetzung für eine gemeinsame Vermarktung *kurzfristig* herzustellen.

Durch die Dienstleistungen CCL und Condicos soll eine engere Anbindung an die deutschen Seehäfen und gleichzeitig an den Verkehrsträger Schiene erreicht werden. Für Anfang 1986 ist die Zusammenführung bei*der Angebote mit Disk, dem Disposi*tions und Informationssystem kombinierter Ladungsverkehr unter Regie der DB, geplant. Disk ermöglicht es, die Arbeitsabläufe in den Umschlagbahnhöfen der DB und Umschlagplätzen der Transfracht zu optimieren und schafft zudem die Voraussetzung für eine Datenkommunikation im Bereich logistischer Dienstleistungen zwischen TFG und ihren Kunden. (DW.)

INTERFRIGO / Europäischer Kühlverkehr

Spürbare Belebung

Die *vor allem zu Jahresbeginn* 1983 noch anhaltende Konjunkturschwäche hat bei den europäischen Eisenbahnen zu einem erheblichen Rückgang des Güterverkehrsaufkommen geführt. Nicht zuletzt wegen des Wettbewerbdrucks der Straßenkonkurrenz konnte diese Abschwächung trotz dann einsetzender positiven Verkehrsentwicklung nicht mehr ganz aufgefangen werden, wie aus dem jetzt vorgelegtem *Jahresbericht* der Internationalen Gesellschaft der Eisenbahnen für Kühltransporte, Interfrigo, Basel, hervorgeht.

Diese Tochtergesellschaft der europäischen Bahnen betreibt in deren Auftrag den grenzüberschreitenden Kühlverkehr auf der Schiene. Sie verfügt dabei über rund 6900 eigene Kühlwaggons und verwaltet außerdem den entsprechenden Wagenpark der nationalen Gesellschaften, der fast 14 000 Waggons umfaßt. Die Lei*stungen der Interfrigo 1983* betrugen 3188 Mill. Tonnenkilometer, 8,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Auch das Transportvolumen von 2,38 Mill. Tonnen bedeutete einen Rückgang von 5,2 Prozent.

Rund 35 Prozent des Transportaufkommens entfiel auf frisches Obst, gefolgt von Frischgemüse mit 22,5 *Prozent. Bedeutenstes Versand*land mit 29,7 Prozent der beförderten Tonnage war Italien. Erst mit großem Abstand folgten Bulgarien und die Bundesrepublik, die jedoch den ersten Platz unter den Empfängernationen einnahm. Sie lag hier vor der Sowjetunion und der Schweiz.

Der Gesamtumsatz der Interfrigo lag 1983 mit 112,4 (112,6) Mill. sfr nur knapp unter dem Vorjahresergebnis. Dank geringerer Aufwendungen verbesserte sich jedoch das Betriebsergebnis auf 8,6 (8,4) Mill. sfr. Das Wirkungsfeld der Interfrigo konnte inzwischen ausgeweitet werden, da mit den Polnischen Staatsbahnen ein Zusammenarbeitungsvertrag abgeschlossen wurde.

HEINZ HILDEBRANDT

FINANZANZEIGEN

Geringe Umsätze bei den Renten

Die Furcht vor weiteren Zinssteigerungen in den USA und die Anhebung der Leitzinsen in England sowie das zunächst noch nicht bekannte Ergebnis der Zentralbankratssitzung verdammten den Rentenmarkt zu einer weitgehenden Geschäftslosigkeit. Als positiv wirkte sich in dieser Situation aus, daß von keiner Seite drängendes Angebot vorlag. Die Ausländer sehen offenbar noch keine Notwendigkeit sich aus ihren deutschen Titeln zurückzuziehen. Die günstige Finanzierungssituation der öffentlichen Hände gestattet ihnen einen zeitliche Zurückhaltung.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	12. 7.	11. 7.
F 6 Allg. Hypo Pf 1	82,5G	82,5G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 153	102,15G	102,15G

Bundesbahn

		12. 7.	11. 7.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,20	100,2G
8½ dgl. 76	9/84	100,25G	100,25
6 dgl. 76 III	11/84	100	99,5

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Uneinheitlich schlossen am Donnerstag die Goldnotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Schwächer notierte Silber. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Abschläge, mit Ausnahme des höher bewerteten aktiven Septembers, verzeichnete Kaffee. Durchweg Gewinne verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 7.	11. 7.
Juli	345,00	344,50
Sept.	349,75	342,50
Dez.	364,00	362,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 7.	11. 7.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	246,09	247,49
Amber Durum	241,00	246,24

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	133,00	133,00
Okt.	140,00	139,40
Dez.	145,00	144,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	126,00	124,70
Okt.	121,00	118,20
Dez.	120,60	116,30

Hafer Chicago (c/bush)	12. 7.	11. 7.
Juli	187,75	187,75
Sept.	181,25	180,75
Dez.	182,50	183,00

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	349,00	349,25
Sept.	313,25	312,25
Dez.	291,75	290,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 7.	11. 7.
Juli	131,70	128,50
Okt.	127,50	124,50
Dez.	129,00	125,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 7.	11. 7.
Terminkontr. Juli	147,25	147,15
Sept.	139,90	143,51
Dez.	135,90	137,00

Kakao New York ($/t)	12. 7.	11. 7.
Terminkontr. Juli	2160	2130
Sept.	2220	2730
Dez.	2162	2178
Umsatz	3032	4240

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,71	4,77
Okt.	4,93	4,96
Jan.	5,43	5,45
März	6,04	6,05
Mai	6,34	6,36
Umsatz	8870	9545

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 7.	11. 7.
	4,74	4,82

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	12. 7.	11. 7.
Juli	2195–2198	2195–2200
Sept.	2212–2214	2214–2216
Nov.	2233–2234	2243–2244
Umsatz	2852	2726

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1810–1830	1820–1824
Sept.	1810–1811	1802–1804
Dez.	1727–1729	1720–1722
Umsatz	3294	4647

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	128,00–129,40	134,60–135,00
Okt.	135,20–135,40	141,80–141,80
Dez.	144,00–144,80	150,20–150,60
Umsatz	5787	-

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 7.	11. 7.
schw. Sarawak spez.	357,50	357,50
weißer Sarawak	615,00	615,00
weißer Muntok	622,50	622,50

Orangensaft New York (c/lb)	12. 7.	11. 7.
Juli	169,50	172,40
Sept.	165,40	166,10
Nov.	163,75	164,55
Jan.	163,85	164,60
März	164,50	164,75
Umsatz	1980	1300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 7.	11. 7.
Südstaaten fob Werk	57,00	57,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	29,50

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Juli	29,20	28,45
Aug.	27,25	26,92
Sept.	26,70	25,90
Okt.	25,45	24,88
Dez.	24,25	23,90
Jan.	24,15	23,93
März	24,26	23,98

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	35,50	37,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	26,00	27,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	18,75

Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,35

Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	54,40	53,80
Aug.	54,10	53,50
Okt.	51,20	50,60

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	57,30	56,50
Aug.	55,40	54,65
Febr.	69,70	68,50

Häute Chicago (c/lb)	12. 7.	11. 7.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	65,00
Kühe einh. schwere River Northern	70,00	70,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	675,00	653,00
Aug.	673,00	654,00
Sept.	656,00	644,00
Nov.	642,00	633,00
Jan.	655,00	647,00
März	669,00	660,00
Mai	680,00	669,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	168,00	163,50
Aug.	169,00	166,00
Sept.	171,00	168,50
Okt.	171,50	169,00
Dez.	175,00	173,00
Jan.	177,50	175,50
März	180,50	178,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 7.	11. 7.
Juli	326,90	318,30
Okt.	339,00	330,10
Dez.	347,00	338,10

Kokosöl New York (c/lb)	12. 7.	11. 7.
Westküste fob Werk	58,00	58,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 7.	11. 7.
jegl. Herk. cif	1055,00	1080,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	540,00	545,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	600,00	610,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	207,00	210,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1400,00	1135,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	262,00	266,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	12. 7.	11. 7.
Aug.	71,00	72,15
Okt.	72,45	71,35
Dez.	71,60	73,01
März	73,21	73,80
Mai	74,00	74,26
Juli	74,50	-

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1	46,50	46,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	12. 7.	11. 7.
Aug.	455–457	454–457
Okt.	466–469	464–468
Dez.	472–475	470–472
Umsatz	175	283

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	12. 7.	11. 7.
Okt.	51,60	51,60
Dez.	51,40	51,40
März	53,00	53,00
Mai	53,20	53,20
Umsatz	5	-
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 7.	11. 7.
Juli	567,5–568,0	566,5–569,5
Okt.	572,0–572,5	575,5–576,0
Dez.	575,5–576,0	585,5–586,0
Umsatz	13	10

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 7.	11. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	540,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 7.	11. 7.
Juli	13 414	13 410
Aug.	13 301	13 276

Kautschuk London (p/kg)	12. 7.	11. 7.
Nr. 1 RSS loco	70,00–74,00	65,50–69,00
Aug.	72,00–73,00	68,00–69,80
Sept.	73,20–74,00	68,50–71,00
Okt.	73,50–75,00	70,70–71,50
Tendenz: stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 7.	11. 7.
Aug.	215,00–216,00	211,50–212,00
Sept.	221,50–222,00	216,50–217,00
Nr. 2 RSS Aug.	200,00–201,50	197,50–198,50
Nr. 3 RSS Aug.	196,50–197,50	193,50–194,50
Nr. 4 RSS Aug.	190,00–191,00	187,00–188,00
Tendenz: stetig		

Jute London (£/lgt)	12. 7.	11. 7.
BWC	516,00	516,00
BWD	505,00	505,00
BTC	516,00	516,00
BTD	505,00	505,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R – 76 WD – (-), BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	12. 7.	11. 7.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	141,56–141,74	138,12–138,31
drittfolg. Monat	139,13–139,32	136,45–136,63
Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,92–238,29	236,78–237,15
drittfolg. Monat	239,60–239,79	237,90–238,27
Produz.-Preis	297,23	236,26
Reinzinn 99,9%	3933–3972	3893–3931

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	12. 7.	11. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	380,41–382,28	376,03–377,89
Blei in Kabeln	143,25–150,25	145,75–146,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vormaterial	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über niedrigsten und höchsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	12. 7.	11. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	375–376	373–374
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	424–427	422–425
MS 63	406–411	404–410

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	12. 7.	11. 7.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	12. 7.	11. 7.
Leg. 225	413–430	413–430
Leg. 226	415–432	415–432
Leg. 231	445–452	445–452
Leg. 233	455–472	455–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	12. 7.	11. 7.
Platin (DM je g)	33,85	33,65
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkfpr.	31 600	31 200
Rücknahmepr.	30 950	30 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 770	31 370
Rücknahmepr.	30 980	30 850
verarbeitet	32 330	32 910
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 220	30 845
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	684,00	675,30
Rücknahmepr.	663,90	655,80
verarbeitet	714,00	705,50

Internationale Edelmetalle

	12. 7.	11. 7.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	339,50	335,75
15.00	341,15	339,25
Zürich mittags	338,00–338,50	337,25–338,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 800	95 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	575,40	552,05
3 Monate	571,60	567,60
6 Monate	588,10	564,50
12 Monate	622,55	613,50
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	262,50	252,45
Palladium (£-Feinunze)		
London I. Händlerpr.	105,55	104,55

New Yorker Preise

	12. 7.	11. 7.
Gold H & H Ankauf	341,15	339,25
Silber H & H Ankauf	735,50	730,00
Platin fr. Händlerpr.	355,50–352,00	355,00–362,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	137,00–138,00	137,00–136,00
Produz.-Preis	150,00	150,00

Silber (c/Feinunze)		
Juli	739,00	726,00
Aug.	735,00	732,00
Sept.	743,00	734,00
Dez.	766,00	765,00
Jan.	770,00	776,50
März	790,00	792,60
Mai	807,00	805,30
Umsatz	29 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 7.	11. 7.
Juli	58,45	57,85
Aug.	59,25	58,60
Sept.	61,10	60,55
Dez.	61,75	61,35
Jan.	62,00	62,45
März	64,25	63,85
Mai	65,65	55,15
Umsatz	5000	5500

Londoner Metallbörse

	12. 7.	11. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	875,50–880,50	865,00–866,00
3 Monate	904,00–904,50	888,50–895,00
Blei (£/t) Kasse	377,00–379,00	369,00–370,00
3 Monate	371,00–372,00	365,00–366,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1006,0–1006,5	997,50–998,00
3 Monate	1024,5–1025,0	1017,0–1017,5
abends Kasse	1008,0–1009,0	997,00–998,00
3 Monate	1027,5–1028,0	1016,5–1003,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1020,0–1022,0	1001,0–1003,0
3 Monate	1037,0–1037,5	1019,0–1021,0
Zink (£/t) Kasse	637,50–636,30	636,00–637,00
3 Monate	642,50–643,00	641,00–642,00
Zinn (£/t) Kasse	9495–9505	9430–9440
3 Monate	9410–9420	9370–9350
Quecksilber ($/Fl.)	290–301	295–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	80–85	79–85

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fachus; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lohe; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Hitachi jetzt:
Nicht nur bei sportlichen Höhepunkten vorn.

Wenn Sie sich jetzt für den Hitachi Stereo-Farbfernseher **CPT-2684** oder den Hitachi Video-Recorder **VT-33 E** entscheiden, werden Sie viele beneiden. Denn die zukunftsweisenden Hitachi Technologien haben sich seit Jahren weltweit bewährt.

Und das zeigt sich nicht nur bei der revolutionären SENSOR-Technologie der Hitachi MOS-Video-Farbkamera **VK-C 2000 E**, die ohne Aufnahmeröhre arbeitet – doch darüber demnächst mehr.

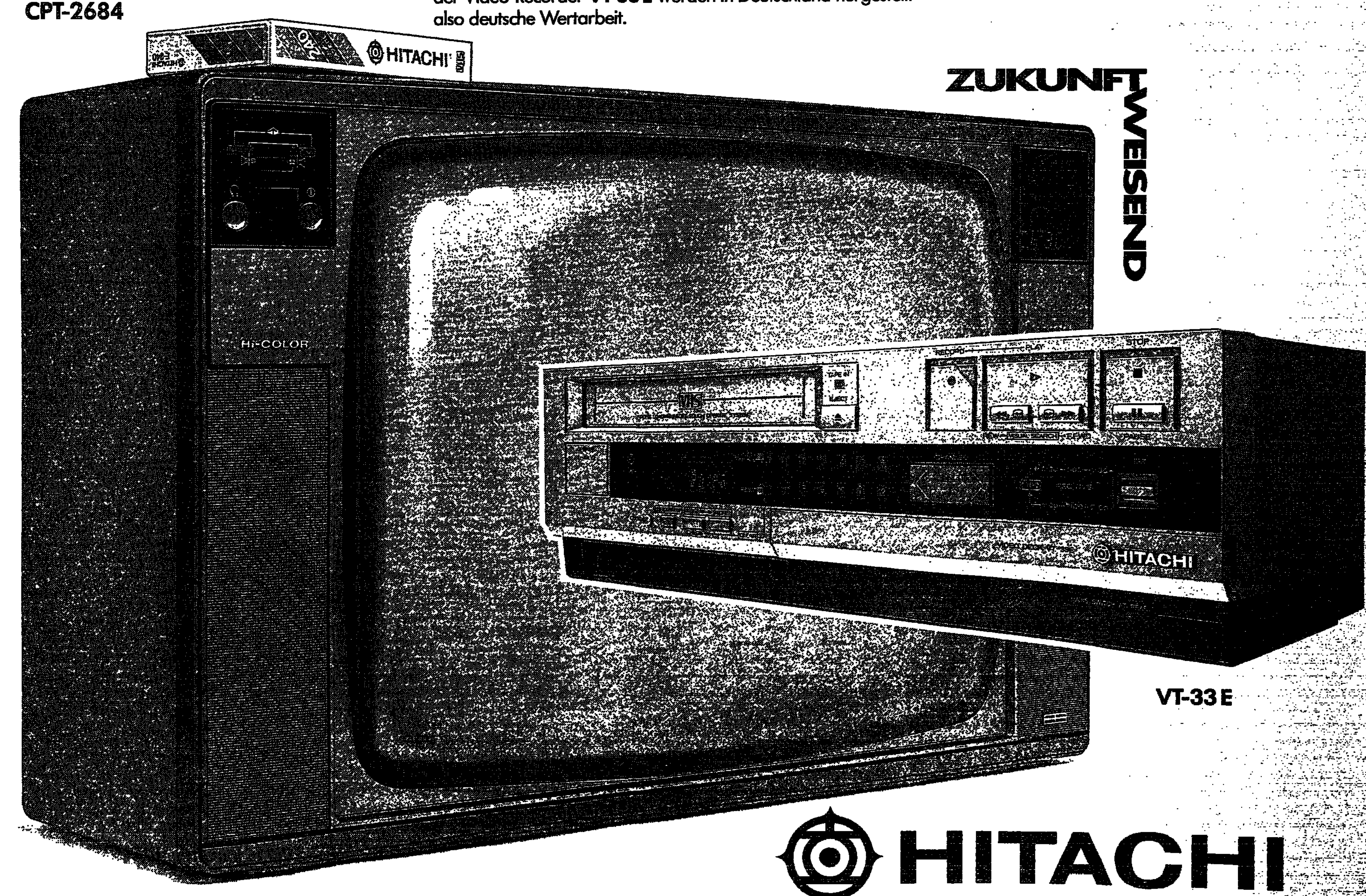
Beim **VT-33 E** handelt es sich um einen stationären VHS-Frontlader mit funktionellem Design, der neue Maßstäbe setzt, was Abmessungen und Bedienungskomfort betrifft. Da gehen Ihnen weder sportliche Höchstleistungen noch knisternde Actionszenen verloren. Selbstverständlich auf original Hitachi VHS-Video-Cassetten.

Und der Hitachi Stereo-Farbfernseher **CPT-2684** begeistert nicht nur durch die excellente Bildqualität seiner 67-cm-Farbbildröhre, sondern auch durch den supervolumigen Breitbandsound von 2 x 20 Watt sowie einer Fülle von Programmierungs- und Anschlußmöglichkeiten. Da sind Sie für die Medien der Zukunft bestens gerüstet.

P.S. Übrigens, sowohl der Stereo-Farbfernseher **CPT-2684** als auch der Video-Recorder **VT-33 E** werden in Deutschland hergestellt – also deutsche Wertarbeit.

VK-C 2000 E

CPT-2684



Hitachi Sales Europa GmbH, Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80
Hitachi Sales Warenhandels-Gesellschaft m.b.H., Kreuzgasse 27, 1180 Wien · World Electric B.V., Industrieweg 17–19, 3762 EG Soest/Holland

Aktienmarkt: Nervosität nimmt zu

Viele Spezial- und Regionalwerte unter Druck

DW.– Die vorbörslich von den Devisenmärkten ausgehende Unruhe blieb am Aktienmarkt tendenzbestimmend. Für Nervosität sorgte zunächst auch die letzte Sitzung des Zentralbankrates. Die Tatsache, daß keine Beschlüsse gefaßt worden sind, blieb auf die Börsenstimmung ohne Einfluß. Zusätzlicher Druck ging von der vorangegangenen Schwäche an der Wall Street aus. Von den Banken wird berichtet, daß die Häufung der negativen Aspekte nunmehr auch die private Kundschaft zunehmend zu Positionslösungen veranlaßt.

Unter Kursverlusten hatten besonders solche Papiere zu leiden, die während der im Februar dieses Jahres beendeten Aktienhausse vorzugsweise von Ausländern gekauft worden waren. Ohne Rücksicht auf die schon eingetretenen Kursverluste wurden Daimler abgestoßen, wobei der feste Dollar die Verluste für Dollar-Ausländer weniger schmerzlich macht. Als bedenklich wird angesehen, daß nunmehr auch die bisher noch relativ stabilen Papier des Regional- und Spezialmarktes ins Rutschen geraten. Einen zweistelligen Rückgang mußten erneut Degussa-Aktien hinnehmen. Gegen sie sprechen zur Zeit neben dem zusammengebrochenen Goldpreis auch die Vorgänge in der Goldmine auf Papua Neu Guinea, an der die Degussa beteiligt ist. Am Bankenmarkt trat nach den scharfen Rückgängen am Vortag eine gewiße Beruhigung an.

Düsseldorf: Aigner befestigten sich um 6 DM auf 280 DM. Audi NSU verloren 3,50 DM auf 261 DM, Bilfinger sanken um 6 DM auf 189 DM und Dt. Atlanten verminderten sich um 10 DM auf 350 DM. Keramag gaben um 5 DM auf 107 DM nach.

Frankfurt: Zu behaupteten oder gar befestigten Notierungen kam es bei AEG, BMW, Deutsche Bank, Hoechst AG und Karstadt. Demgegenüber verloren Kaufhof mit minus 5,50 DM stärker an Boden. Degussa verloren weitere 8 DM. Heidelzement 12 DM sowie Chemieverwaltung, Conti Gas und AGIV jeweils rund 7 DM.

Hamburg: HEW setzten schwächer mit 86,50 DM ein, lagen dann wieder bei 87,50 DM minus 0,50 DM. NWK-Vz. wurden mit 165 DM minus 0,50 DM etwas niedriger umgesetzt. Je 5 DM schwächer gingen Beiersdorf zu 333 DM sowie Holsten Brauerei zu 257 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. fielen um 7 DM auf 203 DM, Dywidag verminderten sich um 4 DM auf 176 DM, Flachglas gaben um 8 DM auf 230 DM nach und Leonische Draht sanken um 4,50 DM auf 301 DM. Kolber moor konntne sich um 0,50 DM erholen und Triumph Adler befestigten sich um 5 auf 393 DM.

Berlin: Kempinski lagen um 5,50 DM höher. Detewe büßten 6,80 DM, Schering 6 DM und Orenstein 4 DM ein. Berliner Bank und Berthold mußten um je 2 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 137,9 (139,8)
WELT-Umsatzindex: 2320 (2080)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		12. 7.	11. 7.
H	AachM Beteil. 9+2,5	906	915G
H	Aach. M. Vers. 7	298	300
D	Aach. Rück. 9	910G	910G
D	Aseag *4	300G	300
M	Act-Gögg 4	107,5	107,5
H	Adca 0	95G	105G
D	Adler 9	298G	300G
F	Adt AG 4	110	115
F	AEG-Telef. 0	89,1	91,5
D	AEG-Kabel 8	245T	245T
S	Aesculap 8	317	310
F	AGAB 5	116	116

		12. 7.	11. 7.
H	Br. H. Hypo 10	302G	302G
Hn	Brach. Jute *0	97G	95
H	Breitenb.-C. *28	640G	610G
H	Br. Straßb. *0	400T	400T
H	Br. Vulkan 0	59,5	63,8
H	Br. Wollk. 6	125	125bG
F	BBC 6	208,2	208,5
S	BSU Textil %28	1300G	1300G
D	Buckau-W. 4,1	130	135T
D	Buderus *12	430G	430G
M	Bgl. Br. Ing. *11+1	730bG	730G
S	Bgl. Brh. Rav. *0	499	470TG
S	Calw D. **18	820bB	810G
F	Cassella *10	420	420

		12. 7.	11. 7.
M	En. Oberfr. 4,5	295TB	300bG
M	En. Ostb. 5+1	240TB	265B
H	Elkraft 0	38	39
B	Engelhardt 7	235T	235T
D	Enka 6,67	159	162
M	Erlus 10	500bB	509
M	Erste Kulmb. 9	1000G	1000G
S	esbl *0	16bG	16,6bG
S	Essl. Masch. *6	235G	238G
M	Esterer **16	500bG	500G
D	Farb. Liqu. RM 0	8	8,2
F	Flachglas 8	220T	235bG
D	Ford *0	1050T	1050T
B	Forst Ebn. *4	2200B	2200

		12. 7.	11. 7.
H	Holsten-Br. 6+1	257	262
F	Holzmann 10	432	438
D	Horten 0	164	164
B	Hw. Kayser *12	255T	255T
D	Hussel 8	238	240
D	Hyta Heg. 0	63	64,1
M	Hutschenr. 9	255T	255bG
H	Hypo Hbg. 12,5	421G	421,5
D	IKB 7	165,2	168
S	IWKA 0	223	224
M	Isar-Amper 6,5+1	290bG	290G
D	Isenbeck *9,5	320G	320G
H	Jacobsen *8	615G	615G

Ausland

Toronto

	12. 7.	11. 7.
Cominco	13,125	13,25
Coseka Res.	3,20	3,25
Denison Mines	14,25	14,25
Dome Petroleum	2,25	2,24
Domtar	31,50	31,625
Falconbridge Ltd.	58	58,25
Great Lakes Forest	86,50	86,50
Gulf Canada	15,25	15,375
Gulfstream Res.	0,80	0,75

Wien

	12. 7.	11. 7.
Perlmooser	338	339
Reininghaus	400	–
Schwechater Br.	160	160
Semperit	–	93
Steyr-Daimler-P.	141	140
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	212	212
Index	53,57	53,31

Kopenhagen

	12. 7.	11. 7.
Den Danske Bank	228	229
Jyske Bank	461	461
Kopenh. Handelsbk.	235	234
Novo Industri	2300	2295
Privatbanken	206	210
Ostasiat. Komp.	196	189
Dan. Sukkerfabr.	660	660
For. Bryggerier St.	910	900
Kgl. Porc. Fabr.	370	370

Brüssel

	12. 7.	11. 7.
Gevaert	3120	3105
Kredietbank	6840	6850
Petrofina	6520	6550
Soc. Gén. d. Belg.	1600	1640
Sofina	6000	6000
Solvay	3430	3510
UCB	4390	4400
Index	141,15	142,1

Singapur

	12. 7.	11. 7.
Fraser + Neave	4,96	4,96
Kl. Kepong	2,60	2,69
Mal. Banking	8,00	8,20
Nat. Iron	4,66	4,82
OCBC	9,25	9,45
Sime Darby	1,97	1,98
Singapur Land	3,48	3,54
Un. Overs. Bank	4,38	4,42

Sydney

	12. 7.	11. 7.
North Broken Hill	2,10	2,10
Oakbridge	0,78	0,77
Peko Wallsend	4,05	4,18
Poseidon	3,08	3,10
Thomas Nat. Tr.	1,72	1,72
Waltons Bond	0,57	0,58
Western Mining	2,92	3,00
Woodside Petr.	1,11	1,15
Index	665,90	667,8

Optionshandel

Frankfurt: 12. 7. 84: 550 Optionen = 28 700 (32 700) Aktien, davon 120 Verkaufsoptionen: = 6650 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-85/14,5, 10-95/7,4, 10-100/3,5, 1-100/4,4, BASF 10-150/6, 10-160/5,3, 1-160/7,8, 1-170/3, 4-160/9,9, 4-170/4, Bayer 10-160/4,2, 10-170/2,4, 1-170/5,7, 1-180/3, 4-160/14,4, 4,170/8, BMW 10-400/5,5, 1-360/29, 1-380/15, 1-400/8, 1-410/5, Commerzbank 10-150/5,4, 1-150/20, 1-160/5, 1-170/3,5, 4-150/14,4, Conti 10-110/7,4, 10-120/3,5, 1-110/11,4, 1-130/3, 4-120/9, 4-140/5,2, Daimler 10-550/10,7, 10-560/4,4, 1-570/16,5, Dt. Babcock St. 10-150/4, Deutsche Bank 10-350/4, 1-350/14, 1-360/8, 1-370/5,4, Dresdner Bank 10-160/3,5, 1-170/2,9, GHH St. 1-150/5, Hoechst 10-170/2,8, 10-180/1, 1-170/5,9, Hoesch 10-100/6, 10-110/2,9, 10-120/1,4, 1-110/4,9, 1-120/3,4, 4-120/4,5, KHD 1-240/7,4, Kloeckner 10-60/2, 1-60/4,4, 1-65/3,3, 1-70/1,9, 4-70/2,5, Mercedes 1-480/16, Mannesmann 1-150/4,2, 1-160/2, 4-150/6, RWE St. 1-160/5, Siemens 10-400/4, 1-400/15, 1-410/7,5, Thyssen 10-75/3,8, 10-80/1,5, 1-80/4, 1,85/2,3, 4-90/3, Veba 10-170/3,7, 1-170/6, 4,180/4,9, VW 10-190/5, 1-190/9,6, 1-200/6,4– 1-210/3,5, 4-200/9,4, Alcan 1-80/6,9, Chrysler 10-75/4, 1-80/3,5, IBM 1-300/20,6, Litton 10-200/12,4, Norsk Hydro 1-220/8, Philips 10-40/2,1, 4-40/5,5, Sperry 1-110/8,9, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-90/2,5, BASF 1-150/4,6, BHF 10-240/8, BMW 10-390/30, Commerzbank 10-150/5, 1-150/6, Conti 1-120/14, Deutsche Bank 1-310/4,2, 1-320/8, 1-330/12, 1-340/20, Degussa 4-370/30, Dresdner Bank 10-150/4,2, 1-150/6, 4-150/6, Harpener 1-280/6, Karstadt 10-230/6, Lufthansa St. 10-140/5,1, 10-160/18, RWE St. 1-160/5,35, Kali + Salz 1-220/13, Siemens 10-370/5,4, 10-380/8,00, 1-370/8, 1-390/16,2, Veba 10-160/2, 1-160/4, VW 1-180/9,85-9,9, Chrysler 10-70/4, 10-80/9, 1-75/6, 4-75/9,5, 4-80/14, IBM 10-290/3, Litton 1-200/9,9, Royal Dutch 4-130/7,3.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5½–5¾	4⅞–5
3 Monate	12 –12¼	5¾–6	4¾–5⅛
6 Monate	12⅞–13	6¼–6½	4⅞–5¼
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅝–7	5 –5¼

Mitgetellt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1520,00	1881,00
10 US-Dollar (Indian)**)	735,00	951,90
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	681,20
1 £ Sovereign alt	224,00	278,16
1 £ Sovereign Elizabeth II.	217,00	270,18
20 belgische Franken	172,00	223,44
10 Rubel Tscherwonez	236,00	296,40
2 südafrikanische Rand	218,00	270,18
Krüger Rand, neu	984,00	1161,66
Maple Leaf	984,00	1161,68
Platin Noble Man	1004,00	1184,46

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz Franken „Vreneli"	179,00	228,00
20 franz. Franken „Napoléon"	179,00	228,00
100 österr. Kronen (Neuprägung)	905,00	1095,54
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,00	229,14
10 österr. Kronen (Neuprägung)	96,00	126,54
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,00	530,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,8500	2,8580	2,8100	2,80	2,89
London¹)	3,721	3,735	3,671	3,66	3,81
Dublin¹)	3,054	3,068	3,007	2,98	3,13
Montreal³)	2,1340	2,1420	2,1000	2,09	2,19
Amsterd.	88,540	88,760	88,525	87,75	89,75
Zürich	118,220	118,420	118,32	117,25	120,00
Brüssel	4,918	4,938	4,861	4,77	4,97
Paris	32,505	32,685	32,10	31,75	33,50
Kopenh.	27,310	27,430	27,02	26,25	28,00
Oslo	34,635	34,755	34,135	34,00	35,75
Stockh.**)	34,190	34,350	33,655	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,624	1,634	1,599	1,59	1,69
Wien	14,234	14,274	14,216	14,15	14,37
Madrid**)	1,760	1,770	1,729	1,74	1,86
Lissabon**)	1,860	1,880	1,82	1,45	2,35
Tokio	1,1740	1,1770	–	1,13	1,19
Helsinki	47,181	47,380	46,06	46,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,5130	2,5670	–	2,10	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3555	2,3745	–	2,28	2,40
Johannesbg.*)	1,8980	1,9170	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nachdem der US-Dollar am 12. 7. in Übersee und im Fernen Osten die Marke von 2,88 erreichte, konnte dieses Niveau in Europa nicht ganz behauptet werden, wenn auch die feste Grundtendenz erhalten blieb. Gerüchte über Dollar-Verkäufe der Bundesbank in den USA, sowie die Möglichkeit eventueller kreditpolitischer Entschlüsse in der heutigen Zentralbankratssitzung wirkten dämpfend auf die Dollar-Nachfrage. Der Kurs pendelte zwischen 2,8580 und 2,8460. Die Bundesbank trat zur Notiz von 2,8540 mit einem Verkauf von 25 Mill. Dollar und mit einem zusätzlichen Ausgleich von 7,1 Mill. US-Dollar in Erscheinung. Das Englische Pfund profitierte nochmals von der gestrigen Zinserhöhung und gewann 1,2 Pf. auf 3,728. Weiter schwach lag der Schweizer Franken mit einem Rückgang um 20 Pf. auf 118,32 und der Escudo fiel auf einen neuen historischen Tiefstkurz von 1,870. US-Dollar in: Amsterdam 3,2175; Brüssel 57,90; Paris 8,7600; Mailand 1751,50; Wien 19,9970; Zürich 2,4121; Ir. Pfund/DM 3,061; Pfund/Dollar 1,3062.

Ostmarkkurs am 12. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befestigung der DM-Sätze im Verlauf des Vormittags im Hinblick auf eventuelle zinserhöhende Beschlüsse des Zentralbankrats führten am 12. Juli zu einer deutlichen Schrumpfung der Abschläge für Termin-Dollar gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,50/1,40	4,47/4,37	8,85/8,65
Pfund/Dollar	0,07/0,03	–0,02/+0,03	0,49/0,55
Pfund/DM	2,70/1,30	6,40/5,00	10,80/9,40
FF/DM	23/7	57/41	108/93

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 7.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Neue ARD-Talkshow

Das Vorbild kommt aus Österreich

Die neue Talk-Show der ARD ist nun nach einem Brütejahr aus dem Ei: Am 13. Juli schlüpft sie in den Äther. Sie heißt: „Moment mal – die ARD-Redezeit – Heute aus ..." Sie soll, die Show, keine Show-Effekte haben und sich nur dem Gespräch widmen, heißt es, auch Tages-Aktualität ist nicht unbedingt erforderlich. *Die Themen, so wird angekündigt*, werden „interessant" sein und „Strömungen spiegeln". Auch Musik findet nicht statt, „wir verlassen uns auf die Sprache", sagt man in den Krei*sen der Vorbereiter, und* „Club-2-Atmosphäre" werde angestrebt. Wozu angemerkt sei, daß „Club 2" vom

Moment mal – ARD, 23.00 Uhr

österreichischen Rundfunk veranstaltet wird, während die neue ARD-Runde vom NDR betreut wird. Dieser Sender übernimmt zugleich zehn Termine, fünf gehen nach Bremen, und sechs nach Baden-Baden. Der Sender Freies Berlin macht fünf Sendungen.

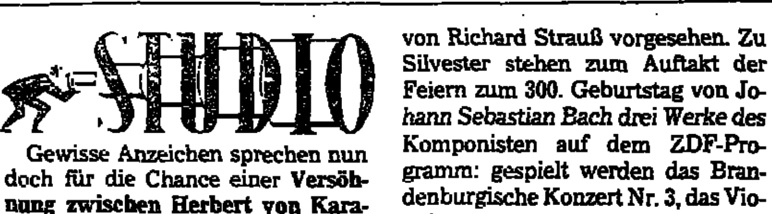
Zwei Moderatoren werden jeweils drei bis vier Gäste ins öffentliche Gespräch ziehen, einer der Befragten ist stets Martin Schulze, der ARD-Koordinator für Politik, Gesellschaft und *Kultur, er bleibt für die Sendung* verantwortlich. Der zweite Moderator wird vom gastgebenden Sender gestellt. Beim NDR ist es Gertrud Höhler, Professorin in Paderborn, in Bremen Ulrich Kienzle, in Berlin Barbara Dickmann und im Südwestfunk Hans Gresmann.



Wird in jeder Talkshow die Fragen stellen: Martin Schulze
FOTO: KINDERMANN

Die redaktionelle Leitung der Produktionen obliegt den Landessendeanstalten; der NDR als federführen*der Sender beauftragte Horst-Wolf*gang Bremke mit der Leitung des Unternehmens. Bremke hat bisher die NDR-Talk-Show in Hamburg betreut und ihr erheblichen Gesichtsverlust zugefügt. Man wird also nicht nur aus formal-dramaturgischen Befürchtungen um das Gelingen des Unternehmens bangen müssen und *nicht nur auf die atmosphärischen Differenzen* zwischen Paderborn und Wien achten. Auch auf das Hamburger Peters-Prinzip wird man den Finger legen müssen.

Das Toi-toi-toi, das uns zu jedem neuen TV-Unternehmen leicht in die Feder fließt, will sich also nicht recht einstellen. VALENTIN POLCUCH



Gewisse Anzeichen sprechen nun doch für die Chance einer **Versöhnung zwischen Herbert von Karajan und dem Berliner Philharmonischen Orchester**. Ansatzpunkt für entsprechende Vermutungen ist ein 1983 geschlossener Vertrag, der Karajan und die Philharmoniker bis *zum Jahre 1986 zu zwei Live-Konzer*ten für das ZDF pro Jahr verpflichtet.

Für 1984 sind am Totensonntag *(25. November) „Tod und Verklä*rung" sowie die „Metamorphosen" von Richard Strauß vorgesehen. Zu Silvester stehen zum Auftakt der Feiern zum 300. Geburtstag von Jo*hann Sebastian Bach drei Werke des* Komponisten auf dem ZDF-Programm: gespielt werden das Brandenburgische Konzert Nr. 3, das Violinkonzert E-Dur und das Magnificat.

Wie aus zuständigen Kreisen des ZDF verlautet, besteht aufgrund der letzten Gespräche kein Anlaß, an der Durchführung dieser Programmplanung zu zweifeln. Eine Nichterfüllung des Vertrages würde unter Umständen bedeutende Re*greßforderungen heraufbeschwören.* Nea

KRITIK

Neugier, die keine Schranken kennt

Einem Remake von John Steinbecks „Mäusen und Menschen" – mit anderen Vorzeichen versteht sich – hätte der Beitrag zur Ehre gereicht. Denn: „Alles was an der Maus möglich ist, ist auch am Menschen möglich," konstatierte nüchtern ein Mikrobiologe.

Gentherapie mit manipulierten Zellen für zukünftige Erdenbürger ohne Eltern? Mehr beängstigend als ermutigend zeichneten die Autoren den Weg in ein juristisches Niemandsland auf, ein Weg, mit ungeheurer Brisanz gespickt. Doch machen wir uns nichts vor: Nicht jeder, der da zu Wort kommt, ist mit der notwendigen Kompetenz geimpft.

Die grenzenlose Hilflosigkeit auf allen Seiten ist deutlich spürbar. Eines ist sicher: Die natürliche, anerzogene Neugier der Gentechnologen in ihren Laboratorien ist stärker als alle ihnen auferlegten Schranken. Die **Brennpunkte** (ARD) ließen da ein Flämmchen lodern, das sich zu einem Flächenbrand ausweiten wird. Was *nützen moraltheologisch verbrämte* Appelle, der Schöpfung nicht ins Handwerk zu pfuschen? Für die im Film vorgestellten „10 Gebote für Gentechnologen" hat einer der vielfach negativ apostrophierten modernen Frankensteins nur ein müdes „Ach Gott" übrig, womit wir beim Thema wären.

DIETER THIERBACH

Das Leben, so wie es ist

Eigentlich hatte ich in der Reihe „Das kleine Fernsehspiel" ein Fernsehspiel erwartet. Diesmal wurde aber ein Dokumentarfilm gezeigt. *Das ist jedoch nicht so schlimm, denn* die erfundenden Fernsehspiele sind meist etwas langweilig. Dokumentarfilme aber zeigen das Leben, wie es ist. Und das ist gut! Besonders wenn *es sich um Südafrika handelt. Man* erzählt ja so vieles über dieses Land, und ich möchte es nun wirklich genau wissen.

Der von Betty Wolpert gedrehte **Film Tsiamelo – alle guten Geister** (ZDF) spielt in London und in Südafrika, und in den Szenen in Afrika treten ausschließlich Schwarze auf. Die haben erzählt, was die Weißen alles für schlimme Dinge tun. Ich war am Schluß des Filmes ganz bös auf die weißen Südafrikaner und hätte gern gesehen, wie die sich da noch rechtfertigen wollen. *Man muß sich ja* schämen für sie ...

Aber natürlich wäre der Film zu lang geworden, wenn man auch noch weiße Südafrikaner um ihre Meinung gefragt hätte. Doch das holt das ZDF sicherlich als nächstes kleines Fernsehspiel nach. Und da es soviel für die Minoritäten tut, wird es bestimmt zuletzt auch noch einen Film zeigen über die 800 000 Inder, die es dort gibt.

Die sollen ja nach dem Abzug der Weißen massakriert oder zur Flucht nach London gezwungen worden sein. Ich würde gern hören, was die südafrikanischen Inder darüber meinen. Wenn ich dann alle drei Filme gesehen habe, weiß ich alles über Südafrika. Vielen Dank im voraus, liebes ZDF! ARMIN MOHLER

Blödelsprüche für die Sommerpause

Das war dereinst schon eine regelrechte Revolution, als vor Jahr und Tag Rainer Brandt und seine *Synchroner-Crew in „Tennisschläger* und Kanonen" Robert Culp und Bob Cosby die ersten lockeren Sprüche in die Münder legten. Und wer Gelegenheit hatte, „Ihr Auftritt, Al Mundy" *auch mal im Original zu sehen*, lernte flugs, die deutschen Dialogaufmotzer im höchsten Maße zu schätzen.

Guckkastengemäß eingespielt langten Brandt & Co. dann, vor nun auch schon zwölf Jahren, in **Die 2** zu, jener Serie, von der nun 16 muntere Folgen im ZDF wiederzusehen sind, klapperdürre Handlungen mit lachmuskelreißenden Blödelsprüchen vor allem für Tony Curtis.

Davon gibt es heute leider nichts mehr. Genau deshalb ist diese Serienwiederholung endlich mal ein Griff in die richtige Mottenkiste. Denn wer mag schon noch immer darauf warten, daß unser Fernsehen endlich mal Robert Altmans Abendfüller „M.A.S.H." vorzeigt, jene Korea-Sa*tire, in welcher derselbe Synchro*ner-Verein die Kunst des munteren Sprach-Spiels zur höchsten Vollendung trieb?

Wohlan: Wo ein Auto „Kachelofen" und ein Barkeeper „Kapellmeister" heißen und die Stars mit dem Hinterhaupt zur Kamera Verrücktes murmeln, derweil sie im englischen Original sprachlos bleiben, da ist Wohlsein. Auch mitten in der Sommerflaute. ALEXANDER SCHMITZ



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

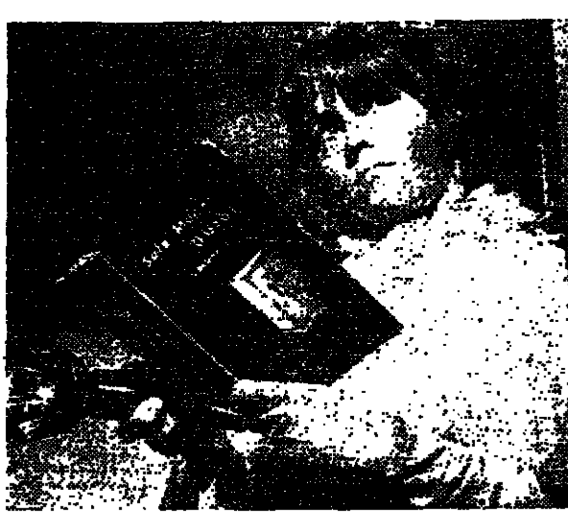
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Von Küste zu Küste
Lieder, Sketche und Hamburger Originale: Heidi Kabel u. a.
11.55 Umschau
12.10 Telemotor
Automagazin
Mit Harry Valérien
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

Der falsche Prinz
Nach einem Märchen von Wilhelm Hauff
Puppenspiel der Kleinen Bühne
15.50 Matt und Jenny
16.00 Tagesschau
16.10 Bärenstreiche
Der wohlriechende Panther
Zwei tapsige Bären wollen mit einer schnurrenden Raubkatze anbandeln. *Einer will den anderen* dabei übertrumpfen.
16.30 Wie die Hasen
Tschechoslowakischer Spielfilm
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kaiserball
Österreichischer Spielfilm (1956)
Mit Sonja Ziemann, Rudolf Prack, Hans Moser u. a.
Regie: Franz Antel
Die Näherin Franzi kommt aus Wien nach Bad Ischl, um ein Ballkleid für eine Gräfin abzuliefern. Dort löst sie beträchtliche Verwirrungen in einer illustren Gesellschaft der k. u. k. Monarchie aus, als man sie mit einer Prinzessin verwechselt. *Die wirkliche Prinzessin* gerät dabei in den Verdacht, eine Hochstaplerin zu sein ...
21.50 Hilfe für Afrika
Eine Bilanz des ARD-Spendenaufrufs „Brot für die Welt"
Afrika in Not! In 24 Staaten herrscht Hunger. Millionen von Menschen sind unmittelbar bedroht. Aus diesem Grund hatte die ARD am Karfreitag zu einer Afrikahilfe aufgerufen.
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Moment mal
Die ARD-Redezeit
Heute aus Baden-Baden
Thema: Sind sie abergläubisch?
Anschl. Tagesschau

ZDF

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.55 Brigitte und ihr Koch
Muschelcremesuppe und glasier*te Möhren*
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Pat und Patachon
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Libanon: Widerstand gegen die Besatzungsmacht / Irak: Islam ohne Schleier / Kuba: Aus für den Macho? / Ungarn: Eine evangelische Gemeidne / Polen: Blechtrommel gesucht
Moderation: Horst Kalbus
20.15 Aktenzeichen: XY ... ungelöst
21.15 Der Sport-Spiegel
Sein letzter Versuch. Endlich Gold für Ruderer Peter-Michael Kolbe?
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte
Olymapic Arts Festival: Neben den Olympischen Spielen bemüht sich Los Angeles für zehn Tage, *Kulturwelthauptstadt zu sein* / „Ghetto": An der Freien Volksbühne Berlin inszenierte Peter Zadek Joshua Sobols Stück, das in *einem jüdischen Ghetto in Litauen* während des 2. Weltkriegs spielt / Livorno feiert den 100. Geburtstag des Malers Amadeo Modigliani mit einer umfassenden Ausstellung / Kino-Notiz: Peter W. Jansen stellt Jean-Luc Godars „Vorname Carmen" vor
Moderation: Manuela Reichart
22.45 Sport am Freitag
23.15 Aktenzeichen XY
23.20 Es muß nicht immer Kaviar sein
Tote kann man nicht erschießen
0.20 heute
0.25 Das Geld liegt auf der Straße
Amerikanischer Spielfilm (1975)
Mit George Segal, Jane Fonda u. a.
Regie: Ted Kotcheff



Weil das Geld knapp ist bei den Harpers, nimmt Jane (Jane Fonda) an einem „Saf-Knacker-Kursus" teil (Das Geld liegt auf der Straße – ZDF, 0.25 Uhr)
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.30 Rudi macht's möglich
19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Black Beauty (3)
18.30 Rudi macht's möglich
Rudi Carrell erfüllt Kinderträume
19.00 Ungewöhnlich leben
... versetzt nach Obervolta
Film von Ann Schäfer
19.45 Mode aktuell

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 NDR-Talkshow
Zum „Treff im Pavillon" in der Fischmarkthalle St. Pauli wurden u. a. eingeladen: Natascha Giller, Tochter von Nadja Tiller und Walter Giller, Showmasterin im Schweizer Fernsehen; *Fifi Brix*, freche Chansonette und temperamentvolle Piano-Virtuosin; Hermann Prey und Marcel Prawy – Opernstar und Opernkenner; Toni Mang, Motorrad-Rennfahrer, *mehrfacher Weltmeister der heißen Öfen*; zwei Politstars erster Garnitur ...
Für die Jazz-musikalische Kontinuität sorgen Jean Shy und die Climax Band
22.05 Wencke auf Nord-Wegen
Wencke Myhres Skandinavientournee 1983
23.35 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Paare (3)
Im Gespräch mit Marianne Koch
20.50 Wege zum Menschen
Die fünf Freiheiten
Familientherapie
21.15 Lernen ist menschlich
Anschl. Elternsache Grundschule
21.45 Wortwechsel: Ich mache möglich, was andere träumen
Interview mit Prof. August Everding, Generalintendant in München
22.30 Sonnenpferde (9)
Verbotene Liebe – 1914
22.30 Jazz in Concert (4)
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Der hinkende Alois
20.45 Reisewege zur Kunst: Umbrien
Film von Toni Kienlechner
21.30 Rundschau
21.45 Nix für ungut!
21.50 Klavierstunde
22.35 Sport heute
22.50 Z. E. N.
22.55 Klavierstunde
23.40 Rundschau



Phantasie? Phantasien!

he. – Englische Dramatiker können seit Osbornes „Blick zurück im Zorn", also seit einem Vierteljahrhundert, mit Sicherheit eine führende Position im zeitgenössischen Bühnenschaffen Europas beanspruchen. Doch die Jungen, die wollen nun nicht mehr so, wie die Alten einst sungen. Der dramatische Nachwuchs, das brachte jetzt ein Wettbewerb des Nationalen Jugendtheaters an den Tag, reitet ständig auf ein und demselben Thema herum: *den eigenen sexuellen* Phantasien.

Nach Begutachtung der zweihundertsiebenunddreißig eingesandten Bühnenmanuskripte befand der Theaterleiter und Jury-Vorsitzende Michael Croft: „Wir könnten diese außerordentlichen Dinge, die in den Hirnen dieser Schreiber-Generation vor sich gehen, niemals auf die Bühne bringen." Kein einziges der Originalstücke, so Craft, *habe* beispielsweise eine gesellschaftliche Problematik aufgegriffen. Und dann die Sprache. Diese jungen Leute scheinten zu glauben, daß das verehrte Publikum nur dann hinhört, wenn man es mit derbem Gossen-Jargon traktiert: „Dabei gibt es nichts Langweiligeres als solche Dialoge, und die Schauspieler können ihnen schon gar nichts abgewinnen", klagte Croft bei der feierlichen Preisverleihung in Anwesenheit ausgerechnet des Ministers für die Künste, der sich doch für die Subventionswürdigkeit der Kunst stark machen soll.

Die nachrückende Generation ist *natürlich mit dem Fernsehen groß*geworden. Sie hat die Medien-Gesamtschule absolviert. 1969 nahm man *schließlich dem Lord*kämmerer sein Amt als Theaterzensor, das er seit den Zeiten der Tudor-Elisabeth innehatte. Wer aber meinte, daß nun, da nichts mehr verboten war, die Bühne neue Kraft und neue Autoren gewinnen würde, der hat die Bühnenpraktiker ziemlich *unter*- und den Nachwuchs bei weitem überschätzt.

Auch Du, Britannia!

Der Turiner Architekt Pietro Fontana in Zürich

„Überall ist Babylon"

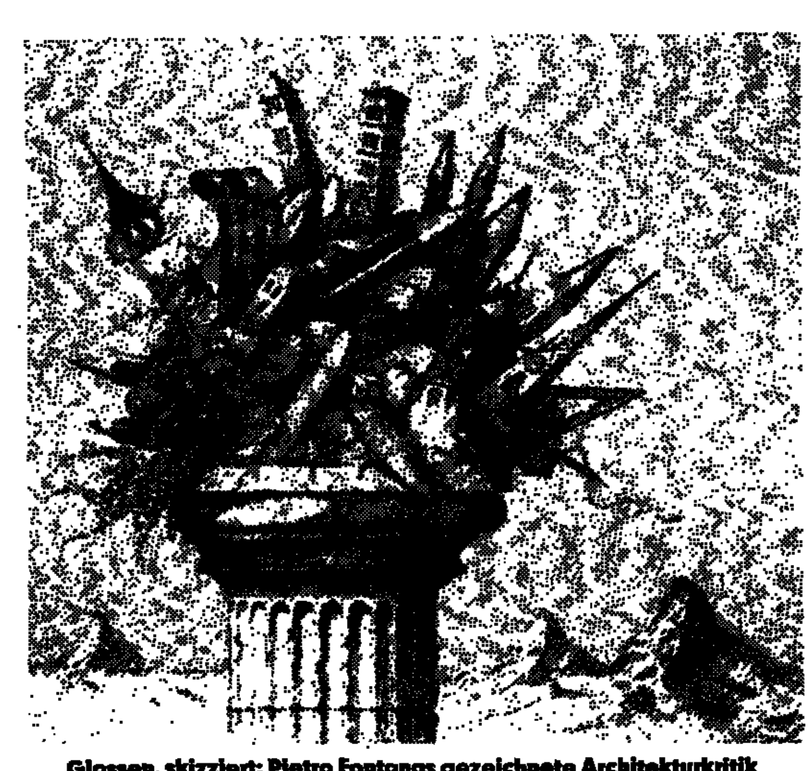
Die Kunst bringt das Leben in Unordnung", schrieb Karl Kraus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Unordnung, die Zweifel und Unruhe auslöst, bietet jedoch auch die Möglichkeiten für eine andere Welt – für eine andere Architektur. Nach Jahren konventionellen Bauens mit den formalistischen Rechtfertigungen, wonach Sachzwänge, wie Zweck und Material, das Bauwerk bestimmten, leben heute wieder *Phantasie* und die Besinnung auf die Erfahrungen der Vergangenheit auf. Die Architekturbiennale in Venedig zeigte schon 1980 die „Gegenwart der Vergangenheit", den behutsam und ironisch verfremdeten Umgang mit der Baugeschichte bis zu ihrer trivialen Nachahmung.

In der sehr ideenreichen Ausstellung „Überall ist Babylon" führt das Kunstgewerbemuseum in Zürich diese Idee weiter: Der Turiner Architekt und Maler Pietro Fontana (Jahrgang 1934) greift 24 Motive der italienischen Architektur der 60er Jahre auf und konfrontiert sie mittels der „Zeichnung der Zeichnungen" mit Projekten aus der Baugeschichte. Die Unordnung dieser Architekturepoche stellt er durch das ikonografische Symbol des Bildes vom „Turm zu Babel" dar, welches die Doppeldeutigkeit des Durcheinanders und das Symbol des Aufsteigens zu Gott, der Neuordnung, in sich trägt.

Wie im Motiv „L'ombre du passé" – einem Wohn- und Geschäftsgebäude von Passarelli in Rom und der gleichzeitigen Darstellung der „Partie graphique" von Jean Nicolas Durand (1802) – so zeigen auch die übrigen Tafeln eine architektonische Realität in Korrespondenz mit entsprechenden Beispielen aus der Vergangenheit. Es ist eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen Architektur durch die Zeichnung. „Was für die italienische Architektur der 60er Jahre gilt, gilt auch für meine Arbeit: diese babylonische 'Zweideutigkeit' *läßt sich sowohl als gewisses* Chaos interpretieren wie auch als Anstrengung zur Überwindung der Architekturkrise", meint Fontana dazu.

Seine bildhafte Analyse wendet er auch auf die Baukultur der traditionell entstandenen Stadt an: auf Zürich, mit seinen Türmen, Kuppeln und *Gewölbeformen. Hierbei* entstehen Entdeckungen, die überraschen. Literarische Beschreibungen ergänzen diese Architekturphantasien. (Bis 26. August)

ELKE WUTHE



Glossen, skizziert: Pietro Fontanas gezeichnete Architekturkritik
FOTO: KATALOG

Uraufführung in Zürich: H. C. Artmanns „Schas"

Viel Lärm um einen Furz

Zum Ende der Spielzeit brachte das Züricher Theater am Neumarkt eine Uraufführung heraus. „Erlaubent, *Schas, sehr heiß bitte*", *heißt* das Stück. Aber es ist alles andere als ein Stück. Man kann keine Handlung erzählen, denn es hat keine. Was ist es denn?

Schwer zu sagen. Der Autor H. C. Artmann, der sogenannten „Wiener Szene" angehörig, einer losen Vereinigung von Lyrikern und anarchistischen Spaßmachern, hat sich da einen Spaß erlaubt, und zwar in den 60er Jahren, der mit *Recht so lange nicht* aufgeführt wurde. Die Hauptfrage des Abends bleibt: Warum jetzt, war*um überhaupt?*

Der Titel der Sache bleibt Nicht-Wienern wohl unverständlich, wird nicht verständlicher, wenn *man* aus einem einschlägigen Wörterbuch erfährt, ein Schas sei ein nicht ganz gesellschaftsfähiger Ausdruck für „abgehende Blähung". Wie kann man den in einer Suppenschüssel servieren? Da fällt Kritikern der uralte Witz ein, von dem Arzt, der seinen Patienten fragt, ob er unter Blähungen leide. Zur Antwort erhält er: „Leide? Sie sind meine einzige Freude!" Mag *sein, daß* diese *Blähung von einem* Unglück auch einst des Dichters einzige Freude war – für den Zuschauer *ist sie* es *nicht*.

Die Sache spielt in einem Wiener Café. Es soll wohl Sinnbild des stets gleichförmigen Lebens sein, unterstrichen dadurch, daß der Kellner, die tragende Rolle des Stücks, stets ein Tablett trägt und er ständig im Laufen ist, *immer wieder den Kalender* abreißt, um immer wieder auf dasselbe Datum im Jahre 1995 zu stoßen. Viele der Besucher des Etablissements sind nur Schaufensterpuppen, die sich via Lautsprecher bemerkbar machen. Der Lautsprecher wird überhaupt stark strapaziert, und die Puppen und die lebenden Mitwirkenden sagen immer wieder dasselbe. Das ist am Anfang noch ganz lustig, aber *dann wird's langweilig. Daß schließ*lich noch Adolphus Hitler auftritt oder vielmehr auf die Bühne gerollt wird, ist schlicht geschmacklos.

Gespielt, soweit man so was spielen kann, wird allerdings vorzüglich. Nur daß die *starke* Schauspielerin Rosalinde Renn eben kein süßes Madl ist, sondern eher eine Hochdramatische. Peter Schweiger, der Direktor des Theaters, hingegen ist ein beklemmend-dämonischer Gast, Johannes Silberschneider ein dümmlich-ratloser Kellner.

Das alles ist wohl nicht zuletzt das Verdienst des Regisseurs. Alfred Pfeifer läßt seine Figuren im Zeitlu*pentempo agieren*, was *ihnen* etwas faszinierend Marionettenhaftes verleiht.

Erstaunlich starker Beifall nach einer Gaudi für die nicht zu reife Jugend. Mehr ist es nun aber wirklich nicht.

CURT RIESS

Eine Schlüsselfigur der neuen hebräischen Literatur – Porträt der israelischen Verlegerin Bracha Pili

Kauft Bücher und zahlt in Raten!

Mit fünf Jahren konnte sie schon lesen. Jetzt, mit 92, kann sie es nicht mehr, sie ist blind. Eine schwere Bürde für einen Menschen, dessen ganzes Leben den Büchern gewidmet war.

Bracha Pili ist eine Persönlichkeit, und mehr als das – sie ist eine Symbolfigur für Israel, Verkörperung der kulturellen Entwicklung des jungen Staates, sie stammt aus einer russischen Gutsbesitzer-Familie, studierte Wirtschaftswissenschaften, machte ihr Diplom und heiratete, zum Entsetzen *ihrer Familie, einen ungebildeten* jungen Mann, der auch noch drei Jahre jünger war als sie.

Die russische Revolution verschlug beide nach Wien, von wo sie 1921 nach Palästina weiterführen. In Alexandrien gelandet, ging dem jungen Paar das letzte Geld aus. Für die Fahrkarte ins *Gelobte Land* verkauften sie das einzige, was ihnen noch geblieben war: die Eheringe.

Im damaligen Palästina war harte Arbeit gefragt. Intellektuelle und Akademiker reichten sich Steine am Bau, Bracha Pili arbeitete auf dem Feld. Jeden Tag ging sie mit ihrem kleinen Sohn *hinaus, legte ihn unter* einen Busch und pflückte Trauben. Als ihr *die Anstrengung zuviel* wurde, zog die Familie nach Tel Aviv.

Bracha Pili war schon immer ein Büchernarr gewesen. Wenn sie fünf Gurush hatte, ging sie zu Herrn Jakobson im Nachbarhaus, der die Bücher nach Gewicht verkaufte. Da sagte ihr kleiner Sohn eines Tages: „Wenn du Bücher willst, Mutter, dann mach doch eine Bücherei auf!" Das brachte sie auf die richtige Idee. Sie ergriff die Gelegenheit und begann das Geschäft ihres Lebens.

Von Flüchtlingen aus aller Welt *kaufte sie* Bücher *und füllte mit* ihnen ein kleines, gemietetes Zimmer. In wenigen Wochen hatte ihre Bücherei bereits an die tausend Mitglieder, die sich für 5 Gurush im Monat Bücher ausleihen konnten. Bald erweiterte Bracha Pili ihre Geschäftsbeziehungen, richtete eine Buchhandlung *ein, begann sogar* aus Polen und Rußland Bücher zu besorgen.

Eines Tages schien ihr die Mühe des Treppensteigens, die sie ihren Kunden zumutete, zuviel. Sie nahm einen Tisch, stellte ihn auf den Bürgersteig der Rotschildallee und bepackte ihn mit Büchern. „25 Prozent *Ermäßigung*" verkündete ein *Schild*, und die Passanten kauften begeistert. Damals war noch der „Verein zur Wahrung der Hebräischen Sprache" sehr aktiv. Die Mitglieder des Vereins wanderten mit großen Plakaten in den Straßen umher, *auf denen* geschrieben stand: „Kauft hebräische Bücher!" Bracha Pili schloß sich mit ihrem Bücherstand der Bewegung an und legte damit, ohne es zu wissen, den Grundstein zu einer Tradition: zu der sich jährlich wiederholenden Hebräischen Buchwoche, in der überall in Israel Buchmärkte auf der Straße stattfinden.



Ihr Büro ist immer noch Treffpunkt von Literaten und ein Zentrum der hebräischen Literatur: Die Verlegerin Bracha Pili
FOTO: ISRAEL SUN

Sie ließ sich originelle Sonderangebots-*Ideen einfallen*, z. B. „Kauft einen ganzen Schrank voll Bücher – und zahlt in Raten!" So wuchs ihr Geschäft rasch. Sie setzte sich für die Werke hebräischer Schriftsteller ein, dadurch wurde ihr Büro langsam zum Treffpunkt von Literaten, Journalisten und anderen Künstlern, zum *Zentrum hebräischer Literatur*.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 legte auch in Israel alle Geschäfte lahm. Inmitten *allgemeiner Stagna*tion und Resignation war Bracha Pili die einzige, die eine neue Firma zu *gründen* beschloß. Alle hielten sie für verrückt, aber mit sieben Pfund begann sie den Verlag „Masada". „Es war etwas Symbolisches im Namen", sagt sie. Denn schon damals war die Felsenfestung am Toten Meer, deren jüdische Verteidiger kollektiven Selbstmord begingen, um nicht den römischen Truppen in die Hände zu fallen, zum Begriff geworden. Der Slogan „Nie wieder soll Masada fallen" *stand für den Willen der Juden*, sich im Altneuland zu behaupten.

„Masada" ist heute einer der größten israelischen Verlage. Und die alte, blinde Bracha Pili geht noch heute täglich in ihr Büro, wo sie resolut weiterwaltet. Denn im Laufe der Zeit wurde sie zur Schlüsselfigur der neuen hebräischen *Literatur*: mit einem sicheren Gefühl für gute Bücher entdeckte sie Schriftsteller und verhalf *ihnen zum Erfolg, der manchmal*, wie bei Amos Oz, sogar über die Grenze Israels hinaus reichte. „Schreiben ist nicht genug", sagte Bracha Pili, „ein Künstler muß auch einen gewissen sechsten Sinn haben!" Und sie selbst hat ihn auch. Wenn sie beim Lesen ein würgendes Gefühl im Hals spürte, *wußte sie: Nein, das ist es nicht!*

Ein gutes Buch war ihr immer wichtiger als eins, das gut verkauft werden konnte. „Ich wollte dieses Volk erziehen", beteuert die Greisin. Deshalb ließ sie auch in jahrelanger, mühsamer Arbeit die große Hebräische Enzyklopädie zusammenstellen, ein Unternehmen, mit dem sie seinerzeit ihren *ganzen* Verlag *aufs* Spiel setzte. Das zwölfbändige Werk jedoch wurde ein großer Erfolg, wie alles, was sie anfaßte. Diese Enzyklopädie war ihr größter Traum, und sie wurde ihr „Bestseller".

Doch *bald stellte sich wieder die* Frage: „Was kann ich diesem Volk noch geben?". Bracha Pili fand die Antwort, als sie sich im buntgewürfelten kleinen Israel umgesehen hatte: „Wurzeln – das ist es, was uns fehlt. Etwas Gemeinsames, das diesen vielen Menschen aus allen Teilen der Welt das Gefühl der Zusammengehörigkeit vermittelt!" Sie begann mit einem leichtverständlichen, populärwissenschaftlichen Talmud-Führer, um die Kluft zwischen Orthodoxen und Weltlichen zu überbrücken und den vielen Nationalitäten zu helfen, israelisch zu werden.

Als letztes plant sie jetzt eine Autobiographie, aber: „... danach habe ich nichts mehr, wofür ich leben könnte. Ich bin *nur* noch Gast auf dieser Welt."

KATALIN FISCHER

Düsseldorf: „Johanna Ey und ihr Künstlerkreis"

Mutters warmer Ofen

Großes Ey, wir loben dich / Ey, wir preisen deine Stärke / Vor dir neigt das Rheinland sich / Und *kauft gern und billig deine Werke.*" Mit dieser parodistischen Hymne huldigte Max Ernst seinerzeit der Düsseldorfer Kunsthändlerin Johanna Ey telegraphisch zu ihrem 65. Geburtstag. Sein Glückwunsch war nur einer von unzähligen Freundschaftsbeweisen, die an diesem Tag in die legendäre Kunst- und Kaffeestube am Düsseldorfer Hindenburgwall expediert wurden. Henry van de Velde ließ es sich nicht nehmen, die seinen selbst zu überbringen. „Es gab Hunderte von Telegrammen und Briefen, einen Berg von Geschenken; die ganze Bude schwamm in Alkohol und Blumen", berichtete Luise Strauss-Ernst in Ullsteins „Querschnitt" über die Geburtstagsfete, bei der die Gefeierte, „prächtig ausstaffiert mit Mantilla, Schildpattkamm und Kastagnetten", ihren berühmten spanischen Tanz vorführte.

Mutter Ey nämlich liebte es spanisch, seit sie bei dem begüterten spanischen Maler Jacobo Sureda, der sie *überschwenglich verehrte*, mit einem Teil ihres Düsseldorfer Hofstaates auf der Insel Mallorca zu Gast war. Robert Pudlich, der sich zu ihren engsten Freunden zählen durfte, hat sie „*als Spanierin*" *gemalt. Es ist* sicher nicht das beste Bildnis der „meistgemalten Frau Deutschlands"; es wirkt *ein wenig starr* und unbeseelt. Aber es strahlt Würde aus und Autorität. Vielleicht hat Pudlich sie deswegen so dargestellt, weil er das landläufige Bild von der biederen, kleinbürgerlichen Künstlermutter, das einseitig kolportierte Klischee von dem wunderlichen Altstadt-Original, das bereits zu *einer städtischen Attraktion* wurde, durch den leicht pathetischen Habitus korrigieren wollte.

Es hätte dafür des Kostüms gar nicht bedurft. Es gibt genügend Fotos von Johanna Ey und noch mehr ge*malte oder gezeichnete Bildnisse, die* ihre natürliche „Grandezza" bestätigen. Rund zwei Dutzend Ey-Bildnisse (die Fotos nicht mitgerechnet) sind jetzt in Düsseldorf bei Remmert und Barth zu sehen. Die Galerie erinnert mit einer Ausstellung „Johanna Ey und ihr Künstlerkreis" an den 120. Geburtstag dieser ungewöhnlichen Frau, die mehr oder weniger zufällig in die Kunstgeschichte geraten ist und *mittlerweile zu einer Legende* wurde. Diese Legende stempelt sie zur „Mutter der rheinischen Avantgarde". Aber die *Legende übertreibt* natürlich – ganz abgesehen davon, daß Frau Ey die sicher gutgemeinte Bezeichnung „Mutter" nicht gern hörte; sie hat sich stets dagegen gewehrt, denn sie wollte „ihren" Künstlern allzeit mehr Freundin und Muse *als Mutter sein.*

Unbestreitbar war Johanna Ey in den zwanziger Jahren eine selbstlose Wegbereiterin vieler junger Talente, die es ohne ihre Hilfe schwer gehabt hätten sich durchzusetzen. Doch von „Avantgarde" *sollte nicht die* Rede sein. Avantgardistisch war an den Bildern des Ey-Kreises, von denen eine Auswahl (120 Arbeiten von 47 Künstlern) hier zu sehen ist, schon zur Zeit ihrer *Entstehung nichts mehr*. Die entscheidenden Vorhutgefechte der modernen Kunst waren längst ausgetragen. Was in den zwanziger Jahren am Rhein und hauptsächlich in Düsseldorf geschah, war in erster *Linie* Reaktion auf den Krieg. Männer wie Wollheim, Pankok und Dix zum Beispiel, die den Krieg mit dem Zeichenblock im Tornister in all seinen Schrecknissen mitgemacht hatten, sahen den munteren Kehraus der scheingoldenen zwanziger Jahre vor *dem Hintergrund des überstandenen* Grauens. Man konnte nicht malen, als sei nichts gewesen. Also fanden und schlossen sie sich zusammen, und Johanna Ey, damals schon Mitte fünfzig, *stellte ihnen ihren* „Laden" zur Verfügung. Er wurde zum Hauptquartier und Sammelpunkt des „Jungen Rheinland".

Diese in Stilfragen undoktrinäre Vereinigung hatte zeitweilig eine beachtliche *Ausstrahlung und* Anziehungskraft weit über das Rheinland hinaus. Johana Ey wurde damals, ob sie es hören wollte oder nicht, tatsächlich zur Mutter ihrer Künstler. „Dein warmer Ofen ist Zentrum armer, obdachloser Gesellen", dichtete Gert Wollheim, dessen Begabung sie frühzeitig erkannt hatte. Sie besaß den Instikt dafür. Sie wußte, was ein Künstler konnte, was ein Bild wert war, *ohne jede Vorkenntnis*. Sie ahnte auch, was in Max Ernst steckte, und setzte sich als erste für ihn ein. *Sie kaufte*, als ihr „Mäxchen" *seinem* Freund Eluard nach Indochina folgte, seine gesamte, damals so gut wie unverkäufliche Produktion und bezahlte ihm die Reise nach Saigon aus eigener Tasche und mußte dafür selber Schulden machen. Ihr Glaube an sein Genie war ihr das Risiko wert.

Sie starb 1947, nachdem unter den *Nazis fast ihr gesamter, unersetzli*cher Besitz beschlagnahmt, verschleudert und der Rest von Bomben *vernichtet worden war. Ihr tapferer* Versuch eines Neubeginns nach dem Krieg blieb erfolglos. (Bis Ende Juli; Katalog 36 Mark)

EO PLUNIEN

Münchner Opernfestspiele: „Barbier von Bagdad"

Lohengrins Silberschein

Ein Stück, *das Dirigenten* und Sänger lieben: die Feingliedrigkeit des musikalischen Baus, den speziellen *Humor*. Das *Publikum* weiß das alles auch, liebt aber nicht so recht mit, und darum ist des Cornelius „Barbier von Bagdad" eine seltene Erscheinung auf unseren Bühnen.

Ein Nichts an Handlung, eine so naive wie wasserkopfige Dramaturgie – wenn man es trotzdem wagen will und dazu noch an der Bayerischen Staatsoper, als Festspieleröffnung gerade dieses Opus auf die Bühne zu *bringen, dann muß man schon eine* ganze Menge Besetzungstrümpfe in der Hand haben.

Die hatte Wolfgang Sawallisch: Sich selber am Pult, Popp, Moll, Seiffert, und Bestes selbst in winzigen Rollen. Auch Otto Schenk war mit gutem Grund für die Regie ausge*sucht worden. Er hätte nämlich in* der Tat Humor, Herzlichkeit und auch Selbstironie genug, um so ein Komödchen locker auf die Bühne zu tupfen. Leider läßt er sich aber vom *Bühnenbildner Rolf Langenfass* harte Konkurrenz machen: „Mit der Staatsoper nach Bagdad. Für zweihundertvierzig Mark sind Sie dabei!" So oder so ähnlich könnte das Motto lauten.

Langenfass bekommt für seine warmfarbigen, bis ins letzte zu Ende definierten *Märchenbilder* jedesmal Szenenapplaus. Das müßte ihn freilich stutzig machen. Wenn der Vor*hang aufgeht*, will *man ja schließlich* noch kein Endergebnis sehen.

Schenks im ersten Akt sehr genaue und witzige, *immer aus* der Musik entwickelte Reaktions-Choreographie kommt längst nicht so in der *Umrißschärfe* heraus, die sie in einem ruhigeren Raum hätte haben können. Turban und Pluderhosen wären ja Orient genug gewesen. Im *zweiten* Bild, wo das bißchen arglose Hand*lung stattfindet, kommt von der Re*gie dann überhaupt nicht mehr viel.

So schön wie Kurt Moll (und so textverständlich!) hat den Barbier sicherlich kaum je einer gesungen. Aber die pralle Fis comica eines Böhme oder Hann besitzt er nicht, obgleich Schenk da schon Wunder gewirkt hat, wie auch bei Cornelia Wul*kopf, die ihre Bostana mit schönem*, satten Altklang ausstattet und dazu noch ein wirklich komisches Sprung- und Hüpfprogramm absolviert.

Lucia Popp darf als Margiana nicht so hübsch aussehen, wie sie ist (zu viel Perücke, *zu viel* Tüchergefummel), aber wenigstens singt sie berückend und phrasiert wie im allerfeinsten Liederabend. Peter Seiffert stellt den Nureddin eben nicht als *wehleidigen Liebesjammerer* hin. Der liebt und leidet kernig, komisch, und seine Stimme, gerade auf dem Weg vom Lyrischen zum jungen Helden, wird mit der unangenehm liegenden Partie, um die *große Kollegen* einen Bogen machen, mehr als achtbar fertig. (Liegt's an einem technischen Mangel, daß er allerdings oft viel zu tief intoniert?)

Wolfgang Sawallisch liebt, wie alle *Musiker, dieses Stück, und* wenn man ihm zuhört, weiß man auch warum. Mit dem äußerst gut disponierten Staatsorchester führt er den graziösen Bau der Ensembles, ihren Witz, ihre Knappheit vor, er schwelgt in schumannesken Gesangsbögen, läßt ein bißchen „Lohengrin"-Silber *schimmern. Bei hohen Erwartungen*, hohen Festspielpreisen und hohen Temperaturen hatte das Publikum allerdings nicht so recht Sinn dafür. Es sah sich um die großen Emotionen betrogen, die ein „Festspiel" auslösen müßte, und buhte Sawallisch für die Stückwahl lauthals aus.

BEATE KAYSER



Turban und Pluderhosen: Lucia Popp, Peter Seiffert und Kurt Moll in der Münchner Inszenierung des „Barbier von Bagdad"
FOTO: ANNE KIRCHBACH

JOURNAL

Vorbereitungen zur Frankfurter Buchmesse

dpa, **Frankfurt**

Mit dem Schwerpunkt „Orwell 2000" will die diesjährige Frankfurter Buchmesse vom 3. bis zum 8. Oktober die „*sozialen Konsequenzen* aus der technisch-elektronischen Revolution ziehen". Mehr als *6000 Aussteller aus über 80 Ländern* haben sich für den Buchmarkt der Welt angesagt, der trotz seiner Erweiterung um 16 000 qm ein Vierteljahr vor dem Messetermin ausgebucht ist. Zentraler Ort der Ausstellung wird die neu gebaute Halle 4 für ausländische Verlage. Auf dem fabrikneuen Transportband „via mobile" können Messegäste „ermüdungsfrei" von einer Halle zur anderen pendeln. Das Rahmenprogramm zum Buchmesse-Schwerpunkt in der Kongreßhalle umfaßt fünf Nachmittagsveranstaltungen mit Lesungen, Diskussionen und Demonstrationen, die jeweils jeden Tag unter einem anderen Motto laufen. (Im nächsten Jahr bleibt die Buchmesse ohne inhaltlichen Schwerpunkt. Erst 1986 gibt es mit dem Blick auf den indischen Subkontinent und seine Literatur wieder ein Messe-Motto.)

Lindtberg-Nachlaß für Berliner Kunstakademie

dpa, **Berlin**

Die Witwe des im April dieses Jahres verstorbenen Regisseurs und Schauspielers Leopold Lindtberg stiftete der Berliner Akademie der Künste die Hinterlassenschaft ihres Mannes für den Aufbau eines Leopold-Lindtberg-Archivs. Zu dem Vermächtnis gehören u. a. Regiebücher, Szenen- und Probefotos sowie der gesamte Briefwechsel des Verstorbenen. Lindtberg, der am 1. Juni 1902 in Wien geboren wurde, arbeitete in den '20er Jahren unter anderem *mit dem* Regisseur Erwin Piscator zusammen. Der Nachlaß bildet eine wesentliche Grundlage für die weitere Erforschung der Theatergeschichte des 20. Jh.

Deutsches Museum stellt in Prag aus

dpa, **Idar-Oberstein**

In Prag wurde eine Mineralogieausstellung des Idar-Obersteiner Heimatmuseums der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die als „Welt der teuren Steine" benannte Ausstellung wird für die Prager und die Besucher der tschechoslowakischen Hauptstadt bis Ende September zu sehen sein. Sie gibt ihnen auch einen Einblick in die Geschichte und das Leben von Idar-Oberstein.

Stiftung „Europäische Archive" gegründet

dpa, **Genf**

Die Stiftung Coudenhove-Kalergi, das Universitätsinstitut für europäische Studien und das Europäische Kulturzentrum haben in Genf die Stiftung „Europäische Archive" gegründet. Die Stiftung will Archivmaterial über Europa sammeln und der Forschung zur Verfügung stellen. Studien über die Geschichte der europäischen Idee und europäischer Bewegung sollen ermöglicht und angeregt werden. Die Stiftung will mit allen Instituten zu*sammenarbeiten, die ähnliche* Ziele verfolgen.

Präkolumbianische Siedlungen entdeckt

AFP, Bogotá

Eine „verlorene Stadt" in der kolumbianischen Sierra Nevada Santa Mara ist in 3000 Meter Höhe nahe der Karibik-Küste und dem Zentrum der noch weitgehend unerforschten Tairona-Kultur entdeckt worden. *Mit Polizeihub*schraubern, die das Gebiet bei Rauschgiftbekämpfungen überflogen, wurden Reste der Stadt durch Zufall ausgemacht. Man entdeckte eine Reihe von Mauern und Terrassen, die der ersten 1976 entdeckten „verlorenen Stadt" ähnlich sind. Die Taironas, die vor 1000 bis 1500 Jahren lebten, gehören einer prä*kolumbianischen Kultur an*, die sich vor allem durch Goldschmiedearbeiten hervortat, deren Spuren jedoch durch die spanischen Eroberer im 16. Jahrhundert weitgehend zerstört wurden. Nach Angaben der dortigen Polizei wurde die jetzt entdeckte Siedlung zuvor auch von „Marimberos" (*Marihuana-Pflanzern*) geplündert.

Festival der Blechinstrumente

AFP, Paris

Das dritte Blechinstrumentenfestival wird vom 16. bis 26. Juli in der ostfranzösischen Stadt Dijon von der dortigen internationalen Musik-Akademie veranstaltet. Höhepunkte der Konzertreihe, die auch in anderen Städten Burgunds stattfindet, sind ein Barockmusikkonzert (am 21. Juli in Chatillon-sur-Seine) und ein Jazz-Konzert (am 20. Juli in Dijon). Meister des Faches verhelfen in Kursen Absolventen der Musikhochschulen und Be*rufsmusikern* zur Vervollkommnung in den Disziplinen Trompete, Horn, Posaune und Tuba.

2000 Blitze pro Minute schleudert Thor

Tag und Nacht schleudert der erzürnte Donnergott Thor seine Hämmer Richtung „Raumschiff Erde": Weltweit toben in jeder Minute an die 2000 Blitze zwischen Wolkenschicht und Erdoberfläche, aber nur jeder siebte kommt tatsächlich am Boden an. Gewitter entstehen durch rasches Aufsteigen feuchtwarmer Luft und deren rasche Abkühlung. Die Vorgänge sind mit einem riesigen Generator zu vergleichen, der in der Gewitterwolke so lange arbeitet, bis es durch hohe Spannungen zu elektrischen Entladungen kommt. Blitzdauer: eine tausendstel Sekunde, permanente Leistung: vier Milliarden Kilowatt. Das ist fast dreimal so viel, wie der größte Kernreaktor der Welt im litauischen Ignalinsk mit seinen 1500 Megawatt schafft.

Ein Hauptblitz mit seinen 3,5 Zentimeter Dicke ist bis zu 300 Millionen Volt stark, wenn er seinen Weg zur Erde findet: Autozündkerzen lassen ihre Funken bei 15 000 Volt überspringen. Blitze erreichen Stromstärken von 20 000 Ampère, im Hauptkanal oft bis zum Zehnfachen: 1000 Hochleistungsmotore von Elektrolokomotiven bringen das zusammen auf die Räder.

Ein Durchschnittsblitz wartet mit einer Leistung von rund 100 Kilowattstunden auf. Das ist der 5000. Teil des Stroms, den ein modernes Kohlekraftwerk in einer Stunde erzeugt und ein *Durchschnittshaushalt* in zehn Tagen verbraucht. Aus physikalischen Gründen ist es unmöglich, Blitze einzufangen und als stille Reserve auf Lager zu legen. Das rollende Donnergetöse wird durch die kurzzeitige Erhitzung im etwa vier Zentimeter breiten Blitzkanal auf etwa 30 000 Grad und die damit verbundene explosionsartige Ausdehnung der Luft erzeugt.

Die Häufigkeit von Gewittern nimmt polwärts ab. In Mitteleuropa beträgt die Anzahl der Gewittertage etwa 20–30, in den feuchten Tropen bis zu 200 im Jahr. An die 750 000 Blitze gehen jährlich auf Deutschland nieder. 1983 kam es zu zehn Blitzunfällen, bei denen acht Menschen getötet und 33 verletzt wurden.

DIETER THIERBACH



Ein Bild elementarer Urgewalt, ungebändigter Kraft: Hier entlädt sich in einer tausendstel Sekunde – blitzschnell – die unvorstellbare Menge von vier Milliarden Kilowatt. FOTO: GAULS PRESSEDIENST

Donner und Sturm brachen Hitzewelle

Schwere Ernteschäden in Deutschland und Frankreich

DW. **Hamburg**

Mit heftigen Gewittern und orkanartigen Stürmen über weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" ging in der Nacht zum Donnerstag die erste Hitzeperiode dieses Sommers zu Ende. Katastrophale Böen, Wolkenbrüche und Blitzeinschläge sorgten für Millionenschäden. Mindestens zwei Menschen verloren in Deutschland ihr Leben.

An der Ostseeküste peitschten die Stürme meterhohe Wellen auf. Auf der Insel Fehmarn wurden Boote über die Deiche an Land geschleudert. Ein 46jähriger Mann, der zu einer Anglergruppe auf der Insel gehörte, wurde am späten Mittwochabend auf einem Deich vom Blitz getroffen und war sofort tot. In der „DDR" starb ein Motorradfahrer im Kreis Ludwigslust. Er wurde von einem Baum erschlagen, den eine Bö entwurzelt hatte. Wie die Nachrichtenagentur ADN meldete, brach im Norden der „DDR" in mehreren Bezirken für kurze Zeit die Energieversorgung zusammen, nachdem der Sturm die großen Überlandleitungen beschädigt und Leitungsmasten umgerissen hatte. In Erfurt wurden Windgeschwindigkeiten bis zu 150 Kilometer pro Stunde gemessen. Entwurzelte Bäume, Äste und abgerissene Dächer blockierten mehrere Straßen.

Ausnahmezustand

In Niedersachsen waren insbesondere die Gebiete um Hannover, Braunschweig und Lüneburg betroffen. Hier machten entwurzelte Bäume ebenfalls zahlreiche Straßen unpassierbar. Gärten und Felder wurden von Sturm und Hagelschlag verwüstet. Blitzschläge setzten mehrere Gehöfte in Brand. Die Flammen konnten aber schnell gelöscht werden.

In Frankfurt, wo die Berufsfeuerwehr um 23.07 Uhr für etwa zwei Stunden den Ausnahmezustand verhängte, waren Polizei, Technisches Hilfswerk und darüber hinaus sämtliche verfügbaren Ordnungskräfte die ganze Nacht im Einsatz. Böen mit Geschwindigkeiten bis zu 120 Kilometer pro Stunde rissen mindestens 25 Bäume um, zertrümmerten einige Dutzend Autos und wirbelten zwölf Bauzäune durch die Luft.

Drei Bundesbahnstrecken in Hessen konnten auch gestern früh ihren Verkehr noch nicht wieder aufnehmen, nachdem die Oberleitungen beschädigt waren. In den Unwettergebieten kamen im Schnitt vier Liter pro Quadratmeter herunter; den absoluten Rekord meldete Gießen mit der mehr als vierfachen Menge.

Kühlere Temperaturen

Nach Ansicht der Meteorologen folgen diesem Wärmeeinbruch jetzt kühlere Temparaturen mit Höchstwerten um 25 Grad. Für das Wochenende muß mit weiter abnehmenden Temperaturen gerechnet werden. Vor diesem Wettersturz wurden Mittwoch die höchsten Temperaturen dieses Jahres gemessen, die wie beispielsweise in Stuttgart mit 37,2 Grad noch um wenige Zehntelgrad höher lagen als im Supersommer des vergangenen Jahres. Nach der baden-württembergischen Metropole maß Berlin mit 37 Grad die höchsten Temperaturen, gefolgt von München und Dresden, wo 36 Grad abgelesen wurden. Dagegen war es in Niedersachsen mit 30 Grad fast erfrischend kühl.

Schwere Gewitter richteten auch in Frankreich erhebliche Ernteschäden an. Drei Menschen starben. Zwei bei einem Autounfall, als ihre Pkw bei Aquaplaning die Steuerungsfähigkeit verloren. Eine Touristin wurde von *einer Pappel erschlagen, die vom* Blitz gespalten wurde. Drei Menschen werden noch vermißt.

Aus mehreren Orten in Burgund und aus den Vogesen wurden zahlreiche Verletzte gemeldet, die alle von Dachziegeln und bis zu hühnereigroßen Hagelkörnern getroffen wurden. In zwei Dörfern in der Nähe von Epinal wurden fast alle Häuser beschädigt. Dort kamen Hagelkörner mit einem Gewicht von bis zu 300 Gramm herunter.

In Chile wurden bei einer Serie von Unwettern in den vergangenen zehn Tagen *mindestens 49 Menschen* getötet. 45 Personen werden noch gesucht. 80 000 Einwohner der Seebäder Vina del Mar und Renaca mußten nach schweren Überschwemmungen ihre Häuser verlassen.

Die kleine Marlies ist tot

AP, **Bonn**

Die vor fast einem Monat spurlos verschwunde Professorentochter Marlies Magiera aus Lohmar-Honrath bei Siegburg ist tot. Wie die Bonner Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, wurde die Leiche des dreieinhalbjährigen Mädchens am frühen Mittwochabend in einem Bachbett bei Lindlar von einem Bauern entdeckt, der dort seine Kühe zur Tränke bringen wollte. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ist das kleine Mädchen bereits seit längerer Zeit tot. Über die Todesursache oder ein mögliches Verbrechen wollten die Behörden zunächst keine Angaben machen. Die Tochter des Staatsrechtlers Professor Siegfried Magiera und seiner amerikanischen Frau Patricia war am frühen Abend des 13. Juni in der Nähe ihres Elternhauses verschwunden. Sie war zuletzt beim Spielen in einem Sandkasten gesehen worden. Trotz tagelanger Suchaktionen von Hundertschaften der Bereitschaftspolizei war von dem Mädchen keine Spur entdeckt worden.

Verfahren eingestellt

dpa, **Koblenz**

Aufgrund dauernder Verhandlungsunfähigkeit wegen schwerer Kreislaufstörung hat das Landgericht Koblenz das Verfahren gegen den 58jährigen ehemaligen Assistenzarzt Wolfgang Maser vom evangelischen Stift St. Martin am 15. Verhandlungstag eingestellt. Der Chirurg war zusammen mit seinem früheren Chefarzt Friedhelm Zaborsky angeklagt, durch Kunstfehler bei einer Gallenoperation den Tod zweier Patienten verschuldet zu haben. Zaborsky verbüßt gegenwärtig eine 15jährige Haftstrafe wegen Mordes an seiner Ehefrau.

Rheumamittel verboten

rtr, **Berlin**

Das Rheumamittel „Flosin" der italienischen Firma Farmitalie Carlo Erba GmbH darf zunächst bis zum 31. Oktober nicht weiter vertrieben werden. Tierversuche ergaben den Verdacht auf eine krebserregende Wirkung des Bestandteils Indoprofen.

Konten-Preisgabe bestraft

dpa, **Lausanne**

Zwei Mitarbeiter der Schweizerischen Bankgesellschaft sind vorgestern zu vier beziehungsweise drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie hatten dem französischen Zoll Computerunterlagen über Schweizer Bankkonten französischer Staatsbürger ausgehändigt. Die Anklage lautete auf „wirtschaftlichen Nachrichtendienst", Verstoß gegen das Bankengesetz und Diebstahl. Ein französischer Zollbeamter hatte den Angestellten für ihre Auskünfte umgerechnet 166 000 Mark bezahlt.

Verpackungsschäden

rtr, **Peking**

Unsachgemäße Verpackung soll der chinesischen Wirtschaft im vergangen Jahr Verluste von rund fünf Milliarden Dollar verursacht haben. Unter den beschädigten Gegenständen befanden sich Eier im Wert von 50 Millionen Dollar und 80 Prozent des transportierten Glases.

Vermögen veruntreut

dpa, **New York**

Mehr als 100 Millionen Dollar aus dem Besitz der Sekte „Scientology Church" soll deren ehemaliger Vorsitzender, der Amerikaner L. Ron Hubbard, auf seine Privatkonten in Liechtenstein und Luxemburg transferiert haben. Gegen die Sekte laufen in mehreren Ländern, darunter auch in Deutschland, Ermittlungen.

Todesstrafe vollstreckt

rtr, **Jackson**

Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Ivon Ray Stanley wurde gestern früh in Jackson im US-Bundesstaat Georgia auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Der Oberste Gerichtshof hatte die Aussetzung der Strafe abgelehnt.

Neue Panschöl-Prozesse

AFP, **Madrid**

Elf weitere Personen wurden gestern in Madrid in dem Verfahren um das gepanschte Speiseöl angeklagt, durch dessen Verzehr seit 1981 351 Menschen gestorben sind. Damit stehen insgesamt bereits 41 Personen vor Gericht.

Tollwutwarnung

lnw, **Bergisch Gladbach**

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es die meisten Tollwutfälle Europas. Wie der Bundesverband der Innungskrankenkassen in Bergisch Gladbach gestern berichtete, müssen jährlich 3000 bis 5000 Menschen gegen Tollwut geimpft werden, weil sie mit einem tollwutverdächtigen Tier in Berührung gekommen sind. Die Impfung sei die einzige Rettung. Nicht oder nicht rechtzeitig behandelte Tollwut ende immer tödlich. Die Viren werden von allen warmblütigen Tieren auf den Menschen durch Beißen oder Lecken übertragen.

Taiwan schließt nach neuem Unglück alle 110 Bergwerke

Zweite Katastrophe innerhalb eines Monats fordert 103 Opfer

dpa, **Taipeh**

Das zweite Grubenunglück, das sich innerhalb eines Monats im Norden von Taiwan ereignete, hat sich zur bisher größten Katastrophe in der Bergwerksgeschichte der chinesischen Inselrepublik ausgeweitet.

Von den insgesamt 125 Bergarbeitern, die am Dienstag durch ein Feuer in der Zeche von Juifang, 50 Kilometer nordöstlich von Taipeh, bis zu 2000 Meter tief eingeschlossen worden waren, wurden bis gestern nach Angaben der Polizei 102 tot geborgen. Ein weiterer werde noch vermißt. Der erste von 22 Überlebenden konnte von den Rettungsmannschaften erst 27 Stunden nach dem Unglück geborgen werden. Erst vor drei Wochen waren in einem anderen Kohlebergwerk südlich der Hauptstadt 74 Menschen ums Leben gekommen.

Obwohl Taiwans Bergwerke schon lange für ihre hohen Todes- und Unfallraten bekannt sind, entschloß sich die Regierung erst nach dem jüngsten Unglück zum Handeln und ordnete am Mittwoch die vorübergehende Schließung aller 110 Kohlegruben für eine allgemeine Sicherheitsinspektion an. Präsident Chiang Ching-Kuo forderte außerdem harte Bestrafung für alle Verantwortlichen.

Nach offiziellen Statistiken von 1983 kamen in den letzten zwölf Jahren in Taiwans Bergwerken 859 Grubenarbeiter ums Leben, 39 000 erlitten Verletzungen. Nach dem Urteil chinesischer Experten verzichteten die Unternehmen über Jahrzehnte auf die kostspielige Modernisierung der Zechen, um die eigene Kohle gegen die Importe konkurrenzfähig zu halten. Wie es heißt, dürften nicht mehr als 50 Zechen der Sicherheitsüberprüfung standhalten. In Taiwan werden jährlich rund 2,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert.

Nach Angaben der Polizei wurde das Feuer, das auch einige Stollen zum Einsturz brachte, am Dienstag vermutlich durch eine überhitzte Kompressoranlage ausgelöst. Während der Brand in der ersten Nacht gelöscht werden konnte, gelang es den Bergungsmannschaften nicht, Frischluft zu den in tiefer gelegenen Stollen eingeschlossenen Bergleuten zu pumpen. Die meisten von ihnen starben an Kohlenmonoxidvergiftung. Der 40jährige Wu Jung-Kui, der als erster Überlebender herausgeholt wurde, rettete sich in 300 Metern Tiefe vor dem Erstickungs-Tod, indem er seinen Kopf mit einem feuchten Tuch umwickelte und sich über 24 Stunden in eine selbst gegrabene Vertiefung preßte.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Der Ausläufer eines bei den Färöer-Inseln angelangten Tiefs schwenkt im Laufe des Tages über Deutschland hinweg. Er wird jedoch nur im Norden spürbar wetterwirksam.

Deutscher Wetterdienst 12. Juli 1984, morgens.

Vorhersage für Freitag:

Im Norden meist stark bewölkt und gelegentlich etwas Regen oder Schauer. Höchsttemperaturen 18 bis 23 Grad. Im übrigen Vorhersagegebiet teils heiter, teils wolkig und nur vereinzelt Niederschlag. Höchsttemperaturen zwischen *24 und 28 Grad*. Tiefstwerte um 15 Grad. Schwache bis mäßige Südwestwinde.

Weitere Aussichten:

Heiter bis wolkig und meist niederschlagsfrei. Wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenh.	20°
Dresden	20°	Las Palmas	23°
Essen	20°	London	19°
Frankfurt	22°	Madrid	25°
Hamburg	19°	Mailand	29°
List/Sylt	16°	Mallorca	30°
München	23°	Moskau	25°
Stuttgart	21°	Nizza	27°
Algier	33°	Oslo	14°
Amsterdam	19°	Paris	20°
Athen	24°	Prag	27°
Barcelona	27°	Rom	30°
Brüssel	18°	Stockholm	19°
Budapest	32°	Tel Aviv	30°
Bukarest	29°	Tunis	34°
Helsinki	20°	Wien	30°
Istanbul	27°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Sonnabend: 5.07 Uhr, Untergang: 21.40 Uhr; **Mondaufgang:** 23.04 Uhr, Untergang: 5.56 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit 60 populär wie nie: das „Eis am Stiel"

AP, **Düsseldorf**

1924 ist ein aufregendes Jahr. Die Berliner müssen sich an Neuigkeiten gewöhnen: die erste Automobilausstellung wird eröffnet, die S-Bahn wird elektrifiziert, und aus der Philharmonie erfolgt die erste Rundfunkübertragung. Die Damen tragen Bubiköpfe, und man tanzt den Shimmy.

Für Kinder und Erwachsene ist der Sommer des Jahres 1924 aber noch aus einem anderen Grund aufregend. Das „Eis am Stiel" taucht in Deutschland auf. Die Alleinherrschaft des Eiskarrens mit Deckel und Glocke ist *damit gebrochen. Die „kalte Pinn"* gewinnt rasch so viele Liebhaber, daß bereits 1930 im Deutschen Reich eine Speiseeis-Industrie ihre Produktion aufnimmt.

Seitdem hat der Verzehr von Speiseeis aller Art rasant zugenommen. Bis zu 40 000 Stieleisexemplare spuckt heute eine moderne Maschine stündlich aus. Im vergangenen Jahr lag in Deutschland der Verbrauch bei 420 Millionen Liter. Jeder Deutsche lutscht statistisch jährlich 6,8 Liter Eis. Übertroffen werden die Deutschen im internationalen Vergleich *nur noch von* den Iren, Dänen, Schweizern und Schweden. Weit an der Spitze des „Eisbergs" stehen jedoch die Amerikaner, die mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 18,8 Liter fast das Dreifache konsumieren wie die Deutschen. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat denn gerade auch in den USA den nationalen Eiscreme-Monat ausgerufen. Begründung: Speiseeis sei nahrhaft und erfreue viele Millionen Landsleute.

Aus der Neuen Welt kam auch die beinahe revolutionäre „Eis-am-Stiel"-Idee. Am 9. Oktober 1923 ließ sich der Geschäftsmann Harry B. Burt aus *Youngstown im US-Staat* Ohio ein „Gerät zur Herstellung von gefrorenem Konfekt" patentieren, das in der ganzen Welt Abnehmer fand. Durch eine deutsche Erfindung – der von Carl von Linde im Jahre 1867 entwickelten Kälteanlage – wurde es schon Ende des vergangenen Jahrhunderts möglich, Speiseeis in großem Stil herzustellen.

Auf den Geschmack von Eis kam man aber nicht erst in der Neuzeit. Lange vor den Römern hatten schon die Griechen die Vorzüge der Eiszubereitung entdeckt. Vom mazedonischen Kaiser Alexander ist bekannt, *daß er sein Offizierskorps mit* gesüßtem Gipfelschnee bewirtete. Der kaiserliche römische Feinschmecker Nero schickte in Eilmärschen Stafetten zu den Alpengletschern, um seinen Gästen mit Rosenwasser, Honig, Früchten und Baumharz vermischtes Eis vorsetzen zu können. Goethe und Bismarck endlich schwärmten von Himbeereis.

Im Kampf der Sylter Kurorte wurde Wenningstedt nunmehr 125 Jahre alt

PETER M. WOLF, **Wenningstedt**

„Wer aber wirklich Ruhe sucht, dabei aber nicht alle Bequemlichkeit missen und nicht ganz in die Einsamkeit fliehen mag, der geht nach Wenningstedt", so warb der Verkehrsverein von Wenningstedt, dem zweitgrößten Badeort der Insel Sylt, vor siebzig Jahren. Schon damals grenzte sich der Ort, der heute sein 125jähriges Bestehen als Nordsee-Heilbad feiert, ganz bewußt von dem geschäftigen Westerland ab. Die Rivalität zwischen beiden Kurorten hat Geschichte, die so alt ist wie Wenningstedt selbst.

Trotz der übermächtig erscheinenden Konkurrenz hat sich der nördlich von Westerland gelegene Ort zu einem bedeutenden Heilbad entwikkelt. Im vergangenen Jahr verbrachten hier fast 50 000 Gäste ihren Urlaub. Die Anfänge jedoch waren bescheiden.

Als im Jahre 1859 der Fremdenverkehr begann, war das heutige Familienbad ein kleines Dorf mit knapp 50 Einwohnern. Die Kurliste des Jahres 1867 gibt die Zahl der Wenningstedter Gäste mit 44 an. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts dürften es kaum mehr gewesen sein. Das Geschäft mit den Sommerfrischlern war für die Bauern des Ortes kaum mehr als ein willkommenes Zubrot.

Es war schwierig, dorthin zu kommen. Wie „langsam und unpräzis" die Bahnbeförderung der Gäste damals war, geht aus einer Aufzeichnung des Professors Hallier aus dem Jahre 1866 hervor: „Das Stoßen der federlosen Wagen ist erbarmungslos. Für Hypochonder mag dieses gewaltige Durchschütteln und Rütteln eine gute Vorkur sein...

Der 1. August 1893 war ein schwarzer Tag in der Geschichte des aufstrebenden Badeortes. Die Badegerechtsame von Wenningstedt wurde an Westerland verkauft. Die Folge: 34 Jahre lang bestimmte die Nachbargemeinde das Geschehen. Erst 1927 ließ sich Westerland dieses Recht für 30 000 Mark abkaufen plus noch einmal 30 000 für die 428 Strandkörbe.

In der Zwischenzeit hatte sich der kleine Ort jedoch mit Hilfe des Fremdenverkehrs deutlich entwickelt. Die ersten Hotels im Stil der Gründerzeit entstanden, und die Gebäudezahl des Ortes stieg bis 1914 auf 100. Im Central-Hotel kostete damals ein Doppelzimmer 12 bis 18 Mark pro Woche und ein „Guter Bürgerlicher Mittagstisch 1,50 Mark". Die heutige Übernachtung kostet mit Frühstück zwischen 35 und 220 Mark.

Gebühren – heute ein ständiger Quell des Ärgers – gab es in Wenningstedt auch *schon* vor 100 Jahren. In seinem „Praktischen Wegweiser auf der Insel Sylt" berichtet anno 1889 C. Hepp: „Die Bädertaxe für ein Bad beträgt 50 Pfennig, für die Benutzung eines Badelakens 10 Pfennig." Natürlich gingen Damen und Herren bis zum Jahre 1910 streng nach Geschlechtern getrennt zum Bade. Das waren die Zeiten, da der Handel mit Ferngläsern noch enorm gewesen sein soll.

Lief auch das Geschäft mit den Touristen von Jahr zu Jahr besser, vor allem seit dem Bau des Hindenburgdamms (1927), so wurde Wenningstedt doch immer wieder durch Sturmfluten zurückgeworfen. Etliche Gebäude sind im Laufe der Jahre über die Kliffkante in die Tiefe gerutscht. 1976 brach das Kliff bis vor die betonierte Kurpromenade ab. 1980/81 wurde auch die Promenade ein Opfer des „Blanken Hans". Rund 35 Meter Land *sind seit* 1954 auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Und dabei wird es nicht bleiben.

Der Sylt-Chronist C. P. Hansen berichtete von solchen Schicksalsschlägen schon 1859: „Im Westen des jetzigen mittleren Teiles der Insel soll ein bedeutender Fischerort namens Wenningstadt gelegen haben. Im Jahre 1362 ... wäre dieser Ort durch eine Überschwemmung untergegangen. Die wenigen Überlebendenn hätten sich darauf rings um einen kleinen See (dem heutigen Dorfteich) angebauet und den Ort nach dem verschwundenen Ort benannt."

Der alte Dorfkern um den malerischen Dorfteich herum ist noch heute seine schönste Stelle. Mancher Stammgast, der wie Werner Höfer jahrzehntelang dem freundlichen Ort die Treue gehalten hat, wird den Worten von Julius Rosenberg zustimmen: „Wer den Luxus nicht entbehren kann, der hat die Modebäder; wer aber nach Sylt kommt, der will Ruhe haben, der will allein sein mit dem Meer und der Heide...", hieß es schon 1867 über den Jubilar von heute.



Kaum war die Geschlechtertrennung aufgehoben, drängte es die Männer an die Seite der „holden Weiblichkeit". Dieser Schnappschuß aus dem Jahre 1910 beweist es. FOTO: DIE WELT

ZU GUTER LETZT

„Das Hemd macht sich selbständig." Überschrift einer Meldung von dpa zum internationalen Modetrend.

Magazin für die Freizeit

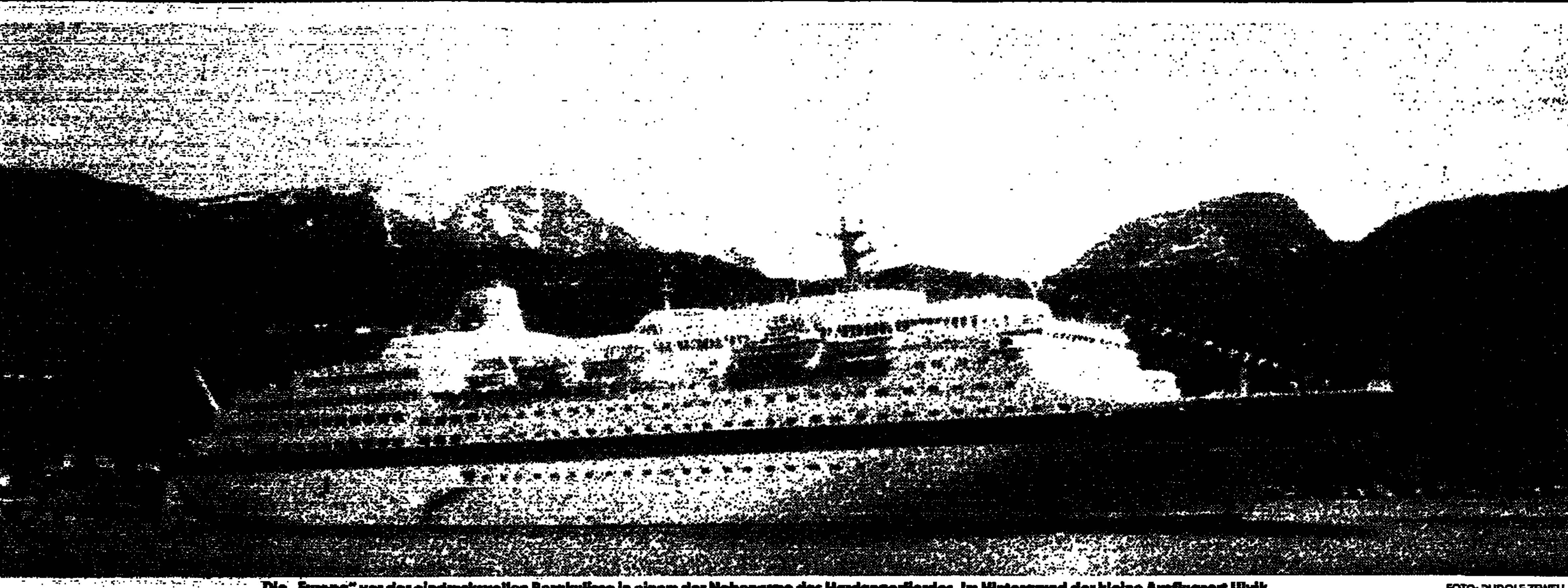
REISE WELT

mit Auto · Hobby · Sport · Spiel

Freitag, 13. Juli 1984 · Nr. 162 · DIE WELT







Die „Europa" vor der eindrucksvollen Bergkulisse in einem der Nebenarme des Hardangerfjordes. Im Hintergrund der kleine Ausflugsort Ulvik FOTO: RUDOLF ZEWELL

KREUZFAHRT / Mit der neuen „MS Europa" von Bremerhaven zu Norwegens schönsten Fjorden

Sommerliche Reise ins Reich der Trolle

Die ersten Trolle, die wir zu Gesicht bekamen, sahen lustig aus. Die kleinen Kobolde drückten ihre Knollennasen vorwitzig an die Scheibe des Souvenirladens. Aber es waren eben nur aus Holz geschnitzte. Die echten Trolle verstecken sich nämlich vor den Menschen, die in Reisebussen zu ihnen hochgeklettert kommen, um ihr Reich zu bestaunen – Norwegens Fjord- und Gletscherwelt.

Begonnen hatte die einwöchige Norwegen-Kreuzfahrt auf der neuen „Europa" mit einer Bewährungsprobe für Schiff und Passagiere: Windstärke zehn und sehr grobe See. Unterhaltung war wenig gefragt in diesen schweren Stunden, umso mehr die Pillenkästchen der Kabinenstewards, wollte man doch am Abend beim Kapitänsempfang einen guten Eindruck hinterlassen. Nur ein paar unerschütterliche „Friskeluftmennesker" (wie die Norweger sagen) lagen in Decken eingemummelt in leewärts aufgestellten Liegestühlen. „MS Europa" hielt sich dank Käpt'n Helmut Raasch und dank der neuartigen Stabilisatoren prächtig.

Welch angenehme Überraschung dennoch, als beim Erwachen am Morgen des zweiten Tages das Schiff durch das ruhige Wasser des Romsdalsfjordes glitt und die ersten weiß und rotbraun gestrichenen Holzhäuschen vom schmalen Uferstreifen herüber grüßten. Vor dem 3000-Seelen-Nest Åndalsnes gingen wir auf Reede.

Dann hieß es: hinein in den Bus, heraus aus dem Bus, Fotoapparat gezückt und ein Naturschauspiel nach dem anderen abgehakt – Trollveggen, Trollstigen, Trollstigheimen, Serpentinen, Wasserfall, Nebel, Schnee. Kaffee und Kuchen inbegriffen. „Warum sind wir nicht auf dem Schiff", meinte einer der Vielgereisten gelangweilt, „dort fängt jetzt das Bingo an."

Bingo wirkt wie ein Zauberwort auf der „Europa". Niemand weiß so recht, ob der Grund dafür in den Gewinnchancen dieses Zahlenlottos oder in der dunklen Stimme des Oberstewards Peter Wiegand liegt. Das Unterhaltungs-Programm an Bord kommt an, sei es die Bayern-Gaudi oder der Gala-Abend mit Zaubergeiger Helmut Zacharias. Rauschender Beifall für geweckte Erinnerungen an glückliche Stunden bei „Ich küsse Ihre Hand, Madame . . .".

Wer gerne tanzt, ist bei der „Europa" auf dem richtigen Dampfer: Aufwärmen mit der glänzenden Show-Band „We Together" im Europa-Salon, der wie alle Gesellschaftsräume in dezenten Farben gehalten ist, am späten Abend Wechsel in die Clipper-Bar zu lateinamerikanischen Rhythmen der Joe Vedder Band. Und um Mitternacht ab in die „Kajüte". In unmittelbarer Nachbarschaft der beiden 28 940-PS-Antriebsdiesel erklingt hier Disco-Sound bis in die frühen Morgenstunden.

Dann dauert es nicht mehr lange, und die ersten Frühaufsteher ziehen ihre Runden über Deck. Um sieben Uhr gibt's nämlich schon Kaffee und Gebäck auf dem Lidodeck. Die meisten Gäste beginnen ihren kulinarischen Tageslauf aber mit einem Blick über das große Frühstücksbuffet im Restaurant. Leger, in Pullover oder Polohemd, geht es nach Deckpromenade, Frühschoppen und einer Partie Shuffleboard zum Mittagstisch (zwei Sitzungen, wie abends auch). Das Auge wandert über die Karte, über Menü- und Diätvorschlag und eine reiche à la carte Auswahl für alle Gänge. Die Küche hat hohes Niveau, was Geschmack und Verarbeitung betrifft, wenn ihr auch die allerletzte Raffinesse fehlt. Die „Europa" ist eben ein deutsches Schiff mit allen Vorteilen und auch einigen kleinen Nachteilen. Ein großes Plus: die Portionen sind so bemessen, daß fast jeder sich zweimal am Tag durch die Karte essen kann, ohne zuzunehmen. Die kleinen Essen zwischendurch und Kaffee und Kuchen werfen diese Kalorien-Kalkulation allerdings über den Haufen. Da hilft es auch nichts, im Fitnessraum zu strampeln oder achteinhalb Runden zu schwimmen.

Doch wahre Genießer nehmen sowieso keine Rücksicht darauf, sie sind mit ihren Gedanken schon beim Ausflug des nächsten Tages. Abfahrt vom Schiff: acht Uhr, eine ungewöhnlich frühe Zeit. Aber wir werden belohnt. Der etwa einstündige Aufstieg zum Briksdalsgletscher durch ein sattgrünes Tal, gesäumt von Birken, Kiefern und Fichten, gehört zu den eindruckvollsten Erlebnissen der Reise. Wildromantisch zwängt sich der milchigweiße Gletscherbach durch Felsen, stürzt in Kaskaden zu Tal, feine Gischt versprühend. Am Wegesrand blühen Fingerhut, Glokkenblumen, Silberwurz, Fieberklee, Zwerghahnenfuß. Letzte Farbtupfer vor der Geröll-Landschaft der Moränen, in der sich eben noch Moose und Flechten behaupten können. Und dann liegt er vor uns, der riesige Finger, den Europas größtes Eisfeld, der Jostedalsbreen, tief ins Briksdal hinunterstreckt. Auf dem schmutziggrünen Gletschersee treiben bizarre Gebilde aus Eis. Grollender Donner in der Höhe kündet von der Arbeit der Eisdecke. Schnell noch ein Erinnerungsfoto am Rande einer Gletscherspalte. Aufbruch ins Tal.

Während der Fahrt mit den Booten zum Dampfer hat so mancher bereits das Gefühl, nach Hause zurück zu kehren, auf „sein" Schiff, das majestätisch vor der Kulisse der schneebedeckten Bergriesen liegt. Viele der Passagiere sind nicht das erste Mal dabei. Stolz tragen einige die goldene Nadel für mehr als 150 See-Tage auf der „Europa".

Tags darauf empfing uns Bergen, die alte Hansestadt, mit trübem Wetter. Wir besuchten die romanische Marienkirche und stolperten durch die Bryggen, die ehemaligen engen Wohnungen und Kontore der deutschen Kaufleute mit alten dunklen Bohlen und getrockneten Stockfischen an der Decke – Museumsluft. Am Nachmittag präsentierte sich uns die Stadt von ihrer schönsten Seite, mit Gamle (Alt-) Bergen im Sonnenschein bei 20 Grad Celsius.

Der letzte Tag gehörte der Erholung auf See. Und da trat auch der alte Mann aus Riga mit seinem silbernen Stock zu uns an die Reling und sagte lächelnd: „Diesmal habe ich einen gesehen, im Fels versteckt. Es gibt sie also wirklich, die Trolle . . ."

RUDOLF ZEWELL

*

Angebot: „MS Europa" geht in diesem Sommer noch viermal auf Nordlandkreuzfahrt. Preise (pro Person): Norwegen-Spitzbergen-Kreuzfahrt (2. bis 17. August) von 5 410 Mark (Innenkabine) bis 17 030 Mark (Außensuite); Südnorwegen-Kreuzfahrt (17. bis 25. August) von 2 880 bis 9 090 Mark.

Auskunft: Hapag-Lloyd AG, Kreuzfahrten, Postfach 10 79 47, 2800 Bremen 1.

Die Åland-Inseln

Mariehamn

Sind es 6000 oder mehr? Es scheint, als ob niemand sie jemals genau gezählt hätte, die vielen Inselchen und Schären mitten im Bottnischen Meerbusen zwischen Finnland und Schweden.

Jährlich besuchen etwa 1,2 Millionen Touristen die Åland-Inseln. Von Schweden und auch von Finnland verkehren das ganze Jahr Auto-Passagierfähren. Fährhafen auf Åland ist Mariehamn, einzige Stadt des Inselreiches. In Mariehamn wohnt die Hälfte der Åländer Bevölkerung, 11 000 Personen.

Ihre Gründung hat die Stadt Mariehamn dem russischen Zaren Alexander II und seiner Gemahlin Maria zu verdanken, die ihr auch den Namen verlieh. Vor allem ist Mariehamn eine Stadt der Seefahrer. Ende der dreißiger Jahre waren die großen Segler aus Åland die einzigen Windjammer, die noch die Weltmeere befuhren. Die Viermastbark „Pommern" dient heute in Mariehamn als Museumsschiff. Gleich daneben befindet sich das Seefahrtsmuseum.

In Mariehamn kann der Urlauber unter Hotels, Pensionen und Privatzimmern wählen. In der näheren Umgebung und in den ländlichen Bezirken der Hauptinsel stehen Ferienhotels zur Verfügung. Auf dem Lande findet man Unterkunft mit voller Verpflegung in den Heimen von Bauern und Fischern. Am populärsten aber ist der Urlaub im Ferienhaus. Da viele Ferienhäuser winterfest sind, besteht das ganze Jahr über Nachfrage; am besten beißen die Fische im Frühjahr und Herbst!

Åland ist aber nicht nur zum Fischen, sondern auch zum Fahrradfahren ideal. Die abwechslungsreiche Küstenlandschaft mit Klippen und Stränden, Strandwiesen mit seltenen Pflanzen, Wäldern, Bauernhöfen und Fischerdörfchen ist wie geschaffen für das Rad.

Außer den landschaftlichen Sehenswürdigkeiten, mit denen Åland so großzügig bedacht ist, findet man viele historische Bauwerke. Hierzu gehören die bezaubernden mittelalterlichen Kirchen von Jomala, Hammarland, Eckerö, Finnström, Kumlinge und Kökar, von denen etliche wertvolle Kunstschätze bergen. Viele dieser heute etwa 800 Jahre alten Kirchen wurden ursprünglich zu Verteidigungszwecken angelegt.

Ebenfalls von historischem Interesse ist die aus dem 14. Jahrhundert stammende Burg Kastelholm. Ihr Bauherr war Bo Jonsson Grip, Lordkanzler von Schweden, und mit ihrer Geschichte sind Namen wie Gustav Wasa und Gustav II. Adolf verknüpft. In der Mitte des 18. Jahrhunderts fiel Kastelhom weitgehend einem Brand zum Opfer. In einem Flügel sind heute die Schätze des kulturhistorischen Museums von Åland untergebracht.

Ein Höhepunkt bei einem Besuch auf den Åland-Inseln ist sicherlich der Ausflug zu dem verträumten Fischernest Eckerö. Gut gerüstet mit frischem Räucherfisch aus der Räucherei am Wege und einem finnischen Wodka sollte man sich ein Picknick auf einer der blankpolierten buckligen Schären gönnen.

SILVIA M. PROPP

*

Auskunft: Finnisches Fremdenverkehrsamt, Rothenbaumchaussee 11, 2000 Hamburg 13.

NACHRICHTEN

Plus für Europas Airports

Fast alle großen europäischen Airports haben 1983 mehr Fluggäste als ein Jahr zuvor gezählt. Bis auf Madrid, Amsterdam und Kopenhagen – die ihr Vorjahresziel nicht erreicht haben – legten die Flughäfen zwischen 11,8 Prozent (London-Gatwick) und 1,2 Prozent (Paris-Orly) zu. Auch der Frankfurter Flughafen blieb auf Wachstumskurs: rund 17 Millionen Fluggäste (plus 3,1 Prozent) starteten oder landeten im vergangen Jahr auf Rhein-Main. Nahezu unverändert blieb die Rangliste bei den Passagierzahlen im direkten Vergleich: London-Heathrow ist nach wie vor Europas größter Airport mit 26,7 Millionen Fluggästen, gefolgt von Frankfurt (17,0 Millionen), Paris-Orly (16,3), Paris-Charles de Gaulle (13,4) und London-Gatwick (12,5).

Schweiz: Auto-Kontrollen

Ab sofort müssen alle Autofahrer in der Schweiz mit noch stärkeren Radarkontrollen rechnen. Neu zugelassene Methoden messen jetzt die Fahrgeschwindigkeit auch vor und nach Brücken. Es gelten folgende Geschwindigkeitsbeschränkungen: 50 oder 60 Stundenkilometer innerorts, 100 auf Landstraßen und 130 auf Autobahnen.

Bank-Service

Deutschen Reisenden, die die Olympischen Sommerspiele in Los Angeles besuchen, stehen bei der First Interstate Bank of California im Convention Center (Press Center), Ecke 11th und Trenton Street sowie im Biltmore Hotel, South Olive Street, Commerzbank-Mitarbeiter für alle Bank-Dienstleistungen zur Verfügung. Für die Zeit vom 14. Juli bis 17. August werden in der Bank auch Euroschecks bis zu einem Betrag von 175 US-Dollar angenommen. Bei der Gebühr gilt eine Sonderregelung: Der Kunde zahlt bei der Einreichung in Los Angeles lediglich einen Dollar pro Scheck.

WÄHRUNGEN

Land	Einheit	Währung	Kurs
Ägypten	1	Pfund	2,60
Belgien	100	Franc	4,98
Dänemark	100	Kronen	28,00
Finnland	100	Fmk	48,25
Frankreich	100	Franc	33,50
Griechenland	100	Drachmen	3,00
Großbritannien	1	Pfund	3,80
Irland	1	Pfund	3,13
Israel	1	Schekel	0,023
Italien	1000	Lire	1,69
Jugoslawien	100	Dinare	2,40
Luxemburg	100	Franc	4,98
Malta	1	Pfund	6,45
Marokko	100	Dirham	34,50
Niederlande	100	Gulden	89,75
Norwegen	100	Kronen	35,75
Österreich	100	Schilling	14,37
Portugal	100	Escudos	2,35
Rumänien	100	Lei	5,75
Schweden	100	Kronen	35,00
Schweiz	100	Franken	120,25
Spanien	100	Peseten	1,85
Türkei	100	Pfund	1,05
Tunesien	1	Dinar	3,50
USA	1	Dollar	2,87
Kanada	1	Dollar	2,18

Stand vom 10. Juli – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

„Die Reise erscheint uns allen etwas wie eine Frau, die auf uns zukommt. Eine Frau, die in der Menge verloren ist und die es zu entdecken gilt."
Antoine de Saint-Exupéry

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

S 423

SCHWEIZ – ITALIEN

217 001 777 as d

ist die FS-Nummer der Anzeigenabteilung DIE WELT/WELT am SONNTAG.
Bitte vermerken Sie auf Ihrem FS: „Für DIE WELT/WELT am SONNTAG Reiseanzeigen."

HOBBY / Archäologie-Ferien in Frankreich und Italien

Mit Spaten und Meßband

Bonn

Auch in diesem Sommer bietet Frankreich an zahlreichen archäologisch wie kunst- und kulturhistorisch wichtigen und interessanten Stätten (nach einer Zusammenstellung in der Zeitschrift „Archéologia") Grabungsmöglichkeiten für Fachleute, aber eben auch für Hobby-Archäologen aus dem Ausland. Voraussetzungen sind möglichst gute französische Sprachkenntnisse, eine Teilnahmezeit von mindestens zwei Wochen, im allgemeinen ein Mindestalter von 18 Jahren und in der Regel vorherige Tetanusschutzimpfung. Die „Grabungslageratmosphäre" ist meist unkompliziert-fröhlich, Völkerverständigung wird praktiziert, man kann menschlich wie fachlich sehr viel lernen, außerdem bietet sich wie selten die Gelegenheit, wichtige Sehenswürdigkeiten, andere Ausgrabungen und Naturschönheiten am Ort und in der Umgebung kennenzulernen. Die Grabungsplätze sind über ganz Frankreich verteilt, angegeben ist in Klammern das betreffende Departement.

Vor- und Frühgeschichte

Brassempuy (Landes), im westlichen Pyrenäenvorland, ist berühmt durch seine steinzeitlichen Statuettenfunde. Neben der Teilnahme an der Grabung (noch bis 30. August) wird solche auch an verschiedenen Konferenzen über Vorgeschichte und Steinzeitkunst geboten. (Auskunft: M. Delporte, Musée des Antiquites Nationales, B.P. 30, F-78103 St. Germain-en-Laye).

Auf der Grabung im vom 8. bis 1. Jahrhundert v. Chr. besiedelten Oppidum von Le Cluzel – nahe der hochinteressanten Stadt Toulouse – dürfen Teilnehmer schon von 16 Jahren an dabei sein; sie benötigen allerdings eine schriftliche Einverständniserklärung der Eltern. Termin: 1. bis 25. August. Grabungserfahrung erwünscht. (Auskunft: Direction regionale des Antiquites Prehistoriques, André Muller, 21/23 bvd. du Roy-René, F-13617 Aix-en-Provence-Principal Cedex.) Für Interessenten prähistorischer Höhlenforschungen empfiehlt sich Le Luy (Haute-Loire). Hier in der Auvergne bieten sich Möglichkeiten, vom 1. bis 20. August die Erforschung einer steinzeitlichen Grottensiedlung „von der Pike auf" kennenzulernen. Archäologie- und/oder Geologiestudenten bevorzugt. (Auskunft: R. Seguy, 11, cours V.-Hugo, F-43000 Le Puy.

Bei Corbère-les-Cabanes (*Pyr.-Orientales*, 20 Kilometer westlich Perpignan) liegt die jungsteinzeitlich/bronzezeitliche Grotte von Montou, sie ist vom 5. bis 30. August Forschungsobjekt. (Auskunft: Françoise Treinen-Claustre, Chragée de Recherche au CNRS, BP 3, Fourques, F-66300 Thuir).

In der berühmten, auch schon griechisch besiedelten und an Sehenswürdigkeiten reichen Stadt Arles an der Rhône konzentrieren sich die vom 31. Juli bis 7. September dauernden, umfangreichen Untersuchungen auf ein erst kürzlich entdecktes Siedlungsgebiet des 6. bis 2. Jahrhunderts v. Chr. Vielseitige Arbeitsmöglichkeiten werden geboten. (Auskunft: Patrice Arcelin, Chargé de Recherche au CNRS, L.A.M.P.O., 5,av.Pasteur, F-13100 Aix-en-Provence).

Römisch-Mittelalterlich

Inmitten der antiken bedeutenden Stadt Perigueux findet eine Rettungsgrabung römerzeitlicher wie mittelalterlicher Überreste statt. Termin: 30. Juli bis 19. August. Archäologische Erfahrung Voraussetzung. (Auskunft: Claudine Gerardy, 1, rue Rousseille, F-24800 Thiviers). In Lattes (*Herault, nahe Montpellier*), an der Stelle des bereits im 6. Jahrhundert v. Chr. gegründeten „Lattara" findet vom 31. Juli bis 30. August die zweite Grabungskampagne der Siedlung des 4. bis 1. Jahrhunderts v. Chr. statt. (Auskunft: Jean-Luc Fiches, Chargé de recherche au CNRS, 4, enclos Rouvière, F-34400 Lunel).

In Balaruc-les-Bains (Herault, nahe Sète) werden vom 5. August bis 1. September im unweit Loupian gelegenen gallorömischen Balaruc weitere Gebäudereste aus dem 3. Jahrhundert n. Chr. freigelegt. (Auskunft: Ch. Pellecuer, 3 bis, Quai Aspirant-Herbert, F-34200 Sète).

In Autun (Saône-et-Loire), inmitten der berühmten Römerstadt Augustodunum mit sehenswerten Römerbauten, findet vom 12. August bis 9. September eine neue Grabungskampagne statt. Archäologische Kenntnisse sind Voraussetzung. (Auskunft: Site et Monuments de Bourgogne du Sud, 38, rue des Forges, F-21000 Dijon, oder C. Sapin, Lantenay, F-21370 Plombières-lèes-Dijon).

Saint-Romain-en-Gal (Rhône): Unmittelbar gegenüber Vienne an der Rhône wird in diesem Stadtteil der einstigen Provinzhauptstadt weiter in einem Gebäudetrakt (1. Jahrhundert vor bis 3. Jahrhundert nach Chr.) gearbeitet, sehr interessanter Grabungsplatz! (Auskunft: Equipe archéologique, Chemin de la Plaine, Saint-Romain-en-Gal, F-69500 Sainte-Colombe.)

Bis 30. August dauern in Poitiers (*Vienne) die Grabungen im Bereich* des Baptistère Saint-Jean; infolge der Besiedlung von gallorömischer Zeit ab und der Errichtung der zahlreichen *mittelalterlichen, noch* erhaltenen Bauten (sehr sehenswerte Stadt) ist diese archäologische, vor allem mittelalterlich orientierte Grabungsstätte besonders interessant. Archäologische Vorkenntnisse wünschenswert. (Auskunft: Direction des Antiquites Historiques Poitou-Charentes, 102, Grand-Rue, F-86020 Poitiers).

Vauclair (Aisne): Vom 26. Juni bis 20. September sind Ausgrabungen in den Ruinen der Zisterzienserabtei angesetzt, wo bereits Überreste einer eisenzeitlichen, gallorömischen und mittelalterlichen Siedlung festgestellt sind. Mindestalter 16 Jahre. (Auskunft: Groupe „Sources", abbaye de Vauclair, f-02000 Laon).

In Ottrott (Bas-Rhin), nahe Obernai im Elsaß, wird vom 1. bis. 12. September an zwei Burganlagen des 12./14. *Jahrhunderts gearbeitet. Sehr schöne* Landschaftslage. Mindestalter 16 Jahre. (Auskunft: Chantiers d'Etudes médiévales, 4, rue de Tonnelet-Rouge, F-6700 Strasbourg).

In Orange (Vaucluse), der einst sehr bedeutenden und noch heute sehenswerte Römerbauten aufweisenden Stadt in der Provence, befassen sich die Ausgrabungen vom 1. August bis 15. September mit gallorömischen Objekten, unter anderem den Festungsanlagen. Mindestalter 16 Jahre; elterliche Einverständniserklärung. (Auskunft: Service Departemental de l'Archeologie de Vaucluse, Conseil général, BP 318, F-84021 Avignon Cedex).

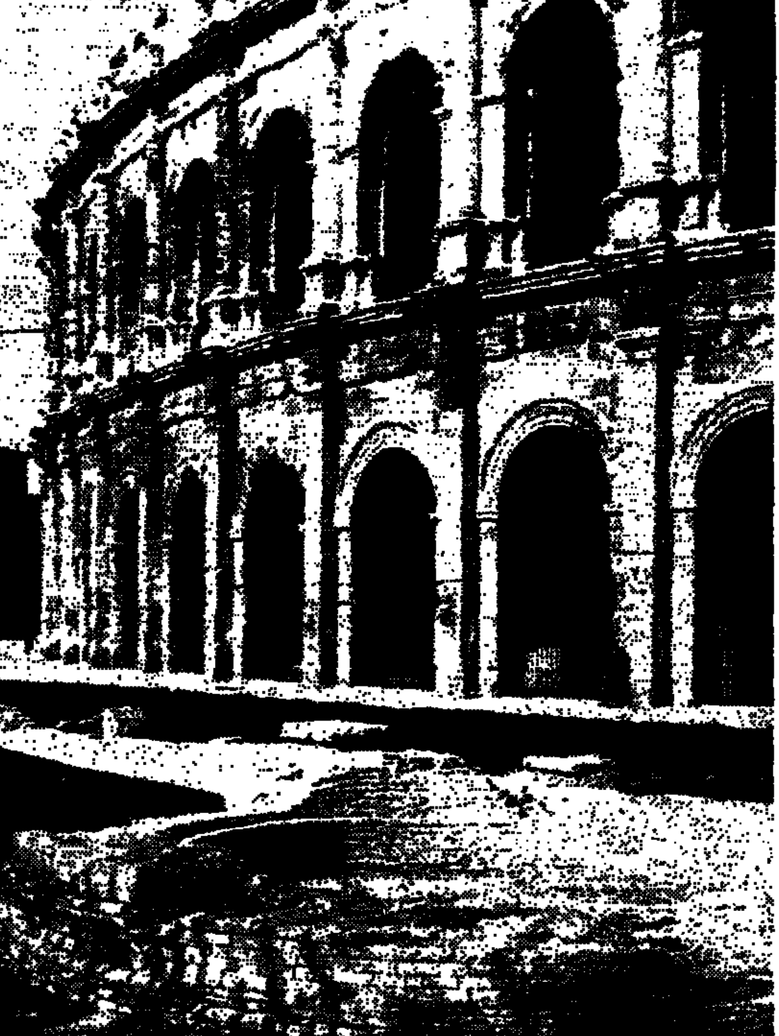
Etruskersiedlungen

Für *Hobby-Archäologen* wird auch in Italien in diesem Sommer eine Reihe interessanter Programme angeboten. Dabei ist allerdings zu beachten, *daß nur in den internationalen* Kursen englisch gesprochen wird, die meisten Kurse werden in italienisch *gehalten. Zum* Beispiel organisiert die „Gruppi Archeologici d'Italia" (Via Tacito 41, I-00193 Roma) im August in Lorenzana bei Pisa ein internationales Camp zum Thema „Thermen von Volterra und Etrusker-Ortschaften von Bientina". Preis einschließlich zahlreicher Exkursionen: 250 000 Lire (420 Mark); Mindestalter 15 Jahre. Vom 13. bis 26. August und vom 26. August bis 7. September in Tolfa bei Civitavecchia Forschungen im Etrusker-Gebiet von Cerveteri. Preis: 250 000 Lire; Mindestalter 16 Jahre. Gleichfalls in Tolfa finden vom 15. bis 28. Juli und vom 29. Juli bis 11. August Einführungen in die Archäologie für Jugendliche von elf bis 15 Jahre. Preis: 300 000 Lire (480 Mark). Vom 30. Juli bis 26. August in Plera (Viterbo) können Hobbyarchäologen an etruskischen Gräberstätten mitarbeiten. Preis: 200 000 Lire (320 Mark). Oder vom 6. August bis 2. September in Vairano (Caserta) über mittelalterliche Schlösser. Preis: *200 000* Lire.

Vom 6. August bis 2. September kann man in Tarquinia (Viterbo) Unterwasserforschung in den Flüssen Marta und Mignone und im antiken Hafen von Clemente betreiben. Preis: 300 000 Lire. Das Centro Camuno Studi Preistorici (Via Marconi 7, I-25044 Capo di Ponte) veranstaltet vom 23. Juli bis 26. August. Lagerschule mit 200 Unterrichtsstunden in Theorie und Praxis an jeweils fünf Wochentagen. Preis: 575 000 Lire (etwa 920 Mark). Das Centro Studi per l'Ecologia del Quaternario (Archäologiemuseum von Pescara) führt vom 7. bis 28. Juli im Pontito (Pistoia) prähistorische, klassische und mittelalterliche Forschungen durch. Preis: 350 000 Lire, Mindestalter 16 Jahre.

Die Cooperative Archeologica di Firenze unternimmt vom 13. bis 22. Juli und vom 3. bis 12. August Forschungen in Felsenhöhlen. Preis: 285 000 Lire (etwa 450 Mark). Dort gibt es auch vom 24. Juli bis 2. August ein Schülerlager für Jugendliche zwischen zehn und 15 Jahren (gleicher Preis).

FHS/M.N.



Wie hier in Nîmes können Archäologie-Freunde in den Ferien in vielen Orten an Grabungen teilnehmen FOTO: F.-H. SCHRÖER

American Airlines : Bessere Verbindungen als J. R.

Frankfurt

„*Als eines der bedeutendsten* Zentren des internationalen Flugverkehrs" hat die US-Fluggesellschaft American Airlines (AA) jetzt auch Frankfurt in ihr Streckennetz einbezogen. Die (nach Passagier-Flugkilometern) zweitgrößte Airline der westlichen Welt gab in der Mainmetropole bekannt, daß sie – vorbehaltlich der Regierungsgenehmigung – ab 11. April 1985 nonstop Frankfurt–Dallas/Fort Worth und Frankfurt–Chicago fliegen sowie Direktflüge nach Denver und San Franzisko anbieten wird.

Ab Juni 1985 sollen alle vier Städte mit täglichen Flugverbindungen zu erreichen sein. Und zwar ausschließlich mit Großraummaschinen des Typs Douglas DC-10-30, deren 240 Sitze im Dreiklassensystem aufgeteilt sind: 26 Sleeper-Seats in der Ersten, 28 Sitze in der Business und 126 in der Economy. American Airlines wird alle *auf dem deutschen* Markt genehmigten Tarife anbieten und außerdem Holiday-Tarife einführen.

Mit dem neuen Flugplan ab Frankfurt sind dann fast alle AA-Ziele mit nur einem Stop in Chicago oder Dallas bequem zu erreichen. Allein ab Dallas/Fort Worth, dem wichtigsten Knotenpunkt und Heimathafen der Fluggesellschaft, können 92 Destinationen zwischen Alaska, Mexiko und den karibischen Inseln täglich mit 560 Anschlußflügen nonstop angesteuert werden. Das neue AA-Terminal 2 E bietet mit eigener Paß- und Zollkontrolle für mehr als 1500 Passagiere in der Stunde beste Voraussetzungen für problemlose Weiterflüge innerhalb der USA. Auch das Airline-eigene Terminal in Chicago wird, nach dem Aus- und Umbau für 188 *Millionen US-Dollar*, Passagieren aus Frankfurt für eine Vielzahl direkter Anschlußverbindungen offenstehen.

Nachdem die US-Fluggesellschaft Delta Airlines seit vergangenem Monat die Strecke Frankfur–Dallas viermal wöchentlich bedient, mag sich mancher fragen, woher die vielen Passagiere plötzlich kommen sollen. Doch da denken amerikanische Luftfahrtexperten anders. Zunächst einmal rechnet AA zum Beispiel mit 75 Prozent Fluggästen aus dem eigenen Land oder von den in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräften. Nur ein Viertel der Passagiere wird nach ihren Schätzungen der deutsche und europäische Markt bringen. Zum anderen zwingt der harte Konkurrenzkampf die amerikanischen Fluggesellschaften zu wettbewerbswirksamen Streckennetzerweiterungen, vorausgesetzt, sie lassen sich wirtschaftlich vertreten. Nicht von ungefähr wirbt American Airlines mit dem Slogan: „Wir haben mehr und bessere Verbindungen als J. R. Ewing."

Zu diesem Wettbewerb gehört auch ein bei uns unbekanntes Bonus-System, mit dem der Kunde verlockt wird, immer wieder mit „seiner" Gesellschaft zu fliegen. Je nach Anzahl der geflogenen Kilometer – AA druckt sie für jeden automatisch zum Monatsende aus – erhält der Passagier als Bonus entweder ein „Upgrading" in die nächstteurere Sitzklasse, einen Rundflug oder gar einen Flug nach Europa als Geschenk.

Was Fluggesellschaften an Service bieten können, zeigt der amerikanische Markt. Daß man sein Fluggepäck nicht lange schleppen muß, sondern vor der Abflughalle am Bürgersteig einchecken kann, ist fast selbstverständlich. Noch bequemer geht's in einigen großen Hotels, wo bestimmte *Airlines ihren* Check-in-Schalter haben, das Gepäck annehmen und sogar die Sitzplatzreservierung bestätigen. Um Reisenden mit Anschlußflügen das lästige Rennen nach neuen Bordkarten auf fremden Flughäfen zu ersparen, gibt AA zum Beispiel beim Abflug von London-Gatwick Bordkarten im voraus aus.

Als besondere Dienstleitung garantiert AA jeweils zwölf Monate lang die Tarife, auch für die günstigen Rundreisetickets. Nachdem die Gesellschaft 1982 noch 19 Millionen Dollar Minus einflog, erzielte sie im vergangeen Jahr mit knapp 228 Millionen US-Dollar den höchsten Nettogewinn aller US-Konkurrenten und das beste Ergebnis seit ihrem Bestehen. Mit 31 Millionen Passagieren und 555 Milliarden bezahlter Flugkilometer erreicht AA auch den höchsten Sitzladefaktor. Zwei weitere Rekorde des Carriers, zu dessen Piloten schon Charles Lindbergh gehörte: Als erste und einzige überträgt American Airlines seit einem Jahr die halbstündigen CBS-Fernsehnachrichten aus New York via Satellit sofort als Video-Aufzeichnung in mehr als hundert Flugzeuge. Und: Mit dem Auftrag zur Lieferung von 167 Flugzeugen vom Typ Douglas DC-9-80 sorgte AA in diesem Jahr für die größte Bestellung in der Geschichte der gewerblichen Luftfahrt.

LEH.

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

Die Vorwahl-Nummer gehört zu jeder Telefon-Nummern-Angabe. Bitte denken Sie daran.

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

Geraldine Ferraro überstrahlt mit Charme den blassen Mondale

TH. KIELINGER, Washington

Mit beträchtlicher Einmütigkeit haben öffentliche Kreise in den USA den Vorschlag zur Nominierung Geraldine A. Ferraros als erster Frau auf dem Wahlkampfticket einer der beiden großen Parteien begrüßt. Allgemein wird empfunden, daß damit eine „politische Schallmauer" (Robert Squier, Medienexperte der Demokratischen Partei) durchbrochen wurde. Die Berufung Frau Ferraros als Vizepräsidentschaftskandidatin an die Seite Walter Mondales wird von ihren Anhängern zu einem neuen Kapitel in der amerikanischen Gesellschaftsgeschichte erhoben.

Ob daraus auch ein Kapitel der amerikanischen politischen Geschichte wird, bleibt abzuwarten. Mondales Erfolgschancen dürften, so behaupten Meinungsforscher im Lager der Republikaner, durch seine Entscheidung weder verbessert noch geschmälert werden. Denn ebenso viele Wähler, wie jetzt neu gewonnen würden, dürften auch wieder abwandern, weil sie einfach noch nicht eine Frau auf dem „Ticket" der Demokraten akzeptieren. Die Frauenorganisationen bestreiten das. Sie sind geradezu ekstatisch über die Wahl Ferraros als „running mate" und prophezeihen einen Riesenzulauf neuer Wählerinnen.

Präsident Reagan, befragt nach der Auswirkung dieser Entscheidung, wich aus: „Ich freue mich, gegen diese Kombination der Demokraten antreten zu können", sagte er. Ob es sich um einen „historischen Schritt" handele? „Ja, ungefähr so wie damals, als ich Sandra Day O'Connor zur Richterin am Obersten Bundesgerichtshof bestellte", antwortete der Präsident.

Doch wenden sich die Frauen laut Umfragen in der Mehrzahl von der Reagan-Administration ab. Dazu beigetragen haben mag die Entscheidung der Republikaner – von Reagan kräftig unterstützt –, keine Verfassungsänderung zu unterstützen, mit der die Gleichberechtigung der Frau im Grundgesetz (Bill of Rights) verankert würde.

Mondale muß nach seiner Entscheidung für Frau Ferraro nicht mehr einen chaotischen Parteikonvent in San Francisco befürchten, auf dem die Minderheiten wie die organisierten Frauen oder die Farbigen das Bild bestimmt und die Parteispitze herausgefordert hätten. Des weiteren leiht er sich den Glanz und den Charme Frau Ferraros als Stütze für sein eigenes, schwaches Profil.

Problematisch erscheint, daß Mondale und Ferraro beide aus dem liberal-sozialen Lager der Demokraten kommen, das in Roosevelt seinen Ahnen sieht. Wo bleibt da der konservative Appeal, mit dem man etwa die Demokraten der Südstaaten gewinnen könnte? Auch geografisch sind sich Mondale und Ferraro zu nah: aus dem Nordmittelwesten (Minnesota) der eine, aus dem Nordosten (New York) die andere.

Frau Ferraro ist als Katholikin zwar gegen die Abtreibung, verficht aber den Standpunkt des Rechts der einzelnen Frau auf ihre eigene Entscheidung. Das hat konservative Gruppen gegen sie aufgebracht. Doch betonte Frau Ferraro in ihrer Dankadresse nach der Nominierung durch Mondale solche amerikanischen Traditionen wie „Familie, Nachbarschaft und Religiösität" – Vokabeln, die dem Katalog der Republikaner entnommen sein könnten.

Ihre stärksten Mängel liegen im Direktvergleich zu Vizepräsident George Bush, der als der weitaus glaubhaftere Kandidat für das Präsidentenamt dasteht, sollte sie dieses durch einen Ausfall des ersten Mannes übernehmen müssen. Bush hat vor allem große außenpolitische Erfahrung – ein Umstand, der schon 1980 sehr viel wog, als die außenpolitische Unerfahrenheit Ronald Reagans dadurch ausgeglichen wurde.

An Frau Ferraro als „running mate" kam Mondale letzten Endes doch nicht vorbei, nachdem Kandidaten seiner Wahl wie New Yorks Gouverneur Cuomo und Senator Dale Bumpers aus Arkansas abgewunken hatten. Ein Farbiger als „running mate" verbot sich diesmal noch von selber, weil unter der Auswahl der „Minderheiten" natürlich die Frauen (53 Prozent der Bevölkerung) kaum zugunsten eines Schwarzen (elf Prozent der US-Bevölkerung) hätten verzichten wollen.

Ausscheiden mußte schließlich auch Gary Hart – aus persönlichen Gründen: Harts Ehe, zweimal auf Probe auseinandergegangen, soll endgültig der Trennung zulaufen. In diesem Bereich zumindest ist bei Geraldine A. Ferraro, der familienverwurzelten Mutter und berufstätigen Ehefrau aus italienisch-katholischem Hause, kein Zweifel angebracht.



Walter Mondale und sein „running mate" Geraldine Ferraro FOTO: AP

Ein Ritual wie bei Schauprozessen

Soll Sacharow zur „Reue" gezwungen werden? / Moskaus „Ironisches Lächeln"

Von MICHAEL VOSLENSKY

Das Foto ist uns allen bekannt: Der deutsche Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky steht, mit steinernem erschöpften Gesicht, den Rücken an der Wand, vor einem auf ihn rückenden riesigen SS-Mann. Wir wissen nicht, ob ein ähnliches Foto des russischen Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow existiert. Sicher könnte es aufgenommen werden, nur würde sein Peiniger keine SS-Uniform, sondern ein Arztekittel anhaben.

Schon vor einem Monat äußerte ich im Rundfunk die Vermutung, daß Sacharow an einem geheimen Ort psychiatrisch behandelt wird, um von ihm ein Reuebekenntnis zu erpressen.

Inzwischen verdichtete sich die Vermutung zur Wahrscheinlichkeit. Man hört, daß Sacharow Psychopharmaka bekommt und daß ein Psychiater ihn „betreut". Besonders vielsagend ist die den Jungsozialisten im ZK der KPdSU gemachte Mitteilung, Sacharow schreibe an einem „halb wissenschaftlichen und halb politischen Artikel", der bald veröffentlicht werde. Bisher hat das ZK Sacharows politische Artikel nie freudig vorangekündigt.

Geständnis als Pseudobeweis

Wozu will man aus dem durch den Hungerstreik Geschwächten die „Reue" herauspressen?

Reuebekenntnisse und Selbstbezichtigungen gehören zum Lieblingsritual der sowjetischen Repressionsorgane. So war es schon bei den Schauprozessen der 30er Jahre, danach wurde diese Praxis in die Volksdemokratien exportiert und dann unter Andropows Regie wieder in der Sowjetunion gegen Dissidenten verwendet. Das hat seine Logik: Da die Beschuldigungen falsch sind, braucht man ein „Geständnis" als Pseudobeweis der Schuld.

In einer Diktatur braucht man an sich keine Beweise, um einen der Obrigkeit unliebsam Gewordenen Repressionen auszusetzen. Daher wird die Gehirnwäsche nur für die Außenwelt vorgenommen, für den Westen. Es wäre nur richtig, wenn der Westen klarstellte: Er werde keine „Reueerklärungen" der Dissidenten ernst nehmen, solange sie diese Erklärungen nicht als freie Menschen in einem freien Land abgeben dürfen. Dann würde Moskaus Hang zum Herauspressen solcher „Geständnisse" drastisch abnehmen. Aber die Repression würde auch dann bleiben.

Warum sprechen wir von Sacharow? Nicht nur aus Respekt zu diesem hervorragenden Menschen, sondern auch wegen der aufschlußreichen Erfahrung, die sein Schicksal dem Westen Tag für Tag bringt. Ab und zu hört man hier die naive Frage: Wieso beschäftigen sich Sacharow und Frau Bonner so viel mit ihren familiären Problemen und nicht nur mit weltbewegenden Fragen? Aber gerade diese Alltagsprobleme der Familie Sacharow zeigen in aller Deutlichkeit den krassen Unterschied in der nicht deklamierten, sondern realen Lage der Menschenrechte im Osten.

In der Tat: Was verlangt Sacharow? Er will die Möglichkeit haben, seine Meinung über politische Probleme offen zu sagen; er will, daß seine Frau ihr Augenleiden von dem Arzt ihres Vertrauens in Italien behandeln läßt; er selbst will an einem Ort in der Sowjetunion oder im Ausland leben, wo er möchte. Alle Forderungen westlicher Staatsmänner, Parlamente und der Presse haben die Sowjetführung bisher nicht dazu bewegen können, ihm die Erfüllung seiner bescheidenen Wünsche zu erlauben.

Ein durchschnittlicher Sowjetbürger wäre noch härteren Verfolgungen ausgesetzt, sollte er die elementaren Forderungen Sacharows an die Behörden stellen. Nein, ein durchschnittlicher Sowjetbürger wäre noch härteren Verfolgungen ausgesetzt, sollte er diese elementaren Forderungen an die Sowjetbehörden stellen. Bei allem Haß der Nomenklatura gegen Sacharow ist er dank seiner Bekanntheit immer noch privilegiert. Aber Sacharow kämpft verzweifelt für das höchste Privileg: so leben zu dürfen wie jeder von uns hier im Westen.

Einige werden sagen: „Also trägt Sacharow selbst Schuld an seiner schwierigen Lage. Er lebt in der UdSSR und muß die dort existierende Ordnung respektieren, ob sie uns gefällt oder nicht. Auch hier gefallen nicht jedem alle Gesetze, aber sie sind für jeden von uns gültig."

Das ist logisch – vorausgesetzt, das Recht in Ost und West wäre in humanitären Fragen grundverschieden. Nur ist dem nicht so. Gerade über die Bürger- und Sozialrechte der Menschen gibt es internationale Pakte, die der Osten ohne Vorbehalte unterschrieben und ratifiziert hat. Das sind der Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Beide sind seit 1976 in Kraft und registriert als völkerrechtlich bindende Verträge. Darüber hinaus gibt es eine von Ost und West anerkannte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Schlußakte der KSZE. Da die beiden Pakte im Rahmen der UNO unterzeichnet wurden, haben sie die Sowjets dreimal ratifiziert: die UdSSR, die Ukraine und Weißrußland.

Nein, die rechtlichen Verpflichtungen der Staaten ihren Bürgern gegenüber sind in Ost und West gleich, nur werden diese Verpflichtungen im Osten nicht eingehalten.

Einige werden sagen: „Was Wunder, Moskau kann doch die Menschenrechtspakte nicht einhalten und sein politisches System ändern." Vertiefen wir uns nicht in diese Frage, denn sie ist nicht einfach: Das Beispiel Ungarn zeigt, daß es auch im Rahmen des realsozialistischen Systems und sogar des Ostblocks einen gewissen Spielraum für die Verwirklichung der Menschenrechte gibt. Dennoch stimmt es: Die sowjetische Nomenklatura meint tatsächlich, daß ihr System mit der Einhaltung der von ihr widerspruchslos unterschriebenen Menschenrechtspakte unvereinbar ist. Diese Feststellung hat aber schwerwiegende Folgen.

Sie bedeutet nämlich, daß die Sowjetführung die Pakte und die Helsinki-Schlußakte feierlich unterzeichnet hat mit festem Vorsatz, sie zu mißachten.

Die Logik der Sowjets

Wir haben mit Sacharows Schicksal begonnen und sind zum Schicksal der Abrüstung gekommen. Logischerweise, denn hinter diesen Fragen steht ein und dasselbe Phänomen: die Politik einer totalitären Macht.

Beim Empfang Präsident Mitterrands sagte Tschernenko, für die westliche Kritik der Mißachtung der Menschenrechte in der Sowjetunion habe man nur „ein ironisches Lächeln übrig". Zuerst hat die Nomenklatura den Westen angelächelt, dafür Kredite bekommen, den Technologietransfer ausgenutzt und ihre Einflußsphäre in der Dritten Welt ausgebaut. Der Westen nahm das alles in der Überzeugung hin, man erreiche dadurch Respektierung der Menschenrechte im Ostblock. Jetzt stellt das Politbüro immer neue Raketen gegen Westeuropa auf, lehnt Verhandlungen ab und lacht die Hereingelegten herzhaft aus. Und die ehemals Angelächelten und heute Belächelten flehen Moskau an, doch an den Verhandlungstisch zurückzukehren, vermutlich um den ganzen Vorgang zu wiederholen. Also keine voreilige Empörung über die Heiterkeit in der Nomenklatura! Vielleicht hat man ihr „ironisches Lächeln" tatsächlich verdient?

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Belohnung und Subsidien

„Ein Zuschuß zum Gehalt": WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

gelegentlich werden neue Subventionen eingeführt, denen offenbar auch von marktwirtschaftlich denkenden Zeitgenossen kaum Kritik entgegengebracht wird. Als ob es hier gute und schlechte gäbe.

Nach Untersuchungen des Ifo-Instituts liegt die deutsche Wirtschaft bei FuE-Ausgaben sowie bei der Patentstatistik an der Weltspitze. Zudem dürfte es im Bereich der Spitzentechnologie kaum qualifiziertes, frei verfügbares Personal geben. Soll hier also ein Trainee-Programm für mittelmäßig ausgebildete Fach- und Hochschulabsolventen unterstützt werden?

Unter strukturellen Gesichtspunkten führt das Zuschußprogramm zu einer krassen Benachteiligung Tausender kleiner Ingenieurbüros. Sie können aufgrund ihrer stark schwankenden Auslastung i. a. keinen Nutzen ziehen. Ihre Flexibilität, Leistungsfähigkeit und Risikobereitschaft wird künstlich vom Markt verdrängt. Auf der anderen Seite werden bei den etablierten Mittelfirmen, den vormaligen Ingenieurbüro-Kunden, die Wasserköpfe zwangsläufig größer, die persönliche Verantwortung bzw. Motivation entsprechend der Zuschußhöhe geringer. Ein Wettbewerb um die beste Lösung findet nur mehr bedingt statt, denn letztlich muß auch das zweitbeste, weil eigene Produkt, die Entwicklungskosten erwirtschaften. Der Versuch schließlich, über eine marktmäßige Verwertung den eigenen FuE-Etat zu entlasten, führt zu weiteren Aufblähungen beim Vertrieb und evtl. bei der neuartigen Fertigung. Doch was soll's, wer sich eine Stabsabteilung „Subventionsforschung" einrichtet, dürfte auch hierfür Lösungen finden.

Die Wirtschaft braucht Innovationen. Doch sollte man es den Unternehmern und Managern überlassen, ob sie In-house-Lösungen (wie hier gefördert), Beteiligungen an jungen Technologieunternehmen oder die Nutzung der reichlich vorhandenen Dienstleistungskapazitäten im FuE-Bereich bevorzugen. Der Wettbewerb aller drei Formen untereinander sorgt schon für das optimale Mix. Er fördert am nachhaltigsten die Innovationskraft der deutschen Industrie.

Mit verbindlichen Grüßen
R. Graf,
Wertingen

CSSR-Kirche

Dank der Tradition Ihres Blattes und den Berichten C. G. Ströhms vom 30. Juni gewinnt der Leser eine Vorstellung, was sich zwischen dem roten Hradschin und dem gegenüberliegenden Erzbischöflichen Palais abspielt.

Dazu als Ergänzung: Mit dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches vollzog sich bei den Tschechen ein Abfall vom Glauben. Von der zu 92 Prozent katholischen Bevölkerung traten nach 1918 über 20 Prozent aus der Kirche aus und wurden „bez vyznani – konfessionslos". Weder der orthodoxen noch der national-hussitischen Kirche gelang es, nach diesen Austritten Boden zu gewinnen. Unter den Intellektuellen war es modern, aufgeklärt und freidenkerisch zu sein.

Auch Tomas Masaryk, der Staatsgründer-Präsident der ČSSR, war anti-katholisch, er bekannte sich zu den Böhmischen Brüdern und blieb der einzige überzeugt christliche Präsident. In Mähren und in der Slowakei stand es um die Kirchen weitaus besser, denn während die Tschechen Böhmens laizistische Rationalisten waren, blieben die Slowaken gläubige Romantiker.

Seitdem ein Kardinal aus dem kommunistischen Polen zum Papst gewählt werden konnte und die ČSSR-Zeitgenossen die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus erleben, beginnt der Glaube wieder in den Seelen Kraft zu gewinnen. Man wird gespannt sein, ob der Papst im nächsten Jahr zum Velehrad kommen darf. Jedenfalls bleibt die Mitte Europas, wie schon früher, ein Schlachtfeld um die Zukunft des Glaubens.

Dr. Herbert Kutschera,
Hürth-Mitte

Wort des Tages

„Der Mensch trägt in seiner eigenen Seele ein Ewiges. Er kann etwas von dem Ewigen darin lesen, wenn er hineinschauen will. Er weiß schon, was fortdauern wird und was auf keinerlei Weise der Fortdauer teilhaftig gemacht werden kann."

Thomas Carlyle; brit. Historiker (1795–1881)

Großer Soldat

Sehr geehrte Damen und Herren,

als geschichtsinteressierter Leser Ihrer Zeitung habe ich in der Ausgabe vom 7. Juli unter der Rubrik „Griff in die Geschichte" den Beitrag zum *50. Todestag des Marschalls Lyautey* mit Aufmerksamkeit gelesen.

Obwohl der Marschall, wie Sie schreiben, für die 3. Republik nur Nichtachtung übrig hatte, ließ ihn eben diese Republik wegen seiner außerordentlich großen Verdienste für Frankreich unter den „Großen Frankreichs" im Invalidendom beisetzen. Einer seiner Lehrmeister, der spätere Marschall Gallieni, der durch seinen legendären Droschkeneinsatz im September 1914 den Ausgang der Marneschlacht entscheidend beeinflußt haben soll, hält vor dem Dom „steinerne Wache".

Mit freundlichem Gruß
E. Grim,
Limburg/Lahn

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Die mit 10 000 Mark dotierte „Upjohn-Fellowship", die in diesem Jahr zum vierten Mal verliehen wurde, erhielt der 47jährige Dr. **Horst Krautkrämer** von der Wissenschaftsredaktion des Süddeutschen Rundfunks in Heidelberg. Das von einem amerikanischen Pharma-Unternehmen gestiftete Stipendium für eine Studienreise in die USA wird alljährlich für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Wissenschaftsjournalismus übergeben.

*

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschlands ist der Stadtbezirksvorsteher von Frankfurt am Main, **Hans Stein**, ausgezeichnet worden.

*

Der Nürnberger Filialdirektor der Helvetia-Versicherung, **Josef Landgraf**, ist mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden.

EHRUNGEN

Der Konsul der Niederlande in Aachen und Sprecher des Aachener Karls-Preis-Direktoriums, **Hugo Calenbach**, hat von der Technischen Hochschule Aachen die Ehrenbürgerwürde erhalten. Damit wurden die Verdienste des Bankiers Calenbach um die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Hochschule und den Niederlanden gewürdigt.

*

Der Frankfurter Literaturkritiker **Marcel Reich-Ranicki** wurde als „herausragende Persönlichkeit des literarischen Lebens" mit der Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt am Main geehrt. Reich-Ranicki, seit 1973 Leiter der Redaktion für Literatur und literarisches Leben der „FAZ", hat sich mit mehreren Werken zur Literaturgeschichte und Literaturkritik einen Namen gemacht.

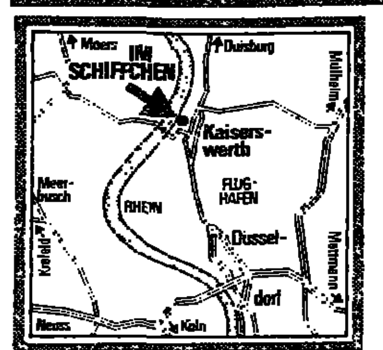
*

Der Präsident der Frankfurter Politechnischen Gesellschaft, Dr. **Franz Schmidt-Knatz**, ist mit der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt am Main ausgezeichnet worden.

GEWÄHLT

Der Generalbevollmächtigte der Henkell-Gruppe in Wiesbaden, Dr. **Franzjosef Höfler**, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG gewählt worden.

GOURMET-TIP



Anreise: Von Düsseldorf in Richtung Flughafen – Kaiserswerth. In der Ortsmitte links ab bis zum Marktplatz am Rhein (Kaiserswerther Markt 9).
Öffnungszeiten: Ab 18.00 Uhr; an Sonn- und Feiertagen und vom 15. Juli bis 15. August geschlossen.
Reservierung: Tel.: 0211 / 401050.

Im Schiffchen

Morgens um sechs, wenn noch wenig Leben auf dem romantisch mittelalterlichen Marktplatz von Kaiserswerth an der ländlichen Peripherie der Schickeria-Stadt Düsseldorf zu spüren ist, fährt Jean-Claude Bourgeuil mit seinem Kühlwagen nach Frankreich.

Der Meisterkoch, der vor 14 Jahren von der Loire an den Rhein kam, kauft heute noch die frische Ware ausschließlich in seinem Heimatland ein. Damit komponiert er „Im Schiffchen" so delikate und kreative Menüs, daß er in sämtlichen Gourmetführern zu den zehn besten Köchen des Landes gezählt wird.

In der gemütlichen, wenn auch ein bißchen kunterbunten Dampfer-Atmosphäre (Bullaugen und Schiffsglocke über Perser-Teppichen) des Abendrestaurants fühlen sich die 35 bis 40 Gäste (zwölf Tische) im Feinschmeckerhimmel.

Verwöhnt mit Amusegeuls wie Kaviarpastetchen und Salm-Gelantine, mit Kalbsbries und Waldpilzen gefüllte Canellonis in delikater Trüffelbutter überbacken (28 Mark) oder einer in Pfeffer-Aufguß pochierten Gänseleber (36 Mark) als Vorspeisen warten die Gäste verzückt auf den Hauptgang.

Einige empfehlenswerte Beispiele: Junges Lammfilet mit Kräutern und Porréeschaum in Blätterteig (für zwei Personen, 84 Mark), ein großes Schnitzel von der Stopfgansleber auf Kohlrabistreifen in warmer Trüffel-Vinaigrette (39 Mark) und kleiner bretonischer Hummer mit Kamillenblüten gedämpft (89 Mark). Das preiswerteste Hauptgericht: Gefülltes Wachtelkotelett mit jungem Gemüse und schwarzem Trüffel gegart (klassische Escoffier-Küche) für 32 Mark.

Zur Abrundung nach einem mit Schöngeist und Perfektion präsentierten Käsebuffet folgt als Dessert ein Gratin von Himbeeren, Himbeereis-Parfait und Himbeerschaum oder fruchtige Sorbets (ohne Eiweißzusatz).

Spätestens auf die Erde zurückgeholt wird der Gast beim Begleichen der Rechnung. Unter dem Strich muß man für zwei Personen mit 350 Mark rechnen. Für den Fall, daß das täglich neu zusammengestellte Menu gewählt wird, sind pro Person 124 Mark einzukalkulieren, mit einem kleinen bretonischen Hummer als Vorspeise sogar 154 Mark.

Ein Tip: Wenig empfehlenswert ist das Gericht Kaisergranat in Estragon-Gelee. Es wird nicht täglich frisch zubereitet und verliert sehr schnell an knackiger Festigkeit.

Schlichtweg sensationell ist der Service. 15 Mitarbeiter in der Küche und im von Madame Janine Velten geleiteten Service kümmern sich um die Gäste.

Die Weinberatung ist präzise und liebenswert. Die Weinkarte ist relativ klein, aber Bourgeuil, der bis 1977 als Chefkoch in den Walliser Stuben (Düsseldorf) wirkte, bestückte sie mit einigen Gewächsen, die man nur selten in Deutschland findet.

Auf der Speisekarte gibt sich Jean Claude Mühe, mit leicht verständlichen Hinweisen ohne Koch-Chinesisch die Wahl zu erleichtern. So steht beispielsweise unter dem Gericht „Teller von Seefischen in Rotwein-Pfeffer-Sauce gedünstet", der Zusatz: „ein abgewandeltes Rezept aus meinem Loiretal, wo man Aal in Bourgueil-Wein dünstet."

Ein Essenserlebnis „Im Schiffchen" lohnt sich in Verbindung mit



einem Spaziergang durch das verträumte Kaiserswerth. Hinter barocken Fassaden laden gut sortierte Antiquitätengeschäfte zum Shopping ein.

Direkt hinter dem Marktplatz befindet sich die Anlegestelle der Köln-Düsseldorfer-Schiffahrtsgesellschaft. Wer mag, kann die NRW-Landeshauptstadt von den Planken der Weißen Flotte kennenlernen. Oder umgekehrt: An einem schönen Sommertag direkt vom Schiff ins „Schiffchen".

Übrigens: Voranmeldungen sind unumgänglich.

HEINZ HORRMANN



Küchenchef Jean-Claude Bourgeuil und seine Frau vor ihrem Restaurant „Im Schiffchen" in Düsseldorf-Kaiserswerth FOTO: DIE WELT

Kulinarische Exkursionen

In den letzten 15 Jahren hat sich die gastronomische Landschaft in der Bundesrepublik gravierend verändert. Früher war die deutsche Küche (international oft als „Kraut-Küche" abqualifiziert) zumeist deftig, schwer und herzhaft, aber wenig originell und eigenständig.

Heute bieten gute Restaurants zwischen Flensburg und Oberstdorf eine derart breite Palette unterschiedlichster Zubereitung, wie das lange Zeit nur in Frankreich und in Belgien der Fall war. Von der klassischen Küche Escoffiers bis zur gekonnt gemachten leichten Regionalküche reicht das Angebot.

Parallel zu diesem Höhenflug wuchs die Vielzahl der Hotel- und Restaurantsführer sowie der Fachmagazine mit kritischen Bewertungen der Koch- und Serviceleistungen.

Die Reise-WELT hat nicht den Ehrgeiz, weitere Sterne, Punkte oder Mützen zu verteilen, sondern möchte in Zukunft kurz und knapp gute Häuser in Deutschland vorstellen. Wir wollen Anregungen für ein festliches Essen oder einen kulinarischen Genuß, verbunden mit einem Ausflug, geben.

Wir machen Sie mit den Küchenchefs bekannt, stellen ihre besten Gerichte vor und führen konkret aus, wie hoch die Rechnung sein wird.

Von den Ausflugstips, die bisher an dieser Stelle standen, und im Wechsel mit den Gourmet-Tips auch weiter veröffentlicht werden, hat dieser neue Servcie der Reise-WELT die nützlichen Hinweise für die Anreise und den Blick auf möglichen Freizeitspaß am Ort übernommen. –HOR–

ODENWALD / Das hessische Mittelgebirge ist eine preiswerte Ferienregion

Der Nibelungen Jagdrevier

Michelstadt

Die Michelstädter haben allen Grund zum Feiern. Ihr Fachwerk-Rathaus, das schönste in Deutschland, wird 500 Jahre alt. Und das soll die ganze Welt erfahren. Als 60-Pfennig-Sondermarke der Bundespost und in Millionenstückzahl geht das Bild des Rathaus jetzt auf Karten und Briefen rund um den Globus.

Eine bessere Werbung läßt sich nicht denken. Denn natürlich erhoffen sich Michelstadt und der Odenwald von dem ungewöhnlichen Jubiläum auch Impulse für den Fremdenverkehr. Viele Autofahrer, die auf der Autobahn Frankfurt–Basel in Richtung Süden reisen, lassen das hessische Mittelgebirge nämlich im wahren Sinn des Worts links liegen. Sie wissen nicht, was ihnen entgeht: eine reizvolle Landschaft, die sogar Dichterherzen höher schlagen läßt.

„Berg und Wald, Tal und Wiese, Hügelkuppen und Forellenbäche, Dörfchen und Einzelhöfe, Burgen und Kirchtürme, das alles umfaßt ein Blick", hat Werner Bergengruen einmal geschrieben – und das Odenwaldstädtchen Lindenfels zu seiner Wahlheimat erkoren.

Sicher: Im Odenwald ragen die Berge nicht so hoch in den Himmel wie zum Beispiel im Schwarzwald, seine höchste Erhebung ist mit 626 Metern der Katzenbuckel. Aber dafür ist es auch eine durchweg preiswerte Urlaubsregion. Übernachtung mit Frühstück auf einem Bauernhof ist schon ab 15 Mark zu haben, für Vollpension zahlt man im Durchschnitt 25 bis 30 Mark. Geldbeutelschonend sind auch die Preise in den Gaststätten; auf der Karte stehen leckere Wildgerichte und deftige Hausmacherkost.

Fünf Gemeinden streiten sich um Siegfrieds Quelle

Der Tourismus hat in dem Land zwischen Rhein, Main und Neckar relativ spät Einzug gehalten. Bis in unser Jahrhundert hinein lebten die Menschen in den Dörfern vom dürftigen Ertrag der Landwirtschaft. Der Aufschwung begann nach dem Krieg. Das bis dahin schlummernde Kapital „Natur" wurde auf neue Art nutzbar gemacht. Die gute Luft, die Wiesentäler und ausgedehnten Wälder, für die Bauern einst nur von geringem Nutzen, sind nun Pluspunkte im Wettbewerb um den Urlaubsgast.

Schmucke Pensionen und Hotels entstanden, es wurden Wanderwege angelegt und mancherorts moderne Kureinrichtungen geschaffen. Kurz, man hat etwas auf die Beine gestellt: genug, um den Aufenthalt für die Gäste so angenehm wie möglich zu gestalten, und dabei doch in einem Rahmen, der die beschauliche Atmosphäre nicht gefährdet. Wer Ruhe und Erholung sucht, der wird sie hier bestimmt finden.

Den Wald- und Wildreichtum der Region wußten angeblich schon die sagenhaften Nibelungen zu schätzen. Der Odenwald soll ihr Jagdgebiet gewesen sein. Der Überlieferung nach ist hier Siegfried von Hagen hinterlistig ermordet worden. Doch wo genau, darüber streiten sich die Geister. Immerhin fünf Gemeinden nennen eine „Siegfriedquelle" ihr eigen ...

Wie alle deutschen Mittelgebirge ist der Odenwald vom Frühjahr bis in den Herbst in erster Linie Wanderland. Vom gemächlichen Nachmittagsspaziergang bis zur Mehrtagestour ist alles möglich. Verschiedene Orte bieten „Wandern ohne Gepäck" an – eine gute Idee für ein verlängertes Wochenende oder den Fitnessurlaub zwischendurch. Außerdem gibt es ein Pauschalarrangement „Vom Rhein zum Main – auf den Spuren der Nibelungen", das sich an zünftige Rucksackwanderer richtet; die insgesamt rund 200 Kilometer lange Route ist auch in kürzeren Teilabschnitten zu buchen.

Wer lieber mit dem Auto bummelt, findet lohnende Ziele genug. Denn im Odenwald gibt es viel zu sehen und zu besichtigen. Michelstadt zum Beispiel bietet außer dem berühmten Rathaus recht malerische Winkel im Schatten der Stadtmauer. Geschichtlich Interessierte zieht es auch in den Ortsteil Steinbach zur Einhartsbasilika, die aus der Zeit Karls des Großen stammt.

Ein ehemaliges Residenzstädtchen ist Erbach. Im mächtigen Schloß (Renaissance und Barock) kann man Jagdtrophäen, Hirschgeweihe, kostbare Büchsen, Gewehre und Armbrüste bestaunen. Kein Zweifel: Die Erbacher Grafen waren große Jäger vor dem Herrn. Sie hatten aber auch Sinn für das Schöne. Graf Franz I. führte Ende des 18. Jahrhunderts die Elfenbeinschnitzerei in seinem wirtschaftlich nicht gerade gesegneten Ländchen ein, um dem Handwerk neue Verdienstmöglichkeiten zu erschließen. Er selbst betrieb das Ganze als ein Steckenpferd; erlernt hatte er die Schnitzkunst in jungen Jahren, auf seiner „Kavalierstour" durch Europa. Das deutsche Elfenbeinmuseum zeigt Schmuck und edle Gebrauchsgegenstände aus dem „weißen Gold". Eine Kostbarkeit ist auch das Fachwerk-Rathaus aus dem 16. Jahrhundert. In der letzten Juliwoche findet der Eulbacher Markt statt.

Hunderte handbemalte Zinnfiguren sind die besondere Attraktion im Museum Schloß Lichtenberg in Fischbachtal. In den Schaukästen wird die Welt im Kleinen nachgestellt: vom Leben an einem babylonischen Königshof bis zum bäuerlichen Tanz um die Dorflinde.

Seile nach Maß und Schaukelpferde

Einen Abstecher wert ist auch Lindenfels mit seiner Burgruine. Die alte Zehntscheuer beherbergt ein liebevoll eingerichtetes Heimatmuseum. Doch es sind vor allem die unvermuteten Entdeckungen am Rande, die dem Besucher lange im Gedächtnis bleiben. So ist hier manches alte Handwerk lebendig geblieben, wenngleich die Meister oft schon im Rentenalter und die letzten ihrer Zunft sind.

Wir haben dem Schindelmacher von Schönmattenwag bei seiner Arbeit zugeschaut, und wir haben die Seilerwerkstatt in Beerfelden besucht, in der Jakob Körber, 73 Jahre alt, für treue Kunden Seile und Taue „nach Maß" herstellt. Mit Geräten übrigens, die zum Teil hundert und mehr Jahre auf dem Buckel haben. Ein Tip für Eltern und Großeltern: die Werkstatt der Familie Krämer in Beerfurth. Dort werden hölzerne Schaukelpferdchen von Hand gedrechselt und bemalt – ein Spielzeug, ds einiges aushält.

Sogar einen Köhler gibt es im Odenwald noch. Einmal im Jahr, während der Olfener Köhlerwoche, legt der fachmännisch und nach den überlieferten Regeln einen Meiler an. Das ist ein so seltenes Bild, daß selbst das Fernsehen darüber berichtet.

SILVIA LEHNER

*

Auskunft: Fremdenverkehrsverband Odenwald, Michelstädter Straße 12, 6120 Erbach/Odenwald. Dort ist auch eine Broschüre erhältlich die über Pauschalangebote und Hobby-Kurse informiert.



Spinnen lernen in Lindenfels

Wer auch im Urlaub nicht nur zuschauen, sondern selbst aktiv werden will, kann das im Odenwald in einem Hobbykurs tun. Da steht Töpfern auf dem Programm, Malen, Astronomie oder, wie in Lindenfels, Spinnen. Frau Dina Pfeifer, die Frau des ehemaligen Bürgermeisters des Ortes, veranstaltet die Kurse in dieser uralten Kunst seit Jahren. An vier Werknachmittagen erlernen die Kursteilnehmer im „Haus des Gastes" den Umgang mit Rad und Spindel und Wollfaden. Letzter Termin in diesem Jahr: 21. bis 28. Juli: Die Pauschalgebühr beträgt inklusive Kurs, Material und Übernachtung/Frühstück in Privatzimmern 150 Mark. FOTO: SILVIA LEHNER

SONDERANGEBOTE

Mallorca für 699 Mark

RZ, Bonn

Es ist jedes Jahr das selbe Spiel. Die Reiseveranstalter wehren entrüstet ab oder geben sich zumindest zugeknöpft, wenn sie nach hochsommerlichen „Sonderangeboten" oder „Ausverkauf" gefragt werden. Und doch weiß jeder, daß es sie gibt. Sei es, daß bestimmte Reiseziele zu supergünstigen Preisen bereits geschickt im Katalog versteckt wurden, oder sei es, daß man einen anderen Dreh findet, die „Ladenhüter" doch *noch an Mann und Frau zu bringen.* Für den kurzentschlossenen Urlauber, der gezielt nach Sonderangeboten sucht, ist es allemal ein Vorteil. Er spart Geld und geht dabei auch kein größeres Risiko ein als bei einer „normalen" Reise.

So bietet etwa Scharnow einen einwöchigen Badeurlaub in Hercegnovi an der jugoslawischen Adriaküste im Doppelzimmer mit Bad/WC und Halbpension für 774 Mark an. Abflughafen ist Köln/Bonn, Termin: 12. August. Bei Touropa fanden wir folgendes Angebot: Halbpension im Doppelzimmer mit Bad/WC/Balkon vom 26. Juli bis 2. August im Vier-Sterne-Hotel „Steps of Lindos" für 1 229 Mark.

Am günstigsten sind jedoch Angebote, bei denen der Urlauber Ort und Kategorie des Hotels bestimmt, die Auswahl des Hotels aber vom Veranstalter vorgenommen wird. Zum Beispiel bei Neckermann und Reisen: Zwei Wochen Halbpension in einem Strandhotel auf einer Insel in Süddalmatien für 859 Mark (Abflug München am 24. oder 31. Juli); ein Drei-Personen-Appartement auf Istrien für zwei Wochen kostet beim selben Veranstalter 1 240 Mark, wenn die Anreise am 4. August angetreten wird – an der italienischen Adria ist das gleiche Angebot bereits für 996 Mark zu haben. Ein besonders interessanter Tip: zwei Wochen Halbpension in einem der schöneren Hotels des bekannten marokkanischen Badeortes Agadir für 979 Mark (ab Düsseldorf), ebenfalls ein „Fortuna"-Angebot von Neckermann und Reisen.

International Tourist Service (ITS) behält sich bei seinem Paket „Mallorca spezial" ebenfalls die Wahl des Hotels vor: Zwei Wochen kosten hier bei Übernachtung/Frühstück 699 Mark, bei Halbpension 974 Mark. Anreisetag 27. oder 31. Juli. Am 30. Juli muß die Reise antreten, wer zwei Wochen mit Halbpension für 954 Mark im südjugoslawischen *Montenegro* verbringen will, oder sich für einen zweiwöchigen Badeurlaub auf den Kanarischen Inseln entscheidet. Appartements gibt es hier ab 894 Mark.

